

Wirtschaften

Ein kritisches Glossar zu den Bereichen
Wirtschaft, Arbeit, Geld, Konsum, Ressourcen
und Neuansätze

Verfasser: Hans Holzinger

JBZ-Verlag 2017

Zum Verfasser:

Mag. Hans Holzinger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Robert-Jungk-Bibliothek



für Zukunftsfragen. Arbeitsschwerpunkte: Nachhaltigkeit, Neue Wohlstandsmodelle, Zukunft der Arbeit und sozialen Sicherung, Postwachstumsökonomie. Er ist Mitherausgeber der Zeitschrift „Pro Zukunft“, zuletzt erschien sein Buch „Von nichts zu viel - für alle genug. Perspektiven eines neuen Wohlstands“ (ökom).

Mehr zu den in diesem Werk zitierten Publikationen finden Sie unter

www.prozukunft.org.

Impressum:

Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen, Strubergasse 18, 5020 Salzburg.

Tel. 0049.662.873206 | jungk-bibliothek@salzburg.at | www.jungk-bibliothek.org

Salzburg, JBZ-Verlag März 2017

Wirtschaften

05

Wirtschaft | Wirtschaftsversagen | Produktionsfaktoren | BIP |
Marktwirtschaft | Kapitalismus | Sozialismus | Planwirtschaft |
Neoliberalismus | Unternehmen | Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnung | Wirtschaftswachstum | Freihandel | Mehrfachkrise

Arbeit

26

Arbeitsbegriff | Arbeitsinhalte | Arbeitsrechte | Beschäftigung |
Arbeitslosigkeit | Arbeitsverdichtung | Arbeitszeitverkürzung | Teilzeit
Karenzmodelle | Wissensgesellschaft | Mischarbeit | Zeitverwendung

Geld

47

Geld | Geldmenge | Geldschöpfung | Kapital | Bretton Woods |
Finanzkrisen | Regulierung | Vermögen | Verschuldung |
Verteilungspolitik | Steuern & Steueroasen

Konsum

63

Konsum | Konsumkapitalismus | Konsumausgaben | Konsumfallen |
Transnationale Konsumentenklasse | KonsumentInnen-Demokratie |
Werbung | Ökonomismus

Ressourcen

70

Natürliche Ressourcen | Ökologische Ökonomie Nachhaltigkeit |
Klimawandel | Peak Oil & Peak Everything | Ressourcen-Produktivität |
Rebound-Effekte | Obsoleszenz | Umweltindikatoren | Ökologischer
Fußabdruck | Ökologischer Rucksack | Dematerialierung

Neuansätze

83

Transformationsforschung | Blue Economy | Cradle to Cradle | Green Economy | Corporate Social Responsibility | Neue Wohlfahrtsmessung | Postwachstumsökonomie | Suffizienz | Resilienz | Gemeinwohl-Ökonomie | Solidarische Ökonomie | Ernährungssouveränität | Grundeinkommen | Regionalwirtschaft | Zweitwährungen | Ethischer Welthandel | Erweiterter Wirtschaftsbegriff | Feministische Ökonomie | Soziale Dienstleistungsgesellschaft | Wissensgesellschaft | Weltumwelt- und Sozialpolitik | Heterodoxe

Einführung

Wir leben im Zeitalter der Ökonomie. In keiner historischen Epoche davor hat die Wirtschaft derart das Leben der Menschen geprägt wie heute. Was nicht bedeutet, dass Menschen früher weniger abhängig waren von den ökonomischen Möglichkeiten ihrer Zeit. In der Agrargesellschaft bestimmte der Ertrag der Ernten, ob genügend zum Leben da war. Hunger, Seuchen und Krieg galten als die Grundübel, was wir heute nur mehr aus Geschichtsbüchern bzw. aus Ländern weit weg von uns kennen.

In der modernen Industrie- und Konsumgesellschaft sind die Zusammenhänge komplexer. Die Wirtschaft ist Basis unseres materiellen Wohlstands, aber auch unserer Sozialleistungen. Die Abhängigkeiten sind in hochgradig arbeitsteiligen Ökonomien ebenso groß wie die Freiheitsmöglichkeiten, die sie bieten. Wirtschaft meint dabei nicht nur die UnternehmerInnen, sondern uns alle, als ArbeitnehmerInnen sowie als KonsumentInnen.

Wirtschaft ist heute global zu denken. Sie erzeugt Gewinner und Verlierer. Und historisch einmalig ist auch der Eingriff in die Ökosysteme. Der Kollaps war in früheren Epochen nur regional vorstellbar. Die Bedrohungen heute sind global, wenn auch mit unterschiedlichen Betroffenheiten, wie etwa der Klimawandel zeigt.

Je komplexer ein Wirtschaftssystem ist, desto umfangreicher müssen die Regeln sein, die Wirtschaften dem Gemeinwohl unterstellen. Dass hier die Politik häufig den Entwicklungen hinterher hinkt, zeigen beispielhaft die ökonomischen Verwerfungen, die aus instabilen Finanzmärkten resultieren. Und die Konzentration ökonomischer Macht in multinationalen Konzernen sowie bei den Vermögenden lassen daran zweifeln, ob der Primat der Politik noch gegeben ist. Gesprochen wird von Neofeudalismus und Postdemokratie.

Das vorliegende „kritische Glossar“ stellt nicht den Anspruch, ein alternatives Wirtschaftslehrbuch zu sein – das wäre vermessen. Es macht auf blinde Flecken der Mainstream-Ökonomie aufmerksam und es zeigt, dass es Neuansätze gibt.

Wirtschaft

Wirtschaft | Produktionsfaktoren | BIP | Marktwirtschaft |
 Kapitalismus | Sozialismus | Planwirtschaft | Neoliberalismus |
 Unternehmensformen | Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung |
 Freihandel | Wirtschaftswachstum | Mehrfachkrise

Wirtschaft

„Wirtschaft umfasst die Gesamtheit aller Einrichtungen wie Unternehmen, private und öffentliche Haushalte sowie die notwendigen Abläufe wie Käufe und Verkäufe, die mit der Herstellung und dem Verbrauch von Gütern verbunden sind“. So die wertneutrale Definition von Wirtschaft nach dem Lexikon der Wirtschaft (o. J.) der deutschen Bundeszentrale für Politische Bildung. Unter Wirtschaften wird „die planvolle Tätigkeit des Menschen, knappe Mittel oder wirtschaftliche Güter der bestmöglichen Nutzung zuzuführen“, verstanden. Es geht um die Organisation von Produktions- und Verteilungsprozessen zur Sicherstellung der Bedarfe der Bevölkerung. In den Lehrbüchern findet man den Grundsatz des sparsamen Umgangs mit Ressourcen – Oikonomia stammt aus dem Griechischen und bedeutet Haushalten bzw. Haushaltsführung. Es geht um das Ziel, mit möglichst geringem Input möglichst hohen Output zu erzielen bzw. umgekehrt (*>Produktionsmittel*, *>Produktivität*). Drei Fragen gelten als wesentlich: Was soll hergestellt werden? Wie soll es hergestellt werden? Wie soll es verteilt werden? Die besondere Ausprägung einer Wirtschaft wird bestimmt durch den Entwicklungsstand von Technik und Arbeitsteilung sowie der Art der Koordination ökonomischer Tätigkeiten (Markt oder Plan), die Eigentumsverfassung, das Verteilungssystem und sonstige, z. B. geografische und klimatische Verhältnisse.

Ab wann wird von Wirtschaft in unserem Sinne gesprochen? Die frühen Jäger- und Sammlerkulturen entnahmen der Natur das zum Überleben Nötige. Man ging zwar gemeinsam auf die Jagd oder auch Beeren sammeln und die Beute wurde in der Gruppe verteilt. Es gab jedoch keine Vorratshaltung und auch keinen Tauschhandel. Yanis Varoufakis (2015: 16ff) datiert den Beginn organisierten Wirtschaftens mit dem Übergang zur Sesshaftigkeit in den ersten Ackerbaukulturen, die auf die Speicherung von Getreide angewiesen waren. Diese gemeinschaftlichen Getreidespeicher sieht der Ökonom als erste Form organisierten Wirtschaftens. Die Speicher wurden von ausgewählten Personen verwaltet. In Bilanzlisten wurden Eingänge und Entnahmen festgehalten – jede Bauersfamilie gab ihre Ernte in die Speicher und nahm nach Bedarf heraus. Und – was interessant ist – Priester legten fest, wie viel des Getreides diesen Verwaltern und ihnen selbst zustanden. Für Varoufakis wird in dieser Macht der Priester und Verwalter der Grundstein für die Ungleichheit in arbeitsteiligen Marktgesellschaften gelegt (2015: 26ff)

Allmählich bildeten sich lokale Tauschmärkte mit sich ausdifferenzierenden Berufen heraus – in der Antike gab es die Gruppe der Sklaven (*>Arbeitsbegriff*), die Grundbesitzer und Bürger der Polis sowie die politische und religiöse Oberschicht. Im Mittelalter standen abhängige Bauern, die regelmäßig Fron für ihr Lehen abliefern mussten, und selbstständige Handwerker, die sich in Zünften organisierten, der

Befriedigung des menschlichen Bedarfs an Gütern und Dienstleistungen

Organisierte Wirtschaft entstand mit der Sesshaftigkeit

Übergang von der handwerklichen und bäuerlichen zur industriellen Produktionsweise

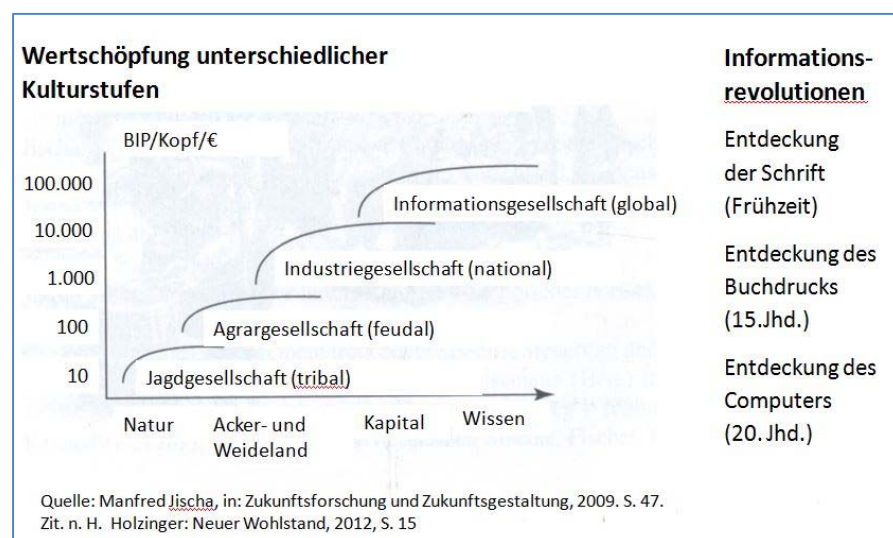
feudalen und klerikalen Oberschicht gegenüber, die von den Abgaben der arbeitenden Menschen lebte. Zudem gab es den Berufsstand der Soldaten, die von den Herrschenden rekrutiert und mittels ihrer Einnahmen finanziert wurden. Im Zuge der industriellen Revolution entstand eine neue Form der Massenproduktion in großen Fabrikhallen, in denen ArbeiterInnen Maschinen, vor allem Dampfmaschinen bedienten. Zum Aufbau dieser Fabriken sowie der dazugehörigen Infrastrukturen wie Eisenbahnnetze brauchte man viel Kapital, das von Vermögenden (Kapitalisten) investiert, teilweise auch über Banken geschaffen wurde (>Kapitalismus, >Geldschöpfung). Das Handwerk starb nicht aus, es wurde jedoch in eine Nische gedrängt. Das neue an der industriellen Produktion liegt in der Möglichkeit, bedeutend mehr Güter herzustellen – eben Massenware. Manche manuellen Gewerbe wie die Spinnereien wurden auch zur Gänze durch industrielle Herstellungsverfahren ersetzt – die Weberaufstände des 19. Jahrhunderts erinnern daran.

Quantensprung der Produktivität durch Übergang zur Industriegesellschaft

Die neuen Produktionsverhältnisse führten zu sozialen und politischen Umwälzungen. Standen in der Feudalgesellschaft die Stände der Bauern und Handwerker den politischen und klerikalen Oberschichten gegenüber, so bildeten sich in den frühen Industriegesellschaften die zwei Klassen der ArbeiterInnen sowie der Kapitaleigner als neue polarisierende Kräfte. Während die Einführung freier >Marktwirtschaften die Emanzipation des Bürgertums von der Feudalschicht besiegelte, so führte die Ausbeutung der ArbeiterInnen in den Fabrikhallen und Bergwerken zu Bewegungen des >Sozialismus sowie des Kampfes um >Arbeiterrechte.

Der Technikforscher Michael Jischa unterscheidet unterschiedliche Kulturstufen, denen er jeweils unterschiedliche politische Organisationsformen sowie Basisressourcen zu Grunde legt (s. Grafik). Die frühen Jahrgesellschaften waren tribal organisiert; die zentrale Produktionsressource war die Natur in ihrem Urzustand. Die Agrargesellschaften, die bis ins 18. Jahrhundert heraufreichten, waren feudal organisiert; Acker- und Weideland galten als zentrale Ressource. Die ab dem 18. Jahrhundert sich entwickelnden Industriegesellschaften basierten auf den sich herausbildenden Nationalstaaten sowie auf dem produktiven Einsatz von Kapital (>Kapitalismus). Die heutige Informationsgesellschaft sei global ausgerichtet; die zentrale Ressource sei Wissen, so Jischa. Jeder Entwicklungssprung habe zu einer Erhöhung der >Produktivität und des >Bruttoinlandsprodukts geführt, wobei das Wachstum exponentiell ansteigt.

Die Wertschöpfung steigt mit neuen Produktions- und Organisationsweisen



Die Darstellung von Michael Jischa vereinfacht selbstverständlich. Außen vor bleibt etwa, dass der Naturverbrauch mit jeder Entwicklungsstufe gestiegen ist und noch

nicht ausgemacht ist, ob dieser in der Informationsgesellschaft sinken wird. Deutlich wird aber das Zusammenspiel von technologischen und sozialen bzw. organisatorischen Innovationen. Zudem wird deutlich, welche Rolle Wissensrevolutionen für die Entwicklung spielen (>*Kapitalismus, digitaler*).

Literatur & Links

Jischa, Michael: *Gedanken zur Wahrnehmung der Zukunft*. In: Popp, Reinhold u.a.: *Zukunftsforschung und Zukunftsgestaltung*. Berlin. 37-50

Varoufakis, Yanis (2015): *Time für Change. Wie ich meiner Tochter die Wirtschaft erkläre*. München.

Lexikon der Wirtschaft (o. J.): *Wirtschaft*.

<http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/21149/wirtschaft>

Wirtschaftsversagen

Die Art, wie gewirtschaftet wird, ist nicht naturgegeben, sondern von Menschen gemacht und kann daher verändert werden. Wenn das Ziel von Wirtschaften die Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigen Gütern und Dienstleistungen ist, dann muss von Wirtschaftsversagen gesprochen werden, wenn dieses Ziel verfehlt wird. In den Wohlstandsländern ist die Grundversorgung aller Menschen freilich weitgehend gesichert – auch wenn es Hungernde mittlerweile auch wieder in den reichen USA gibt. Anders sieht dies jedoch aus, wenn wir die Wirtschaft der Welt ansehen. Trotz hoher Produktivität in den reichen Zentren gibt es gravierende Armut und Hunger in den benachteiligten Weltregionen, obwohl die Wirtschaft heute global vernetzt ist (>*Nachhaltigkeit*).

Das Versprechen des „trickle down“, das heißt, dass bei allgemeinem Wachstum der Wirtschaft auch für die schwächeren Volkswirtschaften etwas abfalle, hat sich bisher kaum bewahrheitet (> *Freihandel*). Natürlich spielen auch endogene Faktoren in den Entwicklungsländern wie Korruption, fehlende Rechtsicherheit oder mangelnde Bildungsmöglichkeiten eine Rolle. Das zentrale Wirtschaftsversagen liegt aber heute in der Unfähigkeit der Befriedigung der Grundbedürfnisse, also der „needs“ (Daly 1999) aller ErdenbürgerInnen. Denn es ist (relativ) leicht für Menschen mit hoher Kaufkraft zu produzieren, die Herausforderung bestünde jedoch darin, Wirtschaft so zu organisieren, dass für jene produziert wird, die den größten Bedarf haben (Holzinger 2012: 41ff).

Neben der Frage, wie viel produziert wird, geht es daher immer auch um die Frage, für wen produziert wird. Und natürlich unter welchen Umständen wer für wen produziert. Der Hinweis auf soziales Outsourcing von Produktionsprozessen in Billiglohnländern möge hier genügen. Zudem geht es darum, wie mit dem Produktionsfaktor >*natürliche Ressourcen* umgegangen wird (>*Nachhaltigkeit*). Die Frage, wie produziert wird, hängt mit technologischen Möglichkeiten, aber auch mit Unternehmenskulturen und Arbeitsrechten (>*Wirtschaftsdemokratie*) zusammen. Die Frage, was produziert wird, impliziert das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage bzw. Nachfragestimulierung mittels >*Werbung* (>*Konsumentendemokratie*).

Literatur & Links

Daly, Herman (1999): *Wirtschaft jenseits von Wachstum*. Salzburg

Holzinger, Hans (2012): *Neuer Wohlstand. Leben und Wirtschaften auf einem begrenzten Planeten*. Salzburg.

Entscheidend ist, wer was für wen unter welchen Bedingungen produziert

Produktionsfaktoren

Produktionsfaktoren bezeichnen die Mittel (Inputs), die zur Herstellung eines Gutes (Output) notwendig sind. Seit über 200 Jahren werden die Produktionsfaktoren in >Arbeit, >Kapital und Boden unterteilt. Manche benennen >Wissen als vierten Produktionsfaktor, andere ordnen diese dem Faktor Arbeit (geistige Kenntnisse, Humankapital) zu. Mit Boden werden heute >natürliche Ressourcen bezeichnet. Wirtschaften heißt nun, die Produktionsfaktoren (Inputs) möglichst effizient einzusetzen, d. h. eine gewünschte Menge an Gütern mit möglichst wenig Mitteln herzustellen (Minimumprinzip) bzw. mit einer bestimmten Menge an Produktionsfaktoren eine maximale Gütermenge (Output) zu produzieren (Maximumprinzip). Dies soll durch einen optimalen Einsatz der Produktionsfaktoren erreicht werden, was auch als optimale Allokation der Mittel bezeichnet wird (Rogall 2011: 40f). Wie dieses Optimum erreicht wird, etwa durch >Arbeitsverdichtung, höhere >Ressourcenproduktivität, Geringhaltung der Ausgaben für >Werbung, ist offen und liegt im Geschick bzw. der Verantwortung der unternehmerisch Handelnden.

In Bezug auf die Produktionsfaktoren stellen sich mehrere Fragen (S. Grafik). Bei Arbeit: Wie hoch ist der Arbeitslohn und das Unternehmereinkommen? Sind Einnahmen aus Kapitalvermögen wie Renditen oder Mieterträge Leistungseinkommen oder eher den leistungs- bzw. arbeitslosen Einkommen zuzurechnen, da hierfür ja nicht gearbeitet werden muss? Was bedeutet die Sozialpflichtigkeit von Eigentum und darf Eigentum von der Gesellschaft begrenzt werden? Wenn Wissen als Hauptproduktionsfaktor in der heutigen Wirtschaft gilt, wem ist dann die aus diesem Wissen hervorgegangene Leistung zuzurechnen? Darf Wissen wie anderes Eigentum geschützt (Patente) werden und wie weit soll Wissen als Gemeingut gelten? Nicht zuletzt: Bildet der Markt den Preis der Natur korrekt ab oder werden Folgekosten des Naturverbrauchs der Allgemeinheit aufgebürdet. Und ist es legitim, Natur als Produktionsfaktor zu bezeichnen, oder müsste die Ökosphäre als Grundlage für alles Leben den Produktionsfaktoren übergeordnet werden?



Arbeit, Kapital, Naturressourcen und Wissen gelten als Produktionsfaktoren

Produktivität

Die Wirtschaftsproduktivität bezeichnet die Menge an Wertschöpfung (Output) pro Einheit eingesetztem Kapital (Kapitalproduktivität), eingesetzter Arbeitsleistung (Arbeitsproduktivität), eingesetzten Rohstoffen bzw. Energie (>Ressourcenproduktivität). Bei letzterem wird auch von Materialintensität bzw. Energieintensität des Wirtschaftens gesprochen. Das Ziel des Wirtschaftens liegt nun darin, die Produktivität (maximaler Output bei möglichst geringem Input) permanent zu erhöhen (>Produktionsfaktoren). Doch sind hier Grenzen gesetzt. Mit dem abnehmenden Grenzertrag wird jene Marge bezeichnet, ab der die Kosten für den Einsatz von Kapital, Arbeit oder Ressourcen die Ertragszuwächse übersteigen. Weiterer Input ist ab diesem Schwellenwert kontraproduktiv. Die Kapital- und Arbeitsproduktivität sind in den Wohlstandsländern im 20. Jahrhundert um ein Vielfaches gestiegen, die >Ressourcenproduktivität hinkt hier jedoch stark hinterher. Die Verbrauchskurven weisen im letzten Jahrhundert für alle >natürlichen Ressourcen steil nach oben, was vor allem mit der enormen Ausweitung der Produktion zusammenhängt.

Hohe Kapital- und Arbeitsproduktivität können nicht mehr alleiniges Ziel sein

Der Zukunftsforscher *Rolf Kreibich* rechnet vor, dass in den letzten 100 Jahren die Produktivität in der Landwirtschaft um 3000 Prozent, in der Gütererzeugung um 3500 Prozent sowie im Bereich der Dienstleistungen um mindestens 2500 Prozent gestiegen ist. Die durchschnittliche Lebenserwartung hat sich von 35 auf 70 Jahre verdoppelt. Kommende Generationen werden möglicherweise an die hundert Jahre alt. Die Mobilität wurde um den Faktor 100 gesteigert (Kreibich 2004).

Ziel nachhaltigen Wirtschaftens muss es sein, insbesondere die *>Ressourcenproduktivität* zu erhöhen. Doch zugleich muss der Güterausstoß (Output-Rate) verringert werden, um *>Reboundeffekte* (Mengeneffekte neutralisieren Ressourcenproduktivitätszuwächse) hintanzuhalten, was bisher nicht gelungen ist (Jäger 2006: 131). Zudem sagt die Produktivität allein noch nichts über die Qualität des Produzierten aus. So kann man auch höchst effizient Rüstungsgüter produzieren.

Auf betrieblicher Ebene wird die Produktivität am Verhältnis von Input und Output gemessen, was in der Unternehmensbilanz ablesbar ist. Auf volkswirtschaftlicher Ebene wird Produktivität am Input etwa an Arbeit, Kapital oder Naturressourcen pro Einheit *>Bruttoinlandsprodukt* gemessen. Dabei ist auch die begrenzte Aussagefähigkeit des BIP bezüglich Lebensqualität zu bedenken. Man kann zwar die Schäden eines Autounfalls oder die Erkrankungen durch Fehlernährung kosteneffizient beheben, sinnvoller und noch kosteneffizienter wäre es, Autounfälle oder Zivilisationskrankheiten soweit als möglich von vornherein zu verhindern.

Literatur & Links:

Jäger, Jill (2006): *Wie viel verträgt unsere Erde noch? Wege in die Nachhaltigkeit*. Frankfurt.

Rogall, Holger (2009): *Grundlagen einer nachhaltigen Wirtschaftslehre*. Marburg.

Kreibich, Rolf: *Zukunftsvisionen und Zukunftserwartung. Herausforderung für die Bürgergesellschaft*. In: Klaus Kufeld (Hrsg.): *Wir bauen die Städte zusammen. Die Bürgerregion als Utopie*. Freiburg u. a., Alber 2004, S. 71-94; Zahlen S. 80.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt gibt den Gesamtwert aller Güter, d. h. Waren und Dienstleistungen an, die innerhalb eines Jahres innerhalb der Landesgrenzen einer Volkswirtschaft hergestellt wurden, nach Abzug aller Vorleistungen. Produziert ein Unternehmen Fahrräder, so wird der in Geld bemessene Wert aller hergestellten Räder herangezogen abzüglich der Leistungen der Zulieferer, da diese bereits in den Unternehmen der Zulieferer erfasst wurden. So wird eine Doppelzählung verhindert. Bei der Berechnung werden Güter, die nicht direkt weiterverwendet, sondern auf Lager gestellt werden, als Vorratsveränderung berücksichtigt. Gemessen werden alle Leistungen, die über Geld erstellt werden. Die Angabe erfolgt entweder für eine Volkswirtschaft (BIP) bzw. als Wirtschaftsleistung pro EinwohnerIn (BIP/pro Kopf) für eine bestimmte Periode, in der Regel eben ein Jahr. Das um die durchschnittlichen Preissteigerungen des Berechnungszeitraums bereinigte Bruttoinlandsprodukt wird als reales Bruttoinlandsprodukt bezeichnet. Das Bruttoregionalprodukt misst die Wirtschaftsleistung von Regionen, in Österreich von Bundesländern.



Zudem geht es nicht nur um die Frage, wie effizient, sondern auch darum, was produziert wird

Gesamtwert aller Waren und Dienstleistungen, die innerhalb der Grenzen einer Volkswirtschaft produziert werden

Das >Wirtschaftswachstum wird in der Regel als Veränderung des BIP gegenüber dem Wert des Vorjahres angegeben. Möglich ist die Differenzierung der Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftssektoren, was Rückschlüsse über deren Anteil an der Gesamtwertschöpfung ermöglicht. So entfallen in den Volkswirtschaften der reichen Länder mittlerweile bis zu drei Viertel der Wertschöpfung auf wirtschaftsnahe und soziale Dienstleistungen. Der Beitrag des produzierenden Sektors ist heute auf ein Viertel gesunken, jener der Landwirtschaft beträgt nur mehr 1- 2 Prozent. Die Berechnung kann auch nach der Verwendung des Erwirtschafteten erfolgen, dann spricht man von Bruttosozialprodukt. Dieses setzt sich zusammen aus den Konsumausgaben, den Investitionen sowie den Exporten, vermindert um die Importe der Haushalte, Unternehmen sowie des Staates.

Die Kritik am Bruttoinlandsprodukt bezieht sich auf die undifferenzierte Summierung aller Leistungen (auch Autounfälle erhöhen das BIP, Stichwort >Negativkosten) sowie die Beschränkung der erfassten Leistungen auf monetäre Transaktionen (>Feministische Ökonomie, >Erweiterter Wirtschaftsbegriff). Nicht monetär abgegoltene Leistungen wie Kindererziehung oder ehrenamtliches Engagement bleiben unberücksichtigt. Gefordert wird daher eine erweiterte >Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung sowie eine differenziertere >Wohlstandsmessung.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR)

Der Wirtschaftskreislauf bezeichnet die Gesamtheit der Geld- und Güterströme in einer Volkswirtschaft in einem bestimmten Zeitraum sowie die zwischen ihnen bestehenden Beziehungen. Die Grundkonzeption geht von dem zwischen dem Unternehmenssektor und dem Sektor der privaten Haushalte bestehenden Austauschprozess aus. Hierbei fließt von den Unternehmen ein realer Strom von Konsumgütern an die Haushalte, als Gegenleistung geht von diesen ein monetärer Strom von Konsumausgaben an die Unternehmen. Umgekehrt stellen die Haushalte ihre Arbeitsleistung zur Verfügung (realer Strom) und erhalten dafür Löhne bzw. Gehälter (monetärer Strom). In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) wird dieses einfache Grundmodell durch Einbeziehung des Staates sowie der Banken und des Auslandes unter Berücksichtigung der tatsächlich vielfältigen Aktivitäten erweitert. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung stellt u.a. die Entstehung (Entstehungsrechnung), die Verteilung (Verteilungsrechnung) und die Verwendung (Verwendungsrechnung) des Sozialprodukts bzw. Bruttoinlandsprodukts getrennt nach Wirtschaftssektoren dar. Das Berechnungsschema der VGR wird auch für Voraussagen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung herangezogen und liefert wichtige Informationen für die Wirtschaftsforschung und die Wirtschaftspolitik (Lexikon der Wirtschaft, o. J.)

Ausgewiesen werden Größen wie das >Bruttoinlandsprodukt (BIP), das Bruttosozialprodukt, das verfügbare Einkommen der Haushalte, der Finanzierungssaldo des Staates, der private Konsum sowie Investitionen, basierend auf der Vorstellung eines Wirtschaftskreislaufs. Für Österreich werden die Daten von Statistik Austria erstellt und sind dort abrufbar. Neben dem nationalen BIP und jenem für die Bundesländer sowie dem Wirtschaftswachstum sind hier auch Daten wie das Primär- und Sekundäreinkommen (das heißt das Einkommen mit und ohne Sozialtransfers) oder die Konsumausgaben der Haushalte abrufbar (Statistik Austria, o. J.).

Kritisiert wird an der VGR, dass diese nur monetäre Leistungen erfasst, nicht jedoch Sorgetätigkeiten oder ehrenamtliches Engagement (Gubitzer 2011). Ebenso fehlen Daten zum pro Jahr verbrauchten bzw. verbleibenden Naturkapital. Diese versu-

Das Bruttoinlandsprodukt gibt Wohlstand nur bedingt wieder, da es Negativkosten als Einnahmen verbucht

Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung erfasst die geld- und Güterströme einer Volkswirtschaft

Kritisiert wird die Ausblendung nichtmonetärer Werte und Leistungen

chen Umweltökonomische Gesamtrechnungen zu erfassen (Meyer 2010). In Österreich werden Daten zu Energie und Umwelt von Statistik Austria erhoben. Ausgewiesen werden u. a. der Energieverbrauch, der Anteil erneuerbarer Energie (beides ist in den letzten Jahren gestiegen), die Auslandsabhängigkeit der Energieversorgung (ist von 70 Prozent im Jahr 2011 auf 60 Prozent im Jahr 2015 gesunken) oder der Materialverbrauch pro Kopf (geht geringfügig zurück). Auch findet man Daten zu den Umweltausgaben sowie zu >Green Jobs (Statistik Austria, o. J.). Erweiterte Parameter werden in neuen Ansätzen der >Wohlstandsmessung sowie in Studien zur >Zeitverwendung erhoben.

Literatur & Links

Gubitzer, Luise (2011): *Was tun wir, wenn wir tätig sind? Dienste leisten.*

www.beigewum.at/wordpress/wp-content/uploads/Was-tun-wir-wenn-wir-t%C3%A4tig-sind.pdf

Lexikon der Wirtschaft (o. J.): *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung.*

<http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/21066/volkswirtschaftliche-gesamtrechnung>

Meyer, Bernd (2010): *Wie muss die Wirtschaft umgebaut werden? Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung.* Frankfurt.

Statistik Austria (o. J.): *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung.*

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/wirtschaft/volkswirtschaftliche_gesamtrechnungen/index.html

Statistik Austria (o. J.): *Energie, Umwelt, Innovation, Mobilität.*

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_umwelt_innovation_mobilitaet/energie_und_umwelt/index.html

Negativkosten

Bezeichnen Ausgaben, die zwar das >Bruttoinlandsprodukt erhöhen, nicht jedoch die Lebensqualität, ja diese sogar verringern. Als Beispiele gelten Kosten für gesellschaftlich bedingte Zivilisationskrankheiten aufgrund falscher Ernährung, stressiger Arbeitsbedingungen oder mangelnder Bewegung, aber auch Umweltfolgekosten wie die Sanierung kaputter Böden oder Schäden durch den >Klimawandel. Auch anfallende Kosten für Autounfälle, Staus usw. fallen in diese Kategorie. Zugespielt formuliert erhöhen auch Naturkatastrophen wie Erdbeben oder Kriege das Bruttoinlandsprodukt, da diese Nachfrage generieren. Der Ökonom Herman Daly (1999, 2009) spricht von „unwirtschaftlichem Wachstum“. Gefordert werden daher differenziertere Wege der >Wohlstandsmessung sowie der >Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Literatur & Links:

Daly, Herman (2009): *Steady-State-Economy – Ein Wirtschaftssystem des langfristigen Gleichgewichts.* In: *Zeitschrift für Sozialökonomie*, 162-163/2009, 39-43.

Daly, Herman (1999): *Wirtschaft jenseits von Wachstum.* Salzburg.

Negativkosten erhöhen zwar das Bruttoinlandsprodukt, nicht jedoch den Wohlstand

Marktwirtschaft

Bezeichnet ein Wirtschaftssystem, bei dem sich Angebot und Nachfrage im freien Spiel der Marktkräfte entfalten. Unternehmen produzieren nur das, was von Menschen nachgefragt wird. Steigt die Nachfrage nach einem Produkt, kann der Preis dafür erhöht werden, sinkt die Nachfrage, muss dieser gesenkt oder auf Alternativeprodukte umgesattelt werden. Was der Ökonom Adam Smith, der gemeinhin als Begründer der freien Marktwirtschaftslehre angesehen wird, zu seiner Zeit als „unsichtbare Hand“ des freien Marktes bezeichnete, war der Versuch zu zeigen, dass

Freie Marktwirtschaft als Emanzipation des Bürgertums vom Feudaladel und des Merkantilismus

das aufstrebende englische Bürgertum keinen absolutistisch regierenden König mit seinen Eingriffen in die Wirtschaft benötigte, um eine positive wirtschaftliche Entwicklung sicherzustellen. Mit dem Konzept einer freien Marktwirtschaft sollte das dirigistische System des Merkantilismus überwunden werden (Rogall 2013: 74).

Heute stellt sich die Marktwirtschaft in vielen Belangen als nicht mehr „frei“ dar (Felber 2017, Nicoll 2016, Gahrman 2013). Große Konzerne haben Marktvorteile gegenüber kleineren, weil sie über höhere Werbebudgets, bessere Kreditrahmen und mehr politische Macht verfügen (>Konsumentendemokratie). Die Gefahr kleinerer Unternehmen von größeren gefressen zu werden, bringt diese in Zwangslagen. Überdies sind der Marktwirtschaft durch die Ausdehnung der Güterketten in der globalen Wirtschaft (Lieferkettenkapitalismus) immer mehr die Marktplätze abhanden gekommen (Negt 2001). Die Entstehungsbedingungen der Güter sind intransparent und können nur mehr bedingt nachvollzogen werden. Teilweise diktiert Oligopole etwa in der Lebensmittelversorgung den Zulieferern und KonsumentInnen die Marktbedingungen. Und sofern soziale und ökologische Standards zwischen unterschiedlichen Ländern bzw. Regionen stark differieren, herrschen ungleiche Wettbewerbs- und Marktbedingungen (Radermacher u. a. 2011).

Hinterfragt wird auch das Konstrukt vom „gerechten Preis“: „Ist es in Wirklichkeit nicht so, dass Brot für die Hungernden einen ganz anderen Wert hat als für die Satten? Dennoch kostet es für beide gleich viel.“ (Bennholdt-Thomsen 2010: 52)

Der Ökonom Holger Rogall unterscheidet für die BRD vier wirtschaftspolitische Phasen seit dem Ende des 2. Weltkriegs: Eine *Soziale Marktwirtschaft mit Ordnungsrahmen* in den Nachkriegsjahren bis Mitte der 1960-Jahre, gefolgt von einem *Keynesianischen Wohlfahrtsstaat* von Mitte der 1960er bis Ende der 1970er-Jahre, der auf deficit spending basierte. Diesem sei der *Schlanke Wettbewerbsstaat* von Ende der 1970er- bis Mitte 2000er-Jahre gefolgt. Ab den 2000er-Jahren gäbe es aufgrund sich mehrender Krisen Anzeichen für den Übergang in eine *Nachhaltige Marktwirtschaft*, die auch ökosoziale Marktwirtschaft genannt wird (Rogall 2013: 73).

Ob die Politik die hier geforderte bzw. erhoffte Lenkungsfunktion tatsächlich wahrnehmen wird oder ob den Staaten aufgrund ihrer immensen >Verschuldung weitgehend die Hände gebunden sind, bleibt noch abzuwarten. Wolfgang Streeck (2013) spricht vom Übergang des Steuerstaates in den Schuldenstaat, dem nun der Konsolidierungsstaat folge, der – so seine Befürchtung – unter dem Druck der internationalen Finanzmärkte die Demokratien in größere Krisen stürzen könnte.

Modelle wie >Solidarwirtschaft oder >Gemeinwohlökonomie unterscheiden sich von der ökosozialen Marktwirtschaft insofern, als sie neben anderen politischen Rahmensetzungen (etwa Ökosteuern, höhere Vermögensbesteuerung) erweiterte Ansprüche an die Unternehmen auch im Sinne von >Wirtschaftsdemokratie stellen.

Literatur & Links

Bennholdt-Thomsen, Veronika (2010): *Geld oder Leben. Was uns wirklich reich macht.* München.

Felber, Christian (2017): *Ethischer Welthandel. Alternativen zu TTIP, WTO & Co.* Wien.

Gahrman, Arno (2013): *Wir arbeiten und nicht das Geld. Wie wir unsere Wirtschaft wieder lebenswert machen.* Berlin.

Negt, Oskar (2001): *Arbeit und menschliche Würde.* Göttingen.

Nicoll, Norbert (2016): *Adieu, Wachstum! Das Ende einer Erfolgsgeschichte.* Marburg.

Radermacher, Franz Josef; Riegler, Josef; Weiger, Hubert: *Ökosoziale Marktwirtschaft. Historie, Programm und Perspektive eines zukunftsfähigen globalen Wirtschaftssystems.* München.

Rogall, Holger (2009): *Grundlagen einer nachhaltigen Wirtschaftslehre.* Marburg, Metropolis.

Der Marktwirtschaft kommen die Marktplätze abhanden

Hoffnung auf eine nachhaltige oder ökosoziale Marktwirtschaft

Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Frankfurt/M.

Kapitalismus

Bezeichnet die Wirtschaftsform des geplanten und gezielten Einsatzes von Kapital für Wirtschaftszwecke mit dem Ziel der Generierung von Gewinnen, die erneut investiert werden. Die Formel lautet: Geld (G) - Waren (W) - Geld (G'). Datiert wird die Entstehung des Kapitalismus mit dem Beginn der Industrialisierung im 18. Jahrhundert.

Das Geld- und Schuldsystem reicht historisch weit zurück bis in die Zeit der Babylonier. Doch Geld diente als reines Tauschmittel und – was noch entscheidender gewesen ist – Reichtum ist bis herauf in die Neuzeit lediglich angehäuft worden, etwa von den Rentiers der Feudalgesellschaft. Erst im Zeitalter der industriellen Revolution, die Ende des 18. Jahrhunderts in Großbritannien, dem Land mit dem damals am weitesten emanzipierten Bürgertum, ihren Ausgang genommen hat, sei Geld, so die Analyse von Ulrike Herrmann (2013), in die Entwicklung neuer Technologien und Maschinen investiert worden. Herrmann sieht den entscheidenden Entwicklungsschub für diese ungeheure Entfaltung der Produktivkräfte nicht in der Entdeckung der fossilen Energieträger (zumindest die Kohle hätten auch frühere Kulturen bereits gekannt), sondern in dem Umstand, dass Vermögen zu investivem Kapital transformiert wurde (Herrmann 2013). In der Feudalgesellschaft gab es kein Streben nach Gewinn im heutigen Sinn: „Die Mächtigen interessierte es mehr, sich durch Plünderungen anderer Feudalherren oder Völker zu bereichern, durch Intrigen, die sie der Gunst des Königs näher brachten, durch Kriege und Duelle“, so Yanis Varoufakis. Der Gewinn habe in den Feudalherren nicht einmal als Begriff existiert. Erst die Entstehung der Marktgesellschaften und das Prinzip des Kapitalismus, Gewinne durch Kredite zu lukrieren, habe die Voraussetzungen dafür geschaffen, „dass sich Schulden, Gewinn und Reichtum untrennbar verbinden konnten“ (Varoufakis 2015: 48).

Andere Autoren setzen die Entstehung des Kapitalismus etwas früher an. Die Notwendigkeit der Fremdfinanzierung großer Projekte wie die Ausstattung von Söldnerheeren der innereuropäischen Kriege des 16. und 17. Jahrhunderts sowie von Expeditionen im Zuge der Kolonialisierung außereuropäischer Kontinente habe zur Entstehung von Banken und Börsen und damit zur kapitalistischen Akkumulationslogik geführt. Die Bank of England wurde demnach gegründet, um die Kriege des englischen Königs Heinrich IV gegen Kontinentalmächte zu finanzieren. Die Gründung der Amsterdamer Börse Anfang des 17. Jahrhunderts folgte jener der Ostindischen Kompanie, eines der ersten Großunternehmen, das im Zuge der Kolonialisierungsbestrebungen gegründet wurde. Und Wallersteins Söldnerheere, die im Dreißigjährigen Krieg unterschiedlichen Herrschern zu Diensten standen, sollen ebenfalls über erste Banken finanziert worden sein (Nicoll 2016, Scheidler 2015, Groll 2009).

Der Historiker Ferdinand Braudel unterscheidet bewusst Marktwirtschaft und Kapitalismus. Während erstere Gebrauchsgüter herstelle, die über Märkte vertrieben werden, gehe es im Kapitalismus um einen ständigen Verwertungsprozess aus Gewinninteresse: „Das Kapital ist eine greifbare Realität, es umfasst die leicht identifizierbare Masse der finanziellen Ressourcen, die ständig eingesetzt werden; ein Kapitalist ist ein Mann, der die Verwertung des Kapitals in dem ununterbrochenen Produktionsprozess, zu dem jede Gesellschaft verurteilt ist, dirigiert oder zu dirigie-

Umwandlung von Vermögen zu Kapital führte zu gigantischer Entfaltung der Produktivkräfte

Manche datieren die Entstehung des Kapitalismus in die Zeit der europäischen Territorialkriege und des Kolonialismus

Verwertungsprozess aus Gewinninteresse als oberstes Ziel unterscheidet Kapitalismus von Marktwirtschaft

ren versucht; und der Kapitalismus ist, grob gesprochen, eine Art und Weise, in der – meist aus wenig altruistischen Gründen – dieser ständige Verwertungsprozess vorangetrieben wird.“ (Braudel 1986: 48)

Die These vom *>Wachstumszwang* im Kapitalismus führte zu der Annahme, dass dieser auf permanente Expansion angewiesen sei – zum einen um neue billige Rohstoffe zu erschließen, zum anderen um neue Absatzmärkte zu generieren. Die Welt-System-Theorie spricht von historisch auf einander folgenden Expansionswellen sowie der Aufteilung der Welt in Zentren und Peripherien (Wallerstein 1989, Kurz 1999).

Anders als die gängige öffentliche Wahrnehmung vermuten lässt, werden Kapitalismus und Staat in historischen Studien als einander bedingende Systeme beschrieben (Herrmann 2013). Von manchen wird auch das Militär als drittes relevantes System hinzugefügt, welchem die Aufgabe zukam (zukommt), Rohstoffquellen und neue Absatzmärkte abzusichern (Scheidler 2015). „Ohne die Staatsgewalt wären Privatgewinn und Marktwirtschaft gar nicht möglich.“ (Varoufakis 2015: 76). Die britische Professorin für Technologiepolitik der Universität Sussex Mariana Mazzucato verweist darauf, dass der Erfolg und Profit vieler großer Konzerne auf Vorleistungen der Staaten basiert, insbesondere im Bereich von Grundlagenforschung (Mazzucato 2014).

Die Krisen des Kapitalismus in seiner Frühphase werden mit Nachfrageproblemen und Deflationsspiralen argumentiert. Mangelnde Kaufkraft bedeutet mangelnde Nachfrage, diese führt zum Rückgang der Produktion, was die Arbeitslosigkeit weiter erhöht und die Kaufkraft der Menschen weiter senkt. Die beiden Weltkriege werden in diesem Kontext als „Konjunkturlokomotiven“ gesehen, die Nachfrage durch eine gigantische Rüstungsgüterproduktion sowie die Errichtung von Kriegsinfrastrukturen (z. B. Autobahnen) schufen, was zwar der Bevölkerung Arbeit, aber durch den Krieg auch unermessliches Leid brachte (Scheidler 2015, Groll 2009). Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Kriegsökonomien weitgehend transformiert, auch wenn im Zuge des atomaren Wettrüstens der beiden Militärblöcke NATO und Warschauer Pakt weiterhin beträchtliche Rüstungsinvestitionen getätigt wurden.

Die Notwendigkeit des Wiederaufbaus sowie die allmähliche Entwicklung eines Massenwohlstandes bescherten dem Kapitalismus seine erste Prosperitätsphase, an der auch die Bevölkerung teilhatte. Der Kapitalismus wurde zum *>Konsumkapitalismus* und schuf sich durch die Zunahme der Kaufkraft der breiten Massen eine stabile Absatzlage. Zu Krisen kam es erst wieder in den 1970er-Jahren im Zuge der drastischen Ölpreiserhöhungen durch die OPEC, einem Zusammenschluss der erdölfördernden Staaten des Nahen Ostens, sowie der ökonomischen Überdehnung der USA im Zuge des Vietnamkriegs. Ab den 1980er-Jahren folgten dann vermehrt *>Finanzkrisen*, die Volkswirtschaften unterschiedlicher Länder erfassten, sowie die nicht mehr zu leugnenden ökologischen Krisen (*>Klimawandel*, *>Peak Everything*).

Die Stärke des Kapitalismus liegt in seiner einzelwirtschaftlich gesehen hohen *>Produktivität*. Das wesentliche *>Wirtschaftsversagen* des Kapitalismus ist in seiner Unfähigkeit, die Grundbedürfnisse aller Menschen zu befriedigen, zu sehen. Produziert wird für jene mit der größten Kaufkraft, nicht für jene mit dem größten Bedarf. Dazu kommt der nicht nachhaltige Verbrauch von *>natürlichen Ressourcen*, die Zunahme von *>Arbeitsverdichtung*, was die *>Lebensqualität* vieler Menschen sinken lässt, sowie die Sinnentleerung durch mittels *>Werbung* erzeugter Schein-Bedürfnisse und *>Konsumfallen* (Holzinger 2012: 41ff). Als viertes Problem wird die zunehmen-

*Wachstumszwang des
Kapitalismus ist umstritten*

*Wandlung zum Konsumkapi-
talismus nach dem Zweiten
Weltkrieg führt heute in
ökologische Krisen*

de öffentliche und private >Verschuldung genannt, die die Befriedigung von Bedürfnissen und Ansprüchen und damit auch die Nachfrage auf Pump finanziert (Dahrendorf 2009, Streeck 2013, Sedláček/Orell 2013). Kritik erfährt nicht zuletzt die Dominanz des Konkurrenzprinzips, welches wirtschaftlichen Erfolg vornehmlich auf Kosten anderer Unternehmen sowie der Belegschaften (>Arbeitsverdichtung) realisiert (Felber 2008, Bauer 2007).

Literatur & Links

Bauer, Joachim (2007): *Prinzip Menschlichkeit. Warum wir von Natur aus kooperieren.* Frankfurt/M.

Braudel, Ferdinand (1986): *Die Dynamik des Kapitalismus.* Stuttgart.

Dahrendorf, Ralf (2009): *Vom Sparkapitalismus zum Pumpkapitalismus.* In: *Cicero Online*, 23. 7. 2009.

Felber, Christian (2008): *Neue Werte für die Wirtschaft. Eine Alternative zu Kommunismus und Kapitalismus.* Wien.

Groll, Franz (2009): *Von der Finanzkrise zur solidarischen Gesellschaft. Visionen für eine zukunftsfähige Wirtschaftsordnung.* Hamburg.

Herrmann, Ulrike (2013): *Der Sieg des Kapitals. Wie der Reichtum in die Welt kam: Die Geschichte von Wachstum, Geld und Krisen.* Frankfurt/M.

Holzinger, Hans (2012): *Neuer Wohlstand. Leben und Wirtschaften auf einem begrenzten Planeten.* Salzburg.

Kurz, Robert (1999): *Schwarzbuch Kapitalismus. Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft.* Frankfurt/M.

Mazzucato, Mariana (2014): *Das Kapital des Staates. Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum.* München.

Nicoll, Norbert (2016): *Adieu, Wachstum! Das Ende einer Erfolgsgeschichte.* Marburg.

Scheidler, Fabian (2015): *Das Ende der Megamaschine. Geschichte einer scheiternden Zivilisation.* Wien.

Sedláček, Tomáš; Orell, David (2013): *Bescheidenheit. Für eine neue Ökonomie. Gespräch mit Roman Chlupatý.* München.

Streeck, Wolfgang (2013): *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus.* Frankfurt/M.

Wallerstein, Immanuel (1989): *Der historische Kapitalismus.* Hamburg.

Sozialismus

Bezeichnet eine auf Karl Marx und Friedrich Engels zurückgehende Gesellschaftsform, in der die lohnabhängigen Werktätigen die Produktionsmittel selbst in die Hand nehmen, in dem die Unternehmensbesitzer enteignet werden. Während das Bürgertum und untere Schichten (Bauern, Gesellen, Tagelöhner) – der dritte Stand gegenüber den Feudalherren und dem Klerus – in den Revolutionen der Aufklärung die bürgerlichen Freiheitsrechte erwarben, verschlechterten sich mit der industriellen Revolution die Lebens-, Wohn- und Arbeitsverhältnisse des neuen Industrieproletariats. Soziale Bewegungen erkämpften schrittweise die Einführung von Sozial- und Arbeitsgesetzen etwa zur Begrenzung der Arbeitszeit, dem Verbot von Kinderarbeit oder dem Versammlungsrecht. Sozialreformen wurden als Zugeständnisse an die Arbeiterschaft und durch Druck der sich entwickelnden sozialistischen, heute sozialdemokratischen Parteien umgesetzt.

Manchen gingen diese Sozialreformen jedoch nicht weit genug. Utopische Sozialisten wie Robert Owen entwickelten Modellen von genossenschaftlich oder selbstverwaltet geführten Unternehmen (Gellenbeck 2012: 98ff). Der Marxismus ging

Sozialistische Bewegungen als
Antwort auf die Ausbeutung
des Industrieproletariats

Hoffnung auf nichtentfrem-
dende Arbeit galt einer post-
kapitalistischen

noch einen Schritt weiter und forderte die gänzliche Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln. Der erwirtschaftete Mehrwert sollte zur Gänze den Arbeitern zu Gute kommen.

Während Marx und Engels davon ausgingen, dass der Übergang zum Kommunismus in den hochentwickelten Industriegesellschaften stattfinden würde, weil die Arbeitenden aufgrund der hohen Produktivität und des erreichten Wohlstands die politischen Mittel hierfür in die Hand bekämen (die Produktivkräfte würden die Produktionsverhältnisse verändern), wurden die kommunistischen Revolutionen in den agrarisch geprägten Ländern Russlands und Chinas umgesetzt. An der Schwelle zur Industrialisierung wurde in diesen Ländern eine zentral gelenkte *>Planwirtschaft* installiert, die durchaus Erfolge zu verzeichnen hatte, aber an vielen Ineffizienzen gescheitert ist. In der Sowjetunion durch den Zusammenbruch, in China durch den Schwenk hin zu einem staatlich gelenkten Kapitalismus einschließlich eines (halb)freien Unternehmertums.

Die Gründe für das Scheitern der *>Planwirtschaften* sind vielfältig und komplex – Verantwortungsdiffusion auf allen Entscheidungsebenen und eine sich ausbreitende Vetternwirtschaft zählen dazu. Wenn Eigentumsrechte gegenüber dem Staat zu wenig geschützt sind, „verläuft die wirtschaftliche Entwicklung oft weniger dynamisch, da die Anreizfunktion des Eigentums unzureichend ist“, so etwa der Vertreter einer Ökologischen Ökonomie Holger Rogall (Rogall 2011: 66).

Zentrale Planwirtschaften gelten als historisch gescheitert, was jedoch nicht bedeutet, dass eine Begrenzung von Privateigentum sowie die Implementierung von mehr Mitsprache- und Teilhaberechten der Belegschaften im Sinne von *>Wirtschaftsdemokratie*, wie dies etwa Christian Felber (2012) und das Modell der *>Gemeinwohlökonomie* fordern, nicht sinnvoll und machbar wären.

Von den sozialistischen Bewegungen gingen in jedem Fall wichtige Impulse aus, die zur Umsetzung des Wohlfahrtsstaates sowie einer *>Marktwirtschaft* mit sozialen Attributen wesentlich beigetragen haben. Dass diese Errungenschaften in den Schwellen- und Entwicklungsländern erst sukzessive erkämpft werden müssen (*>Arbeitsrechte*) und auch in den Wohlstandsländern aufgrund der aktuellen *>Mehrfachkrise* wieder gefährdet sind, steht außer Zweifel. Und dennoch ist festzuhalten, dass der Anstieg des Wohlstandes im *>Konsumkapitalismus* in den reichen Ländern zur Befriedung der Gesellschaften führte, was der Idee des Kommunismus jegliche Attraktivität geraubt hat.

Alternativen zum *>Kapitalismus* werden in Nischen erprobt, etwa in der *>Solidarwirtschaft*. Bewegungen wie attac oder Occupy Wallstreet fordern keine kommunistische Gesellschaftsordnung, sondern einen regulierten *>Kapitalismus*. Linke Regierungen in Lateinamerika oder in manchen EU-Staaten, die aus Protest gegen die von IWF, Weltbank und EZB aufgezwungene Austeritätspolitik zu politischem Einfluss gelangt sind, zielen auf eine Marktwirtschaft mit stärkerer staatlicher Lenkung und sind dennoch abhängig von den internationalen Handels- und Finanzmärkten. Wie schwierig eine autonome Politik ist, musste Syriza in Griechenland Mitte 2015 zur Kenntnis nehmen.

Literatur & Links

Felber, Christian (2012): *Gemeinwohlökonomie. Das Wirtschaftsmodell der Zukunft*. Wien.

Gellenbeck, Conny (2012): *Gewinn für alle. Genossenschaften als Wirtschaftsmodell der Zukunft*. Berlin.

Rogall, Holger (2009): *Grundlagen einer nachhaltigen Wirtschaftslehre*. Marburg, Metropolis.

Fehlende Anreizfunktion des Eigentums wird für das Scheitern des Realsozialismus mitverantwortlich gemacht

Planwirtschaft

Bezeichnet die Organisation der Produktionsmengen und Produktionsprozesse nach zentralen bzw. staatlichen Vorgaben. In Knappheitsökonomien können Planwirtschaften durchaus erfolgreich sein. In sich ausdifferenzierenden Ökonomien verlieren sie offensichtlich ihre Effizienz, wie die Experimente des >Sozialismus gezeigt haben. >Marktwirtschaften sind erfolgreicher hinsichtlich Bereitstellung von Gütern, auch wenn diese ebenfalls Defizite aufweisen, etwa dass Kaufkraft allein über den Zugang zu Gütern entscheidet (>Kapitalismus). Manche gehen davon aus, dass im Zuge der ökologischen Verknappungen bedeutend mehr Staatseingriffe bis hin zu Kontingentierungen von Ressourcen nötig sein werden (etwa Nair 2011, Meadows 2014).

Literatur & Links:

Meadows, Denis (2014): *Everybody wants the magic button. Interview in: Jahrbuch Bildung für nachhaltige Entwicklung. Wien. 85-91.*

Nair, Chandran (2011): *Der große Verbrauch. Warum das Überleben unseres Planeten von den Wirtschaftsmächten Asiens abhängt. München.*

Historisch gescheitertes Modell, das im Zuge von Ressourcenverknappungen wieder Bedeutung erlangen könnte

Unternehmensformen

In den kommunistischen Planwirtschaften wurden Betriebe von Komitees oder Verwaltern geführt, die selbst nicht Eigentümer der Betriebe waren und damit auch nur begrenzt für Fehlentscheidungen oder Misswirtschaft zur Verantwortung gezogen werden konnten. In den Marktwirtschaften befinden sich Betriebe in der Regel in Privatbesitz, die UnternehmenseignerInnen haften für den Unternehmenserfolg. Es gibt jedoch unterschiedliche Rechtsformen (Lexikon der Wirtschaft, o. J.).

Der Großteil der Unternehmen ist den Einzelunternehmen zuzurechnen. Sie sind im Besitz von Einzelpersonen und werden von diesen geführt. Die Finanzierung von Investitionen erfolgt über Eigenkapital und/oder Kredite. In der >Dienstleistungsgesellschaft stark zugenommen haben Ein-Personen-Unternehmen (EPU), die im Bereich industrienaher Dienstleistungen, im Kommunikationssektor oder Sozialbereich tätig sind. In Österreich machen sie die Hälfte aller Unternehmen aus (WKÖ o. J.).

In Personengesellschaften übernehmen mehrere Personen Anteile an Unternehmen, die für den Unternehmenserfolg haften. Während bei Personengesellschaften mindestens ein Gesellschafter auch mit seinem gesamten privaten Vermögen für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft haftet (Ausnahme: GmbH & Co. KG), ist die Haftung bei Kapitalgesellschaften begrenzt (z. B. auf die jeweiligen Einlagen der Gesellschafter). Wird eine natürliche Person unternehmerisch tätig, so haftet sie mit ihrem Gesamtvermögen. Es können jedoch auch Ein-Personen-GmbHs gegründet werden, in denen ein Gesellschafter alle Anteile besitzt (Wikipedia, o. J., WKÖ o. J.).

Börsennotierte Unternehmen finanzieren sich über den Verkauf von Aktien (Aktien-gesellschaften). Die Kritik an börsennotierten Unternehmen richtet sich auf die Anonymisierung bzw. Entfremdung der Beziehungen zwischen Kapitalgebern und Unternehmensführungen bzw. Belegschaften, die (alleinige) Fixierung auf hohe Renditen (Shareholder Value) sowie die Tendenz der Übernahme kleinerer Unternehmen durch größere. Zudem wird der Gewinn aus den Unternehmen abgezogen, da er an die AktionärInnen ausgeschüttet wird, und steht nicht mehr bzw. nur zum Teil für Re-Investitionen zur Verfügung (Hudson 2016). Gefordert wird der Ausbau alternativer Finanzierungsformen für Unternehmen etwa nach dem Stiftungs- oder

Bei GesmbHs und Aktiengesellschaften haften die Kapitalgeber nur beschränkt für den wirtschaftlichen Erfolg

Die alleinige Fixierung börsennotierter Unternehmen an der Rendite erfährt immer mehr Kritik

Genossenschaftsrecht (s. u.) oder durch >Crowdfunding. Manche plädieren gar für die gänzliche Abschaffung börsennotierter Unternehmen (Felber 2012).

Es gibt auch Studien mit dem Ergebnis, dass Unternehmen mit hohem Fremdfinanzierungsanteil, also niedriger Eigenkapitalquote, tendenziell instabiler sind, da sie stärker den Schwankungen der Finanzmärkte unterliegen (Geus 1997, Sukdhev 2013).

Als Alternative zu börsennotierten Unternehmen werden Unternehmen nach Stiftungs- oder Genossenschaftsrecht vorgeschlagen. Bei Unternehmen nach dem Stiftungsrecht ist das Unternehmensziel im Stiftungsstatut festgelegt und unterliegt daher nicht den Renditeerwartungen von Aktionären. Bei Genossenschaften ist das Unternehmensziel im Genossenschaftsstatut festgelegt, Mitglieder erhalten nur bedingte Gewinnausschüttungen (z.B.: Binswanger 2009: 150ff). Beide Unternehmensformen werden dem Begriff der >Solidarwirtschaft zugeordnet.

Pavan Sukdhev, Leiter der Green Economy-Initiative der UN-Umweltorganisation UNEP, erwarb sich insbesondere Verdienste um die Erfassung des ökonomischen Werts von Natur und Ökosystemen. Er stellt den „Corporations 1920“, die mit dem primären bzw. einzigen Ziel der Gewinnmaximierung und Ausschüttung möglichst hoher Renditen an die AktieninhaberInnen gegründet worden sind, die „Corporations 2020“ entgegen. Diese seien von vier Merkmalen gekennzeichnet: Offenlegung der externalisierten Kosten und des externalisierten Nutzens, Besteuerung des Verbrauchs von Ressourcen, verantwortungsbewusste und rechenschaftspflichtige Werbung sowie schließlich Begrenzung des Fremdkapitals. Insbesondere bei Unternehmen, die als too big to fail gelten und deren Risiken vor allem der Steuerzahler trage, müsse der Fremdkapitaleinsatz drastisch gesenkt werden (Sukdhev 2013).

Unternehmen aus der Bewegung der >Gemeinwohlökonomie orientieren sich an einem gemeinschaftlich festgelegten Kriterienkatalog, der ökologische, soziale und regionale Aspekte umfasst.

Literatur & Links

Binswanger, Hans Christoph (2009): *Vorwärts zur Mäßigung. Perspektiven einer nachhaltigen Wirtschaft*. Hamburg.

Felber, Christian (2012): *Gemeinwohlökonomie. Das Wirtschaftsmodell der Zukunft*. Wien.

Lexikon der Wirtschaft (o. J.): Unternehmensformen.

<http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20921/unternehmensformen>

Sukdhev, Pavan (2013): *Corporation 2020. Warum wir Wirtschaft neu denken müssen*. München.

Geus, Arie de(1998): *Jenseits der Ökonomie. Die Verantwortung der Unternehmen*. Stuttgart.

Hudson, Michael (2016): *Der Sektor. Warum die globale Finanzwirtschaft uns zerstört*. Stuttgart.

Wikipedia (o. J.): Rechtsformen von Unternehmen.

https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_Rechtsformen_von_Unternehmen_in_Deutschland

WKÖ (o. J.): Rechtsform-Ratgeber. <http://rechtsform.wkoratgeber.at/>

WKÖ (o. J.): Factsheet EPU.

https://www.wko.at/Content.Node/Interessenvertretung/EPU/zahlen/wko_epu_fact_sheet_2015_1404s.pdf

Alternative Unternehmensformen nach Stiftungs- und Genossenschaftsrecht

„Corporation 2020“ bezahlt Umweltkosten, begrenzt Werbung und Fremdkapitalfinanzierung

Neoliberalismus

Bezeichnete ursprünglich eine Denkrichtung, die eine freiheitliche, marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung mit den entsprechenden Gestaltungsmerkmalen wie privates Eigentum an den Produktionsmitteln, freie Preisbildung, Wettbewerbs- und

Gewerbefreiheit anstrebt, staatliche Eingriffe in die Wirtschaft jedoch nicht ganz ablehnt, sondern auf ein Minimum beschränken will.

Die Ideen des Neoliberalismus, dessen führender Vertreter in Deutschland Walter Eucken (Ordoliberalismus) war, basieren zum großen Teil auf den negativen Erfahrungen mit dem ungezügelt Liberalismus des Laissez-faire im 19. Jahrhundert, als der Staat die Wirtschaft komplett dem freien Spiel der Marktkräfte überließ. Staatliche Eingriffe in die Wirtschaft sind deshalb aus Sicht des Neoliberalismus dann gerechtfertigt und notwendig, wenn sie z.B. das Marktgeschehen fördern und die Bildung von Monopolen oder Kartellen verhindern, Konjunkturschwankungen ausgleichen oder dem sozialen Ausgleich dienen. (Lexikon der Wirtschaft, o. J.).

In Deutschland wurden im Laufe der Zeit mit Ordoliberalismus und Soziale Marktwirtschaft andere Bezeichnungen für die Philosophie des Dritten Weges zwischen Laissez-faire-Liberalismus und Kommunismus populärer und allgemein gebräuchlich. Außerhalb Deutschlands wandten sich die Wirtschaftsliberalen wieder stärker dem Klassischen Liberalismus zu und sahen sich daher nicht (mehr) als Neoliberale. In den 1960er Jahren geriet der Begriff Neoliberalismus daher allgemein in Vergessenheit, seitdem gibt es keinen Kreis von Wissenschaftlern mehr, der sich selbst als neoliberal bezeichnet.

In den 1970er Jahren wurde der Ausdruck *Neoliberalismus* wieder aufgegriffen und erfuhr einen Bedeutungswandel. Oppositionelle Wissenschaftler in Chile benutzten ihn mit negativer Konnotation und kritisierten damit die von Ideen der sogenannten Chicagoer Schule sowie Friedrich August von Hayek beeinflussten radikalen Reformen, die auf eine Aufhebung aller Regulierungen im Bereich des Wirtschaftens sowie die Beschränkung des Staates auf den Schutz des privaten Eigentums (Sicherheitsfunktion) drängten. Von hier aus verbreitete sich die neue Wortbedeutung in die angelsächsische Welt. Heute wird der Begriff vorwiegend als kritische Fremdbezeichnung von „Marktfundamentalismus“ verwendet (Wikipedia o. J.).

Literatur & Links

Lexikon der Wirtschaft (o. J.): Neoliberalismus.

<http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20176/neoliberalismus>

Wikipedia (o. J.): Neoliberalismus. <https://de.wikipedia.org/wiki/Neoliberalismus>

Wirtschaftswachstum

Wirtschaftsforschungsinstitute und die von diesen beratene Politik gehen mehrheitlich noch immer davon aus, dass Ziele wie hohe Beschäftigung und die Finanzierung von öffentlichen Leistungen nicht ohne Wirtschaftswachstum erreichbar sind. In den Wirtschaftswissenschaften wird auf den Wachstumszwang in kapitalistischen Ökonomien verwiesen, da Unternehmen nicht nur ihre Ausgaben für Löhne, Rohstoffe u.a. tätigen müssen, sondern – sofern sie fremdfinanziert sind – neben den Krediten auch deren Zinsen berappen zu haben. Da Produkte und Dienstleistungen immer vorfinanziert werden müssen und von der Erwartung ihrer Absatzmöglichkeiten abhängen, könnten Unternehmen bei schlechter Absatzerwartung (geringem bzw. fehlendem Wirtschaftswachstum) Investitionen zurückstellen, was zu Deflation (Rückgang der Preise und Nachfrage) führen würde. Hans Christoph Binswanger spricht von einer „Wachstumsspirale“ (Binswanger 2006, 2009). Der Ökonom geht jedoch davon aus, dass 1,5 bis 2 Prozent Wachstum der Weltwirtschaft pro Jahr reichen würden, um der Deflationsgefahr zu entgehen.

Auch die Schaffung bzw. der Erhalt von Arbeitsplätzen wird von Ökonomen mit der Notwendigkeit von Wirtschaftswachstum verbunden. Markus Marterbauer spricht

Ursprünglich eine Denkrichtung, die den freien Markt mit politischer Regulierung im Sinne einer sozialen Marktwirtschaft verband

Neoliberalismus als Ausdruck für die Aufhebung sämtlicher wirtschaftspolitischer Regulierungen

Wachstumsdrang des kapitalistischen Wirtschaftens

von einer „Arbeitslosigkeitsschwelle“ von 1,5 Prozent Wirtschaftswachstum, damit die *>Arbeitslosigkeit* nicht steigt, und von einer „Beschäftigungsschwelle“ von 2 Prozent Wirtschaftswachstum, um neue Nettoarbeitsplätze (es entstehen mehr neue Arbeitsplätze als durch den Strukturwandel verloren gehen) zu schaffen. Den Grund sieht er in den Rationalisierungspotenzialen aufgrund von Steigerungen der *>Produktivität* (Marterbauer 2008). Joachim Weeber geht für Deutschland von 1 bis 1,5 Prozent Wirtschaftswachstum für die Beschäftigungsschwelle und ebenfalls von 2 Prozent Wachstum für die Arbeitslosigkeitsschwelle aus (Weeber 2015: 113). Stephan Schulmeister (2015) plädiert für ein Wachstum in der EU von 3 Prozent in den nächsten Jahren, um die Arbeitslosigkeit merklich drücken zu können. In der Folge sei ein Übergang zu Wachstumsraten von 1 bis 1,5 Prozent denkbar.

Die Realität zeigt jedoch, dass hohe Wachstumsraten in Volkswirtschaften hoher Produktivität nicht mehr möglich sind. Da Wachstumsraten immer vom Niveau des Vorjahres (der Vorperiode) ausgehen, müsste jedes Jahr noch mehr erwirtschaftet werden (exponentielles Wachstum). 2 Prozent Wachstum bedeuten eine Verdoppelung in 35 Jahren. Hohe Wachstumsraten in Schwellen- oder Entwicklungsländern entsprechen in Absolut-Beträgen daher weniger Zuwachs als niedrige Wachstumsraten in Volkswirtschaften mit bereits hohem *>Bruttoinlandsprodukt*. 1 Prozent Wirtschaftswachstum in Österreich entspricht etwa 6 Prozent Wirtschaftswachstum in China oder 20 Prozent und mehr in afrikanischen Ländern (Exenberger 2011).

Die Wachstumsraten der Wohlstandsländer lagen demnach nicht unerwartet in den letzten Jahren nur mehr zwischen 1 und 2 Prozent, teilweise sogar darunter, was nicht (allein) auf die Finanzkrise zurückzuführen ist. Österreich verzeichnete in den Jahren 2011 bis 2013 lediglich Wachstumsraten von 0,8, 0,3 und 0,4 Prozent. Im 4. Quartal 2014 ist die Volkswirtschaft gar um 0,2 Prozent geschrumpft (Statistik Austria, o. J.)

Für Deutschland wurde berechnet, dass sich das reale, also kaufkraftbereinigte BIP seit den 1950er Jahren vervierfacht hat. Das BIP stieg in jedem Jahrzehnt um etwa 300 Milliarden Euro. In den 1950er-Jahren entsprach dies mehr als einer Verdoppelung, in den Neunzigern jedoch nur mehr einem Zuwachs um 20 Prozent innerhalb des Jahrzehnts bzw. um 2 Prozent jährlich (Ax/Hinterberger 2013: 44).

Vorgeschlagen wird daher der Übergang zu „linearem Wachstum“ (Bourcade u.a. 2006) oder gar zu einer *>Postwachstumswirtschaft*. Dass diese möglich ist, zeigen mittlerweile zahlreiche Publikationen (exemplarisch Miegel 2010, Seidl/Zahrndt 2010, Ax/Hinterberger 2012, Holzinger 2010b, 2012, 2015, zusammenfassend: Pirgmeier 2012, Holzinger 2016b). Notwendig hierfür sind neue *>Arbeitszeitmodelle*, neue Formen der *>Wohlstandsmessung* sowie der *>Verteilungspolitik*.

Zudem ist Wirtschaftswachstum nicht immer mit Lebensqualitätssteigerung gleichzusetzen, wie der Ansatz der *>Negativkosten* zeigt. Höhere Lebensqualität kann sogar mit schrumpfendem Wirtschaftswachstum zusammengehen, wie Christine Ax und Fritz Hinterberger an einem Beispiel verdeutlichen: „Stellen wir uns eine Volkswirtschaft vor, in der nur noch halb so viele Schränke hergestellt werden wie im Vorjahr. Dies hätte zur Folge, dass das BIP schrumpft. Wenn diese Schränke aber doppelt so lange genutzt werden können, weil die Qualität viel besser geworden ist,

*Wirtschaftswachstum um
Arbeitslosigkeit zu verringern*



Quelle: Exenberger 2011

*Exponentielles Wachstum auf
Dauer nicht möglich*

Übergang zu linearem Wachstum oder zu Postwachstum

die Schränke multifunktionaler sind oder weil sie weiter- oder wiederverwendet werden können, wäre der 'Schrankwohlstand' gestiegen." (Ax/Hinterberger 2013: 46).

Mittlerweile wird auch auf Regierungsebene zumindest über neue Formen von Wirtschaftswachstum nachdenken lassen, in Deutschland etwa in der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ (2013), in Österreich im Projekt „Wachstum im Wandel“ (WiW o. J.). Und es gibt erste Ansätze, wie sich Unternehmen auf Postwachstum einstellen können (Reichel 2013). Eine Umfrage des Instituts für ökologisches Wirtschaften hat ergeben, dass in Deutschland immerhin ein Drittel der befragten Unternehmen keinen Bedarf nach Expansion sehen (Gebauer u.a. 2015).

Literatur & Links

Ax, Christine; Hinterberger, Fritz (2013): *Wachstumswahn. Was uns in die Krise führt und wie wir wieder herauskommen*. München.

Binswanger, Hans Christoph (2009): *Vorwärts zur Mäßigung*. Hamburg.

Bourcade, Kay u. a. (2006): *Normalfall exponentielles Wachstum?*

www.wachstumsstudien.de/Inhalt/Zeitschrift/Heft2/Normalfall_exponentielles_Wachstum.pdf

Enquete-Kommission (2013): *Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität*.

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/133/1713300.pdf>

Exenberger, A. (2011): *Wirtschafts- und sozialhistorische Reflexionen zur „Marktwirtschaft für Menschen“*. In: Sedmak, et al (Ed.): *Marktwirtschaft für Menschen*. Wien.

Holzinger, Hans (2010b): *Wirtschaften jenseits von Wachstum? Befunde und Ausblicke*.

Wien/Salzburg. Kostenloser Download unter: www.wachstumimwandel.at.

Holzinger, Hans (2012): *Neuer Wohlstand. Leben und Wirtschaften auf einem begrenzten Planeten*. Salzburg.

Holzinger, Hans (2015): *Wohlstand oder Wachstum? Begründungen für eine Postwachstumsperspektive*. In: Elsen, Susanne u. a.: *Die Kunst des Wandels. Ansätze für die ökosoziale Transformation*. München, 73-104.

Holzinger, Hans (2016b): *Wachstumsgrenzen. Die (Post)-Wachstumsdebatte in der aktuellen Fachliteratur. Zukunfts Dossier*. Download: www.jungk-bibliothek.org/zukunfts Dossier

Gebauer, Jana; Sagebiel, Julian (2015): *Wie wichtig ist Wachstum für KMU? – Ergebnisse einer Befragung von kleinen und mittleren Unternehmen*. Berlin.

Marterbauer, Markus (2008): *Wem gehört der Wohlstand*. Wien.

Pirgmeier, Elke (2013): *Alternative Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte*. Wien. Download: www.wachstumimwandel.at

Reichel, A. (2013): *Das Ende des Wirtschaftswachstums wie wir es kennen: Betriebswirtschaftliche Perspektiven auf die Postwachstumsökonomie*, in: *Ökologisches Wirtschaften* 01/2013: 15-18.

Seidl & Zahrdt (2010, Hg.): *Die Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft*. Marburg.

Schulmeister, Stephan (2011): *Mitten in der Krise. Ein New Deal für Europa*. Wien.

Schulmeister, Stephan (2015): *Kapitalismus ohne Wachstum geht nicht*.

http://stephan.schulmeister.wifo.ac.at/fileadmin/homepage_schulmeister/files/Schulmeister_ohne_Wachstum_QART_2.pdf

Statistik Austria (o. J.): *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung*.

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/wirtschaft/volkswirtschaftliche_gesamtrechnungen/index.html

Weeber, Joachim (2015): *Einführung in die Volkswirtschaftslehre*. Berlin/Boston.

WiW (o. J.): *Wachstum im Wandel*. www.wachstumimwandel.at

Verschwinden

der Wachstumstreiber der aufstrebenden Konsumgesellschaft

Freihandel

Freihandel wird in den Mainstream-Wirtschaftswissenschaften als Chance für alle Volkswirtschaften beschrieben, ihren Wohlstand weiter zu erhöhen. Seit Adam Smiths' Theorie der Arbeitsteilung, dargelegt am Beispiel der Stecknadelproduktion, sowie David Ricardos' Theorie der „komparativen Kostenvorteile“ gilt freier Welt-handel als unhinterfragtes Ziel in den meisten Wirtschaftslehrbüchern. Argumentiert wird mit dem „trickle down“-Effekt, demgemäß auch schwächere Volkswirtschaften vom allgemeinen Wirtschaftswachstum profitieren würden, da auch für diese Wohlstandsschnipsel abfallen würden. Die Studie „Making Trade an Engine of Growth for all“ (IWF u. a. 2017) will zeigen, dass mehr Handel zwischen den Nationen zu mehr Wohlstand für alle führen kann. Die weltweiten Handelsabkommen sind demnach seit 1990 von 50 auf 280 angestiegen, die Importzölle in den Industrieländern von 6 auf 3, in den Entwicklungsländern von über 40 auf 10 Prozent gesunken.

Doch an dieser Argumentationsweise gibt es auch Kritik. In der entwicklungspolitischen Debatte wird seit mehreren Jahrzehnten auf die Fragwürdigkeit dieser Annahmen hingewiesen. Ungleiche Wettbewerbsbedingungen und Handelsregelungen würden die Wohlstandsländer gegenüber Entwicklungsländern bevorzugen (Wuppertal-Institut 2005). In dem vom Wirtschaftswissenschaftler Jerry Mander und Edward Goldsmith von „The Ecologist“ herausgegebenen „Schwarzbuch Globalisierung“ werden die Negativfolgen ungebremsten Freihandels diskutiert. Prognostiziert wird eine De-Globalisierung aufgrund ökologischer Verwerfungen sowie politischer Legitimationskrisen (Mander/Goldsmith 2002). Kritisiert wird auch der westliche Entwicklungsbegriff als einzig gültiges Fortschrittsmodell (früh Sachs 1993) sowie das duale Wirtschaftssystem mit ungleichen Handelspreisen („terms of trade“): Entwicklungsländer liefern billige Rohstoffe, die Wohlständler fertigen und exportieren die teuren Fertigprodukte (Altvater 2010). Zudem findet der Welthandel vornehmlich zwischen den reichen Volkswirtschaften statt, der mittlerweile auch Schwellenländer wie China umfasst. Der indische Ökonom Chandran Nair geht davon aus, dass der gegenwärtige Weg der Globalisierung vornehmlich westlichen Konzernen und einer kleinen Konsumschicht der Schwellenländer zugutekommt (Nair 2011, s. a. >Mehrfachkrise)

Der Wirtschaftsexperte Christian Felber zeigt auf, dass Freihandel von den Wohlstandsländern erst propagiert und praktiziert wird, nachdem sie ihre Volkswirtschaften entwickelt hatten. „Ausgerechnet die USA waren im 19. Jahrhundert bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs das protektionistischste Land auf dem Globus. Die Industriezölle bewegten sich zwischen 1816 und 1945 ziemlich konstant um die 40 Prozent.“ (Felber 2017: 67). Der in Cambridge lehrende Ökonom Ha-Jaon Chang zeigt zudem auf, dass sich das Wirtschaftswachstum durch die „Zwangsjacke“ des aufoktroierten Freihandels in vielen Ländern verringert hat: Lagen die jährlichen Wachstumsraten in Lateinamerika zwischen 1960 und 1980 noch bei 2,8 Prozent, sind diese zwischen 1980 und 1998 auf 0,3 Prozent gesunken. In Afrika wurden nach Einführung von Freihandelsregimen sogar Wachstumsrückgänge verzeichnet (zit. n. Felber 2017: 69f). Handel ist demnach nicht der Motor für Wirtschaftswachstum, sondern umgekehrt, Wirtschaftswachstum ist der Motor für Handel.

Bereits John Maynard Keynes hat ein anderes Problem des Freihandels angesprochen, nämlich die Konflikthaftigkeit unausgeglichener Zahlungsbilanzen. Nicht nur Importüberschüsse seien ein Problem, sondern auch Exportüberschüsse, da sich in der Weltwirtschaft in Summe Importe und Exporte die Waage halten müssen. Es können nie alle Staaten mehr exportieren als importieren. Keynes hatte bereits 1944 auf der Konferenz von >Bretton Woods einen Ausgleichsmechanismus vorgeschla-

Handel ist nicht der Motor für Wirtschaftswachstum, sondern dieses braucht den Handel.

Handel ist nicht der Motor für Wirtschaftswachstum, sondern dieses braucht den Handel.

gen, der auch Länder mit Exportüberschüssen zu Strafzahlungen heranziehen würde (zit. n. Felber 2017: 37ff, vgl. auch >Ethischer Welthandel)

Literatur & Links:

Altwater, Elmar (2010): *Der große Krach oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen von Politik und Natur.* Münster.

Felber, Christian (2017): *Ethischer Welthandel. Alternativen zu TTIP, WTO und Co.* Wien.

IWF u.a. (2017): *Making Trade an Engine of Growth for all.* www.imf.org/en/Publications/Policy-Papers/Issues/2017/04/08/making-trade-an-engine-of-growth-for-all

Mander, Jerry; Goldsmith, Edward (Hg., 2002): *Schwarzbuch Globalisierung. Eine fatale Entwicklung mit vielen Verlieren und wenigen Gewinnern.* München.

Nair, Chandran (2011): *Der große Verbrauch.* München.

Digitaler Kapitalismus

Mit Industrie 4.0 wird die weitere Automatisierung der Produktionsprozesse durch Roboter und computergestützte Herstellungsverfahren bezeichnet. Themen sind die Individualisierung der Produkte (Mass Customization), in die Käuferwünsche eingehen können (Prosumer), indem Einzelfertigungen möglich werden. Gesprochen wird auch von Produzieren „On Demand“, um Lagerkosten zu sparen und eventuelle Überproduktion zu verhindern. Intensiv diskutiert werden die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Arbeitswelt (>Arbeitsinhalte, >Arbeitslosigkeit, >Arbeitsverdichtung) sowie auf die Wirtschaftsstrukturen, etwa durch Rückholung der Industrieproduktion aus den Schwellenländern sowie die Veränderung vieler Dienstleistungsbranchen. Gesprochen wird von „lernenden Fabriken“, in denen durch komplexe Datenverarbeitung flexible Herstellungsverfahren und computergestützte Optimierungsprozesse möglich werden sollen (Becker 2016). Weitere Automatisierung würde dazu führen, dass im produzierenden Sektor Dienstleistungen wie Wartung oder Beratung („Service Industries“) weiter zunehmen (Burmeister/Glockner 2009).

Der Soziologe Philipp Staab (2016) sieht im „Digitalen Kapitalismus“ nicht nur eine Veränderung der Produktionsweisen, sondern insbesondere den Versuch, noch nicht erschlossene Konsumsphären zu erobern. Durch den Online-Handel, Internet-Werbung und neue Verkaufs-Apps soll der Konsum erneut ausgeweitet werden, um Absatzkrisen des Kapitalismus in seiner Stagnationsphase (>Wirtschaftswachstum) abzuwenden.

Argumentiert wird mit dem Expansionsimperativ der kapitalistischen Produktionsweise, die permanent neue Absatzmärkte generieren muss, was entweder höhere Exporte oder höhere Binnenabsätze erfordere. Demnach lässt sich eine Wachstumsphase des Kapitalismus mit hoher Güternachfrage, steigenden Löhnen und steigender Kaufkraft und hoher Investitionsrate von einer Stagnationsphase unterscheiden, in der Marktsättigung zu stagnierenden Löhnen, höherer Arbeitslosigkeit und höherer >Verschuldung (Streeck 2013) führt. Automatisierung dient dabei nicht der Steigerung der Produktion, sondern der Senkung der Produktionskosten sowie der Erschließung neuer Konsumlücken, wozu u.a. die Individualfertigung von Produkten gehöre (Staab 2016).

Das Ziel liegt nicht nur in neuen Produktionsweisen, sondern auch in der Erschließung neuer Konsumsegmente

Der Wachstumsphase des Kapitalismus folgt eine Stagnationsphase

| Wachstumsimperativ des Kapitalismus | |
|---|--|
| Wachstumsphase | Stagnationsphase |
| Güterknappheit, hohe Nachfrage | Marktsättigung, sinkende Nachfrage |
| Produktivitätssteigerungen für höheren Output (Ziel: mehr Produktion) | Produktivitätssteigerungen für geringeren Input (Ziel: Kostensenkung) |
| Primär Binnenmarktorientierung | Primär Exportorientierung |
| Nachfragegetrieben | Angebotsgetrieben |
| Geringe Werbekosten | Hohe Werbekosten |
| Digitalisierung dient Produktionssteigerung | Digitalisierung dient Individualfertigung und Konsumlücken (zB Onlineshopping) |
| Investition in mehr Produktion | Investition in Finanzanlagen |
| Steigende Löhne, Kaufkraftzuwachs | Stagnierende Löhne, Kaufkraftstagnation |
| Wachstum ermöglicht Expansion der Staatsausgaben | Wachstumsrücknahme führt zu höherer Verschuldung (Staat, Private) |

Frei nach: Philipp Staab: Wachstum im digitalen Kapitalismus. Hamburger Edition, 2016

© H. Holzinger | www.jungk-bibliothek.org

JBZ Robert Jungk Bibliothek für Zukunftfragen

VertreterInnen einer >Postwachstumsökonomie plädieren für alternative Wege aus dem Wachstumsimperativ.

Literatur & Links:

Becker, Matthias Martin (2016): *Automatisierung und Ausbeutung. Was wird aus der Arbeit im digitalen Kapitalismus?* Wien.

Burmeister, Klaus; Glockner, Holger (2009): *Handbuch Zukunft 2010. Trends, Herausforderungen, Chancen.* München.

Staab, Philipp (2016): *Falsche Versprechen. Wachstum im digitalen Kapitalismus.* Hamburg.

Streeck, Wolfgang (2013): *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus.* Berlin.

Mehrfachkrise

Bezeichnet das Zusammenfallen und Zusammenwirken ökologischer, sozialer, ökonomischer und kultureller Krisenphänomene des >Konsumkapitalismus im ausgehenden 20. und beginnenden 21. Jahrhundert. Genannt werden die Umwelt- und Klimakrise (>Peak Oil, >Klimawandel), die Finanz- und Verschuldungskrise (>Finanzkrise, >Verschuldung), die Hunger- und Migrationskrise (>Wirtschaftsversagen) sowie die Steuerungs- und Demokratie-Krise. Ulrich Beck (2007) hat hierfür früh den Begriff „Weltrisikogesellschaft“ geprägt. Gewarnt wird vor einem „postdemokratischen Zeitalter“ (Crouch 2009), in dem zwar die Institutionen der Demokratie bestehen bleiben, die großen Konzerne und die Finanzinstitutionen jedoch die Geschehnisse bestimmen (Reich 2016). Andere sehen zunehmende Glaubwürdigkeitsdefizite und eine Erosion der politischen Gestaltungsmacht im Medienzeitalter, in dem Vorkommen vor Gestalten gereicht wird (Welzer/Leggewie 2010). Manche führen im Kontext der Mehrfachkrise auch Sinn- und Orientierungskrisen oder Erschöpfungskrisen (Grünwald 2013) in den Konsumgesellschaften an. Mit der „Gesellschaft der Angst“ (Bude 2015) wird das allen Ortes lauende Kündigungsgebot bezeichnet, das nicht nur am Arbeitsmarkt gelte, sondern mittlerweile auch im Privatleben.

Und die Komplexitätskrise zeigt an, dass aufgrund von Beschleunigungsprozessen und der Zunahme der Interdependenzen unbeherrschbare Risikolagen entstehen. „Weil die Zeit nicht reicht, die Konsequenzen zu messen, die mit bestimmten Eingriffen verbunden sind, lassen sich auch die Folgekosten von menschlichen Aktivitäten kaum mehr sinnvoll abschätzen.“ (SRKG 2003: 10ff).

Im Umweltbereich geht es um Kippunkte, die bei Überschreiten von Schwellenwerten unbeherrschbare Veränderungen auslösen können. Als Beispiele gelten das mögliche Kippen des Golfstroms oder das Auftauen der Permafrostböden im Zuge des Klimawandels. Auch im Bereich der Finanzwirtschaft wird davon ausgegangen, dass die Interaktionen selbst von Finanzinsidern, geschweige denn von der Politik oder den BürgerInnen, immer weniger durchschaut werden können. „90 Prozent der Finanzakteure haben keine Ahnung, wie die Börse funktioniert“, so Haim Bodek, ein Wistleblower der Finanzwelt (zit. n. Avanesion/Nestler 2015: 8)

In Bezug auf die Steuerungsfähigkeit angesichts der Mehrfachkrise wird zum einen eine weitere Transnationalisierung der Politik gefordert (Beck 2007, aktuell: Piketty 2014, Stiftung Entwicklung und Frieden u.a. 2015), andererseits aber auch die erneute Stärkung des Nationalstaats (Streeck 2013) bzw. der >Regionalwirtschaft (exemplarisch Latouche 2015) verlangt. Der indische Ökonom Chandran Nair (2011) fordert für Asien bedeutend mehr staatliche Regulierung und eine auf die Grundbedürfnisse hin orientierte Wirtschaftsplanung, da der gegenwärtige Weg der Globalisierung vornehmlich westlichen Konzernen und einer kleinen Konsumschicht der

Zusammentreffen und Zusammenwirken ökologischer, finanzieller und sozialer Entgrenzungen

Erosion der politischen Gestaltungsmacht bei gleichzeitiger Zunahme der Komplexität

Steuerungsfähigkeit nimmt in komplexen Systemen sowie in einer multipolaren Welt ab

Schwellenländer zugute kommen. Insgesamt werden krisenfeste Marktwirtschaften im Sinne von >Resilienz gefordert.

Literatur & Links

Avanessian, Armen; Nestler, Gerald (Hg., 2015): *Making of Finance*. Berlin.

Beck, Ulrich (2007): *Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach Sicherheit*. Frankfurt. s. a. <http://www.begleitschreiben.net/ulrich-beck-weltrisikogesellschaft/>

Bude, Heinz (2015): *Gesellschaft der Angst*. Hamburg.

Crouch, Colin (2009): *Postdemokratie*. Frankfurt/M.

Stiftung Entwicklung und Frieden u.a. (Hg. 2015): *Globale Trends 2015*. Frankfurt.

Grünewald, Stephan (2013): *Die erschöpfte Gesellschaft*. Frankfurt/M.

Latouche, Serge (2015): *Es reicht! Abrechnung mit dem Wachstumswahn*. München.

Nair, Chandran (2011): *Der große Verbrauch*. München.

Piketty, Thomas (2014): *Die Schlacht um den Euro. Interventionen*. München.

SRKG/Stiftung für die Rechte künftiger Generationen (Hg. 2003): *Handbuch Generationengerechtigkeit*. München. s. a. <http://generationengerechtigkeit.de/>

Reich, Robert (2016): *Rettet den Kapitalismus! Für alle, nicht für 1 Prozent*. Frankfurt/New York.

Streeck, Wolfgang (2013): *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Frankfurt/M.

Welzer, Harald; Leggewie, Claus (2010): *Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie*. Frankfurt/M.

Arbeit

Arbeitsbegriff | Arbeitsinhalte | Arbeitsrechte | Beschäftigung |
 Arbeitslosigkeit | Arbeitsverdichtung | Arbeitszeitverkürzung |
 Teilzeitarbeit | Karenzzeitmodelle | Mischarbeit

Arbeitsbegriff

Neben >Kapital, Boden (heute >natürliche Ressourcen) und >Wissen gilt Arbeit als vierter Produktionsfaktor. Unterschieden wird Arbeit bzw. menschliche Arbeitskraft in koordinierende Tätigkeiten, geistige Tätigkeiten und ausführende Tätigkeiten (Rogall 2013: 40). Gesprochen wird auch von körperlicher versus geistiger Arbeit, auch wenn die Grenzen hier mittlerweile fließend sind. Im produzierenden Sektor lässt sich handwerkliche von industrieller Arbeit unterscheiden. Während bei ersterer ein Werkstück in vielen Arbeitsschritten von einer Person unter Zuhilfenahme von Werkzeugen hergestellt wird, sind in der industriellen Produktionsweise die Arbeitsschritte zergliedert und auf mehrere Personen verteilt. Im computerunterstützten Produzieren (CAD-Verfahren) verschwimmen aber auch hier die Grenzen. Der Tischler fertigt mittels CAD-Verfahren maßgeschneiderte Küchen mit hohem Automatisierungsgrad. In Industriehallen gewinnen ebenfalls Individualanfertigungen in modularer Bauweise an Bedeutung (>Digitaler Kapitalismus). Und Arbeit umfasst selbstverständlich mehr als Erwerbsarbeit, um die es hier im Wesentlichen geht (>Mischarbeit).

Doch beginnen wir von vorne. Laut Studien zur >Stone Age-Economics (Shalin 1974, Luks 2010) verbrachten Menschen in der Steinzeit täglich etwa nur zwei Stunden mit Arbeit, den Rest des Tages konnten sie sich der Geselligkeit und dem Nichtstun hingeben. Noch in der Antike war körperliche Arbeit verpönt, die freilich von Sklaven verrichtet werden musste.

Erst mit dem sich ausbreitenden Christentum kam es zur Aufwertung von körperlicher Arbeit – Josef, der Vater von Jesus war ein Handwerker. In der katholischen Kirche wurde Arbeit neben das Gebet gestellt – >Ora et labora< lautete etwa das Gebot der Jesuitenorden, die sich im Mittelalter um die Kultivierung von Land Verdienste erworben haben. Mit dem protestantischen Arbeitsethos wurde Arbeit endgültig zum für alle erstrebenswerten Ziel. In Absetzung von der untätigen, von Abgaben der Bauern lebenden Adelsschicht der Feudalgesellschaft emanzipierte sich das Bürgertum durch eigene Arbeit und gewann erstmals auch politische Macht.

Arbeitsfleiß gilt seit mehreren Jahrhundert als Grundtugend und bildete auch die Basis des sich entwickelnden >Kapitalismus seit dem 18. Jahrhundert. Das neue Industrieproletariat, das vom Land in die Städte zog, verdingte sich unter ausbeuterischen Bedingungen seinen Lebensunterhalt. Erst allmählich konnten durch sich bildende Gewerkschaften und Arbeiterparteien >Arbeiterrechte (>Marktwirtschaft, >Sozialismus) erkämpft werden (Füllsack 2009, Schmidt/Kocka 2010, Komlosy 2014).

Sklavenarbeit bzw. der Einsatz von Kriegsgefangenen für Arbeitsdienste ist freilich nicht auf die Antike beschränkt, sondern zieht sich durch die Geschichte der Menschheit und wird aus vielen Kulturen berichtet. In der Neuzeit nahm die Sklavenarbeit erneut großen Aufschwung aufgrund der Ausdehnung des europäischen

Arbeit im Sinne von Erwerbsarbeit umfasst körperliche und geistige Arbeit

Wandel zu positivem Arbeitsbegriff

Dunkle Geschichte der Sklavenarbeit

Seehandels und der Errichtung überseeischer Kolonien. Diese waren in vielen Fällen nur dünn besiedelt, sodass für den Aufbau der Wirtschaft afrikanische Sklaven eingeführt wurden, auf deren Arbeitskraft die Ökonomie dieser Kolonien jahrhundertlang weitgehend basierte (Scheidler 2015, Wikipedia o. J.).

Heute ist Sklaverei offiziell verboten, doch sind Menschenhandel und die Ausbeutung von Menschen keineswegs unterbunden. Das Ziel, dass alle Menschen einer würdigen Arbeit nachgehen können, ist bei weitem nicht verwirklicht. Der Kampf um weltweite Verankerung der >Arbeitsrechte bleibt aufrecht.

In der Agrargesellschaft bedeutete Arbeit für die Mehrheit der Menschen, die zum (Über-)Leben notwendige Nahrung zu produzieren, wetterfeste Behausungen zu errichten und instandzuhalten und die für den Alltag nötigen Geräte herzustellen. Die Zahl der Berufe war begrenzt. Noch im Mittelalter kam auf 20 Bauern ein Nicht-Bauer. In den modernen, arbeitsteiligen Ökonomien stieg die Zahl der Berufe kontinuierlich an. Berufe werden in Berufsklassen zusammengefasst. Das Arbeitsmarkt-service in Österreich geht von 1.700 unterschiedlichen Berufsbezeichnungen aus.

Erwerbsarbeit hat in geldbasierten, arbeitsteiligen Gesellschaften einen wichtigen Stellenwert nicht nur wegen des Einkommens, sondern auch in Bezug auf soziale Integration (Bauer 2013). >Arbeitslosigkeit ist daher nicht nur ein individuelles, sondern auch ein gesellschaftliches Problem. Damit bleibt Vollbeschäftigung ein wichtiges Ziel von Wirtschaften, auch wenn die „Vollbeschäftigung neu“ anders aussehen wird als jene mit einem 40-Stunden-Normalarbeitsverhältnis (>Mischarbeit).

Aus Sicht der >feministischen Ökonomie (exemplarisch Bennholdt-Thomsen 2010) bzw. der >Ökologischen Ökonomie (Rogall 2009) wird die Verkürzung des Arbeitsbegriffs auf Erwerbsarbeit kritisiert und die Einbindung aller Arten von Tätigkeiten in die wirtschaftlichen Gesamtrechnungen gefordert. Gesprochen wird von >Mischarbeit. Betont wird auch, dass Arbeit im Care-Zeitalter bzw. in der Dienstleistungsgesellschaft nicht nach tayloristischen Effizienz kalkülen ausgerichtet werden darf (Gubitzer 2011). Zudem wird die zunehmende >Arbeitsverdichtung kritisiert, die zu steigenden psychischen Problemen wie Burnout führt.

Literatur & Links

Bauer, Joachim (2013): *Arbeit. Warum unser Glück von ihr abhängt und wie sie uns krank macht.* München.

Bennholdt-Thomsen, Veronika (2010): *Geld oder Leben. Was uns wirklich reich macht.* München.

Füllsack, Manfred (2009): *Arbeit.* Wien.

Gubitzer, Luise (2011): *Was tun wir, wenn wir tätig sind? Dienste leisten.*

www.beigewum.at/wordpress/wp-content/uploads/Was-tun-wir-wenn-wir-t%C3%A4tig-sind.pdf

Komlosy, Andrea (2014): *Arbeit. Eine globalhistorische Perspektive. 13. bis 21. Jahrhundert.* Wien.

Luks, Fred (2010): *Endlich im Endlichen. Oder: Warum die Rettung der Welt Ironie und Großzügigkeit erfordert.* Marburg.

Rogall, Holger (2009): *Grundlagen einer nachhaltigen Wirtschaftslehre.* Marburg.

Schmidt, Jürgen; Kocka, Jürgen (2010): *Last und Lust. Wie sich die Bedeutung der Arbeit gewandelt hat.* In: *WZB-Mitteilungen*, H. 127, 31-24.

Shalins, Marshall (1974): *Stone Age Economics.* New York.

Scheidler, Fabian (2015): *Das Ende der Megamaschine. Geschichte einer scheiternden Zivilisation.* Wien.

Wikipedia (o. J.): *Sklaverei.* www.wikipedia.org/sklaverei

Sich ausdifferenzierende Berufe in der arbeitsteiligen Gesellschaft

Kritik an verengtem Begriff von Arbeit

Arbeitsinhalte

Seitens von ArbeitnehmerInnen-Verbänden wird als ›Gute Arbeit‹ jene Arbeit bezeichnet, von deren Einkommen man gut leben kann und deren Entlohnung als gerecht empfunden wird. Zudem gehört ›Guter Arbeit‹ auch, dass diese abwechslungsreiche Tätigkeiten bietet, die weder unter- noch überfordern und deren Inhalte und Ergebnisse als sinnvoll erfahren werden (DGB o. J., KAB o. J.).

Während manche meinen, man könne in jeder Arbeit einen Sinn finden, wenn man/frau nur wolle, kritisieren andere die Sinnentleerung vieler Arbeitsverrichtungen in der modernen Industriegesellschaft. Richard Sennett hat analysiert, was geschieht, wenn Facharbeiter zu Jobholdern werden und Tätigkeiten wie Brotbacken oder das Herstellen von Möbeln Automaten überlassen werden. Sennett hofft auf eine Renaissance des Handwerks im Sinne von „Könnerschaft“, die er über das physische Handwerk hinaus auf alle Tätigkeiten angewendet sehen will (Sennett, 2000, 2008).

Die Philosophin Christine Ax spricht in ähnlicher Weise von der „Könnengesellschaft“. In Rückblende auf Philosophien des Tätig-Seins von Aristoteles bis Hannah Arendt, aber auch in Würdigung früher Kritiker des Industrialismus plädiert Ax für ein Tun, das Selbstverwirklichung ermögliche und den Sinn in sich selbst finde. Gewährsmänner sind für sie der Verteidiger handwerklichen Produzierens gegen die Einführung der ersten Fabriken im 19. Jahrhundert John Ruskin, der utopische Sozialist William Morris oder der gegen die Verzweckung des Lebens anschreibende Schriftsteller Oscar Wilde. Ax wird aber auch fündig im buddhistischen Denken, das Vervollkommnung „in der Arbeit“ als „Arbeit an sich selbst“ sucht. Am stärksten verwirklicht sieht die Autorin diese Ansprüche an Arbeit – wie Sennett – im Handwerk, das geprägt sei von „Freiheit und Selbstbestimmung“, „Arbeit an der eigenen Könnerschaft“, „Handeln in Harmonie und mit ethischen Prinzipien“, „Dauerhaftigkeit und Wertigkeit der Arbeit und des Werkes“ sowie „Respekt und Wertschätzung für die eigene Arbeit und die Arbeit der anderen“ (Ax 2009: 99f).

Marianne Gronemeyer (2009) spitzt zu, wenn sie meint, „gute Arbeit“ gäbe es nur mehr außerhalb der Erwerbsarbeit. Im Zuge der Ökonomisierung aller Lebensbereiche habe sich eine „Monokultur des Effizienzdenkens“ (ebd. 14) ausgebreitet, das mittlerweile auch die Berufe des Lehrens, Sorgens oder Heilens erfasst habe. Zudem produziere professionelle Arbeit immer mehr Waren und Dienstleistungen, die uns – im Interesse des Profits von Konzernen – zu „hilflosen, abhängigen und entmündigten Konsumenten“ (ebd. 15) machen. Arbeit diene nicht mehr der Herstellung dessen, was gebraucht wird, „sondern produziert zunehmend, was nicht gebraucht wird, um diese Abhängigkeit aufrechtzuerhalten und zu steigern.“ (ebd.) Nicht zuletzt gehe die moderne Arbeitswelt einher mit der unwiederbringlichen „Ausweidung“ (ebd. 116) der Natur. Gute Arbeit wäre jedoch diejenige, bei der nicht ausgebeutet sondern etwas zurückgegeben wird. Die Autorin spricht von „Boden gutmachen“ (ebd. 70), welches angesichts der ökologischen Verwüstungen – im wörtlichen wie im übertragenen Sinn – angesagt sei.

Die Rückkehr des handwerklichen Produzierens ist freilich wohl nur in Nischensegmenten wie Qualitätsmöbeln oder Qualitätsschuhen wahrscheinlich sowie in der Form von Eigenarbeit, die jenseits der geringer werdenden Erwerbsarbeit verrichtet wird (> *Mischarbeit*). Manche sprechen von „New Work“, in der neben die herkömmliche Erwerbsarbeit jene Arbeit tritt, die man wirklich will (Bergmann 2004, Neue Arbeit, o. J.)

*Kriterien für „Gute Arbeit“
beziehen sich auf Einkommen
und Arbeitsinhalte*

*Kritik an der Entleerung von
Arbeit in der Industriegesellschaft*

*Kritik an der Entfremdung der
Arbeit durch Produktion von
Überflüssigem*

Aus der Vielzahl an Publikationen zum Thema Arbeitswelt sei auf die historische Studie über „Arbeitsgefühle“ von Sabine Donauer (2016) verwiesen, die den schleichenden Wandel von der externen Disziplinierung der Belegschaften durch vorgegebene Regeln und Drill hin zur sogenannten intrinsischen Motivation der Arbeitenden beschreibt. Letztere komme ohne externen Zwang aus, da sich die Arbeitskräfte selbst disziplinierten (xy). Der Industriesoziologe und Wirtschaftsjournalist Matthias Martin Becker wiederum skizziert, wie durch die Automatisierung der Mensch zum Anhängsel der Maschinen wird, was neben >Arbeitsverdichtung auch neue Kontrollmöglichkeiten eröffne (Becker 2016).

Generell setzt sich der Trend zur Automatisierung fort. Moderne Fabrikhallen sind beinahe menschenleer. Produziert wird von computergesteuerten Maschinen und Robotern. Menschliche Arbeitskraft begrenzt sich auf die Kontrolle der Maschinen und der Produktionsprozesse. Gesprochen wird von „Industrie 4.0“ bzw. „Smart Machines“, die Interaktionen zwischen Maschinen ermöglichen (Kurz/Rieger 2013). Eine Studie des Brüsseler Think Tank „Bruegel“ kommt zum Schluss, dass in Europa in den nächsten 20 Jahren die Hälfte der Jobs durch Roboter ersetzt werden können, was den Strukturwandel am Arbeitsmarkt vertiefen wird (Pletter 2014, >Digitaler Kapitalismus).

Literatur & Links

Ax, Christine (2009): *Die Könnensgesellschaft. Mit guter Arbeit aus der Krise*. Berlin.

Becker, Matthias Martin: *Automatisierung und Ausbeutung. Was wird aus der Arbeit im digitalen Kapitalismus?* Wien.

Bergmann, Fritjof (2004): *Neue Arbeit - neue Kultur*. Freiburg.

DGB (o. J.): *Gute Arbeit. Eine Kampagne des Deutschen Gewerkschaftsbundes*. index-gute-arbeit.dgb.de.

Donauer, Sabine (2016): *Faktor Freude. Wie die Wirtschaft Arbeitsgefühle erzeugt*. Hamburg.

Gronemeyer, Marianne (2012): *Wer arbeitet, sündigt. Ein Plädoyer für gute Arbeit*. Darmstadt.

KAB (o. J.): *Gute Arbeit aus Sicht der Katholischen ArbeitnehmerInnenbewegung*.

www.gutearbeit.at/

Kurz, Constanze; Rieger, Frank (2013): *Arbeitsfrei. Eine Entdeckungsreise zu den Maschinen, die uns ersetzen*. München.

Neue Arbeit (o. J.): www.neuearbeit-neuekultur.de/

Pletter, Roman (2014): *Ist er besser als wir?* In: *DIE ZEIT* v. 10.7.2014, 19-21.

Sennett, Richard (2000): *Der flexible Mensch. Die neue Kultur des Kapitalismus*. München.

Sennett, Richard (2008): *Handwerk*. Berlin.

Arbeitsrechte

Der produktive Einsatz von Kapital in Form von Maschinen und Fabrikhallen markierte den Beginn des modernen Kapitalismus, in dessen Zuge die Landarbeiter in die Städte zogen, um als neues Industrieproletariat Arbeit zu finden. Für immer mehr Menschen vollzog sich die Trennung von Arbeitsplatz und Haushalt. Die Arbeitsbedingungen waren in der Frühphase des Industriekapitalismus miserabel (>Kapitalismus). Es waren politische Kämpfe und soziale Bewegungen, die in der Folge den Arbeitern und Arbeiterinnen sukzessive mehr Rechte brachten – vom Verbot der Kinderarbeit über den Zehn-Studentag bis hin zu Kranken- und Arbeitslosenversicherungen. Nicht zu vergessen: das Versammlungs- und Streikrecht (>Sozialismus). Errungenschaften, die in den Ländern nachholender Industrialisierung heute Stück für Stück erst erkämpft und wohl auch bei uns immer wieder aufs

Von der äußeren zur inneren Disziplinierung am Arbeitsmarkt

Arbeitsrechte wurden politisch erkämpft und sind keineswegs global verwirklicht

Neue verteidigt werden müssen. Prekäre Arbeitsverhältnisse sowie Working Poor sind leider auch in die Wohlstandsgesellschaften zurückgekehrt (Wikipedia o. J.). Fast 300.000 Personen wurden 2016 in Österreich der Gruppe der Armutsgefährdeten Erwerbstätigen zugeordnet (Die Presse 31.1.2017).

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) hat mit der Verabschiedung der Agenda für menschenwürdige Arbeit (ILO 1999) versucht, einen international anwendbaren Rahmen für Menschen in formellen wie informellen Arbeitsverhältnissen zu schaffen. Garantiert werden soll eine Arbeit in Menschenwürde, Freiheit, sozialer Gerechtigkeit, Sicherheit und Nichtdiskriminierung. Als Kernarbeitsnormen gelten das Recht auf Vereinigungsfreiheit und kollektive Tarifverhandlungen, das Verbot der Zwangsarbeit, das Verbot nichtakzeptabler Kinderarbeit sowie das Verbot der Diskriminierung (Scheper 2015).

In den Ländern des Südens ist der Anteil informeller Arbeit, also von Arbeit ohne reguläre Arbeitsverhältnisse, immer noch sehr groß. So wird der informelle Arbeitssektor in Indien, Pakistan oder Philippinen auf über 80 Prozent geschätzt, ein Wert, der auch für die meisten afrikanischen Länder zutrifft. Auch in lateinamerikanischen Ländern beträgt der Anteil informeller Arbeitsverhältnisse häufig noch 50 bis 70 Prozent (Scheper 2015: 281).

Kontrovers diskutiert wird die Rolle von Kinderarbeit, da – so eine Sichtweise – deren generelles Verbot den betroffenen Menschen mehr schade als nützt. So gibt es in Lateinamerika mittlerweile Organisationen, von denen die Rechte von Jugendlichen in Arbeit vertreten werden (Wimmer 2015).

Literatur & Links

Die Presse (31.1.2017): <http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/5162913/Fast-300000-Working-Poor-in-Oesterreich>

ILO (1999): Report of the Director-General: Decent work. International Labour Conference, 87th Session. Genf. www.ilo.org/public/english/standards/relm/ilc/ilc87/rep-i.htm

Scheper, Christian (2015): Transnationale Produktion und die Zukunft menschenwürdiger Arbeit. In: Globale Trends 2015. Frankfurt, 275-291.

Wikipedia (o. J.): Erwerbsarmut. <https://de.wikipedia.org/wiki/Erwerbsarmut>

Wimmer, Manfred (2015): Kinderarbeit – ein Tabu. Mythen, Fakten, Perspektiven. Wien.

Arbeitszeit

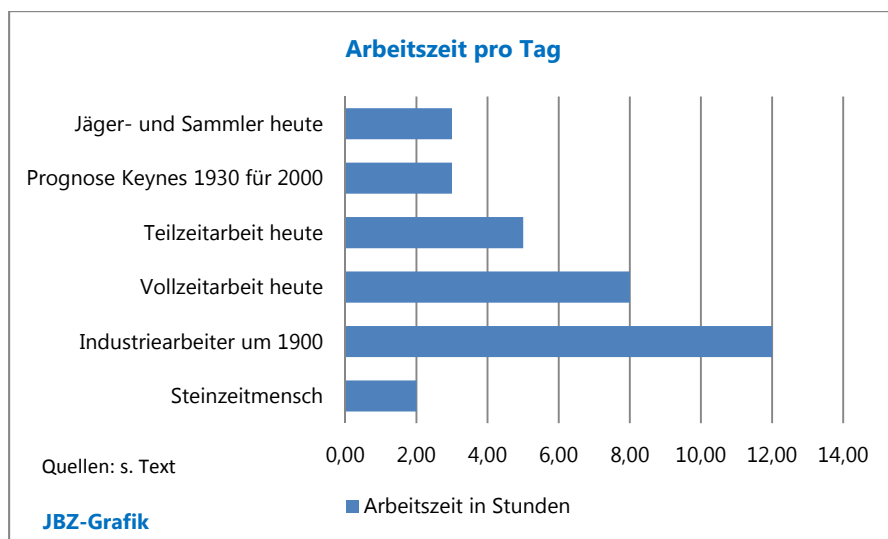
Damit wird die Zeit benannt, in der ein Mensch einer Erwerbsarbeit nachgeht. Die Zeit, in der dies nicht der Fall ist, wird Freizeit genannt, obwohl oftmals in der „Freizeit“ Tätigkeiten verrichtet werden, die ebenfalls in einem weiteren Sinn als „Arbeit“ bezeichnet werden können (>Mischerarbeit). In einem engeren Sinne ist Arbeitszeit die Zeit, in der ArbeitnehmerInnen im Rahmen ihres Arbeitsverhältnisses tätig sind (Wikipedia o. J.). Einen wesentlichen Aspekt im Kontext von Arbeitszeit stellt deren Ausmaß dar.

Laut Forschungen zur Stone Age Economy von Marshall Sahlins arbeiteten die Menschen in der Steinzeit durchschnittlich zwei Stunden am Tag, um sich das zum Leben Notwendige zu erzeugen (n. Luks 2010). Die wenigen heute noch existierenden Jäger- und Sammlerkulturen sollen an die drei Stunden am Tag arbeiten (Lietaer 2011). Industriearbeiter um 1900 kamen auf zwölf Arbeitsstunden am Tag, ehe durch Gewerkschaften die 48-Stundenwoche erkämpft werden konnte, was acht Stunden pro Tag sechs Mal die Woche bedeutete.

Internationale Standards für menschenwürdige Arbeit im formellen wie informellen Bereich

Gefahr der Entgrenzung der Arbeit

Heute gelten acht Stunden am Tag als „Normalarbeitszeit“, jedoch in der Fünf-Tage-Woche. Aufgrund der Zunahme von Teilbeschäftigungen erodiert jedoch das Normalarbeitszeitverhältnis zusehends.



John Maynard Keynes (1930) war früh davon ausgegangen, dass um das Jahr 2000 in hochproduktiven Ökonomien nur mehr drei Stunden am Tag gearbeitet würde. Andre Gorz prognostizierte die Halbierung der Arbeitszeit aufgrund der mikroelektronischen Revolution ebenfalls bis zur Jahrtausendwende. Die Lebensarbeitszeit würde von 40.000 auf 20.000 Stunden zurückgehen (Gorz 1988). Von diesen Szenarien sind wir heute weit entfernt. Aufgrund von weiteren Rationalisierungen und begrenzten Wachstumspotenzialen werden >Arbeitszeitverkürzung und flexible >Arbeitszeitmodelle in Zukunft an Bedeutung gewinnen.

Kritisiert wird insbesondere die Nichtvereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie, da in der sogenannten „rushhour des Lebens“ Familiengründung, Schaffung von Wohnraum und Erwerbsarbeit beider Geschlechter zusammenfallen. Gefordert wird ein „Konzept der atmenden Lebensläufe“ (Jurzyk 2017). Neben dem Ausmaß der Arbeitszeit gewinnt deren Ausgestaltung immer mehr an Bedeutung. Problematisiert wird die zunehmende Entgrenzung der Arbeitszeit in manchen Branchen – Arbeitsaufträge werden nach Hause mitgenommen, die Erreichbarkeit am Handy auch in der Freizeit erwartet (DGB 2012).

Literatur & Links

DGB (2012): *Arbeitshetze - Arbeitsintensivierung - Entgrenzung*. Berlin.

Luks, Fred (2010): *Endlich im Endlichen. Oder: Warum die Rettung der Welt Ironie und Großzügigkeit erfordert*. Marburg.

Gorz, Andre (1988): *Wege ins Paradies*. Berlin.

Jurzyk, Karin (2017): *Wir müssen die Lebensläufe entzerren*. Interview in: *DIE ZEIT*, 16. 3. 2017

Keynes, John Maynard (1930): *Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder*. In: *The Nation & The Athenaeum*. Download: www.sokratischer-marktplatz.de/pdf/Text_Keynes_Enkelkinder.pdf

Lietaer, Bernhard (2001): *Das Geld der Zukunft*. München.

Beschäftigung

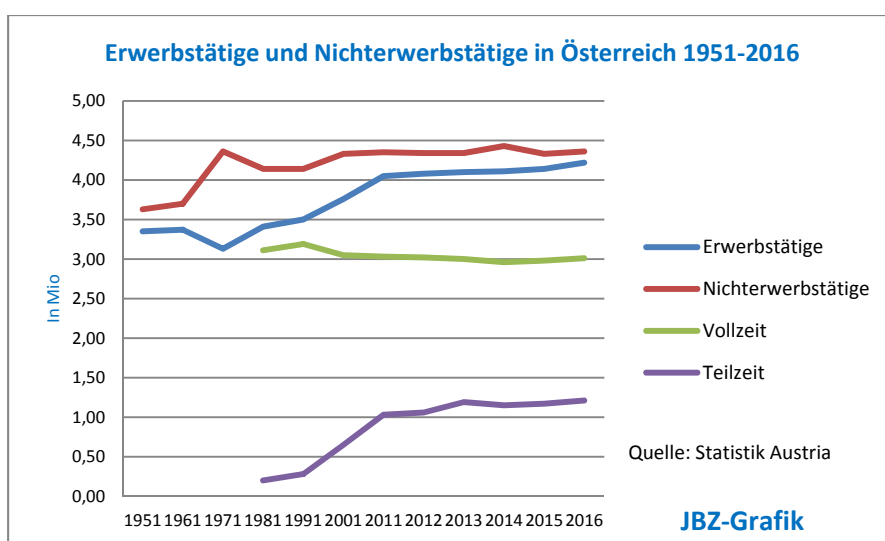
Umgangssprachlich bedeutet „beschäftigt sein“ sich einer Tätigkeit widmen, viel zu tun haben, von einer oder mehreren Dingen in Anspruch genommen zu sein. Im ökonomischen Sinn bedeutet „Beschäftigung“ einer Erwerbsarbeit nachgehen. Un-

Acht-Stundentag als Normalität und Auslaufmodell

terschieden wird zwischen Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen. Unter Erwerbspersonen werden die Erwerbstätigen zuzüglich der Arbeitslosen zusammengefasst. Die Erwerbsquote beziffert den Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.

In Österreich ist die Zahl der Erwerbstätigen von 3,4 Mio. Anfang der 1950-Jahre auf fast 4,5 Mio. heute, also um über eine Million Personen angestiegen (Statistik Austria, o. J.). Ein Zehntel davon, knapp 460.000, sind den Selbständigen zuzurechnen. Die Zunahme der Erwerbstätigen und damit auch der Arbeitsplätze hängt mit dem kontinuierlichen Wirtschaftswachstum, der Zunahme der Bevölkerung, die in den letzten Jahrzehnten (fast) ausschließlich auf Zuwanderung zurückzuführen ist, sowie insbesondere mit der steigenden Erwerbsquote der Frauen zusammen, die in der jüngeren Generation nahe an jene der Männer heranreicht. Allein von 2006 bis 2016 stieg die Erwerbsquote der Frauen um fast 6 Prozent und liegt heute bei 71,7 Prozent (Männer: 80,7 Prozent, Statistik Austria o. J.)

Verhältnis von Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen



Auffallend ist jedoch, dass diese Zunahme an Arbeitsplätzen in den letzten Jahrzehnten fast ausschließlich auf das Anwachsen von Teilzeitstellen zurückgeht (s. Grafik). Während die Vollzeitstellen seit den 1980er-Jahren auf 3 Mio. zurückgegangen sind, stieg die Zahl der Teilzeitstellen von 200.000 im Jahr 1981 auf über 1,1 Mio. im Jahr 2013. Erst in letzter Zeit kommt es zu einer Abflachung dieses Trends. Im Jahresdurchschnitt 2016 nahm bei den Erwerbstätigen die Vollzeitbeschäftigung gegenüber 2015 um 32.600 Personen zu, die Teilzeitbeschäftigung stieg um 39.400 auf 1,2 Mio. Teilzeitarbeitskräfte. Damit zeigte sich bei der Zahl der Erwerbstätigen insgesamt eine Zunahme von 72.000 Personen. Aufgrund des stärkeren Anstiegs bei den Erwerbstätigen in Teilzeit erhöhte sich die Teilzeitquote auf 28,7 Prozent (Statistik Austria o. J.).

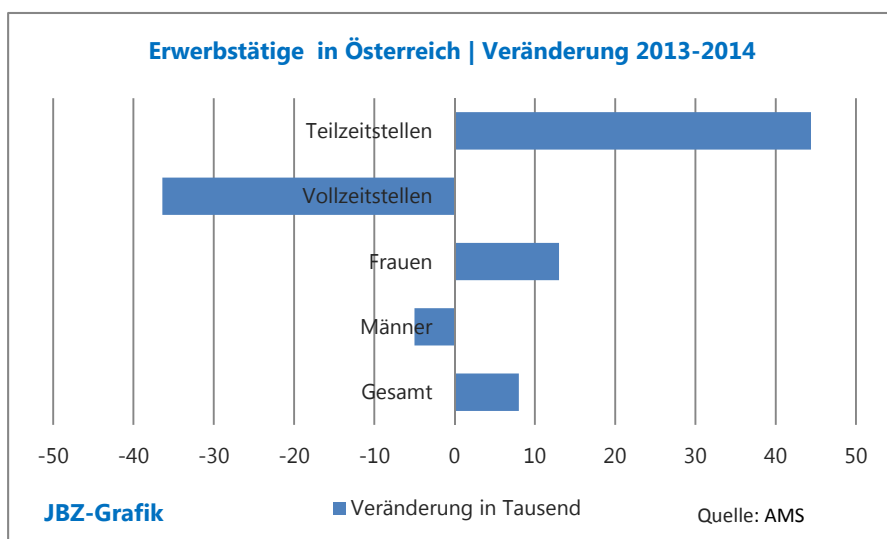
3 Mio. Vollzeitstellen stehen mittlerweile 1,2 Mio. Teilzeitstellen gegenüber

Manche gehen davon aus, dass Sozialleistungen wie Pensionsansprüche schwer aufrechterhalten werden können, wenn die Zahl der Nichterwerbstätigen deutlich über jener der Erwerbstätigen liegt. Dem wird entgegengesetzt, dass nicht die Erwerbsquote, sondern die Produktivität der Wirtschaft und die Qualität der Arbeitsplätze, die in der Regel mit höheren Löhnen und Sozialbeiträgen einhergehen, das entscheidende Kriterium für die Aufrechterhaltung des Sozialstaats darstellen. Das Ziel müssten demnach gut bezahlte Arbeitsplätze sein, was entsprechende Qualifizierungs- und Förderstrukturen brauche (Belabed/Hinterseer 2013).

Frauenbeschäftigung: Frauen holen am Arbeitsmarkt auf, aber vor allem mit Teilzeitstellen. Markant fällt die Verschiebung aus, wenn man das Jahr 2014 ansieht.

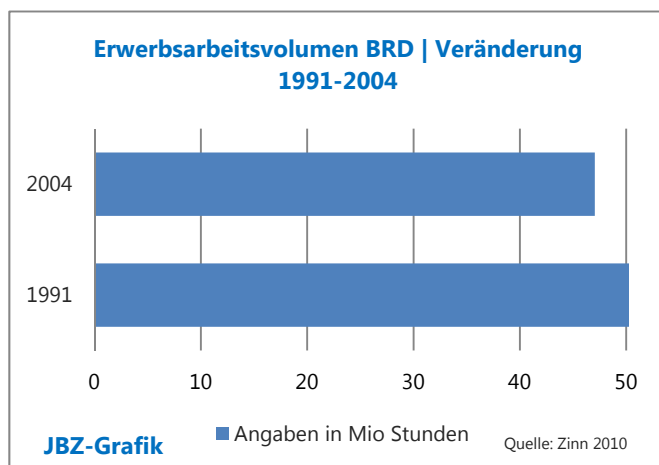
Gegenüber dem Vorjahr wurden in Österreich laut Statistik Austria 8.000 neue Arbeitsplätze geschaffen, 13.000 für Frauen, jene der Männer gingen jedoch um 5.000 zurück. 33.400 Vollzeitstellen gingen verloren, während 44.400 Teilzeitstellen geschaffen wurden (AMS o. J.). Knapp die Hälfte der Frauen, nämlich 47 Prozent, jedoch nur 11 Prozent der Männer hatten 2014 Teilzeitstellen inne. In den Folgejahren hat sich diese Entwicklung zwar etwas abgeschwächt: 2016 wurden 32.600 Vollzeitarbeitsplätze und 39.400 Teilzeitstellen geschaffen (s.o.). Der Trend ist aber eindeutig: Die Teilzeitstellen werden in Zukunft weiter zunehmen und vermehrt auch von Männern wahrgenommen werden. In skandinavischen Ländern sowie in den Niederlanden ist die Männerteilzeitquote bereits heute deutlich höher als in Österreich oder Deutschland (>Teilzeitarbeit).

Zunahme der Beschäftigten aufgrund von Teilzeit



Generell geht das Erwerbsarbeitsvolumen zurück. Der alten Vollzeit wird die neue Teilzeit folgen. Der Wirtschaftswissenschaftler Karl Georg Zinn (2010) bestätigt dies an Daten aus Deutschland, wo die Zahl der Erwerbstätigkeiten mit über 40 Millionen zwar ein „bisheriges Höchstniveau“ erreicht habe, dieser Anstieg aber hauptsächlich Resultat der fortlaufenden Umwandlung von Voll- in Teilzeitbeschäftigung und der Zunahme von Minijobs sowie anderer Formen atypischer Beschäftigung war. Entscheidend für Arbeitsmarktpolitik sei daher das Arbeitsvolumen, welches von 1991 bis 2004 um 9,1 Prozent gesunken sei. In absoluten Zahlen: von 51.785 auf 47.051 Mio. Arbeitsstunden.

Trend zu Teilzeit in Österreich und in der BRD



Vermehrte Teilzeit bzw. Kurzarbeit sieht der Experte auch als Grund dafür, dass die Arbeitslosigkeit trotz des Produktionseinbruchs angesichts der Finanzkrise 2008/2009 in Deutschland nicht wesentlich gestiegen ist. Der Strukturwandel in Richtung >*Dienstleistungsgesellschaft* werde Teilzeit weiter vorantreiben, so die Überzeugung von Zinn. Er schlägt daher vor, aus dem „Laster eine Tugend“ zu machen: „Wenn ohnehin der Trend zu mehr Teilzeitarbeit anhalten wird, käme es darauf an, Teilzeitarbeit besser zu entgelten und angemessen sozial abzusichern.“ (Zinn 2010, o. S.)

Literatur & Links

Belabed, Christian; Hinterseer, Tobias (2013): *Zehn Mythen zur Zukunft der Arbeit*. Wien.

Statistik Austria (o. J.):

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/arbeitsmarkt/erwerbsstatistik/index.html (Zugriff: 12.4.2017)

Statistik Austria (o. J.):

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/arbeitsmarkt/arbeitszeit/teilzeitarbeit_teilzeitquote/index.html (Zugriff: 12.4.2017)

Zinn, Karl Georg (2010): *Vollbeschäftigung durch Wachstum ist obsolet*. www.denk-doch-mal.de/node/362

Arbeitslosigkeit

Bezeichnet den Zustand von Menschen, die Arbeit suchen und keine ihren Qualifikationen entsprechende finden. In der Arbeitslosenstatistik erfasst werden nur jene, die sich als arbeitssuchend melden.

Unterschieden wird zwischen struktureller und konjunktureller Arbeitslosigkeit. Erstere wird auf die mangelnde bzw. fehlende Abstimmung von nachgefragten Arbeitsplätzen und Qualifikationen der Arbeitssuchenden zurückgeführt, zweitere auf mangelndes bzw. fehlendes >*Wirtschaftswachstum*.

Studien zeigen, dass Männer im Durchschnitt schwerer mit Arbeitslosigkeit umgehen können wie Frauen, da diese ihr Leben, ihre Sozialkontakte und Tätigkeiten noch stärker auf Erwerbsarbeit konzentrieren als Frauen (Holzinger 2010a: 65f). Gefordert wird ein System, das Dauerarbeitslosigkeit möglichst verhindert, zielgenaue Nach- bzw. Umqualifizierungen ermöglicht und vorübergehende Arbeitslosigkeit als Chance für Neuorientierungen begreifen lässt. Gesprochen wird von „Flexicurity“ (Kronauer/Linne, Hg. 2005), also der Verbindung von Flexibilität am Arbeitsmarkt und sozialer Absicherung verbunden mit dem Anspruch an Weiter- bzw. Umqualifizierungen. Mit „menschwürdiger Arbeitslosigkeit“ (Sedmak 2009) wird das Ziel verbunden, dass Menschen Arbeitslosigkeit als Chance für eine Neuorientierung nutzen können.

Arbeitslosenquote: Beziffert den Anteil der Arbeitslosen an den Personen im erwerbsfähigen Alter, dabei wird zwischen internationaler und nationaler Definition unterschieden. Beim ILO-Konzept, dem die internationale Definition von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit zugrunde liegt, gilt eine Person als erwerbstätig, wenn sie in der Referenzwoche mindestens eine Stunde gearbeitet oder wegen Urlaub, Krankheit usw. nicht gearbeitet hat, aber normalerweise einer Beschäftigung nachgeht. Personen mit aufrechter Dienstverhältnis, die Karenz- bzw. Kindergeld beziehen, sind bei den Erwerbstätigen inkludiert. Als arbeitslos gilt, wer in diesem Sinne nicht erwerbstätig ist, aktive Schritte zur Arbeitssuche tätigt und kurzfristig zu arbeiten beginnen kann. Die vom Österreichischen Arbeitsmarktservice (AMS) veröffentlichte nationale Arbeitslosenzahl und Arbeitslosenquote basieren auf den beim

Strukturelle und konjunkturelle Arbeitslosigkeit

Internationale und nationale Definition von Arbeitslosigkeit

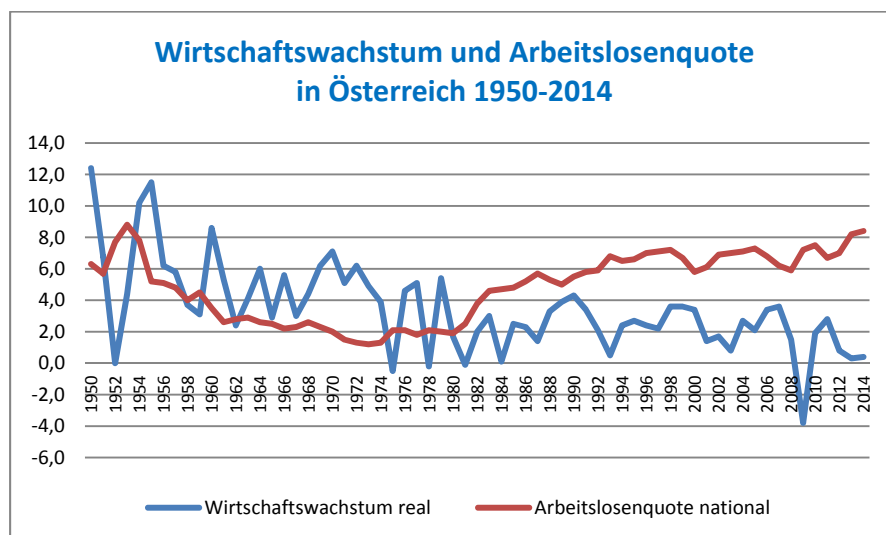
Arbeitsmarktservice vorgemerkten Arbeitslosen und den beim Hauptverband der Sozialversicherungsträger erfassten unselbständig Beschäftigten, d. h. Personen, die unter der Geringfügigkeit beschäftigt sind, sind in der Arbeitslosenquote nicht berücksichtigt. Die Arbeitslosenquote nach nationaler Definition ist in Österreich also höher als jene nach internationaler Definition.

Arbeitslosigkeit/Österreich: Die Zahl der Erwerbstätigen stieg in Österreich seit den 1950-Jahren um über 1 Million und liegt heute bei 4,5 Millionen (>Beschäftigung). Die Zahl der Arbeitsplätze steigt weiter an. Nur im Zuge der Finanzkrise gab es 2008 und 2009 einen Rückgang an Arbeitsplätzen. Dass in den letzten Jahren die Arbeitslosigkeit trotz Schaffung weiterer Arbeitsplätze steigt – von 332.000 im Jahr 2012 auf knapp 438.600 im Jahr 2016 (jeweils März, inklusive SchulungsteilnehmerInnen; im Sommer ist die Arbeitslosigkeit etwas niedriger) – hat zwei Gründe: die weitere Erhöhung der Frauenerwerbsquote (die sich bei den Jungen denen der Männer angleicht) sowie die Zunahme von Zuwanderern, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Dass die Arbeitslosigkeit bis März 2017 um 3,7 Prozent gesunken ist, wird auf vor allem mehr Jobs in Gewerbe, Industrie und Bau zurückgeführt (Der Standard 4.4.2017). Mit 8,9 Prozent ist die >Arbeitslosenquote aber noch immer hoch (nationale Definition).

Dass zwar neue Arbeitsplätze geschaffen werden, aber nicht genug, zeigt das Jahr 2015. Knapp 65.000 Arbeitskräfte kamen zwischen August 2014 und 2015 zusätzlich auf den Arbeitsmarkt, rund die Hälfte von ihnen fand auch einen neuen Arbeitsplatz. 35.000 fanden jedoch keinen Job, was einem Zuwachs zum Vorjahr um 8 Prozent entspricht (AMS, 1.9.2015).

Am stärksten betroffen von Arbeitslosigkeit sind Ältere (ab 50 Jahren), Personen mit gesundheitlichen Vermittlungseinschränkungen sowie MigrantInnen. Männer sind stärker betroffen als Frauen. Der Anteil von Langzeitarbeitslosen (länger als 12 Monate arbeitslos) an allen Arbeitslosen beträgt derzeit in Österreich knapp 14 Prozent bzw. fast 60.000 Personen (Salzburger Nachrichten 4.4.2017). Im statistischen Schnitt dauert Arbeitslosigkeit in Österreich an die 130 Tage (Quelle: AMS).

In der Langfristperspektive ist zwar ein Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Arbeitslosenquote festzustellen, wie sich am Beispiel Österreich zeigen lässt (s. Grafik, Daten Statistik Austria). Zu berücksichtigen ist aber, dass die Arbeitslosigkeit sehr stark mit der Zunahme der Erwerbspersonen zusammenhängt (>Beschäftigung).

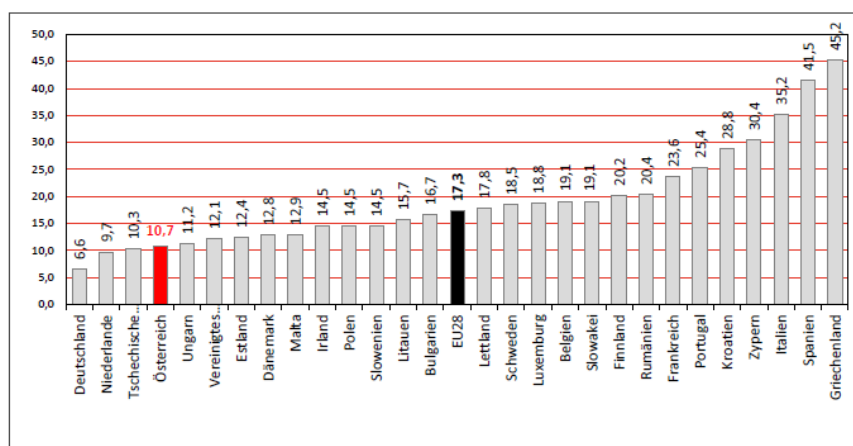


Steigende Arbeitslosigkeit in Österreich trotz Zunahme der Arbeitsplätze

Bedingter Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und Arbeitslosenquote

Arbeitslosigkeit/international: Im internationalen Vergleich hat Österreich neben Deutschland die niedrigste Arbeitslosenrate innerhalb der EU (gut 5 Prozent nach EU-Zählung). Am stärksten betroffen sind innerhalb der EU die Südländer Griechenland mit 27 Prozent und Spanien mit 25 Prozent, Italien liegt bei gut 12 und Frankreich immerhin bei 10 Prozent. Alarmierend ist die Jugendarbeitslosenquote in den Krisenländern der EU, die in Griechenland bei 45 und Spanien aktuell bei fast 41,5 Prozent liegt. In Italien macht sie 35 Prozent aus, in Kroatien 29 Prozent, in Portugal über 25 Prozent. Und in osteuropäischen Ländern sowie in Finnland und Frankreich liegen die Werte immerhin zwischen 20 und 25 Prozent (s. Grafik, Eurostat o. J.). Das bedeutet, dass jeder zweite bis jeder vierte junge Mensch im Erwerbsalter keinen Job hat. Dass die Gesellschaften dieser Länder nicht zusammenbrechen, hängt allein damit zusammen, dass die informellen Strukturen, etwa Familienetze sowie Selbstversorgungsanteile, noch stärker ausgeprägt sind als in den voll ausgebildeten Wohlfahrtsstaaten.

Österreich hatte im Februar 2017 mit 10,7 Prozent hinter Deutschland (6,6 Prozent), den Niederlanden (9,7 Prozent und der Tschechischen Republik (10,3 Prozent die viertniedrigste Jugendarbeitslosigkeit in der EU, (s. Grafik).



Jugendarbeitslosigkeit in der EU im Februar 2017

Quelle: EUROSTAT, http://www.dnet.at/elis/Tabellen/arbeitsmarkt/aminter_ALQJugendinter_Monat.pdf

Noch stärker ist der Trend der Informalisierung in den Ländern des Südens, wo der informelle Sektor vielfach 70-90 Prozent aller Beschäftigten ausmacht (Angenendt u. a. 2015). Insbesondere die steigende Jugendarbeitslosigkeit wird in Entwicklungsländern als tickende Zeitbombe gesehen, wenn die Erwartungen insbesondere der vielen jungen Männer auf Integration und Jobs nicht erfüllt werden können. Weltweit waren im Jahr 2013 schätzungsweise 73 Millionen Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahren arbeitslos. Im Nahen und Mittleren Osten ist die Jugendarbeitslosigkeit seit den 1990er-Jahren von unter 25 auf 30 Prozent weiter gestiegen, in Nordafrika liegt diese ebenfalls bei 25 Prozent, was heißt, dass ein Viertel aller Jugendlichen keinen Job haben (Angenendt/Popp 2015; >Arbeitsrechte).

Als Auswege aus der Arbeitslosigkeit werden Wachstumsimpulse etwa durch öffentliche Investitionen, Umqualifizierungen sowie für hochproduktive Ökonomien - zuletzt verstärkt - auch Modelle der Umverteilung von Erwerbsarbeit vorgeschlagen (>Teilzeitarbeit, >Karenzzeitmodelle, >Arbeitszeitverkürzung). Um Nettoarbeitsplatzzuwächse zu schaffen, wird von mindestens zwei Prozent Wirtschaftswachstum ausgegangen („Beschäftigungsschwelle“). Manche fordern auch die Umsetzung eines >Grundeinkommens, da anders Arbeitslosigkeit nicht mehr unterbunden und

Alarmierende Jugendarbeitslosigkeit in EU-Südländern

Hohe Arbeitslosigkeit in Ländern des Südens als tickende Zeitbombe

Unterschiedliche Lösungsansätze

der Zugang aller zu den Grundleistungen der Gesellschaft nicht mehr gesichert werden könnte (>Grundsicherung).

Literatur & Links

AMS (o. J.) <http://www.ams.at/ueber-ams/medien/ams-oesterreich-news/ende-august-beschaeftigung-stieg-um-30000-arbeitslosigkeit-um-35000-personen>

Angenendt, Steffen; Popp, Silvia (2015): Jugendarbeitslosigkeit als globale Herausforderung. In: Globale Trends 2015. Frankfurt, 293-298.

Eurostat (o. J.): Jugendarbeitslosigkeitsquote (15-24 Jahre) im internationalen Vergleich. http://www.dnet.at/elis/Tabellen/arbeitsmarkt/aminter_ALQJugendinter_Monat.pdf

Holzinger, Hans (2010a): Zur Zukunft der Arbeit. Befunde und Ausblicke. Wien/Salzburg. Kostenloser Download unter: www.wachstumimwandel.at.

Arbeitsklima-Index und Führungsmonitor

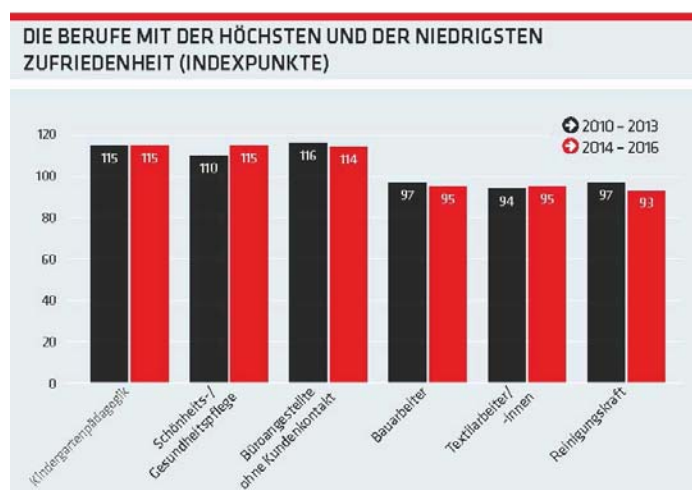
Die Sicht der Beschäftigten wird in wirtschafts- und sozialpolitischen Diskussionen viel zu wenig berücksichtigt, auch weil es vermeintlich zu wenig gesicherte Daten dazu gibt. Der österreichische Arbeitsklima Index, der im Auftrag der Arbeiterkammer erstellt wird, liefert seit mehr als 15 Jahren diese Daten und ist so ein Maßstab für den wirtschaftlichen und sozialen Wandel aus Sicht der ArbeitnehmerInnen. Er untersucht deren Einschätzung hinsichtlich Gesellschaft, Betrieb, Arbeit und Erwartungen. Der Arbeitsklima Index erfasst die subjektive Dimension und erweitert so das Wissen über wirtschaftliche Entwicklungen und ihre Folgen für die Gesellschaft AK OÖ, o. J.).

Die Berechnung des Arbeitsklima Index beruht auf vierteljährlichen Umfragen unter österreichischen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen. Die Stichprobe von rund 4000 Befragten pro Jahr ist repräsentativ ausgewählt, so dass daraus relevante Schlüsse für die Befindlichkeit aller ArbeitnehmerInnen gezogen werden können. Der Arbeitsklima Index wird seit dem Frühjahr 1997 zweimal jährlich berechnet. Ergänzend gibt es Sonderauswertungen.

Die Unzufriedenheit mit dem Arbeitsklima, in welches neben Aspekten der Arbeitsbelastung auch solche wie die Möglichkeit zu Fortbildungen oder generell die Zukunftssicherheit des Arbeitsplatzes einfließt, ist in den 2000er Jahren zunächst merklich gestiegen, seit 2009 jedoch rückläufig. Tobias Hinterseer von der AK Salzburg erklärt dies mit Gewöhnungseffekten, dem möglichen Rückgang des Arbeitsstresses aufgrund geringerer Auftragslagen im Gefolge der Finanzkrise sowie mit dem Zurückschrauben von Erwartungen in Krisenzeiten, in denen der Umstand überhaupt Arbeit zu haben wichtiger würde (E-Mail-Auskunft am 10.9.2015).

Aktuell (Daten November 2016) sind sieben von zehn Arbeitnehmer/innen mit ihrer Arbeit zufrieden. Die geringste Arbeitszufriedenheit weisen seit vielen Jahren Bauarbeiter, TextilarbeiterInnen und Reinigungskräfte auf. Als Gründe gelten physischer Stress (Baubranche) oder schlechte Arbeitszeiten (Reinigungsgewerbe). Fehlenden Aufstiegsmöglichkeiten zählen neben dem Einkommen auch zu Unzufriedenheitsfaktoren. Die Branchen mit der höchsten

*Umfassende Erhebung der
Arbeitszufriedenheit
in Österreich*



Quelle: AK OÖ, Arbeitsklimaindex

Zufriedenheit sind Kindergartenpädagogik, Schönheits- und Gesundheitspflege sowie Büroangestellte ohne Kundenkontakte. Der Aspekt einer sinnvollen Tätigkeit spielt dabei eine wichtige Rolle. Jüngere Beschäftigte sind im Durchschnitt zufriedener als ältere, was neben anderem mit geringeren körperlichen Beschwerden zusammenhängt. Alarmierend sei jedoch, so ein Ergebnis, der stark sinkende „Zukunftsoptimismus“ der Jüngeren in Bezug auf ihre Arbeitsmarktchancen (AK OÖ, o. J.).

Die persönliche Arbeitszufriedenheit kann mit einem von der AK OÖ zur Verfügung gestellten Online-Tool eruiert werden.

Führungskräfte-Monitor: Der Führungskräfte-Monitor stützt sich auf die Daten des Österreichischen Arbeitsklima Index. In diesem wird unter anderem in face-to-face Interviews abgefragt, ob die Befragten eine Leitungsfunktion innehaben. Rund 14 Prozent geben an, über eine solche zu verfügen. Damit ergibt sich hochgerechnet die Zahl von mehr als 500.000 Führungskräften in Österreich. Darin enthalten sind VorarbeiterInnen in der Industrie und FilialleiterInnen im Handel ebenso wie GeschäftsführerInnen in der Privatwirtschaft oder leitende Angestellte in der öffentlichen Verwaltung. Die erste Auswertung belegt, dass Führungskräfte vor allem im Umgang mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gefordert werden: 70 Prozent bei der Motivation der Mitarbeiter/-innen; 59 Prozent dabei, manchmal harte Entscheidungen treffen zu müssen; 45 Prozent dadurch, möglicherweise in persönliche Konflikte zu geraten. Personen mit Leitungsaufgaben werden aber auch physisch sehr gefordert. 23 Prozent geben an, pro Woche mehr als 45 Stunden zu arbeiten, weitere 22 Prozent kommen auf mehr als 40 Stunden pro Woche (AK Oberösterreich, o. J.).

Führungskräfte fühlen sich insbesondere starkem Zeitdruck ausgesetzt.

Literatur & Links

AK Oberösterreich (o. J.): Der Arbeitsklima-Index.

<http://ooe.arbeiterkammer.at/beratung/arbeitundgesundheit/arbeitsklima/index.html>

https://ooe.arbeiterkammer.at/beratung/arbeitundgesundheit/arbeitsklima/arbeitsklima_index/Arbeitsklima_Index_November_2016.html

https://ooe.arbeiterkammer.at/beratung/arbeitundgesundheit/arbeitsklima/Arbeitsklima_selbst_berechnen.html

https://ooe.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/arbeitswelt/arbeitsklima/Fuehrungskraefte_Monitor.html

Arbeitsverdichtung

Bezeichnet die Beschleunigung der Arbeitsprozesse sowie die Zunahme unterschiedlicher Tätigkeiten, die gleichzeitig ausgeführt werden sollen. Das „Multitasking“ wird als einer der Gründe für Burnout angeführt (Bauer 2013). Statistiken belegen die starke Zunahme von Krankenständen aufgrund psychischer Probleme. Allein in Österreich gab es laut Pensionsversicherungsanstalt 2012 3,4 Millionen Krankenstandstage aufgrund psychischer Erkrankungen; 1999 waren es erst 1,4 Millionen (Kummer o. J.). Ähnliches zeigen Daten von Statistik Austria, denen zufolge die Krankenstandsfälle bezogen auf 1.000 Personen aufgrund psychischer Erkrankungen von 11,5 im Jahr 1990 auf 29,9 im Jahr 2015 gestiegen sind, was beinahe eine Verdreifachung bedeutet. Der Großteil der Krankenstandsfälle bezieht sich freilich weiterhin auf Krankheiten des Atmungssystems sowie Krankheiten des Muskel-Skeletts-Systems (s. u., Statistik Austria, o. J.).

Zunehmende Arbeitsverdichtung führt zu höheren Krankenstandstagen

Berichtet wird auch von einer Bedeutungsverschiebung hinsichtlich der Wahrnehmung von Arbeitsqualität: der frühere „Werkstolz“ sei dem „Erschöpfungstolz“

gewichen (Grünewald 2013). Als Reaktionen auf die zunehmenden psychischen Belastungen am Arbeitsplatz wurden Kampagnen wie „Gute Arbeit“ (DGB o. J.) oder Initiativen wie der *>Arbeitsklima-Index* ins Leben gerufen. Der Arbeitsmedizinische Dienst (AMD o. J.) betreibt Aufklärung über Gesundheitsaspekte am Arbeitsplatz und überprüft die Arbeitsbedingungen in den Unternehmen.

Volkswirtschaftlich teuer sind insbesondere chronische Erkrankungen, über die die Österreichische Gesundheitsbefragung 2014 einen Überblick gibt. Nach Vorgabe einer Liste von 17 Erkrankungen wurde am häufigsten über chronische Kreuzschmerzen oder ein anderes chronisches Rückenleiden berichtet; fast ein Viertel der Befragten war davon betroffen. Zweithäufigste chronische Krankheit waren Allergien (24 Prozent), gefolgt von Bluthochdruck (21 Prozent) und chronischen Nackenschmerzen sowie sonstigen Schmerzen an der Halswirbelsäule (18,5 Prozent). Chronische Krankheitsbilder, die bei Frauen wesentlich häufiger auftraten als bei Männern waren Arthrose (15 Prozent), Depression sowie chronische Kopfschmerzen (jeweils über 9 Prozent). Das heißt Bewegungsarmut und Haltungsschäden spielen eine wichtige Rolle und spiegeln auch die Veränderung der Tätigkeiten im Beruf (Abnahme körperlicher Arbeit) wieder.

Die durchschnittliche Dauer eines Krankenstandes betrug 2015 bei den männlichen Erwerbstätigen 10,0 Tage und bei den weiblichen 9,8 Tage. Die häufigsten Ursachen für einen Krankenstandsfall waren 2015 Krankheiten der Atmungsorgane (490 Fälle pro 1.000 Erwerbstätigen), bestimmte Infektionskrankheiten wie z.B. Darminfektionen (194 Fälle pro 1.000 Erwerbstätigen) sowie Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes (165 Fälle pro 1.000 Erwerbstätigen). (Daten jeweils Statistik Austria: Jahrbuch Der Gesundheitsstatistik 2015).

Rückläufig sind die Arbeitsunfälle. Sie sind in Österreich von 1995 bis 2015 um mehr als ein Drittel zurückgegangen. Die Anzahl der tödlichen Arbeitsunfälle hat sich von 1995 bis 2015 halbiert und von 2005 bis 2015 um 32 Prozent verringert. Die verzeichneten Rückgänge dürften mit dem technologischen Wandel sowie der verbesserten Sicherheit am Arbeitsplatz zusammenhängen (Statistik Austria, o. J.).

Hinsichtlich Vereinbarkeit von Beruf und Familie gibt es nach wie vor große Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Es sind vor allem Mütter, die nach der Geburt eines Kindes die Erwerbstätigkeit unterbrechen und später nur in Teilzeit auf den Arbeitsmarkt zurückkehren. Im Gegensatz zu Frauen wird das berufliche Engagement von Männern oft von der Geburt eines Kindes kaum beeinflusst. Im Jahr 2016 nahmen 91 Prozent der Männer und nur 66 Prozent der Frauen zwischen 15 und 64 mit betreuungspflichtigen Kindern unter 15 Jahren aktiv am Arbeitsmarkt teil. Die Differenz der Erwerbstätigenquoten von Frauen und Männern (25 Prozentpunkte) war allerdings vor 20 Jahren noch wesentlich höher: 1994 betrug der Unterschied 42 Prozentpunkte. Die Beschäftigungsquote der Männer lag bei 94 Prozent, jene der Frauen bei 52 Prozent (Statistik Austria, o. J.)

Literatur & Links

AK Oberösterreich: *Der Arbeitsklima-Index*.

<http://ooe.arbeiterkammer.at/beratung/arbeitsundgesundheit/arbeitsklima/index.html>

AMD (o. J.): *Arbeitsmedizinischer Dienst*. <http://amd-sbg.at/>

Grünewald, Stephan (2013): *Die erschöpfte Gesellschaft*. Frankfurt/M.

Kummer, Susanne (2014): *Mental Health und Arbeitswelt*.

http://www.imabe.org/fileadmin/imago_hominis/pdf/IH020_242-244.pdf

Statistik Austria, (o. J.):

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/arbeitsmarkt/familie_und

Arbeitsunfälle sind rückläufig bedingt durch technologischen Wandel und höhere Sicherheit am Arbeitsplatz.

[arbeitsmarkt/index.html](#)

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/gesundheit/gesundheitszustand/index.html

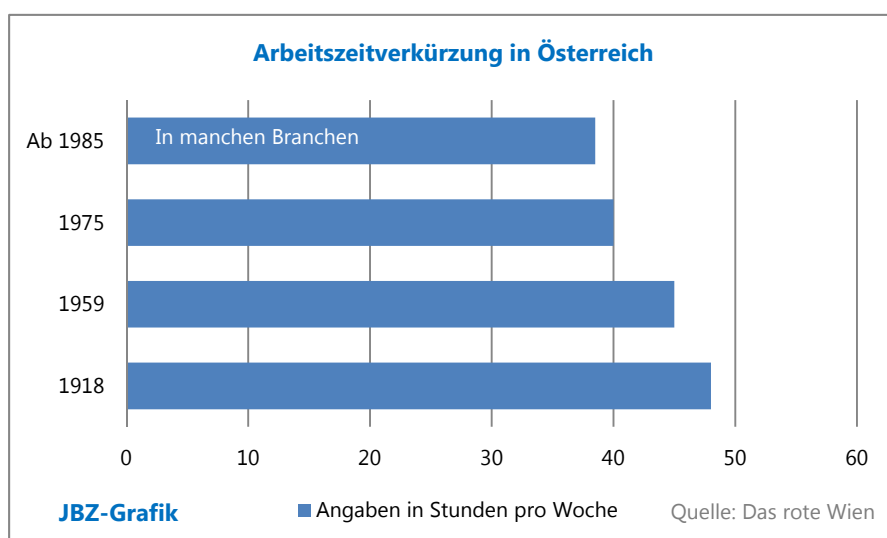
http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/gesundheit/unfaelle/arbeitsunfaelle/index.html

Arbeitszeitverkürzung

Der Zuwachs der Wirtschaftsleistung wird i. d. R. zwischen UnternehmerInnen (bei börsennotierten Unternehmen auch AktionärInnen) und ArbeitnehmerInnen aufgeteilt. Die Beteiligung der ArbeitnehmerInnen an den >Produktivitätsfortschritten kann durch höhere Löhne und/oder durch Verkürzung der >Arbeitszeit erfolgen.

Die Verringerung der Arbeitszeit führt in diesem Sinne nicht zum Rückgang der Produktivität, sondern ist eine Antwort auf deren Steigerung: „Tatsache ist, dass sich das Arbeitsvolumen, das heißt, die Zahl der effektiv geleisteten Arbeitsstunden pro Kopf der Bevölkerung von 1900 bis zum Jahr 2000 recht genau halbiert hat. Richtig ist, dass heute – jedoch aufgrund des Produktivitäts-Fortschritts – pro Kopf der Bevölkerung die sechsfache Menge an Gütern und Dienstleistungen erwirtschaftet wird wie vor 100 Jahren“. (Miegel 2002)

Produktivitätssteigerung ermöglicht Arbeitszeitverkürzung



Arbeitszeitverkürzung/historisch: Während Ende des 19. Jahrhunderts zwölf und mehr Arbeitsstunden am Tag üblich waren, konnte der Achtstunden-Tag in Österreich 1918 unter der Ägide des Gewerkschafters und neuen Staatssekretärs für soziale Fürsorge Ferdinand Hanusch endlich gesetzlich verankert werden. Seit Einführung des Achtsturentages und der 48-Stunden-Woche wurde die Arbeitszeit in mehreren Etappen weiter verringert: Die Verkürzung von 48 auf 45 Stunden erfolgte 1959. Zehn Jahre später einigte man sich über eine schrittweise Absenkung der Arbeitszeit auf 40 Stunden. Wirklichkeit wurde die 40-Stunden-Woche allerdings erst im Jahr 1975. Ab 1985 wurden in einzelnen Branchen auch kürzere Arbeitszeiten wie die 38-Stunden-Woche vereinbart. (Das rote Wien, o. J.) Seither gab es in Österreich keine weiteren generellen Arbeitszeitverkürzungen.

40-Stundenwoche ab 1975, danach kaum Reduzierung

Arbeitszeitverkürzung/aktuell: Um der steigenden >Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken und mehr Lebensqualität (etwa Vereinbarkeit von Beruf und Familie) für die ArbeitnehmerInnen zu erreichen, werden von mehreren AutorInnen weitere Arbeitszeitverkürzungen gefordert. Modellen mit Lohnausgleich für alle stehen dabei Modelle, die auf mehr Zeit statt mehr Lohn setzen, gegenüber. Angedacht werden auch

Neue Arbeitszeitverkürzung mit bedingtem Lohnausgleich

Mischformen, etwa eine 35-Stundenwoche für alle, jedoch mit Lohnausgleich nur für Gering- und Mittelverdienende. Zudem werden flexible >Arbeitszeitmodelle vorgeschlagen, die den jeweiligen Bedürfnissen der ArbeitnehmerInnen gerecht werden (Holzinger 201a).

Erhebungen zeigen freilich den eindeutigen Trend, dass das Erwerbsarbeitsvolumen, also die Gesamtheit der in einer Volkswirtschaft getätigten Erwerbsarbeitsstunden, sinkt, während die Zahl der Arbeitsplätze weiter steigt. Der Grund liegt in der Zunahme von Teilzeitstellen, insbesondere für Frauen (Zinn 2010, Holzinger 2010a, >Beschäftigung, >Arbeitszeitmodelle).

Dass die von Ökonomen wie John Maynard Keynes oder Soziologen wie Andre Gorz prognostizierten drastischen Arbeitszeitverkürzungen (<Arbeitszeit) trotz hoher Zunahme der Produktivität (bislang) nicht eingetreten sind, hat mehrere Gründe: die Ausweitung der Beschäftigten im >Dienstleistungssektor, in dem nun früher privat erbrachte Tätigkeiten bezahlt durchgeführt werden, die mangelnde Verteilung der Produktivitätsfortschritte, die weitere Arbeitszeitverkürzung als nicht finanzierbar erscheinen lässt, sowie die massive Ausweitung der Konsumansprüche einschließlich der kommerziellen Freizeitaktivitäten, die Keynes nicht als attraktiv bewertet hatte. So bleibt das Paradox, auf das Robert und Edward Skidelsky verweisen: „Uns Menschen in der reichen Welt geht es im Durchschnitt vier- bis fünfmal so gut wie 1930, doch die Arbeitszeit ist seit damals nur um ein Fünftel gefallen.“ (Skidelsky/Skidelsky 2014: 41)

Literatur & Links

Das rote Wien. Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie: Der Achtstunden-Tag.
www.dasrotewien.at/achtstundentag.html

Holzinger, Hans (2010a): Zur Zukunft der Arbeit. Befunde und Ausblicke. Wien/Salzburg.
Kostenloser Download unter: www.wachstumimwandel.at

Miegel, Meinhard (2002): Wachstum bringt keine Jobs. Märkische Allgemeine Zeitung 26. August.

Skidelsky, Robert; Skidelsky, Edward (2014): Wie viel ist genug? Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens. München.

Zinn, Karl Georg (2010): Vollbeschäftigung durch Wachstum ist obsolet.
www.denk-doch-mal.de/node/362

Teilzeitarbeit

Anders als eine generelle >Arbeitszeitverkürzung zielen flexible Arbeitszeitmodelle auf die freiwillige Reduzierung bzw. Veränderung der Arbeitszeiten, die auf Wunsch der ArbeitnehmerInnen oder/und aufgrund der Erfordernisse des Unternehmens vorgenommen wird.

Am bekanntesten ist das Modell *Teilzeit*, welches immer mehr an Bedeutung als Strategie für Arbeitszeitumverteilung gewinnt. Ein Weg, der etwa in Skandinavien oder den Niederlanden früh favorisiert wurde. Teilzeitarbeit ist eine wesentliche Säule der niederländischen Arbeitsmarktpolitik und wurde von der Haager Regierung im Rahmen ihrer Arbeitsbeschaffungspolitik der 1990er-Jahre offensiv beworben. Seit 1996 ist in den Niederlanden Gesetz, dass ArbeitnehmerInnen, die weniger Stunden arbeiten ebenso behandelt werden müssen wie Vollzeitstätige. Auch wurde festgeschrieben, dass ArbeitgeberInnen die Umwandlung einer Stelle von Voll- auf Teilzeit nur noch unter Angabe guter Gründe ablehnen dürfen. Mit 44 Prozent Teilzeitstellen waren die Niederlande bereits 2007 EU-Spitzenreiter. Unter

Der materielle Wohlstand hat sich vervielfacht, die Arbeitszeit wurde aber nur um ein Fünftel reduziert.

Die Ausweitung von Teilzeit gilt als wichtigste Form neuer Arbeitszeitmodelle

Frauen arbeiten 70 Prozent in Teilzeit, von den verheirateten Frauen sind es sogar 80 Prozent (Wardenbach 2007).

Mit 50 Prozent Teilzeitbeschäftigten waren 2014 die Hälfte aller ArbeitnehmerInnen in den Niederlanden Teilzeit beschäftigt, in Deutschland und Österreich waren es über 27 Prozent, in Schweden 26 Prozent (Eurostat, o. J.)

Die Frage ist, wieweit diese Teilzeitbeschäftigung gewünscht oder vom Arbeitsmarkt erzwungen wird. Einer Erhebung von Eurostat zu Folge waren von den 44,1 Millionen Personen in der Europäischen Union (EU), die 2014 einer Teilzeitbeschäftigung nachgingen, 9,8 Millionen unterbeschäftigt, d. h., sie wollten zusätzliche Arbeitsstunden leisten und hätten dafür auch zur Verfügung gestanden, was einem Viertel aller Teilzeitbeschäftigten entspricht (Eurostat o. J.).

In Österreich zeigt sich der Trend zur Teilzeit ebenfalls seit vielen Jahren. Die Teilzeitstellen haben seit den 1990er-Jahren kontinuierlich zugenommen; eine Entwicklung die parallel zum Zustrom von mehr Frauen in den Arbeitsmarkt erfolgte (Statistik Austria, o. J., s. a. >Arbeitszeit).

Teilzeitstellen können Nachteile bringen (>Arbeitsverdichtung, schlechtere Entlohnung und Aufstiegsmöglichkeit), jedoch auch Vorteile aufweisen, wenn sie der Wunscharbeitszeit der Betroffenen entsprechen. Nicht zulässig erscheint die Einordnung von Teilzeitstellen unter prekärer Beschäftigung (Holzinger 2010a, Fessler/Hinsch 2011).

Ein ebenfalls wichtiger werdendes Modell der Arbeitszeitverkürzung liegt im Tausch von Lohnerhöhungen gegen kürzere Arbeitszeiten. In Österreich gibt es für manche Branchen, etwa in der Elektro- und Elektronikindustrie, die Option auf Arbeitszeitverkürzung anstelle von Gehaltserhöhungen – ein Modell, das gut angenommen wird (Scherz 2015).

Die „30-Stundenwoche im atmenden Arbeitsmarkt“ des Betriebswirtschaftler Konrad Stopp zielt auf 30 Wochenstunden Erwerbsarbeit als neue Norm, die jedoch auf Freiwilligkeit basiert. Unternehmen und ArbeitnehmerInnen, die sich darauf einlassen, würden aber finanziell belohnt. Der Gedanke dahinter: Hohe Arbeitslosigkeit kostet auch Geld. Falls diese durch Anreizsysteme für Kürzer-Arbeiten verringert wird, amortisieren sich die Kosten (Stopp 2004).

Flexible Arbeitszeitmodelle werden in Zukunft an Bedeutung gewinnen, weil der Wunsch danach insbesondere auch bei Besserqualifizierten stärker wird (Holzinger 2010a: 37ff). Diese Form der Flexibilisierung birgt Chancen und Risiken zugleich: „Für die Beschäftigten sind neue Arbeitszeitmodelle zweischneidig. Anders als die Normalarbeitszeit, die weitgehend indifferent gegenüber unterschiedlichen Lebensbedingungen und -entwürfen ist, bieten sie einerseits Chancen, Zeitnot zu lindern, inkongruente berufliche und außerberufliche Zeitanforderungen in Einklang zu bringen sowie Zeitautonomie und Zeitwohlstand zu steigern. Voraussetzung ist jedoch, dass die Beschäftigten Einfluss auf die alltägliche Gestaltung der Arbeitszeit nehmen können.“ (Seifert u. a 2005: 7)

Literatur & Links

Eurostat (o. J.): *Arbeitskräfteerhebung 2014. Nahezu 10 Millionen Teilzeitarbeitskräfte in der EU hätten lieber mehr gearbeitet.* <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/6800419/3-27042015-AP-DE.pdf/bbe143c1-2996-4c32-be0c-d94708864065>

Fessler, Pirmin / Hinsch, Stefan (2011): *Wie funktioniert Wirtschaft? Eine kritische Einführung.* Wien.

Holzinger, Hans (2010a): *Zur Zukunft der Arbeit. Befunde und Ausblicke.* Wien/Salzburg. Kostenloser Download unter: www.wachstumimwandel.at.

Mehr Freizeit statt mehr Lohn gewinnt als Option an Bedeutung

Teilzeitarbeit und flexible Arbeitszeitmodelle bergen Chancen und Risiken

Löpfe, Philip; Vontobel, Werner (2008): *Arbeitswut. Warum es sich nicht lohnt, sich abzuheizen und gegenseitig die Jobs abzujagen*. Frankfurt/M.

Scherz, Eva (2015): *Mehr Zeit statt Geld*. *Arbeit & Wirtschaft* 2/2015. www.arbeit-wirtschaft.at

Schulte, Dieter (1996, Hg.): *Arbeit der Zukunft*. Köln.

Seifert, Hartmut (2005, Hg.): *Flexible Zeiten in der Arbeitswelt*. Frankfurt.

Stopp, Konrad (2004): *Die 30-Stundenwochs Regularbeitszeit im atmenden Arbeitsmarkt*. In: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 55, H. 10 630-637.

Flexible Arbeitsmodelle

Kurzarbeit: Kurzarbeit gilt als Form der vorübergehenden Arbeitszeitreduzierung aufgrund von Wirtschaftskrisen, die Kündigungen verhindern soll. Ein Modell, das sich bereits mehrfach bewährt hat. So gab es in Österreich Mitte 2009, am Höhepunkt der Nachfrageflaute im Zuge der Finanzkrise, über 50.000 Menschen in Kurzarbeit. 2010 ist deren Zahl wieder unter 10.000 gefallen (Holzinger 2010a). Verhindert wurde so, dass Personen gekündigt werden mussten. Zudem gibt es Beispiele der Arbeitszeitverkürzung auf betrieblicher Ebene, wie die 24-Stundenwoche bei VW in Deutschland, womit früh auf Rationalisierungen in der Autoproduktion reagiert wurde. Das VW-Modell, bei dem die ArbeitnehmerInnen Lohn einbußen in Kauf nehmen, dafür aber ihre Arbeitsplätze behalten, funktioniert gut, weil die betroffenen Belegschaften relativ gut verdienen. Ein Modell, welches daher nicht auf den Dienstleistungssektor oder den Tourismus übertragbar ist.

Kurzarbeit wird in Nachfragekrisen eingesetzt, um Kündigungen hintanzuhalten

Arbeitszeitkonten/ Zeitwertkonten: Eine Sonderform >flexibler Arbeitszeitmodelle stellen *Arbeitszeitkonten*, die eine flexible Gestaltung der Arbeitszeit innerhalb bestimmter Zeitkorridore ermöglichen, sowie *Zeitwertkonten* dar. Bei letzteren sparen ArbeitnehmerInnen nicht-konsumierte Überstunden, nicht ausbezahltes Weihnachtsgeld oder einen nicht ausbezahlten Teil des Gehalts an. Dieser Betrag kann dann für eine Auszeit bzw. einen früheren Eintritt in den Ruhestand verwendet werden. In Deutschland wurden Zeitwertkonten 1998 im „Gesetz zur sozialrechtlichen Absicherung flexibler Arbeitszeitregelungen“ ermöglicht (Pochad/Raab 2009).

In Österreich sind Arbeitszeitkonten, die über normale Gleitarbeitszeiten hinausgehen, unter den Begriffen Bandbreitenmodell, Jahresarbeitszeit sowie Flex-Time zusammengefasst: Bei diesen Arbeitszeitmodellen wird die Arbeitszeit unregelmäßig über den gesamten Durchrechnungszeitraum – zum Beispiel ein Jahr – verteilt, was es dem Arbeitgeber ermöglicht, die Arbeitszeit in auftragsstarken Zeiten auszuweiten und dann wieder zu reduzieren, ohne dass Überstundenzuschläge anfallen. Die Arbeitszeit schwankt hier flexibel innerhalb einer gewissen vom Kollektivvertrag vorgegebenen Bandbreite – daher die unterschiedlichen Namen für dasselbe Modell. Diese weitergehenden Durchrechnungen müssen in der Regel zusätzlich durch den Kollektivvertrag zugelassen sein (Risak 2010).

Literatur & Links

Pochad, Thomas; Raab, Steffen (2009): *Zeitwertkonten*. Hamburg.

Risak, Martin E. (2010): *Arbeitszeitmanagement - der rechtliche Rahmen*. In: *Personalmanager* 2/2010, 16-18, <http://www.univie.ac.at/arbeitsrecht/php/get.php?id=1502>

Karenzmodelle

Neben dem Ausbau der Teilzeitstellen – ein Trend, der unumkehrbar scheint – sind aber auch andere Formen der Arbeitszeitreduzierung wie Auszeiten, Sabbaticals bzw. Karenzierungen etwa für Fortbildungen möglich (AMS, o. J.). Am bekanntesten

sind Karenzierungen für Kinderbetreuungsaufgaben. Möglich sind hier unterschiedliche Modelle und ein Splitting zwischen den Eltern. Aufgrund des demografischen Wandels an Bedeutung gewinnen Pflegekarenzen (AMS, o. J.).

Der Bildungsurlaub, der in skandinavischen Ländern bereits stark verbreitet ist, wird laut Prognosen auch in Österreich und Deutschland an Bedeutung gewinnen. Betriebsinterne Freistellungen für Fortbildungen würde dabei gegenüber betriebsunabhängigen Auszeiten der Vorrang gelten (Schuller 2001). Das in Österreich angebotene Modell der Bildungskarenz sieht vor, dass ArbeitnehmerInnen, die mindestens vier Jahre in Beschäftigung waren, bis zu 12 Monate Bildungsurlaub beanspruchen dürfen. Voraussetzung sind der Nachweis einer Bildungsmaßnahme sowie eine Einverständniserklärung des Arbeitgebers/der Arbeitgeberin, welche/r auch eine Wiedereinstellungszusage geben muss. Die Höhe des Bildungskarenzgeldes entspricht jenem des Arbeitslosenbezuges (AMS, o. J.)

Bei Sabbaticals, also Auszeiten ohne Junktimierung mit Betreuungs- oder Bildungspflichten, wird unterschieden zwischen unbezahlter Arbeitsfreistellung sowie Ansparmodellen. Bei Letzteren arbeitet der Arbeitnehmer/die Arbeitnehmerin vier Jahre voll bei 80 Prozent des Gehaltes, das fünfte Jahr kann somit die Auszeit bei Lohnfortzahlung angetreten werden. Eine Untersuchung für Deutschland hat ergeben, dass Auszeiten mittlerweile in mehreren Branchen, insbesondere im Öffentlichen Dienst angeboten werden, jedoch nach wie vor ein Nischenphänomen darstellen (Siemers 2005).

Laut einer repräsentativen FORSA-Umfrage aus 2013 im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung wünschen sich in Deutschland 57 Prozent aller Befragten die Möglichkeit, berufliche Auszeiten nehmen zu können. Der Anteil ist bei den 30 bis 44-Jährigen mit 61 Prozent besonders hoch. Unter denen, die sich eine berufliche Auszeit vorstellen könnten, würde jeder Zweite die Zeit für eine berufliche Weiterbildung nutzen (Bildungsspiegel 2013).

Literatur & Links

AMS (o. J.): Bildungskarenz. http://www.ams.at/docs/001_infoblatt_bildungskarenz.pdf

AMS (o. J.): Karenz. <http://www.ams.at/service-arbeitsuchende/angebote-frauen/karenz>

AMS (o. J.): Pflegekarenz. <http://www.ams.at/service-arbeitsuchende/finanzielles/leistungen/familienhospiz-pflegekarenz>

Bildungsspiegel (2013): <http://www.bildungsspiegel.de/bildungsnews/news/1383-umfrage-57-prozent-der-berufstaetigen-koennten-sich-berufliche-auszeit-vorstellen.html>

Siemers, Barbara (2005): *Sabbaticals – Optionen der Lebensgestaltung jenseits des Berufsalltags*. Frankfurt, Lang.

Mischarbeit

Der Begriff wurde vom Wissenschaftszentrum Berlin geprägt und beschreibt die Ergänzung der Erwerbsarbeit um andere Formen der Arbeit wie Familien-, Eigen- und Hausarbeit oder auch Nachbarschaftshilfe und Freiwilligentätigkeit (Hildebrandt 2005). Eingebettet wurde das Konzept der Mischarbeit in eine plurale Ökonomie, in der neben Einkommen aus Erwerbsarbeit auch (erhöhte) Einkommen aus öffentlichen Transferleistungen für Sorgetätigkeiten oder auch Finanzeinkommen für alle BürgerInnen treten sollen (Vobruba 2007). Mischarbeit ist auch Bestandteil der >feministischen Ökonomie sowie von Konzepten eines >erweiterten Wirtschaftsbegriffs (Gubitzer 2011).

Karenzmodelle reichen von Bildungsurlaub bis unbezahlte Auszeiten

Theoretische Untermauerung neuer Arbeitszeitmodelle im Konzept der Mischarbeit mit pluralen Einkommen

Mischarbeitsmodelle, die zwar auf Freiwilligkeit basieren, jedoch einen gesellschaftsverändernden Charakter haben, wären etwa die *>Halbtagsgesellschaft*, die *>Dreizeitgesellschaft*, die *>Vier-in-einem-Perspektive* oder die *>20:20-Gesellschaft*.

Halbtagsgesellschaft: Ein vom deutschen Statistiker Carsten Stahmer (2006) und Kollegen entwickeltes Modell, demgemäß die durchschnittliche Erwerbsarbeitszeit bezogen auf das gesamte Erwerbsleben etwa halbiert würde. Der Ausgangspunkt liegt in der Überlegung, dass in Zukunft nur durch eine drastische Verringerung der Arbeitszeiten Arbeitslosigkeit unterbunden und zugleich die sozial notwendigen Aufgaben erfüllt werden können. Um alle Arbeitssuchenden in der BRD in Arbeit zu bringen, so wird vorgerechnet, müsste das durchschnittliche Jahreserwerbsvolumen von heute 1700 auf 1000 Stunden reduziert werden. Die Art der Reduzierung soll durchaus flexibel gestaltet werden: möglich sei eine Drei-Tage-Woche ebenso wie das Modell ausgeweiteter Kindererziehungszeiten, die sich Frauen und Männer teilen. Ein Ziel des Vorschlags liegt in der Sicherstellung von Betreuungsarbeiten und Freiwilligenengagement auch in Zukunft. Für letzteres soll es etwa Zeitgut-schriftensysteme wie in Japan geben (*>Zweitwährungen*). Kinderlose und jene, die sich nicht ehrenamtlich engagieren, aber mehr Erwerbsarbeit in Anspruch nehmen, sollen steuerlich stärker zur Finanzierung der sozialen Aufgaben herangezogen werden (Stahmer 2006). Das Modell zielt in Richtung *>Mischarbeit* in einer pluralen Tätigkeitsgesellschaft.

Dreizeitgesellschaft: Der deutsche Soziologe Jürgen Rinderspacher (2005) schlägt als Alternative zur gegenwärtigen „Freizeitgesellschaft“, die auf Geldverdienen und Geldausgeben konzentriert ist, eine „Dreizeitgesellschaft“ vor. Ein Drittel Erwerbsarbeit, ein Drittel Haus- und Sorgearbeit und ein Drittel Muße bzw. Engagement jenseits der Erwerbsarbeits-sphäre sollen zu einer besseren Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit, Familie und ehrenamtlicher Tätigkeit bei gleichzeitiger Zurückdrängung des Freizeitkonsums führen, da die Einkommen tendenziell sinken würden.

Vier-in-einem-Perspektive: Die feministische Ökonomin Frigga Haug (2010) spricht von der „Vier-in-einem-Perspektive“: Je ein Viertel Zeit für Erwerbsarbeit, Sorgetätigkeiten, Bildung und Muße sowie zivilgesellschaftliches Engagement sollen eine lebendige Zivilgesellschaft ermöglichen, die Sphäre der Sorgearbeit aufwerten und genügend Bildungszeit für alle garantieren.

20 : 20-Gesellschaft: Niko Paech (2012), einer der prononciertesten Vertreter der *>Postwachstumsökonomie* im deutschen Sprachraum, schlägt damit ein Modell vor, das im Durchschnitt aus 20 Stunden Erwerbsarbeit und 20 Stunden Eigen- und Nachbarschaftsarbeit besteht. Tätigkeiten wie Reparieren und Instand-Halten von Gütern soll auf diese Weise in selbstorganisierten Tauschkreisen stattfinden. Die industrielle Produktion würde aus ökologischen Gründen zurückgedrängt, da die Behaltdauer der Güter verlängert und der Eigenwirtschaftssektor ausgebaut würde

Einschätzung: Die Kritik an den beschriebenen Modellen bezieht sich auf die mangelnde Umsetzbarkeit aufgrund von Widerständen seitens der Unternehmen, die Wettbewerbsnachteile befürchten, sowie der ArbeitnehmerInnen, die keine Einkommenseinbußen hinnehmen wollen. Insgesamt wird jedoch kein Weg an der Neuverteilung des verbleibenden Erwerbsarbeitsvolumens vorbeiführen, da Arbeitslosigkeit ebenfalls finanzielle Kosten verursacht und darüber hinaus auch zu sozialen Problemen führt. Die einzige Alternative wäre ein bedingungsloses *>Grundeinkommen* für alle. Die Zunahme der Attraktivität postmaterialistischer Lebensstile gekoppelt mit der höheren Vererbung von Vermögen in Form von Wohnungseigentum und Barvermögen zumindest in den Mittelschichten könnten dazu führen,

Aufwertung von Eigen- und Sorgearbeit in der Halbtagsgesellschaft

Je ein Drittel Erwerbsarbeit, Sorgearbeit und Muße als Zukunftsperspektive

Zeit für Eigenarbeit und zivilgesellschaftliches Engagement

Postmaterialistische Lebensstile sowie Wohlstandszuwächse als treibende Kräfte für bewusstes Weniger-Arbeiten

dass größere Teile der zukünftigen Arbeitsgenerationen sich bewusst für kürzere Arbeitszeiten entscheiden, um mehr Lebensqualität im Sinne von Selbstverwirklichung auch jenseits der Erwerbsarbeit zu erreichen.

Literatur & Links

Gubitzer, Luise (2011): *Was tun wir, wenn wir tätig sind? Dienste leisten.*

www.beigewum.at/wordpress/wp-content/uploads/Was-tun-wir-wenn-wir-t%C3%A4tig-sind.pdf

Haugg, Frigga. (2010): *Die Vier-in-einem-Perspektive.* In: Gruber, Sabine u.a. (Hg.) *Arbeiten wie noch nie?! Unterwegs zur kollektiven Handlungsfähigkeit.* Berlin. Vgl. auch www.vier-in-einem.de.

Hildebrandt, Eckart (2005): *Neue Kombinationen von Erwerbsarbeit und Gemeinschaftsarbeit.* In: Seifert, Hartmut (Hg.): *Flexible Zeiten in der Arbeitswelt.* Frankfurt, 191-215.

Paech, Niko (2012): *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in eine Postwachstumsökonomie.* München.

Rinderspacher, Jürgen (2005): *Zeitwohlstand in der Dreizeitgesellschaft.* In: Hartmut Seifert (Hg.): *Flexible Zeiten in der Arbeitswelt.* Frankfurt.

Stahmer, Carsten (2006): *Die Halbtagsgesellschaft - Vision für ein sozial nachhaltiges Deutschland.* www.carsten-stahmer.de [Downloads].

Vobruba, Georg (2007): *Entkoppelung von Arbeit und Einkommen. Das Grundeinkommen in der Arbeitsgesellschaft.* Wiesbaden.

Vobruba, Georg (200x): *Das Ende der Vollbeschäftigung.*

Geld

Geld | Geldmenge | Geldschöpfung | Kapital | Bretton Woods |
 Finanzkrisen | Regulierung | Vermögen | Verschuldung |
 Verteilungspolitik | Steuern & Steueroasen

Geld

Geld erfüllt mehrere Eigenschaften. Geld ist Tauschmittel, mit dem am Markt Güter erworben werden können. Es kann gespart werden, ist somit ein Zukunftsversprechen, welches erlaubt, zukünftige Bedürfnisse zu befriedigen. Geld erlaubt via Kredit bzw. >Verschuldung Investitionen zu tätigen, die aus dem selbst Ersparten (allein) nicht möglich wären. Nicht zuletzt gilt Geld als Recheneinheit. Der Wert aller Güter wird in Einheiten derselben Bezugsgröße ausgedrückt und dadurch vergleichbar. Die in reinen Tauschwirtschaften notwendigen bilateralen Austauschverhältnisse zwischen den beteiligten Gütern werden überflüssig (Weeber 2015: 155).

Geld ist unabdingbare Voraussetzung in arbeitsteiligen Marktwirtschaften und hat Tauschvorgänge stark erleichtert. Für den Markt erbrachte Leistungen werden in Geld honoriert; am Markt erstandene Güter mit Geld bezahlt. Bis in die 1970-Jahre war das von den Zentralbanken in Umlauf gegebene Geld durch Gold gedeckt. Die Golddeckung wurde im Zuge der permanenten Ausweitung der Geldmenge jedoch aufgegeben. Wichtiger als das physische im Umlauf befindliche Geld in Form von Banknoten und Münzen (>Geldmenge) ist das virtuelle Geld, auch Giral- oder Buchgeld genannt, das von den Geschäftsbanken erzeugt wird (>Geldschöpfung).

Der „Fluch des Geldes“ liegt wohl in der Möglichkeit, dieses schier unbegrenzt anhäufen zu können, was mit physischen Gütern nicht bzw. nur bedingt möglich ist. Der Tendenz, Geld zu horten, kann somit nur durch staatliche Abschöpfung entgegengetreten werden. Die Konzentration der >Vermögen wird im Kapitalismus durch das Zins- und Rendite-System speziell gefördert. Die erste Million ist bekanntlich am schwierigsten verdient (Felber 2014). Dies führt zur Aufspaltung der Gesellschaft in zwei neue Klassen: die Gläubiger und Schuldner (>Verschuldung).

Die Kritik am Zinssystem verneint nicht die nützliche Funktion des Geldes als Tauschmittel, sondern die Dynamik von Vermögenskonzentration und Schulden durch den Zinseszins sowie die Tendenz, Geld zu horten statt dieses in Umlauf zu halten. Von manchen Ökonomen wird auch argumentiert, dass der Zins seine Berechtigung verloren hat, weil Menschen heute beim Sparen kaum mehr Verzicht auf Gegenwartskonsum üben (müssen). Wer etwas Vermögen hat, kann problemlos Geld ausgeben und zugleich Geld anlegen. Je mehr jemand hat, umso mehr kann er anlegen, ohne auf Konsum verzichten zu müssen (Rogall 2012). Zudem verliert Geld in Krisenzeiten seine Funktion als Wertaufbewahrungsmittel: „Anders als manche Menschen meinen, ist Geld keine gute Möglichkeit, Werte zu speichern.“ (Lietaer 2002: 74). Und noch immer wird die politische Bedeutung des Geldes unterschätzt und damit auch die Notwendigkeiten dessen Regulierung (Dietz 2013).

Kritisiert wird auch die Darstellung des Kredits in Volkswirtschaftlichen Lehrbüchern als „ausleihbare Mittel“, denen Sparen vorausgehen müsse. Kredite würden heute vielmehr von den Banken aus dem Nichts geschöpft. Vergibt die Bank einen Kredit,

*Geld als Tauschmittel und
Zukunftsversprechen*

*Kritik am Geld bzw. am Zins-
system wegen Vermögenskon-
zentration*

*Wer Geld anlegt, verzichtet
heute nicht mehr auf Gegen-
wartskonsum*

so erfasst sie diesen als Schuld bzw. als Forderung des Kreditnehmers an die Bank, da sie diesem den Kreditbetrag gutschreibt (>Geldschöpfung, Lindner 2016).

Literatur & Links

Dietz, Raimund (2013): *Geld und Schuld. Eine ökonomische Theorie der Gesellschaft.* Marburg.

Felber, Christian (2014): *Geld. Die neuen Spielregeln.* Wien

Lieataer, Bernhard (2002): *Das Geld der Zukunft.* München.

Lindner, Faybian (2016): *Wie der Kredit wirklich in die Welt kommt.* In: *Wirtschaft neu denken.* Hg. von Till van Treeck, Janina Urban, Berlin, 186-199.

Rogall, Holger (2009): *Grundlagen einer nachhaltigen Wirtschaftslehre.* Marburg.

Weeber, Joachim (2015): *Einführung in die Volkswirtschaftslehre.* Berlin/Boston.

Geldmenge

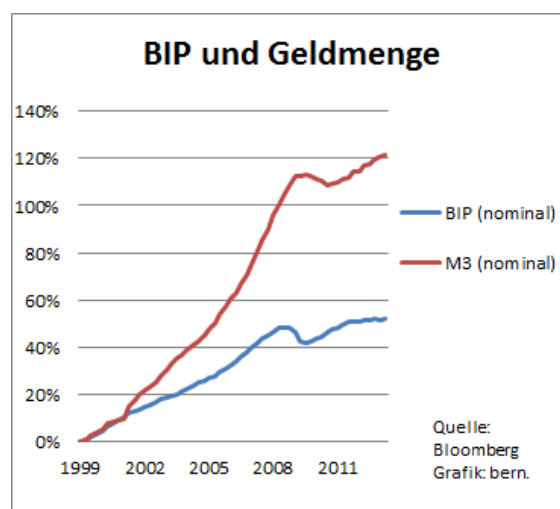
Volkswirtschaftslehre und Zentralbanken messen die Geldmenge durch Geldmengenaggregate, die durch »M« (für englisch *money*) und eine Ziffer bezeichnet werden. Dabei ist das Geldmengenaggregat M1 eine Teilmenge von M2 und M2 eine Teilmenge von M3. Eine niedrigere Ziffer bedeutet eine größere Nähe der betrachteten Geldmenge zu unmittelbaren realwirtschaftlichen Transaktionen, d. h. je kleiner die Ziffer, desto wichtiger ist die Zahlungsmittelfunktion des Geldes.

Definitionen der Europäischen Zentralbank: *M0* = Banknoten und Münzen, die sich im Umlauf außerhalb des Bankensystems (bei Nicht-Banken) befinden (also ohne Kassenbestände der Geschäftsbanken, aber mit Banknotenumlauf im Ausland) plus dem Zentralbankgeldbestand der Kreditinstitute; *M1* = Bargeldumlauf plus Sichteinlagen der Nichtbanken (Geld, das jederzeit behoben werden kann); *M2* = *M1* plus Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu zwei Jahren und Einlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist bis zu drei Monaten; *M3* = *M2* plus Anteile an Geldmarktfonds, Repoverbindlichkeiten (Pensionsgeschäfte), Geldmarktpapieren und Bankschuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu zwei Jahren (Wikipedia, o. J.). Ende 2014 machte die Geldmenge M3 für den Euroraum rund 10 Billionen Euro aus, nur rund acht Prozent waren Bargeld (Weeber 2015: 157).

Gütermenge und Geldmenge sollen sich nach einer Grundregel der Volkswirtschaftslehre die Waage halten. Den Zentralbanken kommt – so die Lehre – die Aufgabe zu, die Geldmenge an die Wirtschaftproduktivität anzupassen, um damit Geldentwertungen hintanzuhalten. Aufgrund der >Geldschöpfung der Banken wächst die Geldmenge M3 jedoch schneller als die Produktionsmenge der Wirtschaft (Sollte / Eichhorn 2009). Es ist also bedeutend mehr virtuelles Geld vorhanden als an Werten produziert wird. Dies macht es unmöglich, Schulden je zur Gänze zurückzuzahlen, da diese ja mit in der Realwirtschaft erzielten Werten beglichen werden müssen (Fuders/Max-Neef 2012, Gahrman 2013).

Literatur & Links

Fuders, Felix; Max-Neef, Manfred (2012): *Regionalwährungen gegen eine globale Krise und für eine nachhaltige regionale Entwicklung.* In: *Jahrbuch Nachhaltige Ökonomie 2012/2013.* Green Economy. Marburg, 345-362.



Quelle: FAZ, <http://blogs.faz.net>

Gahrman, Arno (2013): *Wir arbeiten und nicht das Geld. Wie wir unsere Wirtschaft wieder lebenswert machen.* Berlin.

Solte, Dirk; Eichhorn, Wolfgang (2009): *Das Kartenhaus Weltfinanzsystem. Rückblick, Analyse, Ausblick.* Frankfurt/M.

Weeber, Joachim (2015): *Einführung in die Volkswirtschaftslehre.* Berlin/Boston.

Wikipedia (o. J.): Geldmenge. <https://de.wikipedia.org/wiki/Geldmenge>

Geldschöpfung

Die ursprüngliche Aufgabe von Geschäftsbanken war es, Ersparnisse ihrer KundInnen entgegenzunehmen und diese gewinnbringend an KreditnehmerInnen weiterzugeben. Die Geschäftsbanken verfügen nur zu einem geringen Teil über reales Geld, das sie von den EinlegerInnen bzw. der Zentralbank bekommen. Der Großteil liegt auf elektronischen Konten. Da die Banken davon ausgehen, dass nie alle Kunden ihre gesamten Geldguthaben abheben werden, vergeben sie bedeutend mehr an Krediten als Guthaben vorhanden sind. Wenn von einer bestimmten Menge Bargeld ein großer Teil als Kredit weitergegeben wird (die Mindestreserve der Banken liegt derzeit bei 1 Prozent) und der Kreditnehmer in selber Höhe Nachfrage auslöst, dessen Erlös wieder bei dieser oder einer anderen Bank eingezahlt wird, so kann von diesem Betrag wieder einer großer Teil als Kredit vergeben werden, der wiederum Umsätze und Einnahmen generiert. Auf diesem Weg erhöht sich die entstehende virtuelle Geldmenge permanent. Gesprochen wird von „multipler Kreditschöpfung“ bzw. einem „Kreditschöpfungs-Multiplikator“ (Senf 2015: 154, Lietäer 2002: 68ff, Weeber 2015: 167).

Der Vorgang ist ähnlich dem in Umlauf befindlichem Bargeld, deren generierte Wertschöpfung mit der Häufigkeit der Zirkulation steigt (Umlaufgeschwindigkeit). Hundert Euro bleiben hundert Euro, obwohl sie bei jedem Tauschvorgang Werte verbuchen. Als Treiber der Geldschöpfung werden die zunehmende Finanzierung von Leistungen durch >Verschuldung von Haushalten, Unternehmen und Staaten sowie die Gewinninteressen der Banken gesehen (Binswanger 2009). Manche orten auch im Zinssystem selbst die Ursache des Geldwachstums, weil mit den vergebenen Krediten immer mehr Zinsen zurückgezahlt werden müssen (Kennedy 2005, Fuder/Max-Neef 2012).

Auf jeden Fall wird in der Aufblähung der Geldmenge eine wesentliche Ursache der >Finanzkrisen gesehen. Manche fordern höhere Bankenabgaben (Marterbauer 2011), andere eine „Schwellgeldsteuer“ auf alle vergebenen Kredite (Solte/Eichhorn 2009). Eine Schwellgeldsteuer von einem Prozent würde weltweit „ein Finanzvolumen von jährlich 2000 Mrd. US-Dollar erschließen“, so Solte/Eichhorn. Ergänzt um eine Harmonisierung von Steuerbemessungsgrundlagen sowie einer Einhegung von Steueroasen würden jährlich Erträge von 3-4000 Mrd. US-Dollar lukriert, die die Autoren für einen neuen „Global Deal“, ein Programm „Wohlstand für alle“, sowie für die Reduzierung der weltweiten öffentlichen Schuldenberge verwendet sehen wollen (Solte/Eichhorn 2009: 222f). Andere fordern generell die Unterbindung der Geldschöpfung durch Banken und den Übergang zu Vollgeld, das von den Zentralbanken zur Verfügung gestellt würde. Andere sehen eine verbindliche Eigenkapitalquote von 10 Prozent für ausreichend. Wenn diese unter 5 Prozent sinkt, sollen die Aktionäre ihr Geld verlieren; die Bank sollte von der europäischen Abwicklungsbank übernommen werden (Giegold/Philipp/Schick 2016).

Literatur & Links

Binswanger, Hans C. (2009): *Vorwärts zur Mäßigung.* Hamburg.

Banken schöpfen Geld aus dem Nichts durch Hebelwirkung

Schwellgeldsteuer soll Aufblähung der Geldmenge verhindern und Entwicklungszusammenarbeit finanzieren

Fuders, Felix; Max-Neef, Manfred (2012): Regionalwährungen gegen eine globale Krise und für eine nachhaltige regionale Entwicklung. In: Jahrbuch Nachhaltige Ökonomie 2012/2013. Green Economy. Marburg, 345-362.

Giegold, Sven; Philipp, Udo; Schick, Gerhard: Finanzwende. Den nächsten Crash verhindern. Berlin.

Kennedy, Margret (2005): *Geld ohne Zinsen und Inflation. Ein Tauschmittel, das jedem dient*, München. Volltext online unter <http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/kennedy/>

Lieataer, Bernhard (2002): *Das Geld der Zukunft*. München.

Marterbauer, Markus (2011): *Zahlen bitte. Die Kosten der Krise tragen wir alle*. Wien

Solte, Dirk; Eichhorn, Wolfgang (2009): *Das Kartenhaus Weltfinanzsystem. Rückblick, Analyse, Ausblick*. Frankfurt/M.

Weeber, Joachim (2015): *Einführung in die Volkswirtschaftslehre. Berlin/Boston*.

Kapital

Gilt neben Arbeit, >natürlichen Ressourcen und Wissen als vierter Produktionsfaktor. Unter Kapital werden Maschinen und Anlagen (Produktionsmittel, auch Realkapital genannt), Gebäude und Infrastrukturen (Verkehrswege, Bildungseinrichtungen) zusammengefasst (Rogall 2011: 41). Wissen wird von den meisten Lehrbüchern unter *Humankapital* subsumiert, natürliche Ressourcen werden als Naturkapital verstanden (>natürliche Ressourcen).

Ökonomisches Kapital bezeichnet die Mittel, die für die Herstellung von Gütern und Dienstleistungen notwendig sind. Ihre Anschaffung erfolgt mittels Investitionen. Ihre Finanzierung kann über Eigenmittel der UnternehmenseignerInnen erfolgen oder durch Fremdfinanzierung. Diese ist möglich über Kredite durch Banken oder durch den Gang an die Börse mittels Aktien (börsennotierte Unternehmen, Aktiengesellschaften). Geld bzw. Vermögen wird zu Kapital, wenn dieses (gewinnbringend) investiert wird (>*Kapitalismus*).

Von ökonomischen Kapital unterschieden wird *Sozialkapital*, das die Beziehungen von Menschen umfasst, bei dem Soziologen Pierre Bourdieu (1983) verstanden als Ressource, die gemeinsam mit dem ökonomischen (Geld) und kulturellen Kapital (Bildung, Qualifikationen) ökonomische Vorteile verschafft, etwa durch Netzwerke von Vermögenden oder Vorstandsmitgliedschaften in großen Konzernen.

In der Sozialkapitalforschung nach Robert Putnam und Ernst Gehrlicher werden unter Sozialkapital die sozialen Beziehungen von Menschen von der Familie über Nachbarschafts- und Freundschaftsnetzwerke bis hin zur Zugehörigkeit zu Gesinnungsgemeinschaften verstanden (Putnam 2001, Gehrlicher u. a. 2006; Braun 2003). Sozialkapital in diesem Sinne wird als wichtiger Beitrag für Lebensqualität sowie den Zusammenhalt von Gesellschaften gesehen. Untersuchungen zeigen, dass in der modernen Freizeitgesellschaft das Sozialkapital teilweise abnimmt.

Literatur & Links

Bourdieu, Pierre (1983): *Ökonomisches Kapital - Kulturelles Kapital - Soziales Kapital*. In: Reinhard Kreckel (Hrsg.): *Soziale Ungleichheiten*. Göttingen 183-198.

Braun, Sebastian (2003): *Putnam und Bourdieu und das soziale Kapital in Deutschland*.

<http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/Soziales%20Kapital-Rhetorik.pdf>

Gehrlicher, Ernst u.a. (2006): *Sozialkapital. Neue Zugänge zu gesellschaftlichen Kräften*. Wien.

Putnam, Robert u. a. (2001): *Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich*. Gütersloh.

Rogall, Holger (2009): *Grundlagen einer nachhaltigen Wirtschaftslehre*. Marburg.

Ökonomisches Kapital ist in Wertschöpfung investiertes Geld

Sozialkapital kann der ökonomischen Vorteilsnahme dienen, gilt aber auch als gesellschaftliches Bindemittel

Bretton-Woods-System

Bezeichnet die nach dem Zweiten Weltkrieg neu geschaffene internationale Währungsordnung mit Wechselkursbandbreiten, die vom US-Dollar als Ankerwährung bestimmt war. Die an seiner Organisation Beteiligten hatten versucht, ein System zu schaffen, welches die Vorteile eines flexiblen mit denen eines festen Wechselkurs-systems.

Benannt wurde das System nach dem Ort Bretton Woods im US-Bundesstaat New Hampshire, wo die Finanzminister und Notenbankgouverneure von 44 Staaten der späteren Siegermächte 1944 zur Konferenz von Bretton Woods zusammenkamen und zum Abschluss das Bretton-Woods-Abkommen unterzeichneten. Zur Kontrolle und Durchsetzung des Abkommens wurden in der Folge die Bretton-Woods-Organisationen Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) geschaffen. In den 1970er-Jahren wurde das Bretton Woods-System aufgegeben. Gründe lagen in der rasanten Globalisierung der Wirtschaft, dem zunehmenden Einfluss neoliberalen Denkens und in der Hoffnung, die Finanzmärkte würden auftretende Disparitäten von selbst lösen. Ein Hoffnung, die sich leider nicht erfüllte. Die Zunahme an Währungsspekulationen hat zur Destabilisierung der Finanzmärkte wesentlich beigetragen (Wikipedia, o. J.).

Als gravierendes, destabilisierendes Moment gelten Devisenspekulationen, die durch die Aufhebung fixer Wechselkurse möglich geworden sind. Spekulanten verkaufen in großen Mengen eine bestimmte Währung, um deren Abwertung zu erwirken. Im Sinne des Lemmingeffekts folgen viele andere Finanzmarktteilnehmer und bringen den betroffenen Staat tatsächlich in die Krise. Immer mehr Akteure ziehen ihre Finanzmittel ab, wie in der Asienkrise geschehen. Der Spekulant, der die nun abgewertete Währung zuvor via Kredit erstanden hat, muss am Ende bedeutend weniger zu dessen Rückzahlung aufwenden (Weeber 2015: 54).

Aufgrund der zunehmenden Turbulenzen auf den Finanzmärkten wird von manchen heute die Installierung eines neuen „Bretton-Woods-Systems“ gefordert (Radermacher/Beyers 2011, Streeck 2013, Türcke 2015, Schulmeister 2015). NGOs wie attac verlangen seit Jahren ein von der UNO verhandeltes „Bretton Woods II“ (attac o. J.), das unter Einbindung aller Staaten und der Zivilgesellschaft vereinbart werden soll.

Literatur & Links

Attac (o. J.): „Bretton Woods II“ benötigt demokratischen Prozess.

<http://www.attac.at/kampagnen/2009/casino-schliessen/bretton-woods-ii-benoetigt-demokratischen-prozess.html>

Radermacher, Franz Josef; Beyers, Bert (2011, erw. Aufl.): Welt mit Zukunft. Überleben im 21. Jahrhundert. Hamburg.

Schulmeister, Stephan (2015): Kapitalismus ohne Wachstum geht nicht.

http://stephan.schulmeister.wifo.ac.at/fileadmin/homepage_schulmeister/files/Schulmeister_ohne_Wachstum_QART_2.pdf

Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Frankfurt/M.

Türcke, Christoph (2015): Philosophie des Geldes. München.

Weeber, Joachim (2015): Einführung in die Volkswirtschaftslehre. Berlin/Boston

Wikipedia (o.J.): Bretton-Woods-System . <https://de.wikipedia.org/wiki/Bretton-Woods-System>

Das Bretton-Woods-System galt mehrere Jahrzehnte als internationale Währungsordnung

Währungsspekulationen können Volkswirtschaften in die Krise führen, ohne dafür etwas zu können

Finanzkrisen

Die Geschichte des >Kapitalismus ist begleitet von Krisen, die vor allem aus Finanzspekulation und Blasenbildung resultieren. Blasenbildung entsteht, wenn die an den Börsen gehandelten Kurse nicht mehr der realen Wirtschaftskraft der Unternehmen entsprechen. Boomphasen führen zu überhitzten Aktienmärkten, bei Bekanntwerden der Blasen werden – dem Herdenverhalten gemäß – überstürzt Aktien und andere Wertpapiere abgestoßen, was die Kurse in den Keller purzeln lässt. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen erlahmt. Die Arbeitslosigkeit steigt. Der Teufelskreislauf der Deflation setzt ein – sinkende Nachfrage trotz sinkender Preise führt zu sinkender Produktion. Die große Wirtschaftskrise der 1930-Jahre lässt sich in etwa so skizzieren.

In den Finanzkrisen der letzten Jahrzehnte – von Russland über Argentinien und Asien bis zur Dotcom-Blase 2000 sowie der von der Immobilienblase in den USA ausgehenden großen Finanzkrise 2008 – ist von einer komplexeren Gemengelage auszugehen, auch wenn Parallelen durchaus gegeben sind. Die gigantische Zunahme der Finanztransaktionen und deren Beschleunigung durch die Informationstechnologien, die Entwicklung immer neuerer Finanzinstrumente, die sich der Regulierung entziehen und nicht mehr allein auf Börsen gehandelt werden, sowie die Aufblähung des Finanzsektors aufgrund der zunehmenden Verlagerung der Gewinne weg von der Realwirtschaft hin zur Finanzwirtschaft werden als Gründe angeführt. Die Rede ist von „Finanzialisierung“ der Wirtschaft (Wierichs 2013, Schulmeister 2010), von der „Macht der elektronischen Herde“ (Kessler 2011) sowie von „Mathematisierung“ und „Digitalisierung“ der Finanzmärkte im Informationskapitalismus, im Zuge deren mit immer schnelleren Computerprogrammen Gewinne zu realisieren versucht werden (Avanessian u.a. 2015). So betrug 2006 der Umsatz mit Derivaten bereits das 40-fache der Weltwirtschaftsleistung.

In einer Untersuchung der ETH Zürich aus dem Jahr 2011 wurden 43.000 weltweit agierende Konzerne erfasst, von denen etwa 1.300, also 3 Prozent, insgesamt 80 Prozent des globalen Umsatzes kontrollieren. Drei Viertel dieser besonders mächtigen Konzerne gehören zum Finanzsektor (Wierichs 2013: 103f).

Der Wirtschaftsjournalist Christian Chavagneux (2013) macht unter Berufung auf zahlreiche Studien vier wesentliche Gemeinsamkeiten von Finanzkrisen aus: 1.) das schlechte Risikomanagement der Finanzinstitute, 2.) die Unterschätzung der Rolle, die Betrug, soziale Ungleichheit und Ideologie spielen, 3.) der Einfluss der Deregulierungspolitik sowie schließlich 4.) der „feste Wille, vor der Katastrophe die Augen zu verschließen“ (Chavagneux 2013: 14). Dieses „Krisenschema“ sei, so der Autor, gut auf die Finanzkrise 2008 anzuwenden, der die Zunahme unkontrollierter Finanzinnovationen („Versicherungen, die nicht versichern“ ebd. 144), eine Deregulierung seit den 1980er-Jahren, die Zunahme von Betrug à la Madoff sowie eine zunehmende Ungleichverteilung als „Wasser auf die Krisenmühlen“ (ebd. 159) vorgegangen seien. Zudem habe der steigende politische Einfluss der Reichen sowie eine von den Wirtschaftswissenschaften gelieferte neoliberale Theorie das Wegschauen der Politik begünstigt, wiewohl es bereits sehr früh Warnungen, etwa durch einen Bericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) aus dem Jahr 1986 (!) gegeben habe.

Zwei wesentliche Krisenphänomene macht der US-Ökonom Michael Hudson (2016) im gegenwärtigen Finanzkapitalismus aus. Das erste bestehe in einer durch die Geldschwemme erzeugten „Vermögenspreisinflation“. Kredite würden immer weniger für Investitionen in die Realwirtschaft vergeben, sondern für den Kauf von Im-

Der Kapitalismus ist begleitet von Blasenbildungen, die zu Finanzkrisen führen

Die Verschiebung von der Realwirtschaft zur Finanzwirtschaft verschärfte Krisen

Die krisenverursachenden Phänomene waren seit langem bekannt

mobilien, die Spekulation mit Finanzprodukten sowie den Aufkauf von Unternehmen, um diese kurzfristig auszupressen (sogenannte „feindliche Übernahmen“). All das fördere nicht mehr Wirtschaftswachstum, sondern treibe lediglich die Preise von Vermögenswerten in die Höhe (für Hudson die wahre Ursache der Hypothekenkrise des Jahres 2007, die der Autor als einer der wenigen bereits im Jahr 2006 vorhergesagt hatte).

Das Pendant der Vermögenspreis-inflation liegt für Hudson in der „Schuldendeflation“. Die zunehmende Verschuldung der öffentlichen wie der privaten Haushalte führe dazu, dass immer mehr Mittel für den Schuldendienst gebunden werden. Die Folge: der Konsum geht zurück, Staaten müssen ihr Eigentum, etwa öffentliche Infrastrukturen, verkaufen („privatisieren“) und die öffentlichen Ausgaben kürzen, was wiederum die Realwirtschaft schädigt. Die Folge: Bürger wie Staaten geraten immer mehr in die Abhängigkeit von Gläubigern, also den Vermögensbesitzern. Diese würden nun zur neuen Rentiers-Klasse, die von den Rückflüssen aus den Schuldtiteln lebt (> Verschuldung).

Die Finanzkrisen werden auch in den Zusammenhang mit dem enormen Anwachsen der (virtuellen) >Geldmenge in Verbindung gebracht. Diese würde die Wirtschaftsleistung weit übersteigen (Solte/ Eichhorn 2009) und durch die >Geldschöpfung der Banken sowie die Zunahme der >Verschuldung angeheizt. Neben den von vielen AutorInnen vorgeschlagenen strengeren Auflagen und Regulierungen für Finanzinstitute werden von manchen daher auch der Übergang zu Vollgeld (Kremer 2013) bzw. zu >Regionalwährungen vorgeschlagen.

Literatur & Links

Avanessian, Armen u.a. (2015): Making of Finance. Berlin.

Chavagneux, Christian (2013): *Kleine Geschichte der Finanzkrisen. Spekulation und Crash von 1637 bis heute.* Zürich.

Hudson, Michael (2016): *Der Sektor. Warum die globale Finanzwirtschaft uns zerstört.* Stuttgart.

Kessler, Wolfgang (2011): *Geld regiert die Welt. Wer regiert das Geld? Eine Streitschrift.* Oberursel.

Kremer, Jürgen (2013): *Grundlagen der Ökonomie. Geldsysteme, Zinsen, Wachstum und die Polarisierung der Gesellschaft.* Marburg.

Schulmeister, Stephan (2010): *Mitten in der großen Krise. Ein „New Deal“ für Europa.* Wien.

Solte, Dirk; Eichhorn, Wolfgang (2009): *Das Kartenhaus Weltfinanzsystem. Rückblick, Analyse, Ausblick.* Frankfurt/M.

Wierichs, Günter (2013): *Das kritische Finanzlexikon.* Frankfurt/M.

Finanzmarktregulierung

Christian Chavagneux (>Finanzkrisen) sieht nicht nur Möglichkeiten einer Regulierung – das Gerede von zu hoher Komplexität der Finanzmärkte, die keiner genügenden Kontrolle unterzogen werden könnten, hält er für Ideologie –, sondern auch vielversprechende Ansätze, die gemacht worden seien: etwa verpflichtende *Clearingstellen*, die gleich Notariaten den Handel mit Finanzprodukten transparent machen sollen (über den Weg dorthin gibt es zwischen den USA und der EU noch Uneinigkeit, nicht aber über die Notwendigkeit) oder *höhere Eigenkapitalquoten* für Banken mit *Sondervorschriften für systemrelevante Banken*. Der Autor optimistisch: „Das Vorhaben, die Liquidität der Banken zu kontrollieren, ist eine geradezu historische Entwicklung.“ (Chavagneux 2013: 224) Zuversichtlich ist Chavagneux auch bezüglich des Aufbaus von Risikofonds, die eine erneute Belastung der öffentlichen Haushalte verhindern sollten, falls es doch wieder zu Bankenkrisen kommt.

Vermögenspreis-inflation und Schuldendeflation als Gefahren von Finanzkrisen

Eine Regulierung der Finanzmärkte ist möglich und notwendig

Die Transaktionssteuer hält Chavagneux für zu wenig effektiv, sie würde nicht verhindern, dass sich Finanzmarktakteure wieder auf zu riskante Geschäfte einlassen; vielmehr plädiert er für den in den USA sowie in Europa diskutierten Ansatz geordneter *Bankeninsolvenzen*. Finanzinstitute müssten laut diesem Vorschlag ein sogenanntes „Bankentestament“ (living will) vorlegen, ein Dokument, das eine zielgerichtete Intervention des Staates ermögliche. Gesunde Teile der Banken sollen auf diesem Weg gerettet, die spekulativen Unternehmenssparten jedoch „ihrem Schicksal überlassen“ werden (ebd. 229).

Die 2014 geschaffene Europäische Bankenunion setzt Schritte in diese Richtung. Ein einheitlicher Abwicklungsmechanismus für marode Banken sowie der Aufbau des Bankeninsolvenzfonds ab 2016 sollen verhindern, dass bei weiteren Krisen wieder die SteuerzahlerInnen zur Kasse gebeten werden. Mit 1. 1. 2015 ist die neue *Bankenabwicklungsrichtlinie* in Kraft getreten (Europäische Kommission, o. J.). Zudem soll über die Bankenunion ein einheitlicher Aufsichtsmechanismus geschaffen werden (Weeber 2015: 184ff).

Der Schweizerische Rat für Wirtschafts- und Sozialpolitik „kontrapunkt“ (Mastroradi u. a. 2009), dem u. a. der Wirtschaftsethiker Peter Ulrich angehört, schlägt eine „globale Verfassung für den Kapitalismus“ vor. Da der Glaube an die Selbstheilungskräfte des Marktes und das politische Konzept des ökonomisierten Liberalismus versagt habe, liege es an der Staatenwelt, einen internationalen Finanzmarkt zu schaffen, der die Grundversorgung der Realwirtschaft mit Geld und Krediten gewährleistet. Als wichtigste Maßnahmen werden dabei die Einschränkung der Größe der Geldvermögen, Maßnahmen zur Verringerung des virtuellen Geldumsatzes, die Regulierung von auf die Zukunft gerichteten Finanzgeschäften sowie die Beschränkung der Größe von Banken gesehen (>*Finanzkrisen*).

Der heutige Sozialstaat betreibe vornehmlich „kompensatorische Sozialpolitik“, die dem entfesselten Wirtschaftsliberalismus als Korrektiv hinterher renne, so Peter Ulrich. Nötig seien hingegen „Wirtschaftsbürgerrechte“, die gleiche Teilhabechancen an wirtschaftlicher Betätigung ermöglichen, etwa durch Zugang zu Bildung und Know-how, zu Kapital und Kredit als Voraussetzungen wirklich freien Unternehmertums. Diese Betätigungsrechte ergänzt der Autor durch „soziale Schutz- und Teilhaberechte“, die er z. B. in Form eines bedingungslosen Grundeinkommens gewährleistet sehen würde (ebd. 55ff.) Der Politikwissenschaftler Hans Peter Kriesi fordert die Überwindung der Dominanz des wirtschaftlichen Einflusses auf die Politik in liberalen Demokratien und benennt dabei vier „Kanäle“: Wirtschaftvertreter übernehmen wichtige Funktionen im Regierungsapparat (1), sie verfügen mit ihren Verbänden über die gewichtigsten Lobbys (2), sie nehmen Einfluss über Parteienfinanzierung (3), schließlich (4) antizipiere die Politik die Interessen der Wirtschaft und berücksichtige sie auch dann, wenn es nicht zu direkter Einflussnahme kommt (ebd. 68ff.).

Eine Vielzahl an Reformvorschlägen unterbreiten auch die Finanzexperten von Bündnis90/Die Grünen Sven Giegold, Udo Philipp und Gerhard Schick mit ihrer „Finanzwende“. Hier eine Auswahl: Die Eigenkapitalquote der Banken soll erhöht werden, Geldmarktfonds mit festen Rückkaufswerten sollen verboten werden, um das Schattenbankwesen einzudämmen, die Rückzahlung von Staatsschulden bzw. von Immobilienschulden könnte an die Entwicklung des BIP bzw. des Immobilienmarktes gekoppelt werden, was die Rückzahlungen erleichtert; die Haftungsregeln für Wirtschaftsprüfer sollten verschärft werden; schließlich sollten die Boni von Finanzmanagern gedeckelt und die Finanzbranche generell gesund geschrumpft werden (Giegold/Philipp/Schick 2016).

Forderung nach einer Verfassung für den Kapitalismus im Sinne des Gemeinwohls

Wirtschaftsbürgerrechte statt kompensatorische Sozialpolitik und Primat der Politik

Den Finanzsektor redimensionieren und krisenfest machen.

Literatur & Links

Chavagneux, Christian (2013): *Kleine Geschichte der Finanzkrisen. Spekulation und Crash von 1637 bis heute.* Zürich.

Europäische Kommission (o. J.): *Banken und Finanzen / Krisenbewältigung:*
http://ec.europa.eu/finance/bank/crisis_management/index_de.htm

Giegold, Sven; Philipp, Udo; Schick, Gerhard: *Finanzwende. Den nächsten Crash verhindern.* Berlin.

Mastroradi, Philippe (Hrsg., 2009): *Lernen aus der Krise. Auf dem Weg zu einer Verfassung des Kapitalismus. Ein Dossier von kontrapunkt.* Bern.

Weeber, Joachim (2015): *Einführung in die Volkswirtschaftslehre.* Berlin/Boston

Vermögen

Umfasst den privaten Besitz von Geld, also den Saldo von $>$ Schulden und Guthaben pro Haushalt. Gesprochen wird daher auch von Nettovermögen. Meist wird in Vermögensstatistiken auch der Besitz von Immobilien berücksichtigt. Als Staatsvermögen werden die Besitztümer der Staaten verstanden.

Hans-Jürgen Jakobs, renommierter Wirtschaftsjournalist aus Deutschland und bis 2015 Chefredakteur des „Handelsblatts“, hat mit einem 50-köpfigen internationalen Redaktionsteam in akribischer Recherche zusammengetragen, wem die weltweiten Vermögen gehören, wie sie veranlagt und wo sie investiert werden. „Wer Aufklärung über den Kapitalismus der neuen Zeit will, muss nach dem Eigentum fragen“, meint Jakobs in der Einleitung. Denn: „Am Ende hat Macht, wer über Geld disponiert.“ (Jakobs 2016: 14)

Die 200 vorgestellten Akteure der Finanzbranche, die Chefs der größten Vermögensverwalter, Pensionskassen, Staatsfonds, Private Equity-Unternehmen, Hedge-Fonds, Banken und Versicherungen sowie Privatanleger verwalten zusammen mehr als 40 Billionen Dollar – das sind 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Welt oder fast das Dreifache des BIP der EU. Jakobs lässt keinen Zweifel daran, dass die Manager der Finanzbranche – der Autor nennt sie die „neuen Kapitalisten“ – mittlerweile das Weltwirtschaftsgeschehen dominieren und, wenn auch diskret, die politischen Spielregeln bestimmen. Banken sind dabei nur mehr einer unter vielen Akteuren – Vermögensverwalter wie Larry Fink von Blackrock mit einer Jahresgage von zuletzt 28,6 Millionen Dollar, Hedge-Fonds oder Private Equity-Firmen, die sich auf Unternehmensbeteiligungen spezialisiert haben, spielen ebenso eine wichtige Rolle wie chinesische oder arabische Staatsfonds.

Nicht weniger aufschlussreich sind die im zweiten Teil vorgestellten Konzerne und deren Finanzverflechtungen (viele Unternehmen machen ja mittlerweile nicht mehr nur mit ihren Produkten, sondern ebenfalls mit Finanzgeschäften Profit). Deutlich wird auch, womit im modernen Kapitalismus das meiste Geld verdient werden kann: Automobile, Chemie & Pharma, Freizeit & Entertainment stehen an der Spitze. Großhandelsketten und Rohstoffe-Konzerne zählen ebenso zu den Großverdienern wie die Multis der Lebens- und Genussmittelindustrie. Und in einer globalisierten Wirtschaft schneidet selbstverständlich auch die Transport- und Logistikbranche mit am Weltprofit-Kuchen.

Universell seien zwar die propagierten Menschenrechte, wirklich globalisiert habe sich aber der Kapitalismus. Jakobs pointiert: „Die Kapitalisten der Welt verbrüdernd sich.“ Sie kennen keine Hautfarbe oder Nationalität, „sondern nur Renditen und einen hohen Return on Investment“ (ebd. 596). Das zeigt auch eine Weltkarte der Dollarmilliardäre: Die meisten davon, nämlich 540, leben immer noch in den USA,

Die 200 größten Akteure der Finanzbranche verwalten 40 Billionen Dollar, was 60 Prozent des Welt-BIP entspricht.

Weltkarte der Dollarmilliardäre zeigt Vervierfachung in den letzten 15 Jahren

251 sind es aber mittlerweile in China, 84 in Indien und 77 in Russland. Deutschland kommt auf stolze 120. Ein weiterer markanter Befund: Gab es 2000 470 Menschen mit einem Vermögen von mehr als 1 Milliarde Dollar, so waren es 2016 bereits 1.810, also viermal so viel (ebd. 604f). Wie andere auch fordert der Autor als ersten Schritt ein globales Transparenzregister, das zeigt wer wo welche Vermögen besitzt (s. a. Felber 2017: 155ff).

Ungleich ist das Vermögen auch in der EU verteilt. Der im April 2013 von der Europäischen Zentralbank (EZB 2013) präsentierte Bericht zur Vermögensverteilung in der EU (Geld und Immobilien) zeigt, dass sowohl innerhalb der Länder als auch zwischen den EU-Ländern die soziale Schere immer weiter auseinander geht. Die obersten fünf Prozent der Haushalte in der EU halten fast 40 Prozent des Gesamtvermögens, die ärmere Hälfte sechs Prozent. Brisant: nur in Deutschland sind Vermögen noch ungleicher verteilt als in Österreich. Der Bericht weist Österreich als Land mit extremer Reichtumskonzentration an der Spitze und breiter Besitzlosigkeit bei der ärmeren Hälfte aus, die zusammen nicht einmal vier Prozent des gesamten Vermögens hält. Die reichsten zehn Prozent besitzen hingegen knapp die Hälfte der Vermögen, im Durchschnitt 1,64 Millionen pro Haushalt. Das zweitreichste Zehntel hält dafür „nur“ noch ca. 400.000 Euro (Wege aus der Krise, o. J.).

Nur ein sehr kleiner Teil der ÖsterreicherInnen bezieht relevante Einkommen aus Vermögen. Das weist auch eine Studie der Arbeiterkammer aus 2014 aus. Für Erwerbstätige ist es weitgehend unrealistisch, soviel Vermögen anzuhäufen um davon leben zu können. Zwar beziehen drei Viertel aller ÖsterreicherInnen Vermögenseinkommen, aber nur die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung auch in einer relevanten Größe. Für 90 Prozent besteht dieses Vermögenseinkommen lediglich aus Zinserträgen auf Sparbücher. Nur jedeR dreizehnte bezieht Vermögenseinkommen aus Unternehmensbeteiligungen und Mieterträgen. Im reichsten 1 Prozent der Bevölkerung machen Vermögenseinkommen gar mehr als ein Drittel des gesamten Einkommens aus, sofern überhaupt noch Erwerbseinkommen bezogen – also einer Arbeit nachgegangen – wird. 99 Prozent der Bevölkerung müssen demgegenüber für ihr Einkommen arbeiten gehen (Wege aus der Krise, o. J.).

Von manchen wird die Notwendigkeit hoher Vermögen für eine Volkswirtschaft hervorgehoben, weil nur so ein „nationales Sparangebot“ geschaffen werde, was von internationalen Finanzmärkten etwas unabhängiger mache (Müller 2014: 183). Ein großer Teil der Wirtschafts-ExpertInnen, auch der Wirtschaftspublizist Henrik Müller, hält das Auseinandergehen der Schere zwischen Vermögenden und mittleren sowie unteren EinkommensbezieherInnen jedoch für gesellschaftlich und volkswirtschaftlich schädlich. Die Dynamik der *>Verschuldung* führe in eine Negativspirale, die immer mehr Vermögenswerte dem Wirtschaftskreislauf entziehe.

Vorgeschlagen werden höhere Vermögens- bzw. Vermögenszuwachssteuern bei gleichzeitiger steuerlicher Entlastung von unteren EinkommensbezieherInnen (exemplarisch Schulmeister 2010, Marterbauer 2011, Felber 2012, vgl. auch *>Verteilungspolitik*). Maximilian Kasy, Department of Economics, Harvard University, hat mit seinem Team einen Online-Rechner installiert, über den man/frau eruieren kann, ob man zu den Reichen gehört (Bin ich reich, o. J.).

Einschätzung: Die Anhäufung von übermäßigem Reichtum sowie die Kritik daran kennen wir bereits aus früheren Epochen. So soll Jesus den drastischen Ausspruch getätigt haben, dass eher ein Kamel durch ein Nadelöhr geht als dass ein reicher in den Himmel kommt. Die sich zuspitzenden Krisen der letzten Jahre haben zwar die Stimmen derer vermehrt, die auch aus ökonomischen Gründen für eine bedeutend

Bericht der Europäischen Zentralbank zur Vermögensverteilung in der EU

Zu starke Vermögenskonzentration wird als volkswirtschaftlich kontraproduktiv eingeschätzt

stärkere Umverteilung eintreten, doch in der Praxis ist bislang nicht viel davon zu sehen.

Literatur & Links

Bin ich reich (o. J.): <http://www.binichreich.at/index.html>

EZB (2013). *EU-Vermögensbericht 2013*. <http://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/other/ecbsp2en.pdf>

Felber, Christian (2012): *Gemeinwohlökonomie. Das Wirtschaftsmodell der Zukunft*. Wien.

Jakobs, Hans-Jürgen (2016): *Wem gehört die Welt? Die Machtverhältnisse im globalen Kapitalismus*. München.

Marterbauer, Markus (2011): *Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle*. Wien.

Müller, Hendrik (2014): *Wirtschaftsirrtümer. 50 Denkfehler die uns Kopf und Kragen kosten*. Frankfurt.

Schulmeister, Stephan (2010): *Mitten in der großen Krise. Ein „New Deal“ für Europa*. Wien.

Wege aus der Krise (o. J.) EZB veröffentlicht Vermögensbericht: <http://www.wege-aus-der-krise.at/news/newsmeldung/datum/2013/04/11/ezb-veroeffentlicht-vermoegensbericht-bankrotterklaerung-fuer-neoliberale-eu-krisenpolitik.html>

Wege aus der Krise (o. J.) Einkommen aus Vermögen hochkonzentriert: <http://www.wege-aus-der-krise.at/news/newsmeldung/datum/2014/01/15/einkommen-aus-vermoegen-hochkonzentriert-nur-1-prozent-beziehen-mehr-als-die-haelfte-der-rest-muss.html>

Verschuldung

Das Prinzip der Verschuldung gibt es nicht erst seit Entstehung des Kapitalismus, sondern war bereits in früheren Wirtschaftsepochen und Kulturen zu finden. Auch früher haben Schuldbeziehungen in Abhängigkeiten der Schuldner von den Gläubigern geführt (Graeber 2012). Bekannt sind etwa das Zinsverbot im frühen Christentum und im Islam sowie die Tradition des Jubeljahres, welches bei den Frühchristen alle sieben Jahre zum Erlass aller Schulden geführt hat. Historisch neu ist das gigantische Ausmaß der Verschuldung im Spätkapitalismus.

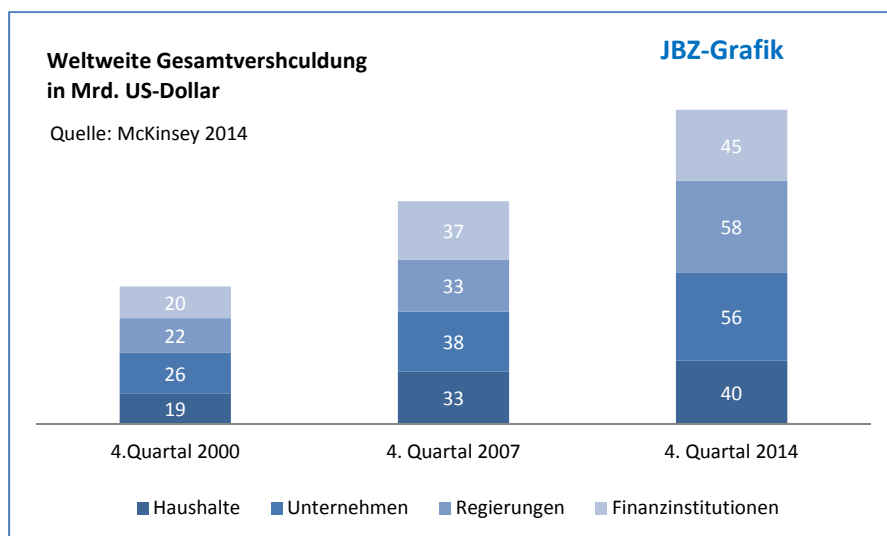
Haushalte, Unternehmen oder Staaten verschulden sich, um Investitionen tätigen zu können, für die das Eigenkapital nicht reicht. Schulden sind dabei nicht per se problematisch, wichtig ist jedoch, wofür sich verschuldet wird. Unterschieden wird zwischen Schulden für Zukunftsinvestitionen und solchen für Konsumzwecke (Bofinger 2009). Erstere sind unbedenklich bzw. notwendig, wenn sie klug angelegt sind (z. B. der Kredit für eine Eigentumswohnung, der nach Abzahlung mietfreies Wohnen ermöglicht). Und jede Investition, die Erträge über der Höhe der Kreditschulden bringt, amortisiert sich. Bei Konsumschulden ist dies anders: der über Kredit gekaufte Sportwagen wirft keine Erträge ab, im Gegenteil, er verursacht neben hohen Treibstoffkosten auch die Kosten für die zu berappenden Kreditzinsen.

Die Unterscheidung von Verschuldung für Konsum- und Zukunftsinvestitionen gilt selbstverständlich auch für Staaten. Muss ein Staat sich verschulden, um Gehälter, Pensionen oder Zinsen zu zahlen, sind hier keine bzw. nur bedingt, etwa über aus den ausbezahlten Gehältern oder Pensionen generierte Nachfrage Rückflüsse zu erwarten. Investitionen in Bildung, Forschung, Zukunftsinfrastrukturen werfen jedoch, so wird argumentiert, in Zukunft Rendite ab, bezogen auf den Staat in Form höherer Steuereinnahmen.

Die weltweite Verschuldung hat sich in den letzten Jahrzehnten dramatisch erhöht: Sie stieg von 87 Billionen US-Dollar im Jahr 2000 auf 199 Billionen US-Dollar im Jahr 2014. Je mehr als ein Viertel davon entfielen auf den Staat mit 58 Billionen und die Unternehmen mit 56 Billionen, gefolgt vom Finanzsektor mit 45 Billionen und den Privathaushalten mit 40 Billionen (s. Grafik, n. DIE ZEIT 27. 8. 2015).

Schuldbeziehungen haben eine lange Geschichte

Schulden für Konsum oder Zukunftsinvestitionen machen den Unterschied



Das Problem der Schulden liegt in den Zinsen, die für geliehenes Geld zu zahlen sind. Der Schuldendienst führt leicht in die Schuldenfalle. Wären alle bei allen verschuldet, würde sich das Problem des Zinsdienstes neutralisieren. Die Realität ist jedoch eine andere. Den Schuldnern auf der einen Seite stehen die Gläubiger auf der anderen Seite gegenüber. Und diese werden aufgrund der Zinseinnahmen immer vermöglicher, sofern ihre Schuldner zahlungsfähig bleiben (Dietz 2013).

Eine schnell wachsende Zinsbelastung durch eine hohe Staatsverschuldung führt dazu, dass die Schulden allein wegen der steigenden Zinsbelastung nicht mehr getilgt werden können. Der Verschuldungsprozess gerät infolge anschwellender Zinslasten außer Kontrolle. Die Lage verschärft sich, wenn das Zinsniveau steigt, etwa weil die hohe staatliche Kreditfinanzierung zu einer weiteren Nachfrage nach Krediten führt (Weeber 2015: 138).

Der Sozialwissenschaftler Wolfgang Streeck (2013) vertritt die These, dass die Krise des Kapitalismus nur durch private und öffentliche Verschuldung aufgeschoben wurde. Er spricht von „gekaufter Zeit“. Ralf Dahrendorf (2009) hat das Dilemma der Schulden mit dem Begriff „Pumpkapitalismus“ auf den Punkt gebracht. Die Finanzkrise 2008 wurde ja durch Immobilienkredite ausgelöst, die von immer mehr Schuldner nicht mehr zurückgezahlt werden konnten, was die Banken in Zahlungsschwierigkeiten brachte.

Insbesondere der „Verschuldungsstaat“ (Streeck 2013) komme in die Bredouille, weil er immer stärker von den Finanzmärkten abhängt und am Schuldendienst zerbrechen könnte. Der nun folgende „Konsolidierungsstaat“ wird auf dem Rücken der Einkommensschwächeren und auf Kosten öffentlicher Leistungen ausgetragen. Streeck warnt davor, dass uns die großen Krisen erst bevorstünden.

Zahlreiche ÖkonomInnen gehen mittlerweile davon aus, dass eine „Schuldenbremse“ nur mit einer gleichzeitigen „Vermögensbremse“ machbar sei (Schulmeister 2010, Marterbauer 2012, Dietz 2013, Kremer 2013, Gahrman 2013). Wir haben daher eher ein „Guthabenproblem“ als ein „Schuldenproblem“ (Kitzmüller 2015).

Yanis Varoufakis (2015) beschreibt Schulden als Voraussetzung im kapitalistischen Wirtschaftsprozess („Schulden sind die primären Ressourcen der Marktgesellschaften“, 79), wobei er jedoch die Rolle der Banken kritisiert. Diese würden zwecks Gewinnsteigerung immer mehr Kredite vergeben (>Geldschöpfung), die Vermögenden, also die Gläubiger der Banken, wären jedoch nicht bereit, entsprechende Steuern zu zahlen. Der Staat sei daher gezwungen, Defizite zu machen und damit systematisch seine Schulden zu erhöhen: „Die Starken, vor allem die Banker, haben damit die

Der Verschuldungsstaat kommt immer mehr in Bedrängnis

Staaten müssen sich bei den Banken Geld borgen, das die Vermögenden nicht bereit sind, als Steuern zu zahlen

Chance, noch stärker zu werden, indem sie dem Staat (gegen Zinsen) genau das Geld leihen, das sie ihm in Form von Steuern nicht geben wollen.“ (Varoufakis 2015: 77)

Von den vier Möglichkeiten, Staatsschulden abzubauen - Schuldenschnitte, hohe Inflation, rigide Sparpolitik oder höhere Vermögensbesteuerung - sei die letzte, so auch der Wirtschaftspublizist Christian Felber (2014), die Schonendste, auch für die Vermögenden. Die >Verteilungspolitik der nächsten Jahre wird zeigen, wie weit dies gelingen kann.

Literatur & Links

Bofinger, Peter (2009): *Ist der Markt noch zu retten?* Berlin.

Dahrendorf, Ralf (2009): *Vom Sparkapitalismus zum Pumpkapitalismus*. In: *Cicero Online*, 23. 7. 2009.

Dietz, Raimund (2013): *Geld und Schuld. Eine ökonomische Theorie der Gesellschaft*. Marburg. s. a. „Geld - die neue Herausforderung an die Sozialwissenschaften“. Vortrag auf Einladung des Club of Vienna. <https://www.youtube.com/watch?v=dsXPfAhOKpc>

Felber, Christian (2012): *Geld - die neuen Spielregeln*. Wien.

Gahrman, Arno (2013): *Wir arbeiten und nicht das Geld. Wie wir unsere Wirtschaft wieder lebenswert machen*. Berlin.

Graeber, David (2012): *Schulden. Die ersten 5000 Jahre*. Stuttgart.

Kitzmüller, Erich (2015): *Nur eine Schuldenkrise?* In: *ksö-Nachrichten* 2015/07.

Kremer, Jürgen (2013): *Grundlagen der Ökonomie. Geldsysteme, Zinsen, Wachstum und die Polarisierung der Gesellschaft*. Marburg (2. überarb. u. erw. Aufl.).

Marterbauer, Markus (2011): *Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle*. Wien.

Schulmeister, Stephan (2010): *Mitten in der großen Krise. Ein „New Deal“ für Europa*. Wien.

Streeck, Wolfgang (2013): *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Frankfurt/M.

Varoufakis, Yanis (2015): *Time for Change. Wie ich meiner Tochter Wirtschaft erkläre*. München.

Weeber, Joachim (2015): *Einführung in die Volkswirtschaftslehre*. Berlin/Boston

Wege aus der Krise (o. J.): <http://www.wege-aus-der-krise.at/news/newsmeldung/datum/2013/04/11/ezb-veroeffentlicht-vermoegensbericht-bankrotterklaerung-fuer-neoliberaler-eu-krisenpolitik.html>

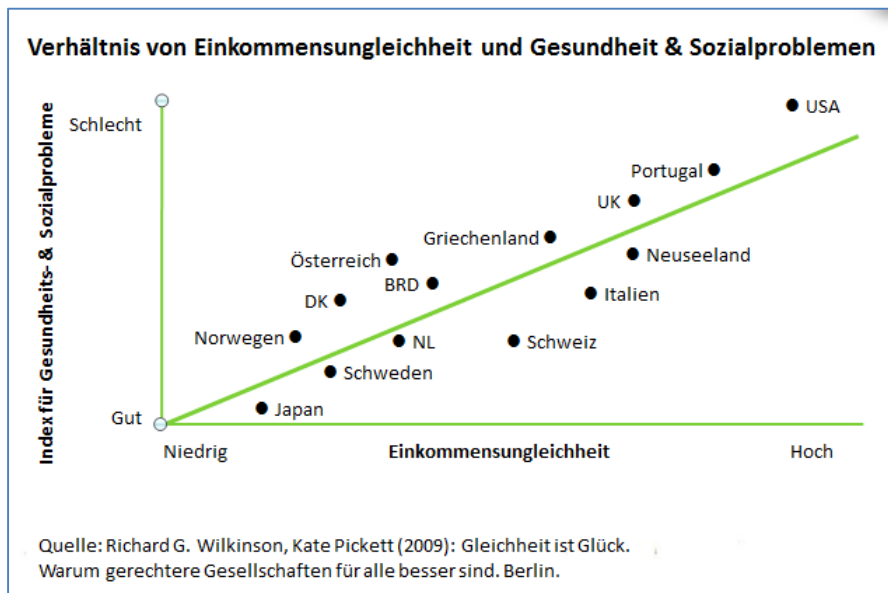
Verteilungspolitik

Bezeichnet die gesellschaftliche Aushandlung und Umsetzung der Verteilung des in einer Volkswirtschaft erwirtschafteten >Bruttoinlandsprodukts. Dies erfolgt zum einen in Lohnverhandlungen zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften, zum anderen durch Steuerpolitik der Regierungen. Nationale und internationale Studien belegen, dass die Einkommens- und Vermögensspreizungen in den letzten Jahrzehnten stark zugenommen haben (Österreich: Wege aus der Krise, o. J., Marterbauer 2011; international z. B. Piketty 2013).

Zahlreiche ExpertInnen fordern daher eine ausgewogenere Einkommens- und Vermögensverteilung durch ein Abgabensystem, das es weniger attraktiv macht, hohe Einkommen bzw. Vermögen zu lukrieren (exemplarisch Layard 2005, Marterbauer 2011, Gahrman 2013). Verwiesen wird dabei auf die immer weniger tragbare öffentliche >Verschuldung ebenso wie auf empirische Befunde zur Lebensqualität, die in Gesellschaften mit geringeren Einkommens- und Vermögensspreizungen höher ist. So wurden Korrelationen zwischen Einkommensungleichheit und Gesundheit, soziale Sicherheit und Sicherheit hergestellt. Länder mit hoher Einkommens- und

Umverteilung aus demokratiepolitischen und volkswirtschaftlichen Gründen sinnvoll

Vermögensspreizung haben beispielweise eine höhere Kriminalitätsrate (Wilkinson/Pickett 2009). Als Vorbild für eine radikal andere Steuerpolitik zur Ankurbelung einer stagnierenden (Welt)-Wirtschaft wird dabei auch auf den „New Deal“ von US-Präsident Roosevelt in den 1930-Jahren verwiesen, der Vermögens- und Gewinnsteuern von 80 Prozent eingeführt hatte (Schulmeister 2010).



Hervorgehoben wird, dass (bereits jetzt) nur durch die umverteilende Wirkung des Staates das Auseinanderdriften von Vermögenden und Nicht-Vermögenden abgeschwächt wird. Gesprochen wird von „Sekundäreinkommen“. Und dass Umverteilung der einzige Weg sei, lokale Konsumnachfrage anzustoßen, da jene mit geringeren Einkommen dieses zur Gänze für Konsumzwecke des Alltagsbedarfs ausgeben. Vermögendere legen das Geld an, um es weiter zu vermehren, oder geben dieses eher für Luxuskonsum, z. B. Fernreisen, aus (Marterbauer 2011, Flassbeck 2010).

Umverteilung hat dabei nichts mit „Wegnehmen“ zu tun, sondern mit fairer Verteilung. Auch wenn die Frage, was gerecht ist, nie eindeutig zu beantworten ist, so gibt es Richtwerte. Einkommensspreizungen von 1 : 100 (jene mit dem höchsten Einkommen haben hundert Mal so viel wie jene mit dem niedrigsten Einkommen) oder mehr werden i. d. Regel von der Mehrheit der Menschen als nicht mehr leistungsgerecht empfunden (Felber 2012, Holzinger 2016a). Aufgabe der Gesellschaft ist es daher, eine offene Debatte über eine als von der Mehrheit als fair empfundene Einkommens- und Vermögensverteilung zu führen und entsprechende Maßnahmen von der Politik einzufordern (>Steuern).

Literatur & Links

Felber, Christian (2012): *Gemeinwohlökonomie. Das Wirtschaftsmodell der Zukunft*. Wien.

Flassbeck, Heiner (2010): *Die Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts*. Berlin.

Gahrmann, Arno (2013): *Wir arbeiten und nicht das Geld. Wie wir unsere Wirtschaft wieder lebenswert machen*. Berlin.

Holzinger, Hans (2016a): *Von nichts zu viel – für alle genug. Perspektiven eines neuen Wohlstands*. München.

Layard, Richard (2005) *Die glückliche Gesellschaft. Kurswechsel für Politik und Wirtschaft*. Frankfurt u.a.

Marterbauer, Markus (2011): *Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle*. Wien.

Piketty, Thomas (2013). *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. München.

Faire Einkommens- und Vermögensspreizungen erhöhen die Lebensqualität aller

Schulmeister, Stephan (2010): *Mitten in der großen Krise. Ein „New Deal“ für Europa. Wien.*

Wilkinson, Richard G., Pickett, Kate (2009): *Gleichheit ist Glück. Warum gerechtere Gesellschaften für alle besser sind. Berlin.*

Steuern & Steueroasen

Steuern dienen dazu, den Finanzbedarf des Staates zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben zu decken. Steuern haben aber auch Lenkungsfunktion, um gesellschaftlich gewünschte Entwicklungen zu fördern und nicht gewünschte zurückzudrängen. Beispiele für Letzteres wären Tabaksteuern, Vermögenssteuern oder >Ökosteuern. Das Recht des Staates, Steuern zu erheben, wird als *Steuerhoheit* bezeichnet. Im Unterschied zu Gebühren und Beiträgen hat der Steuerpflichtige keinen Anspruch auf eine bestimmte besondere Gegenleistung des Staates; anders z.B. bei der Arbeitslosenversicherung: Wer Arbeitslosengeld empfangen will, muss vorher Beiträge entrichtet haben (Lexikon der Wirtschaft, o. J.).

Die Art und Höhe von Steuern sind ein zentrales Thema der politischen Auseinandersetzung. Steuergerechtigkeit gilt als ein wichtiges Fundament einer funktionierenden Demokratie. Untersuchungen zur Zufriedenheitsforschung zeigen, dass in Ländern mit einer positiven Steuerkultur und mit progressiveren Steuersätzen (d. h. höhere Einkommen und Vermögen werden verhältnismäßig höher besteuert) die Menschen zufriedener sind. Das Vertrauen in den Staat und die Politik sind größer als in Ländern mit negativer Steuerkultur (Tichy 2011).

Die Lenkungswirkung bezieht sich auch auf arbeits- und wirtschaftspolitische Agenden. Eine hohe Steuerbelastung des Faktors Arbeit kann dazu führen, dass notwendige Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich nur ungenügend erbracht werden können, weil etwa soziale Tätigkeiten anders als Produktionsprozesse keine Rationalisierungspotenziale aufweisen. Steuern wirken aber auch und besonders hinsichtlich der Verteilung des Wirtschaftsprodukts, da sie über staatliche, aus Steuern finanzierte Transferleistungen eine gewisse Umverteilung hinzu den weniger Verdienenden ermöglichen (Sekundäreinkommen). Und Steuern sollen der Vermögens- und Einkommensspreizung entgegenwirken, es sozusagen weniger attraktiv machen, hohe Einkommen generieren zu wollen (>Verteilungspolitik).

Ein großes Problem aus demokratiepolitischer Sicht stellen Steuerhinterziehung und Steuerumgehung dar. Die Kosten der Steuerflüchtlinge übersteigen jene der sogenannten Wirtschaftsflüchtlinge um ein Vielfaches. Daher wird von wissenschaftlicher wie zivilgesellschaftlicher Seite seit vielen Jahren die Unterbindung von Steueroasen sowie von steuerschonender Gewinnausweisung gefordert (attac o. J.).

Eine aktuelle Studie geht davon aus, dass Ende 2013 12 Prozent des Finanzvermögens europäischer Haushalte in Steueroasen veranlagt waren, etwa die Hälfte davon in Schweizer Banken, was einer Summe von 1.000 Milliarden Euro entspricht (Zucman 2014). Neben Steueroasen stellen Schlupflöcher für transnationale Konzerne im Kontext der Gruppenbesteuerung ein großes Problem dar. Die Gruppenbesteuerung bewirkt, dass Gewinne und Verluste von Mutter und Tochtergesell-

Steuern dienen dazu, den Finanzbedarf des Staates zu decken und sie haben Lenkungsfunktion



Quelle: Ausstellung „Wer bietet weniger?“ der Arbeiterkammer Österreich

schaften durch Bildung einer Unternehmensgruppe miteinander ausgeglichen werden. Gewinne werden in Länder mit niedrigeren Steuersätzen transferiert. Dem österreichischen Staat sind durch Steuererleichterungen im Rahmen der Gruppenbesteuerung allein in den Jahren 2008 bis 2010 jährlich rund 450 Millionen Euro entgangen, so ein Rechnungshofbericht (Wirtschaftsblatt 2013).

Die Österreichische Arbeiterkammer, der ÖGB und attac Österreich haben unter www.nototaxhavens.eu eine Petition zur Unterschrift aufgelegt. In einer Ausstellung wird über die Steuerhinterziehung von Konzernen informiert. Man findet man dort aktuelle Informationen zum Thema und weitere Aktionen.

Dem transnationalen Austausch der Steuerdaten zur Unterbindung von Steuerhinterziehung sowie der Änderung der Gruppenbesteuerung kommt daher eine wichtige Funktion in einem aufkommensgerechten Steuersystem zu (>Steuergerechtigkeit).

Literatur & Links

Attac (o. J.): Steuertricks der Konzerne stoppen. <http://www.attac.at/kampagnen/steuertricks-stoppen.html>

Lexikon der Wirtschaft (o. J.): Steuern.

<http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20745/steuern>

Tichy, Gunter (2011): Zentrale Ergebnisse zur Forschung über Lebenszufriedenheit. In: Wirtschaft und Gesellschaft . http://wug.akwien.at/WUG_Archiv/2011_37_3/2011_37_3_0435.pdf

Wirtschaftsblatt (2013): Rechnungshof kritisiert Gruppenbesteuerung. 18. 7. 2015

<http://wirtschaftsblatt.at/home/nachrichten/oesterreich/1432018/Rechnungshof-kritisiert-Gruppenbesteuerung>

Zucmann, Gabriel (2014): Steueroasen. Wo der Wohlstand der Nationen versteckt wird. Frankfurt/M.

*Hohe Einnahmen-Verluste
durch Steueroasen und Steuer-
erschulplöcher*

Konsum

Konsum | Konsumkapitalismus | Konsumausgaben | Konsumfallen |
 Transnationale Konsumentenklasse | KonsumentInnen-Demokratie
 | Werbung | Ökonomismus

Konsum

Wirtschaften besteht immer aus den Vorgängen des Produzierens *und* Konsumierens. Eine Wirtschaft, in der produziert würde ohne Bezug auf potenzielle KäuferInnen kann nicht funktionieren. Während in Planwirtschaften Güter nach verordneten Plänen produziert und dann verteilt werden, reguliert diesen Austausch in Marktwirtschaften der Markt. Es geht um das Austarieren von Angebot und Nachfrage. Dies erfordert Kommunikation zwischen Unternehmen, die produzieren, und Nachfragern, die konsumieren. Kauf- und Verkaufsakte sind daher Wesensmerkmale in arbeitsteiligen, geldbasierten Marktwirtschaften.

Kaufakte sind dabei immer auch *Kommunikationsakte*: Die Kaufenden sind bestrebt, die ihnen wichtigen Güter zu einem möglichst niedrigen Preis zu finden. Die Verkaufenden trachten danach, ihre Güter möglichst vielen Käufern und KäuferInnen zu einem möglichst hohen Preis zu veräußern, wobei sie in Konkurrenz zu anderen Anbietern stehen.

In der klassischen Wirtschaftstheorie werden die KonsumentInnen als rational agierende Wirtschaftsteilnehmer gesehen, die zu erwerben trachten, was sie brauchen. Doch ist nicht ausgemacht, ob dem immer so ist und welche Rolle der Werbung in diesem Wirtschaftskreislauf zukommt. Zu fragen ist, ob nicht auch Bedürfnisse seitens der Unternehmen künstlich erzeugt werden, welche Rolle Statusvergleiche usw. spielen (van Treeck 2016). Früh hat hierfür der Soziologe Thorstein Veblen die Theorie des außengeleiteten Bedürfnisses nach Anerkennung entwickelt. 1899 war sein Werk „The Theory of the Leisure Class“, auf Deutsch „Die Theorie der feinen Leute“ (neu 1985) erschienen. Die Konsumforscherin Gabriele Sorigo spricht von einem „Konsumdispositiv“, welches es Menschen nahelege, „alle ihre Bedürfnisse, materielle ebenso wie soziale und emotionale über die Angebote des derzeit vorherrschenden, profitorientierten Marktsystems befriedigen zu wollen“ (Sorigo 2011: 116). Der sich nach dem Zweiten Weltkrieg in den OECD-Ländern entwickelnde >Konsumkapitalismus basiert auf Massenproduktion und Massenkonsum, der zu großen Steigerungen des materiellen Wohlstands geführt hat. In der Lebenszufriedenheitsforschung wird nun die Rolle von >Konsumfallen erörtert und in der >Transformationsforschung werden die Auswirkungen der Ausweitung der >globalen KonsumentInnen-Klasse auf die Ökosysteme sowie die Chancen und Grenzen von >KonsumentInnen-Demokratie zur Diskussion gestellt. Schließlich ist zu fragen, welche Lebensbereiche dem Markt überantwortet und welche davon fern gehalten werden sollen, um einer >Ökonomisierung des Lebens entgegenzuwirken.

Literatur & Links

Sorigo, Gabriele (2011): *Die unsichtbare Dimension. Bildung für nachhaltige Entwicklung im kulturellen Prozess*. Wien.

van Treeck, Till (2016): *Welches Menschenbild für die ökonomische Bildung?* In: Ders. / Urban, Janina (Hg.): *Wirtschaft neu denken. Blinde Flecken der Lehrbuchökonomie*. Berlin, 30-41.

Kaufakte sind Kommunikationsakte und werden mittels Werbung beeinflusst

Veblen, Thorstein (1985): Theorie der feinen Leute. Eine ökonomische Untersuchung der Institutionen. München.

Konsumkapitalismus

Bezeichnet die Expansion der kapitalistischen Produktionsweise durch Herstellung von Massenkaufkraft. Massenkonsum basierend auf Masseneinkommen generiert Absatzmärkte und damit Gewinne. Einer der ersten, der dies erkannte, war der Autoproduzent Henry Ford. Seine Überlegung: Nur wenn er seinen Arbeitern entsprechende Löhne zahle, könnten sich diese die von ihnen produzierten Fahrzeuge auch leisten. Man spricht bei diesem Regime daher auch von „Fordismus“. Die steigende Produktivität hat zur Mehrung des Güterwohlstands, aber auch zum Ausbau der Sozialstaaten geführt. Durch den Massenwohlstand wurden die Demokratien gefestigt und der soziale Friede ermöglicht (Ax/Hinterberger 2013, Holzinger 2012, 2016a).

Um die Nachfrage nach Gütern über die Grundbedürfnisse hinaus anzukurbeln, gewann früh der Einsatz von >Werbung, der weit über Produktinformation hinausgeht, an Bedeutung. Und da in der gegenwärtigen Phase des Konsumkapitalismus in den Wohlstandsländern materielle Sättigungstendenzen zu verzeichnen sind, wird die Konsumsphäre auf immaterielle Güter ausgedehnt. Gesprochen wird daher von „Erlebniskapitalismus“ (Firlei 2013, Ottomeyer 2014).

Literatur & Links

Ax, Christine; Hinterberger, Fritz (2013): Wachstumswahn. Was uns in die Krise führt und wie wir wieder herauskommen. München.

Holzinger, Hans (2012): Neuer Wohlstand. Leben und Wirtschaften auf einem begrenzten Planeten. Salzburg.

Holzinger, Hans (2016a): Von nichts zu viel – für alle genug. Perspektiven eines neuen Wohlstands. München.

Firlei, Klaus (2013): Alle Macht dem Text. Zukunftswissenschaft als Anleitung für globale Verfassungskonstruktionen. In: Firlei, Klaus; Spielmann, Walter (Hg.): Projekt Zukunft. Salzburg, 188 – 238.

Ottomeyer, Klaus (2014): Chaos mit System. Werte-Geschwätz und Wertekonflikte im Kapitalismus. Klagenfurt.

*Massenwohlstand durch
Massenkraft führte in den
Konsumkapitalismus*

Konsumausgaben

Neben der Frage, wohin unsere Zeit geht (>Arbeitszeit), spielt eine wichtige Rolle, wofür wir das durch Erwerbsarbeit verdiente Geld ausgeben bzw. ausgeben müssen. Erhoben werden die Konsumausgaben in repräsentativen Befragungen durch die Statistikämter. In Österreich geben die Haushalte mittlerweile über 30 Prozent des Haushaltsbudgets für Wohnen aus, davon 7 Prozent für Wohnausstattung. Für Mobilität sind es bereits 15 Prozent noch vor Ernährung, wofür zuletzt im Durchschnitt 12 Prozent des Haushaltsbudgets ausgegeben wurden. Auf die Bereiche Freizeit, Sport und Hobby entfallen knapp 13 Prozent, auf Bekleidung und Gastronomie je knapp 6 Prozent. Für Bildung wird 1 Prozent, für Kommunikation 1,7 Prozent des Haushaltsbudgets ausgegeben (Statistik Austria o. J.)

Während in den 1950er-Jahren noch die Hälfte des Haushaltseinkommens für Ernährung aufgewendet werden musste, sind dies heute – wie gesagt – nur mehr etwas über 10 Prozent. Wir geben freilich heute nicht weniger für Lebensmittel aus als in früheren Jahrzehnten, im Gegenteil, die Lebensmittelausgaben sind absolut

*Konsumausgaben haben sich
mindestens vervierfacht*

sicher gestiegen. Ihr Anteil an den Gesamtkonsumausgaben ist heute so gering, weil das verfügbare Einkommen bedeutend gestiegen ist (im Durchschnitt hat es sich in den letzten Jahrzehnten vervierfacht) und wir uns daher viele andere Dinge leisten können. Aus Nachhaltigkeitsüberlegungen, die eine starke Reduzierung des Verbrauchs an >Ressourcen nahelegen, sind neue Prioritätensetzungen im Kontext der Konsumausgaben anzupfeilen. Die Ausgaben für den Kauf von Gütern sowie für Mobilität sollen sinken, jene für immaterielle Güter wie Bildung, Kultur oder soziale Dienste steigen. Zudem sollen Lebensmittel hoher Qualität für alle BürgerInnen leistbar sein.

Aus sozialer Sicht ist eine höhere Ausstattung der einkommensschwächeren Haushalte mit Ressourcen zu erreichen, da diese Gefahr laufen, selbst die Grundkosten etwa für Wohnen nicht mehr bezahlen zu können. In Österreich sind rund 20 Prozent der Gesamtbevölkerung armuts- und ausgrenzungsgefährdet. (Statistik Austria o. J., BMASK o. J.). Die Mietkosten sind in den letzten Jahren stark gestiegen, was armutsgefährdete Personen am härtesten trifft. Laut einem Pressebericht stiegen die Mietkosten in Wien von 2016 – 2016 um 32 Prozent, gefolgt von Salzburg mit 30 Prozent und OÖ mit 26 Prozent (Kurier 23.3.2017).

Das Mindesteinkommen soll freilich nicht nur die Finanzierung der Grundkosten ermöglichen, sondern auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (Moser/Schenk 2010).

Literatur & Links

BMASK (o. J.): Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung,

http://www.sozialministerium.at/site/Soziales/Allgemeine_Sozialpolitik/Armut/

Moser, Michaela; Schenk, Martin (2010): *Es reicht. Für alle. Wege aus der Armut*. Wien.

Statistik Austria (o. J.): *Konsumerhebung 2009/10*.

<https://www.statistik.at/wcm/mvc/publicationsCatalogue/redirectDetailedView?>

Statistik Austria (o. J.): *Armut und soziale Eingliederung*.

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/armut_und_soziale_eingliederung/index.html

Konsumfallen

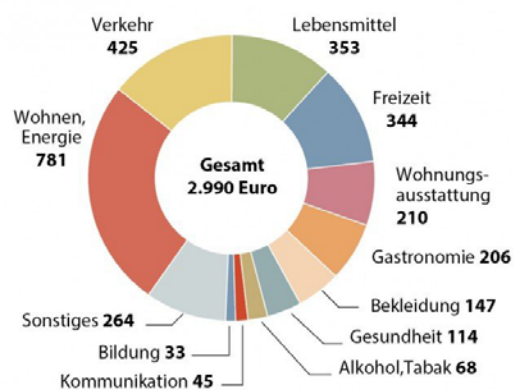
Versuchen zu erklären, warum die Zufriedenheit der Menschen trotz steigenden materiellen Wohlstands ab einem gewissen Niveau nicht weiter zunimmt. Erhebungen zeigen, dass Lebenszufriedenheit sehr wohl mit dem materiellen Wohlstandsniveau zusammenhängt. Doch ab einer gewissen Einkommenshöhe entkoppeln sich Einkommen und Lebenszufriedenheit. Menschen können zwar noch mehr verdienen, werden deswegen aber nicht mehr glücklicher. Wie hoch diese Einkommensschwelle ist, bleibt umstritten und hängt natürlich auch vom Wohlstandsniveau des befragten Landes ab (Layard 2006). Belegt ist aber, dass etwa in den USA die Zahl derer, die sich als „sehr glücklich“ einschätzen, in den letzten 50 Jahren konstant bei 30 Prozent lag, während sich das BIP real verdreifacht hatte. In Japan wurde dasselbe Phänomen wahrgenommen trotz Versechsfachung des BIP (Binswanger 2006).

Begründet wird dieses Auseinanderdriften von materiellem Wohlstandszuwachs und Lebenszufriedenheit mit den sogenannten Konsumfallen, die der Ökonom Mathias Binswanger (2008) beschreibt: die *Anspruchsfalle* bedeutet, dass wir umso mehr dazu haben wollen, je mehr wir bereits besitzen; die *Statusfalle* besagt, dass wir haben wollen, was andere auch haben; die *Zeitsparfalle* zeigt an, dass nicht alle

Ausgaben für Mobilität übersteigen jene für Ernährung

Ausgaben privater Haushalte

Durchschnittliche Monatsausgaben in Euro



Grafik: © APA, Quelle: APA/Statistik Austria

Zahlen gerundet



Quelle: <http://www.vol.at/monatliche-haushaltsausgaben-im-durchschnitt-bei-2-990-euro/4967537>

Lebenszufriedenheit steigt ab einem gewissen materiellen Niveau nicht weiter an

Dinge, die wir anschaffen, Zeit sparen. Im Gegenteil: Neue Güter erfordern Zeit, da sie ja gebraucht werden wollen. Die *Multioptionsfalle* schließlich schlägt zu, da die Wahlmöglichkeit zwischen einer Überfülle an Produkten zu permanentem Entscheidungsstress führt.

Das Wissen über die Konsumfallen und Erkenntnisse der Zufriedenheitsforschung (Tichy 2013) haben zur Suche nach neuen >Wohlstandsmessungen sowie zu Alternativen zum herkömmlichen >Wirtschaftswachstum geführt.

Literatur & Links

Binswanger, Mathias (2006): *Geld allein macht immer noch nicht glücklich*.

<http://www.oekologisches-wirtschaften.de/index.php/oew/article/view/454/454>

Binswanger, Mathias (2008): *Die Tretmühlen des Glücks*. Freiburg.

Tichy, Gunter (2011): *Zentrale Ergebnisse zur Forschung über Lebenszufriedenheit*. In: *Wirtschaft und Gesellschaft*. http://wug.akwien.at/WUG_Archiv/2011_37_3/2011_37_3_0435.pdf

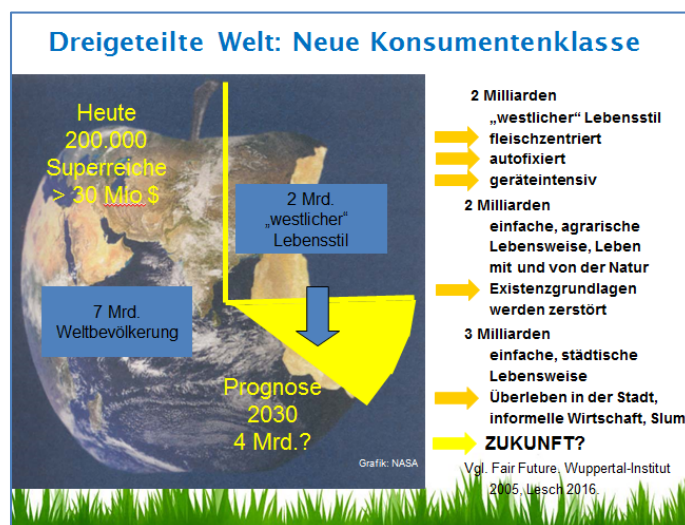
KonsumentInnen-Klasse, transnationale

Globalisierung bedeutet neben der Auslagerung von Produktionsstätten auch die Ausweitung der globalen KonsumentInnen-Klasse, die einem westlichen Lebensstil frönt: fleischzentrierte Ernährung, autofixierte Mobilität, geräteintensive Haushalte. Drei Merkmale, die mit einem enorm hohen Energie- und Ressourcenverbrauch korrelieren (Wuppertal-Institut 2005: 82ff, 2008: 78ff). Etwa zwei Milliarden Menschen gehören heute zur globalen KonsumentInnen-Klasse, ein Drittel davon lebt mittlerweile in den Schwellenländern (s. Grafik).

Global ausgestrahlte Werbespots tragen dazu bei, die Attraktivität des westlichen Lebensstils über alle zu verbreiten. So führt der stark wachsende Fleischkonsum in China zum Ansteigen der Getreidepreise am Weltmarkt, weil für das großteils importierte Fleisch immer mehr Getreide an Masttiere verfüttert wird. Und die Zunahme der Automobilität lässt zwar die Gewinne der Autokonzerne – meist Joint Ventures mit westlichen Unternehmen – steigen, zugleich steigt aber auch der Erdölverbrauch und die Luftverschmutzung in den Städten. Der indische Ökonom Chandran Nair (2011) rechnet vor, dass 2030 in China so viele Autos unterwegs sein werden wie heute in den USA, nämlich 330 Millionen. Der Erdölbedarf Chinas wird sich verfünffachen.

Aufholenden Ländern kann nicht verwehrt werden, ihre Volkswirtschaften weiterzuentwickeln. Notwendig wäre jedoch ein Entwicklungspfad, der die Grundbedürfnisse aller Menschen und nicht die elaborierten Bedürfnisse der neuen Mittelschichten ins Zentrum rückt. Es geht um ausreichend Nahrung soweit möglich aus naturangepasster lokaler Produktion, Wasserversorgungs- und Sanitäreinrichtungen, wetterfeste Behausungen sowie um die Förderung lokalen Handwerks. Aus Nachhaltigkeitssicht wird es in Zukunft nicht mehr reichen, Länder an ihrem >Bruttoinlandsprodukt sowie an den Durchschnittseinkommen zu messen. Entscheidend wird sein, ob der Lebensstandard der gesamten Bevölkerung auf umweltverträgliche Weise gewährleistet werden kann. Die vom Ökonomen Hermann Daly (2009) skizzierte

Globale KonsumentInnen-Klasse breitet sich rasant aus



Konzept der Grundbedürfnisbefriedigung in den Mittelpunkt stellen

Grundbedürfnisstrategie, in der die „Needs“ vor den „Wants“ gehen, müsste zur Richtschnur der Weltwirtschaft werden (>Ethischer Welthandel).

Literatur & Links

Daly, Herman (2009): *Steady-State-Economy – Ein Wirtschaftssystem des langfristigen Gleichgewichts*. In: *Zeitschrift für Sozialökonomie*, 162-163/2009, 39-43.

Nair, Chandran (2011): *Der große Verbrauch. Warum das Überleben unseres Planeten von den Wirtschaftsmächten Asiens abhängt*. München.

Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie (2005, Ed.): *Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit. Ein Report des Wuppertals Instituts*. München.

Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie (2008): *Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt*. Frankfurt/M.

Werbung

In einer bedarfsorientierten Wirtschaft wird das produziert, was die Menschen brauchen und daher nachfragen. Es gibt hier durchaus Innovationen, aber nur im Sinne der Verbesserung des Gebrauchswerts der Güter. Solche Wirtschaften, die den Hauptfokus auf die notwendigen Dinge des alltäglichen Bedarfs legen und in denen Luxus wenig Rolle spielt, wachsen nur bedingt oder gar nicht.

Ganz anders funktionieren „Bedürfnisse generierende Wirtschaften“ (Holzinger 2015). Der Impuls für Kaufakte geht nicht primär vom Käufer aus, der einen Bedarf befriedigen möchte, sondern von den Anbietern, den Unternehmen, die ihre Produkte absetzen wollen und dafür eben Bedürfnisse kreieren – mittels Werbung, die viel mehr ist als Produktinformation. In diffizilen Botschaften wird vermittelt, dass dein Leben viel schöner werden wird oder du nur dazugehörst, wenn du dieses oder jenes Produkt kaufst, dass du nur am aktuellen Stand bist, wenn du das alte Produkt durch das soeben entwickelte neue ersetzt.

Es ist nicht schwer zu erraten, in welcher Wirtschaft wir derzeit leben. Das *World Watch-Institute* (2010) hat berechnet, dass sich der Weltkonsum seit 1960 versechsfacht hat. Dieses Anwachsen des Konsums resultierte aber nur zu einem geringen Teil aus der Ausstattung von mehr Menschen mit den elementaren Grundgütern, sondern war vorwiegend der Ausweitung der Konsumansprüche derer geschuldet, die bereits über genügend Basisgüter verfügen. Zwei wesentliche Treiber stehen hinter dieser Konsumexpansion: zum einen die Verkürzung der Lebenszyklen der Produkte – immer schneller werden alte Dinge durch neue ersetzt; zum anderen die ständige Entwicklung neuer Dinge – zum Küchenherd kam die Mikrowelle, zum Kopiergerät der Drucker usw. (>Obsoleszenz, >Konsumfallen).

Beides ist nur möglich, wenn den potenziellen Käufern ein Zusatznutzen der neu angebotenen Güter plausibel gemacht wird – das neue Auto ist komfortabler, schneller oder spritziger, der neue Rasenmäher bequemer, effizienter oder leichter handhabbar (so folgte dem alten Handrasenmäher der motorbetriebene, der derzeit vom sich selbst steuernden Roboterrasenmäher abgelöst wird). Und wenn es schwer wird, einen Zusatznutzen zu generieren, etwa wenn das Auto nicht mehr besser gemacht werden kann, tritt der Nebennutzen in den Vordergrund, beispielsweise die digitale Musikanlage des Neuwagens.

All dies ist nur denkbar mit einem großen Werbeaufwand – Zusatz- und Nebennutzen müssen den Menschen ja vermittelt werden. So beziffert das *World Watch-Institute* (2010) die weltweiten Ausgaben für Werbung bereits für das Jahr 2008 mit 643 Milliarden US-Dollar, die Werbeausgaben sind mittlerweile wohl weiter stark gestiegen, sie wachsen schneller als der Konsum.

Wir leben in Bedürfnisse generierenden Wirtschaften

Der Weltkonsum hat sich versechsfacht, kaum jedoch für Ausstattung von mehr Menschen mit Grundgütern

Das Internet bietet nun neue und noch differenziertere Möglichkeiten, mittels Werbung Kundenwünsche zu erzeugen. Zum einen ist Internet-Werbung ein boomender Markt, zum anderen kann via Online-Shopping bequem von zuhause aus bestellt werden. Was früher der Katalog verschiedener Versandhäuser leistete, ermöglicht nun das Internet noch bequemer: Kaufen per Knopfdruck, ohne dafür das Haus verlassen zu müssen. Die Devise lautet: „More ways to shop“. Kunden, die im Internet nach Angeboten suchen, werden erfasst und erhalten gezielte weitere Angebote nach dem Prinzip „Dies könnte Sie auch interessieren.“ (>*Digitaler Kapitalismus*).

Nun sind wir natürlich keine Sklaven der Werbung, dieser auf Gedeih und Verderb ausgesetzt, sondern freie Menschen, die der Werbung Glauben schenken können oder auch nicht. Doch Werbebilder entfalten auf diffizile Weise ihre Wirkung. Sie enthalten Botschaften, die – wie bereits angedeutet wurde – meist über den unmittelbaren Nutzen des Produkts weit hinausweisen. Versprochen werden Dinge wie Dazugehören, Lebensfreude, Harmonie, Glück, Energie usw. Durch Konsumerziehung kann ein Stück weit Aufklärung erfolgen, gefordert werden aber auch zumindest selektive Werbeverbote, werbefreie Zonen oder hohe Steuern auf Werbung, was Unternehmen mehr dazu anhalten würde, KäuferInnen durch Qualität und ein nachhaltiges Profil (>*Gemeinwohlökonomie*) an sich zu binden anstatt über teure Werbespots (Latouche 2015, Schneidewind/Zahrndt 2013, Sukdhev 2013, Kopatz 2016). Zudem tragen neue, attraktive Wohlstandsbilder jenseits des Konsums dazu bei, mehr Resistenz gegenüber Werbung aufzubauen (Holzinger 2016a).

Literatur & Links

Holzinger, Hans (2015): *Wohlstand oder Wachstum? Begründungen für eine Postwachstumsperspektive*. In: Elsen, Susanne u. a.: *Die Kunst des Wandels. Ansätze für die ökosoziale Transformation*. München, 73-104.

Holzinger, Hans (2016a): *Von nichts zu viel – für alle genug. Perspektiven eines neuen Wohlstands*. München.

Kopatz, Michael (2016): *Öko-Routine. Damit wir tun, was wir für richtig halten*. München

Latouche, Serge (2015): *Es reicht! Abrechnung mit dem Wachstumswahn*. München.

Sukdhev, Pavan (2013): *Corporation 2020. Warum wir Wirtschaft neu denken müssen*. München.

Schneidewind, Uwe; Zahrndt, Angelika (2013): *Damit gutes Leben einfacher wird. Perspektiven einer Suffizienzpolitik*. München.

Worldwatch Institute (Hg. 2010): *Einfach besser leben. Nachhaltigkeit als neuer Lebensstil. Zur Lage der Welt*. München.

KonsumentInnen-Demokratie

Das Konzept der KonsumentInnen-Demokratie geht auf den Soziologen Ulrich Beck (2005) zurück. In der „Weltrisikogesellschaft“, so ein von ihm geprägter Begriff, nehmen nicht nur die grenzüberschreitenden Umweltprobleme zu, sondern auch die Möglichkeiten der Konzerne, Sozial- und Umweltauflagen durch Produktionsverlagerungen zu entgehen. Die Globalisierung habe die Gewerkschaften ebenso geschwächt wie die Wohlfahrtsstaaten. Der „Entzugsmacht“ der Konzerne müsse nun die „Entzugsmacht“ der KonsumentInnen entgegengestellt werden, war Beck überzeugt. Konsumboykotte, öffentliche Kampagnen, in denen unlautere Praktiken von multinationalen Konzernen und ihren Zulieferern angeprangert werden (Prinzip



Foto: Holzinger

Internet-Shopping weitet die Konsummöglichkeiten erneut aus

Die Entzugsmacht der KonsumentInnen soll jener der Konzerne entgegengestellt werden

„Blame and shame“) sowie die bewusste Entscheidung für fair produzierte Produkte (>Ethischer Welthandel) gelten als Instrumente der KonsumentInnen-Demokratie. Kritische NGOs wie Clean Cloth oder Clean IT, gewerkschaftliche Kampagnen wie „Weltumspannend arbeiten“ sowie Organisationen wie „Fairtrade“ arbeiten in diesem Sinne.

Zugleich hat sich aber auch eine Haltung breit gemacht, die allein auf „besseren Konsum“ aus ist. Nach dem Motto „Shopping for a better world“, wie ein Buchtitel verspricht. Das ist nicht ganz falsch, problematisch aber dann, wenn die politischen Aspekte der KonsumentInnen-Demokratie außer Acht gelassen werden, von denen Ulrich Beck ausgegangen ist.

Und Konzerne haben den Gedanken der Nachhaltigkeit ebenfalls aufgegriffen. Viele Unternehmen tun wirklich etwas, häufig geht es jedoch allein um geschickte PR, die vor unlauteren Praktiken, die weiterhin fortgeführt werden, ablenken sollen. Es wird die neue bewusster KonsumentInnen-Gruppe mit einem „fairen“ oder „nachhaltigen“ Nischenprodukt bedient, ohne die Produktion generell auf Nachhaltigkeit umzustellen. Dass „CSR“, also >Corporate Social Responsibility nicht, wie ursprünglich in der EU geplant, von verbindlichen, demokratisch ausgehandelten Regeln und Verpflichtungen ausgeht, sondern nur von freiwilligen Vereinbarungen, zeugt von dieser Strategie der Beruhigung verunsicherter KonsumentInnen.

Greenwashing: Häufig werden nur symbolische Handlungen im Sinne von Greenwashing gesetzt. Wenn ein Flughafen sich seiner ökologischen Ausrichtung rühmt, weil die Passagiere nun mit Elektrofahrzeugen zu den Flugzeugen gebracht werden, zeigt dies, wie verkürzt ökologische Fragestellungen werden. Unternehmen und KonsumentInnen beruhigen ihr Gewissen und picken sich aus dem dargebotenen Öko-Menü heraus, was am leichtesten von der Hand geht (Hartmann 2009). Das sogenannte „Marmelade-Mallorca-Phänomen“ bringt dies auf den Punkt: Ein Urlaubspaar beschwert sich beim Hotelpersonal, weil es zum Frühstück Marmelade in Plastikbehältern serviert bekommt, was die Umwelt verschmutze. Dass der Flug nach Mallorca bedeutend umweltschädigender ist als die Plastikverpackung für die Marmelade, wird dabei nicht gesehen.

Armin Grunwald (2012), Leiter des Büros für Technikfolgenabschätzung in Berlin, spricht gar „Vom Ende einer Illusion. Warum ökologisch korrekter Konsum die Umwelt nicht retten kann.“ Der Experte nennt als Hürden das Mobilisierungsproblem („Nur als Massenphänomen kann nachhaltiger Konsum den Erwartungen entsprechen.“ ebd. 65), die Überforderung der Konsumenten, die bei Konsumententscheidungen etwa unter Zeitdruck stünden, der Mangel an Systemwissen („Um Wasser zu sparen, wäre es beispielsweise sinnvoller, weniger Fleisch zu essen als weniger zu duschen.“ ebd. 72) sowie das Trittbrettfahrer-Dilemma – wer weniger Auto fährt, macht anderen Platz noch mehr Auto zu fahren.

Als Hauptproblem sieht Grunwald jedoch den „Trend zur Selbstberuhigung“: „Je stärker die Nachhaltigkeits-, Umwelt- und Klimaprobleme sichtbar werden, umso mehr wird über nachhaltigen Konsum geredet.“ (ebd. 87) Es gehe aber darum, den Kurs des „Tankers“ namens Menschheit oder Weltgesellschaft zu ändern: „Der Kurs betrifft das Ganze, und das ist immer eine öffentliche Angelegenheit mit all den Anforderungen an Dialog, Transparenz und Legitimation, die keine Sache des privaten Konsums ist.“ (ebd. 89)

Da der Kurs uns alle gleichermaßen betreffe, seien wir nicht als KonsumentInnen, sondern als BürgerInnen gefragt. Das Engagement auf öffentlichen Plattformen, in Dialogen, in Medien sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen mache dabei

Konsumboykotte galten der Kritik an unlauteren Geschäftspraktiken von Konzernen

„Nachhaltiger Konsum“ birgt die Gefahr von Gewissensberuhigung und Greenwashing

Die Abstimmung an der Supermarktkasse kann jene in den Parlamenten nicht ersetzen

ebenso Sinn wie das Drängen auf neue Gesetze (das deutsche EEG nennt Grunwald dabei als Vorbild). Letztlich sei eine Art TÜV der Nachhaltigkeit für alle neuen Gesetzesvorhaben nötig, die Nachhaltigkeitsprüfung sei in die Gesetzesfolgenabschätzung zu integrieren (Grunwald 2012).

Gefordert werden neue politische Rahmenbedingungen im Sinne einer „Suffizienzpolitik“ (Schneidewind/Zahrndt 2013) sowie neuen „Öko-Routinen“ (Kopatz 2016).

Resümee: Bewusst konsumieren und neue Konsumprioritäten (>Konsumausgaben) zu setzen macht Sinn. Die Abstimmung an der Supermarktkasse kann jene in den Parlamenten jedoch nicht ersetzen. Insbesondere sind die gesamten Folgen unserer Konsumhandlungen in den Blick zu nehmen, um der Gewissensberuhigung durch einzelne „Öko-Schritte“ zu entgehen. Letztlich geht es um die Anfreundung mit einem Lebensstil der >Suffizienz sowie die Überwindung des >Ökonomismus, der alle Lebensbedürfnisse mit dem Konsum von Gütern zu befriedigen sucht.

Literatur & Links

Beck, Ulrich (2005): *Was zur Wahl steht*. Frankfurt/M.

Grunwald, Armin (2012): *Warum ökologisch korrekter Konsum die Umwelt nicht retten kann*. München.

Hartmann, Kathrin (2009): *Das Ende der Märchenstunde. Wie die Industrie die Lohas und Lifestyle-Ökos vereinnahmt*. München.

Kopatz, Michael (2016): *Öko-Routine. Damit wir tun, was wir für richtig halten*. München

Schneidewind, Uwe; Zahrndt, Angelika (2013): *Damit gutes Leben einfacher wird. Perspektiven einer Suffizienzpolitik*. München.

Ökonomismus:

Bezeichnet die Unterwerfung von immer mehr Gesellschaftsbereichen unter das Diktat von ökonomischer Verwertung. Damit können soziale Beziehungen, Betreuungsleistungen, aber auch die Besetzung von Freizeit durch Konsumofferte gemeint sein. Wenn alles nur mehr danach beurteilt wird, ob und wie es sich rechnet, verlören Dinge wie Freundschaft oder Verantwortung für einander an Bedeutung, so die KritikerInnen des Ökonomismus (Bennholdt-Tomsen 2010; Biesecker/Wintersfeld 2013, Roscoe 2014).

Yanis Varoufakis schildert, wie seine Tochter, eine gute Taucherin, beim Restaurantbesuch dem Lokalbetreiber einen Gefallen tut und den verknoteten Anker seines Fischerbootes wieder löst. Seine Tochter ist stolz darauf, dass sie helfen konnte. Eine Genugtuung, die verloren ginge, wenn der Restaurantbesitzer sie dafür bezahlen würde. Der Ökonom bringt dieses Beispiel als Plädoyer dafür, uns marktfreie Sphären zu erhalten, in denen nicht das Geld die Beziehungen regelt (Varoufakis 2014).

Notwendig ist die Perspektive einer pluralen Ökonomie, in der Marktbeziehungen nur einen Teil der Bedarfsdeckung ausmachen und in der Tauschbeziehungen etwa in Nachbarschaftsnetzwerken wieder neu entdeckt werden.

Literatur & Links

Bennholdt-Tomsen, Veronika (2010): *Geld oder Leben. Was uns wirklich reich macht*. München.

Biesecker, Adelheid, Wintersfeld, Uta von (2013): *Geld, Wachstum und gutes Leben*. In: *Wege vorsorgenden Wirtschaftens*. Marburg, 257-276.

Roscoe, Philip (2014): *Rechnet sich das? Wie ökonomisches Denken unsere Gesellschaft ärmer macht*. München.

Varoufakis, Yanis (2014): *Time for Change. Wie ich meiner Tochter die Wirtschaft erkläre*. Frankfurt.

Nachhaltiges Wirtschaften durch gesetzliche Rahmenbedingungen verbindlich für alle machen

Geldbeziehungen können menschliche Beziehungen unterwandern

Ressourcen

Natürliche Ressourcen | Ökologische Ökonomie | Nachhaltigkeit |
 Klimawandel | Peak Oil & Peak Everything | Ressourcen-
 Produktivität | Rebound-Effekte | Obsoleszenz | Umweltindikatoren
 | Ökologischer Fußabdruck | Ökologischer Rucksack |

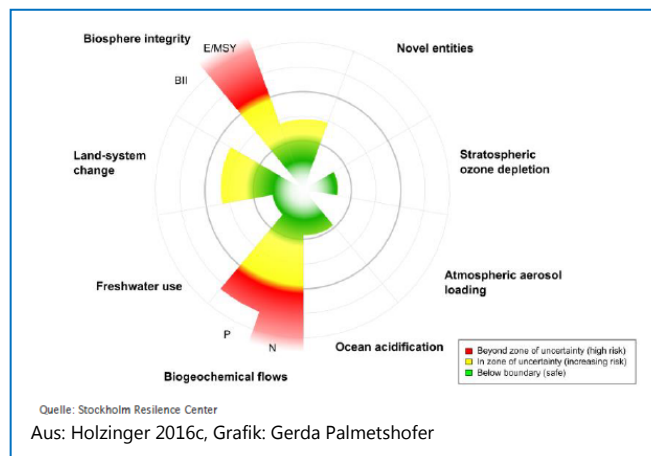
Natürliche Ressourcen

Werden auch als Umweltressourcen, Umweltgüter, Naturkapital oder natürliche Lebensgrundlagen bezeichnet. Unterschieden werden vier Arten: 1) Erneuerbare Ressourcen, die aber erschöpfbar sind, wenn ihre Regenerationsrate überschritten wird (alle Tiere und Pflanzen). 2) Nicht erneuerbare Rohstoffe, z. B. Erze, und Primärenergieträger (Kohle, Erdöl, Erdgas) - sie können sich in menschlichen Zeitmaßen nicht regenerieren, sind daher knapp. 3) Quasi unerschöpfliche Ressourcen (jedenfalls für menschliche Zeiträume) wie Sonne, Wind, Gezeiten und Erdwärme). 4) Umweltmedien: Boden, Wasser, Luft. Die natürlichen Ressourcen sind Inputfaktoren der Produktion und bilden gleichzeitig die existenzielle Grundlage für alle Lebewesen auf der Erde. Daraus leitet sich der Anspruch an *>Nachhaltigkeit* ab (Rogall 2011: 41). Es geht dabei nicht darum, die Erde vor uns Menschen zu schützen - der Planet dreht sich auch ohne uns weiter, sondern darum, unsere Lebensgrundlagen zu erhalten.

In der 2009 erschienenen Studie des Stockholm Resilience Center über „Planetary Boundaries“ wurden neun planetarische Grenzen festgelegt, deren Überschreiten sich verheerend auf die Menschheit auswirken könnte. Der Klimawandel, der Verlust fruchtbarer Ackerböden sowie zunehmende Wasserknappheit gelten heute als zentrale Probleme, die die Lebensgrundlagen vieler Menschen gefährden. Als weitere Krisentrends werden die Verschmutzung der Meere sowie der Verlust an Artenvielfalt genannt (n. Holzinger 2016c).

Die Expansion der wirtschaftlichen Aktivitäten führt zu immer stärkeren Eingriffen in die Ökosysteme. Gesprochen wird von „Extraktivismus“ bzw. „imperialer Lebensweise“ (Brand/Wissen 2017). Der globale Ressourcenverbrauch hat sich von 1980 bis 2010 verdoppelt; bis 2040 wird eine weitere Verdoppelung erwartet (Nicoll 2016). An die 90 Millionen Automobile werden derzeit weltweit pro Jahr hergestellt, das entspricht 170 neuen Fahrzeugen pro Minute, die den Planeten „betreten“. In einem der größten Häfen der Welt, in Shanghai, werden in einem Jahr mehr als 30 Millionen Container bewegt. Die Zahl der Flugpassagiere soll sich von heute 3,5 Milliarden bis 2030 verdoppeln (Lesch 2017). Laut UN leiden über dreißig Länder bereits an Wassermangel („Wasserblasenökonomie“), der Materialverbrauch ist im 20. Jahrhundert von knapp 6 auf 60 Mrd. Tonnen pro Jahr gestiegen. Die bisher produzierte Menge Kunststoff reichte aus, den Globus acht Mal mit Folie zu überziehen. Stündlich gelangen 165 Tonnen Abfall ins Meer, die Hälfte davon ist Plastik. Und laut

Vier Arten von natürlichen Ressourcen



*Die Ökosysteme werden über-
 nutzt; irreversible Schäden
 sind zu befürchten*

Welt-Bodeninformationszentrum wurde im vergangenen Vierteljahrhundert ein Viertel der globalen Landfläche abgewirtschaftet (Holzinger 2016a).

Erforderlich sind Maßnahmen, die den Zugriff auf die Ökosysteme begrenzen. Und da es sich dabei vielfach um globale Gemeingüter handelt, sind globale Vereinbarungen etwa über Nutbeschränkungen und Emissionsgrenzen erforderlich (>Nachhaltigkeit, >Klimawandel).

Literatur:

Holzinger, Hans (2016a): *Von nichts zu viel, für alle genug. Perspektiven eines neuen Wohlstands.* München.

Holzinger, Hans (2016c): *An Grenzen wachsen. Ein Factsheet.* Erstellt im Auftrag des Projekts „Wachstum im Wandel“. Download: http://www.wachstumimwandel.at/konferenz2016/wp-content/uploads/2016/02/WiW2016_Factsheet.pdf

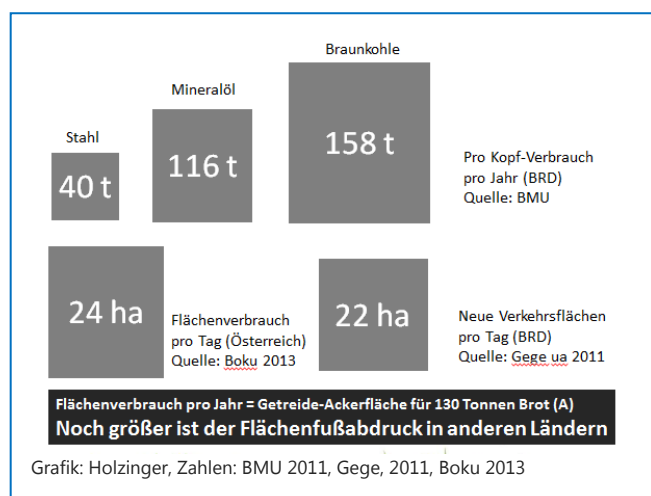
Lesch, Harald; Kamphausen, Klaus (2017): *Die Menschheit schafft sich ab. Die Erde im Griff des Anthropozän.* München.

Nicoll, Norbert (2016): *Adieu, Wachstum! Das Ende einer Erfolgsgeschichte.* Marburg.

Rogall, Holger (2009): *Grundlagen einer nachhaltigen Wirtschaftslehre.* Marburg, Metropolis.

Ökologische Ökonomie

Als Ökologische Ökonomie werden insbesondere in den 1980er Jahren entstandene Ansätze zur Erneuerung der Umweltökonomie bezeichnet. Die „traditionelle“ Umweltökonomie versteht Umweltprobleme hauptsächlich als fehlerhafte Ressourcenallokation aufgrund externer Effekte (wenn die Natur keinen Preis hat). Die Ökologische Ökonomie wendet sich gegen diese rein ökonomische Betrachtungsweise und versteht sich demgegenüber transdisziplinär. Ökologische Grenzen der materiellen Größe der Wirtschaft („scale“, materieller Durchfluss; vgl. Herman Daly 1999) werden als absolut betrachtet und als Wachstumsgrenzen in die Wirtschaftswissenschaften übertragen. Zur Bestimmung der Wachstumsgrenzen werden beispielsweise die thermodynamischen Grundbedingungen von Produktion und Konsum auf dem „Raumschiff Erde“ (Kenneth E. Boulding 2006) betrachtet. Welche Elemente des Naturkapitals in welchem Umfang durch produziertes Kapital auf dem Weg zu den Grenzen des Wachstums ersetzt werden können und dürfen, ist ein wichtiges Arbeitsgebiet der Ökologischen Ökonomie (Wikipedia o. J., Rogall 2009).



Vordenker sind etwa Nikolaus Georgescu-Roegen (1987), der mit dem Begriff der Entropie auf die zwingende Degradation natürlicher Verhältnisse durch menschliche (Wirtschafts-)Eingriffe verwiesen hat, oder Herman Daly (1999), Begründer des Konzept einer Steady State Economy, in der der Stoffdurchsatz begrenzt ist. VertreterInnen der Ökologischen Ökonomie wie Hans Christoph Binswanger oder Ernst U. v. Weizsäcker haben sehr früh die Internalisierung der Kosten des Naturverbrauchs bei der Produktion in die Gesamtkosten des Produktionsprozesses verlangt (>Produktivität, >Ökologischer Rucksack). Sie wurden so zu PionierInnen der Forderung nach >Ökosteuern. In Deutschland gibt es eine „Vereinigung für Ökologische Ökonomie“ (o. J.), die sich der Erforschung dieser ökologisch-ökonomischen Zusammenhänge widmet. In Österreich zählt das Sustainable Europe Research Institute (SERI o. J.) zu den Begründern einer ökologischen Ökonomie.

Vier Arten von natürlichen Ressourcen

Literatur:

Kenneth E. Boulding: *Die Ökonomik des zukünftigen Raumschiffs Erde*. Übersetzt von Lexi von Hoffmann. In: *Beam us up, Boulding! 40 Jahre „Raumschiff Erde“*. (PDF) [Vereinigung für Ökologische Ökonomie – Beiträge und Berichte 7 / 2006](#). S. 9–21.

Georgescu-Roegen, Nicholas (1987): *Entropiesgesetz und ökonomischer Prozess im Rückblick*. Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung, Berlin 1987 (PDF; 3,5 MB).

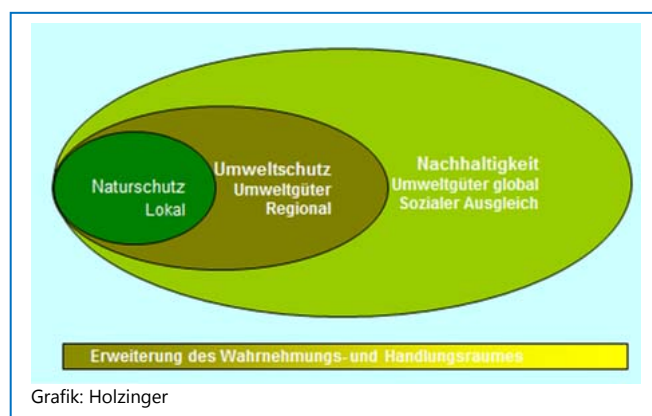
Rogall, Holger (2009): *Grundlagen einer nachhaltigen Wirtschaftslehre*. Marburg, Metropolis.

SERI (o. J.): <http://seri.at/>

Vereinigung für Ökologische Ökonomie (o. J.): www.voeoe.de/

Nachhaltigkeit / nachhaltige Entwicklung

Die ersten Naturschutz-Initiativen reichen zurück in die Anfänge des 20. Jahrhunderts. Das Ziel lag im Erhalt von unberührten Naturarealen und in der Sensibilisierung für die Schönheit der Natur. Mit der Ausbreitung der Konsumgesellschaft ab den 1950er-Jahren gewann der klassische Umweltschutz an Bedeutung. Das Ziel hier war die Wiederherstellung der Qualität der Umweltmedien, die durch die Industriegesellschaft in Mitleidenschaft gezogen wurden. Gewässer wurden gereinigt durch das Verbot, in diese gefährliche Stoffe einzuleiten. Die Luftverschmutzung wurde abgestellt (oder zumindest stark reduziert) durch den Einbau von Schadstofffiltern in Autos oder Fabriken. Die Qualität der Böden verbessert durch die Begrenzung des Eintrags von Kunstdüngern. Mit dem Begriff der Nachhaltigkeit wurde der Blick auf die globalen Gemeingüter gelenkt. Das Ziel liegt zum einen in der Begrenzung der Ressourcenentnahme, zum anderen in der fairen Verteilung der Ressourcennutzung.



Der 1972 erschienene Bericht an den Club of Rome „Die Grenzen des Wachstums“ hat den Industriegesellschaften erstmals die begrenzten Naturressourcen vor Augen geführt. Fünfzehn Jahre nach den „Grenzen des Wachstums“ wurde dann der Begriff „Sustainable Development“, also Nachhaltige Entwicklung, geprägt. Er taucht erstmals im Bericht „Our Common Future“ der Brundtland-Kommission von 1987 – benannt nach der Leiterin der internationalen ExpertInnengruppe, der norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland – auf; seine internationale Karriere tritt der Begriff der Nachhaltigkeit dann bei der Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen 1992 in Rio de Janeiro, der sogenannten „Rio“-Konferenz, an. Bei dieser Konferenz wurde von allen Staaten der Erde eine „Agenda 21“ verabschiedet, die die gemeinsamen Aufgaben der Weltgemeinschaft im 21. Jahrhundert festlegt (Lexikon der Nachhaltigkeit, o. J.).

Der Öko-Diskurs der Wachstumsgrenzen sowie der Gerechtigkeitsdiskurs der nachhaltigen Entwicklung wurden zusammengeführt. Wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit werden als Einheit gesehen, ein Prinzip das bei der Folgekonferenz 2002 in Johannesburg bestärkt wurde und auch für „Rio+20“ 2012 gilt. Der Brundtland-Report definierte nachhaltige Entwicklung erstmals als „Entwicklung, welche die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“ Wichtig ist auch der Nachsatz: „Dementsprechend müssen auch die Ziele wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung im Hinblick auf Dauerhaftigkeit definiert werden.“ (Lexikon der Nachhaltigkeit, o. J.)

Zusammenführung des Gerechtigkeitsdiskurses mit dem Öko-Diskurs der Wachstumsgrenzen

Nachhaltigkeit ist somit zum einen ein rationales ökologisches bzw. ökonomisches Prinzip: 1) Verbrauch nachwachsender Ressourcen maximal bis zu deren Erneuerungsrate; 2) sparsamer Umgang mit erschöpfbaren Ressourcen und rechtzeitige Entwicklung von Substituten vor Annäherung an die Erschöpfungsgrenze; 3) Belastung der Ökosphäre als „Müllhalde“ (Emissionsraum) nur bis zur Selbstregenerationsgrenze der jeweiligen Ökosysteme. So dürfen beispielsweise Gewässer nur bis zu deren Selbstreinigungskapazität belastet werden. Bei Wissensunschärfen hat das Vorsorgeprinzip zu gelten. Manche fügen hinzu: 4) Achtung aller tierischen Lebewesen als Mitgeschöpfe und Erhalt der Natur in ihrer Vielfalt und Schönheit (Eigenwert der Tiere und Natur). Letzteres ist eine berechnete ethische Festlegung, die über den Anthropozentrismus hinausweist (Holzinger 2012: 41ff, Hutter u. a. 2012: 24ff).

Teilweise wird die inflationäre oder gar missbräuchliche Verwendung des Begriffs der Nachhaltigkeit kritisiert, z. B. kann die nachhaltige Sanierung eines Unternehmens die Freisetzung von Arbeitskräften verschleiern. Flughäfen erhalten Nachhaltigkeitszertifikate, weil die Bauten wärmedämmend und die Flotten der Bodenfahrzeuge auf Elektromobilität umgerüstet wurden. Dass das Fliegen selbst am meisten zum Aufheizen der Atmosphäre beiträgt, bleibt dabei außen vor.

Doch Nachhaltigkeit ist zu einem wichtigen Terminus in den Diskursen über eine zukunftsfähige Weltentwicklung geworden. Es ist daher wichtig, den Begriff kritisch zu besetzen. Gemeint sind in diesem Sinne die Wahl von Wirtschafts- und Lebensweisen und eine Gestaltung der Weltbeziehungen derart, dass alle ErdenbürgerInnen zumindest ihre Grundbedürfnisse befriedigen und ein Leben in Würde führen können. Angesprochen sind damit auch Verteilungs- und Chancengerechtigkeit innerhalb der nationalen Gesellschaften und weltweit. Nachhaltigkeit zielt daher auch auf sozial dauerhafte (Welt)-Wirtschaftsstrukturen (Holzinger 2012: 41ff)

Während in den Wohlstandsländern im Bereich des Natur- und Umweltschutzes durchaus bemerkenswerte Erfolge erzielt werden konnten – viele Gewässer haben Trinkwasserqualität, in Flüssen kann wieder gebadet werden, stehen wir bei der Umsetzung nachhaltiger Wirtschafts- und Lebensstile erst am Anfang. Der Ressourcenverbrauch und der Ausstoß an Klimagasen müssen um den Faktor 5-10 reduziert werden (>Natürliche Ressourcen, >Ressourcenproduktivität, >Klimawandel). Die Schwellenländer haben teilweise mit massiven Umweltproblemen zu kämpfen, wie häufiger Smogalarm in chinesischen Metropolen zeigt. Die Länder des Südens sind nicht nur klimatisch benachteiligt (etwa durch lange Trockenperioden in ariden und semiariden Zonen), sondern werden durch die Ausbeutung von Rohstoffen und das Anlegen riesiger Plantagen-Monokulturen durch internationale Konzerne ökologisch ausgebeutet. Durch die Ökonomie globaler Güterketten hinterlassen wir in den reichen Ländern unseren >ökologischen Fußabdruck in den ärmeren Ländern (s. a. >Klimawandel).

Der Postwachstumsökonom Niko Paech (2012) spricht von einer entgrenzten Ökonomie der reichen Länder. Die vermeintliche Effizienz der industriellen Arbeitsteilung setze enorme physische Entgrenzungsvorgänge und eine Plünderung der Natur voraus: „Die Transaktionen zwischen den zerlegten Produktionsstufen dehnen sich in alle Himmelsrichtungen aus. Infrastrukturen und Transporte nehmen zu.“ (ebd. 30) Das Wesensprinzip des Konsumierens bestehe daher darin, „sich die von anderen Menschen an anderen Orten geleistete Arbeit und insbesondere den materiellen Ertrag andernorts verbrauchter Ressourcen und Flächen zunutze zu machen“. Unser Wohlstand sei genau genommen weder „erarbeitet“ noch „verdient“ (ebd. 36f).

Nachhaltigkeit ist ein ökonomisches Prinzip

Gefahr des Missbrauchs des Begriffs der Nachhaltigkeit

Erfolge im Umweltschutz stehen Probleme im Bereich der Nachhaltigkeit gegenüber

Globale Güterketten sind Ausdruck einer entgrenzten Ökonomie

Literatur & Links

Holzinger, Hans (2012): *Neuer Wohlstand. Leben und Wirtschaften auf einem begrenzten Planeten*. Salzburg.

Hutter, Claus-Peter u.a.: *Grundkurs Nachhaltigkeit. Eine Einführung für Einsteiger und Fortgeschrittene*. München.

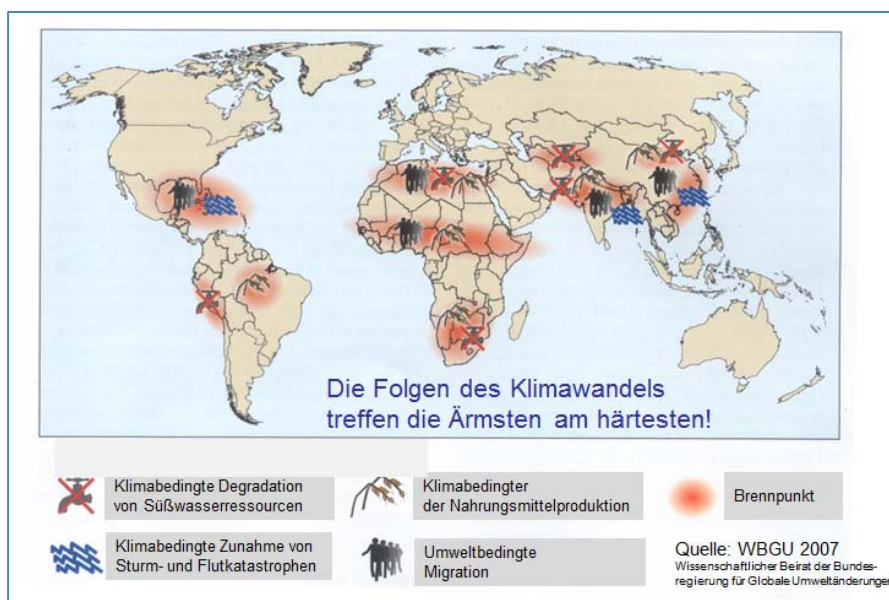
Lexikon der Nachhaltigkeit (o. J.): *Nachhaltigkeit*. www.nachhaltigkeit.info/

Paech, Niko (2012): *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in eine Postwachstumsökonomie*. München.

Klimawandel

Klimaschwankungen hat es in der Geschichte der Menschheit immer gegeben. Eiszeiten folgten Warmzeiten und umgekehrt (Hutter u. a. 2012: 106ff). Häufig waren diese Klimaveränderungen mit Auswirkungen auf die Landwirtschaft und diesen folgende Hungerkrisen verbunden, z. B. in Irland im 19. Jahrhundert. Der heute verwendete Begriff Klimawandel bezieht sich auf die seit Beginn der Industrialisierung nachweisbare Verdichtung des CO₂-Gehalts in der Atmosphäre, die aus der Verbrennung von fossilen Rohstoffen resultiert, und den atmosphärischen „Sonnen-schirm“ verstärkt. Diese wird mit anderen Klimagasen wie Methan, das etwa aus der Massentierhaltung freigesetzt wird, für die merkliche Erwärmung der Erddurchschnittstemperatur in den letzten Jahrzehnten verantwortlich gemacht. Man spricht daher von anthropogenem, also von Menschen gemachtem Klimawandel. Der Unterschied zu Klimaveränderungen früherer Zeiten liegt in der – in geologischen Zeiträumen gerechnet – äußerst raschen Erwärmung und seiner Verursachung durch menschlichen Einfluss. Der Klimaforscher Paul Crutzen hat hierfür den Begriff des „Anthropozän“ geprägt.

Klimaveränderungen haben es immer gegeben, neu ist jedoch deren Geschwindigkeit durch den Treibhausgasausstoß der Industriegesellschaft



Das International Panel of Climate Change (IPCC), ein von der UNO einberufenes internationales ExpertInnen-Gremium hält eine Erwärmung der Erde um maximal zwei Grad Celsius für verkraftbar, ohne unumkehrbare Kippeffekte zu riskieren. Eine darüberhinausgehende Erwärmung würde unabsehbare ökologische Folgen und auch große volkswirtschaftliche Kosten hervorrufen. Befürchtet wird etwa das Auftauen der Permafrostböden in Russland und Nordamerika, was zur Freisetzung großer Mengen an Methan und Lachgas führen würde. In den Permafrostböden

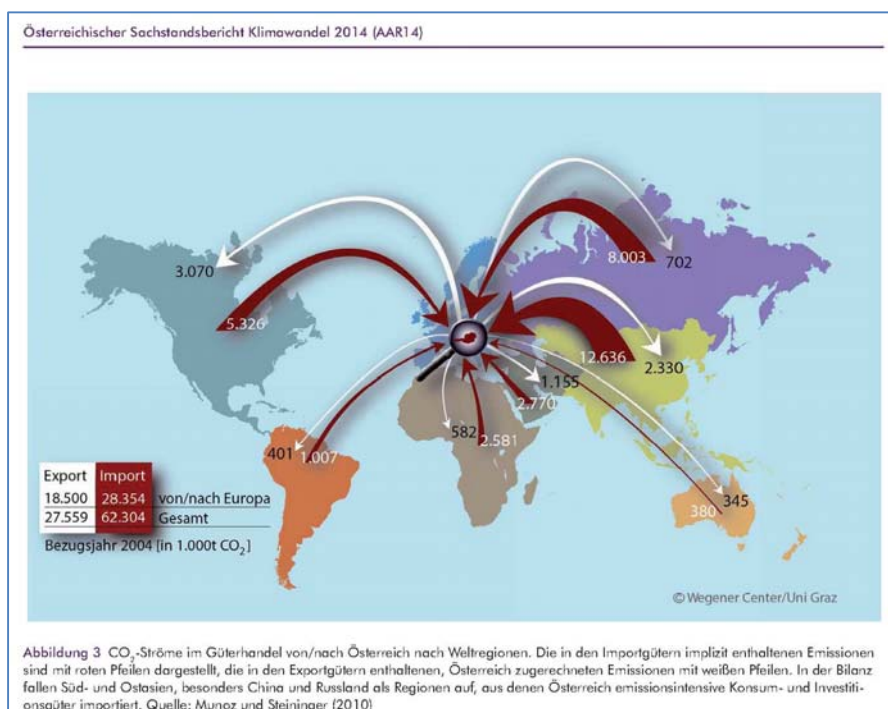
lagert etwa 80-mal so viel an diesen Treibhausgasen, wie sonst pro Jahr in die Atmosphäre steigt (Hutter u. a. 2012: 111).

Um das 2-Grad-Ziel zu erreichen, müsste jedoch ein beträchtlicher Teil der bekannten Öl- und Kohlevorräte unangetastet und unter der Erde bleiben. Internationale Energieprognosen besagen freilich, dass dies nicht der Fall sein wird. Und die Erdölindustrie verspricht, noch bedeutend mehr Reserven ausfindig zu machen, um den Energiehunger der Weltwirtschaft zu stillen (>Peak Oil). Alle Energieverbrauchsahlen und Prognosen weisen steil nach oben (Westphal/Dröge 2015).

Es ist also Skepsis hinsichtlich Erreichbarkeit der angestrebten Klimaziele angebracht. Trotz hehrer politischer Absichtserklärungen wird unter der Hand längst an Anpassungsstrategien gebastelt, die sich freilich nur reiche Volkswirtschaften leisten können. Jene Länder, die sich in den bereits jetzt klimatisch benachteiligten Regionen befinden, etwa in den ariden und semiariden Gebieten Afrikas, die Bevölkerungen in den Wassereinzugsgebieten der großen Gletscher des Himalaya oder der Anden und jene, die in den Schneisen der Hurricans in Zentralamerika oder Südostasien leben, werden den Klimawandel am heftigsten zu spüren bekommen. Gesprochen wird von „Hot spots“ der Klimaerwärmung. Dazu kommt, dass diese betroffenen Länder am wenigsten ökonomische Ressourcen für Anpassungsmaßnahmen zur Verfügung haben (Umweltbundesamt o. J.). Gezeichnet werden Landkarten der Vulnerabilität von Staaten, in denen bereits jetzt eine dramatische Zunahme an Umweltflüchtlingen zu verzeichnen ist. Dem Krieg in Syrien sind Dürresommer in den Jahren 2007 bis 2010 vorausgegangen, die die brotlose Landbevölkerung in die Städte trieben und Konflikte entzündeten, so berichtete das Potsdam Institut (Frankfurter Rundschau 2015).

Um den Klimawandel wirksam einzudämmen, müsste ein großer Teil der fossilen Energierohstoffe unter der Erde bleiben

Länder hoher Vulnerabilität werden durch die Klimaerwärmung weiter geschwächt



Der Völkerrechtsexperte Felix Ekhart (2007) zählt wie Niko Paech (2012) zur Gruppe jener WissenschaftlerInnen, die eine stringente CO₂-Emissionsgerechtigkeit fordern. Dergemäß stünden jedem Erdenbewohner für die nächsten Jahrzehnte maximal zwei Tonnen CO₂-Kontingent jährlich zur Verfügung. Die reichen Länder liegen jedoch heute bei 10 Tonnen und mehr. Und rechnet man die mit den Waren importierten CO₂-Mengen dazu, vervielfältigt sich der CO₂-Fußabdruck der >Konsumen-

tenklasse beträchtlich. Das Austrian Panel of Climate Change (APCC 2014: 172) hat diese CO₂-Bilanz errechnet und kommt für Österreich auf 27,6 Mio. t CO₂-Exporte, denen Importe in Höhe von 62,3 Mio. t gegenüberstehen (Bezugsjahr 2004).

Resümee: Die Klimaziele können, wenn überhaupt noch möglich, nur mit einer raschen Energie- und Mobilitätswende sowie einem postmaterialistischen Lebensstil erreicht werden (>Suffizienz, >Green Economy).

Literatur & Links:

APCC (2014): Österreichischer Sachstandsbericht Klimawandel 2014 (AAR14): Synopse – Das Wichtigste in Kürze. Austrian Panel on Climate Change (APCC),

www.ccca.ac.at/de/apcc/oesterreichischer-sachstandsbericht-klimawandel-2014-infos-und-materialien/download-der-kurzfassungen/#sthash.fB0iMxR9.dpuf

Ekardt, Felix (2007): *Wird Demokratie ungerecht? Politik in Zeiten der Globalisierung*. München.

Frankfurter Rundschau (2015): *Erst die Dürre, dann der Bürgerkrieg*. 10. 9. 2015 <http://www.fr-online.de/syrien/syrien-erst-die-duerre--dann-der-buergerkrieg,24136514,31773606.html>

Hutter, Claus-Peter u. a. (2012): *Grundkurs Nachhaltigkeit*. München.

IPCC (2013): *Der fünfte Sachstandsbericht des International Panel of Climate Change*. www.de-ipcc.de/de/200.php

Paech, Niko (2012): *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in eine Postwachstumsökonomie*. München.

Umweltbundesamt (o. J.): *Vulnerabilität und Klimawandel*,

<http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/klima/klimawandel/vulnerabilitaet/>

Ressourcenproduktivität

Bezeichnet den Wirtschaftsoutput pro eingesetzter Menge an >natürlichen Ressourcen. Erfasst wird der Energie- und Rohstoffverbrauch bezogen auf die Wirtschaftsleistung. Bezüglich Rohstoffe wird auch von Materialintensität gesprochen. Der gesamte Materialverbrauch einer Volkswirtschaft wird als „Domestic Material Consumption“ (DMC) bezeichnet. Im Jahr 2015 wurden pro EU-BürgerIn 3 Tonnen fossile Energierohstoffe, 3,5 Tonnen Biomasse, 6,1 Tonnen nichtmetallische Mineralien, vor allem Baustoffe, und 0,6 Tonnen Erze verbraucht (EUROSTAT o. J.).

Die Ressourcenproduktivität ist in den letzten Jahrzehnten durchaus gestiegen, doch bedeutend stärker gestiegen ist die >Produktivität der Wirtschaft. Die Materialintensität der Weltwirtschaft ist von 1980-2002 zwar um 25 Prozent gesunken; das Welt-Bruttosozialprodukt ist im selben Zeitraum aber um 83 Prozent gewachsen. Bis 2020 wird mit einer 50 Prozent Steigerung des globalen Ressourcenverbrauchs gegenüber dem Jahr 2000 gerechnet (Jäger 2006: 131). Die Gründe liegen in der Ausweitung der globalen >Konsumentenklasse sowie in der weiteren Steigerung der Konsumansprüche, was zu >Reboundeffekten führt.

Daten für die EU zeigen, dass hier die Ressourcenproduktivität ebenfalls zunimmt. Wurden im Jahr 2000 pro 1 Kilogramm 1,50 Euro erwirtschaftet, waren es 2015 bereits 2 Euro. Das entspricht einer Verbesserung um knapp 35 Prozent. Doch das Bruttosozialprodukt ist ebenfalls gestiegen, wenn auch weniger stark, nämlich um 20 Prozent (EUROSTAT o. J.). Und erforderlich wären Ressourceneinsparungen um mehrere 100 Prozent (>Dematerialisierung).

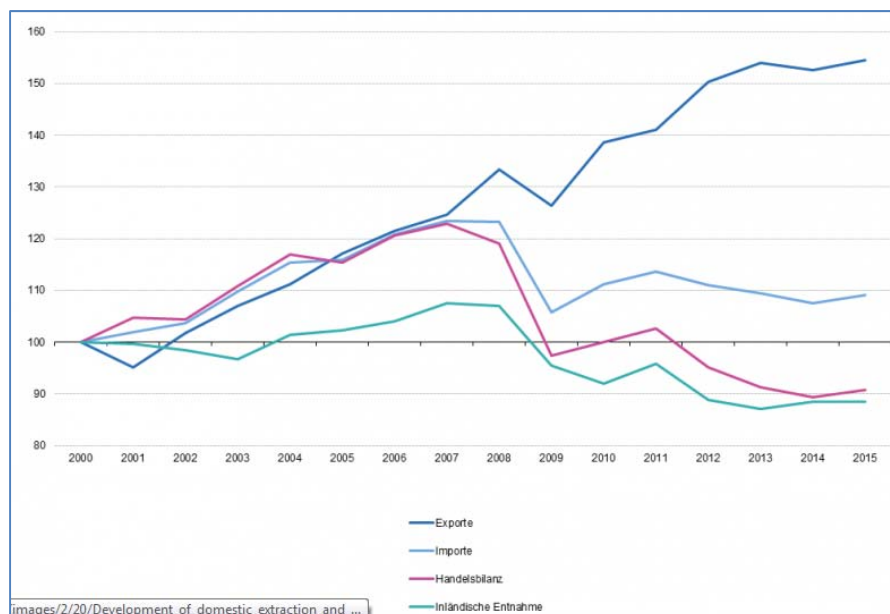
Zudem sind die importierten und exportierten Materialflüsse von Volkswirtschaften zu berücksichtigen. Physische Einfuhren und Ausfuhren geben Aufschluss über die internationale Rolle der Volkswirtschaften für die Ressourcenentnahme. Die Ein- und Ausfuhren werden unabhängig vom Verarbeitungsgrad der gehandelten Waren nach dem Gewicht der Produkte, die ins Ausland gehen, gemessen.

Wir hinterlassen mit dem Import von Gütern einen beträchtlichen Klimafußabdruck in anderen Ländern

Die Weltwirtschaft wächst schneller als Ressourcenproduktivität

In der EU stieg zwar die Ressourcenproduktivität, aber auch das Bruttosozialprodukt

Die inländische Materialentnahme ist in den Staaten der EU von 2000-2015 zwar zurückgegangen (s. Grafik). Die physischen Ausfuhren der EU-28 — hauptsächlich Halbwaren und Fertigerzeugnisse — stiegen im gesamten Zeitraum 2000–2015 jedoch beinahe jedes Jahr, insgesamt um fast 55 Prozent, was eine wachsende externe Nachfrage widerspiegelt. Und auch die Einfuhr von physischem Material stieg kontinuierlich an, wenn auch weniger stark. Eingebrochen ist diese insbesondere im Zuge der Finanzkrise 2008 (s. Grafik, EUROSTAT o. J.).



Auch der Export von Materialien ist zu berücksichtigen

Literatur:

EUROSTAT (o. J.): Materialflussrechnung und Ressourcenproduktivität.

http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Material_flow_accounts_and_resource_productivity/de

Jäger, Jill (2006): *Was verträgt unsere Erde noch? Wege in die Nachhaltigkeit*. Frankfurt/m:

Dematerialisierung

Unter Dematerialisierung wird die radikale Reduzierung des Materialverbrauchs weltweit auf ein Maß verstanden, das zukunftsfähig ist, das also mit großer Wahrscheinlichkeit die Ökosphäre nicht langfristig geschädigt wird, und das in einem Zeitraum von einigen Jahrzehnten. Gefordert werden Reduzierungen des Materialverbrauchs um den Faktor Fünf (Weizsäcker u.a. 2009) bis zum Faktor Zehn (Schmidt-Bleek 2006). In dem Projekt „Faktor X“ werden Dematerialisierungsnotwendigkeiten und entsprechende Ansätze dargestellt (Faktor X, o. J.).

Bislang ist die Dematerialisierung des Wirtschaftens nur in Ansätzen gelungen. Effizienzsteigerungen bei einzelnen Produktionsprozessen sowie in Bezug auf den Ressourcenverbrauch pro Einheit Wertschöpfung stehen unverhältnismäßig große Wachstumssteigerungen gegenüber, die die Effizienzgewinne wieder zu Nichte machen (>Produktivität, >Reboundeffekte).

Literatur & Links

Faktor X (o. J.): www.faktor-x.info/

Schmidt-Bleek, Friedrich (2006): *2006 "Nutzen wir die Erde richtig? Die Leistungen der Natur und die Arbeit des Menschen"*. Frankfurt.

Weizsäcker u.a. (2009): *Factor Five (mit Charlie Hargroves und M. Smith)*. London: Earthscan

Sowohl das Ende der Vorräte als auch Verbrauchsprognosen lassen sich nie exakt vorhersagen

Reboundeffekte

Beschreiben das Phänomen, dass Effizienzsteigerungen sowie ressourcensparende Produkte und Dienstleistungen durch Mehrkonsum in anderen Bereichen oder Zusatzleistungen wieder aufgesogen werden (Santorius 2012). Unterschieden werden mehrere Formen von Reboundeffekten. Direkter Rebound: Eine Dienstleistung, die effizienter geworden ist, kann dadurch billiger angeboten werden. Was billiger wird, wird stärker nachgefragt. Indirekter Rebound: Wer dank Effizienzsteigerung Energie und damit Geld spart, gibt das Geld für anderes aus, das ebenfalls Energie verbraucht. Ressourcen-Effekt: Im Sinne der Effizienz wird eine endliche Ressource durch eine andere endliche Ressource ersetzt. Das Ziel eines regenerierbaren Systems ist damit nicht gelöst. Transformations-Effekt: Technische Effizienzsteigerungen verändern das Konsumverhalten, was sich auf Infrastrukturen, soziale Normen und so weiter auswirkt. Das Internet ermöglicht Online-Shopping und führt so zu mehr Verbrauch. Mental Rebound: Verschiedentlich führen Einsparungen durch effizientere Technologien zur moralischen Selbstlegitimierung (Moral licensing) von zusätzlichem Konsum (Handbuch Nachhaltigkeit o. J.).

Ressourcenspareffekte werden durch Mengeneffekte aufgesogen



Grafik: Handbuch Nachhaltigkeit, n. Wuppertal-Institut

Ein Beispiel sind effizientere, Treibstoff sparende Fahrzeugmotoren, deren Einsparung durch mehr Fahrkilometer sowie durch aufwändige neue Autoaccessoires aufgewogen werden. Zugleich kommt es zu Konsumverlagerungen. Durch Wärmedämmung eingesparte Heizkosten können beispielsweise in weitere Fernflüge investiert werden, was die CO₂-Fußabdruck mehr erhöht als durch die Wärmedämmung eingespart worden ist. Notwendig ist daher die Betrachtung des gesamten Ressourcenverbrauchs einer Person bzw. eines Landes (>Ökologischer Fußabdruck, >Suffizienz).

Literatur & Links

Handbuch Nachhaltigkeit (o. J.): Suffizienz, Effizienz und Reboundeffekt. <http://nachhaltig-sein.info/unternehmen-csr-nachhaltigkeit/handbuch-nachhaltigkeit-folge-3-suffizienz-effizienz-und-der-rebound-effekt>

Santorius, Tilman (2012): Der Rebound-Effekt. Über die unerwünschten Folgen der erwünschten Energieeffizienz. <http://www.santorius.de/wp-content/uploads/2012/03/Der-Rebound-Effekt-2012.pdf>

Obsoleszenz, geplante

Der Begriff stammt aus dem Lateinischen und ist mit „Abnutzung, Altwerden“ zu übersetzen. Geplante Obsoleszenz beschreibt das Phänomen, dass Hersteller Produkte bewusst auf eine beschränkte Gebrauchsdauer hin konzipieren, um rascher Neugeräte absetzen zu können. Beispiele wären Waschmaschinen oder Autos mit störanfälligen Innenteilen, Drucker mit begrenzter Druckkapazität oder PCs, an denen keine neue Software installiert werden kann. In Deutschland wurden einschlägige Studien erstellt (Schridde 2014, Kreiß 2014, Eisenriegler 2016), die Homepage „Murks, nein danke“ stellt Beispiele vor und bittet um Erfahrungsberichte von KonsumentInnen. Überdies soll ein „Murkseum“ eingerichtet werden, in dem Produkte mit geplantem Verschleiß ausgestellt werden.

Nachzuweisen ist geplante Obsoleszenz schwer. Die Unternehmen sprechen von „optimaler Lebensdauer“ und verweisen auf das Kosten-/Preisverhältnis von Produkten. Die genannten Studien haben jedoch zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit sowie des Konsumentenschutzes beigetragen. Auswege wären verlängerte gesetzliche Garantiefristen, Gütesiegel für reparaturfähige Produkte sowie der Übergang vom Besitzen zu Leasingmodellen.

Eine Sonderform des frühzeitigen Verschleißes stellt die kulturelle Obsoleszenz dar. Darunter wird die Strategie von Unternehmen verstanden, Produkte rasch als veraltet darzustellen, um die jeweils neuen Modelle an den Mann/die Frau zu bringen. In einer Werbung eines PC-Herstellers (> *Werbung*).

Literatur & Links

Eisenriegler, Sepp (2016): *Konsumtrottel. Wie uns die Konzerne austricksen und wie wir uns wehren.* Wien.

Ders.: <https://www.profil.at/gesellschaft/konsumkritiker-eisenriegler-waschmaschine-7573714>

Ders.: *Sind wir alle Konsumtrottel?* <https://www.youtube.com/watch?v=L1bUCXJiLsQ>

Kreiß, Christian (2014): *Geplanter Verschleiß. Wie die Industrie uns zu immer mehr und immer schnellerem Konsum antreibt - und wie wir uns dagegen wehren können.* Wien.

Murks, nein danke (o. J.): www.murks-nein-danke.de/murksmelden

Schridde, Stefan (2014): *Murks. Nein danke. Was wir tun können, damit die Dinge besser werden.* München.

Ökologischer Fußabdruck

Um den Verbrauch > *natürlicher Ressourcen* erfassen zu können, wurden unterschiedliche Indikatorensysteme entwickelt. Neben dem > *ökologischen Rucksack* hat dabei der ökologische Fußabdruck die größte Breitenwirksamkeit erzielt. Er wurde bereits 1994 von den Wissenschaftlern William Rees und Mathis Wackernagel entwickelt und richtet den Fokus auf den Verbrauch natürlicher, nachwachsender Rohstoffe. Vom *Global Footprint Network* werden die bioproduktiven, also fruchtbaren Flächen (Biokapazität) der Erde erhoben. Diesen wird der Verbrauch (Fußabdruck) nach Ländern, Kontinenten und für die Welt insgesamt gegengerechnet.

Der ökologische Fußabdruck setzt sich aus dem Flächenverbrauch für Ernährung, Wohnen, Mobilität und Konsum inkl. öffentlicher Leistungen zusammen. Dem realen Flächenverbrauch wird als virtuelle Fläche der sogenannte Klima- oder CO₂-Fußabdruck hinzu addiert. Berechnet wird dieser aus jener Fläche an Wald, die nötig wäre, um den CO₂-Ausstoß durch unser Wirtschaften und Leben wieder zu binden (ca. 2400 Quadratmeter Wald pro Tonne CO₂). Der CO₂-Fußabdruck macht in den Wohlstandsländern mittlerweile zwei Drittel des Ökologischen Fußabdrucks

Geplante Obsoleszenz beschreibt die absichtliche Verkürzung der Lebensdauer von Produkten



Kulturelle Obsoleszenz
Faksimilie Foto: Holzinger

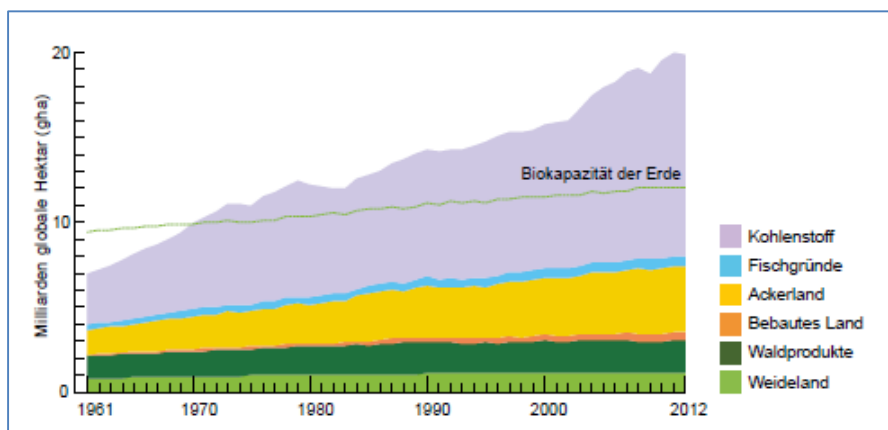
Der ökologische Fußabdruck ist ein Indikator für den Naturverbrauch sowie den Klimawandel

aus. So erklärt sich, dass der World Overshoot Day, jener Tag des Jahres, an dem die nachwachsenden Ressourcen aufgebraucht sind, mittlerweile im August liegt und wir aber dennoch weiterleben.

Nicht erfasst werden vom Ökologischen Fußabdruck der Verbrauch abiotischer Ressourcen wie Erze, die Ausbringung gefährlicher Substanzen oder die Risiken der Atomenergie. Nicht weil diese Aspekte den Erfindern nicht bewusst gewesen sind, sondern weil sie ein wissenschaftlich konsistentes Messverfahren einhalten wollen, das sich ausschließlich auf die verfügbaren fruchtbaren Flächen einschließlich des Klimawandels bezieht (Holzinger 2012: 82).

Wackernagel selbst sieht im Ökologischen Fußabdruck vor allem ein Kommunikationsinstrument, das nicht moralisiert, sondern mit Fakten argumentiert und zeigen soll: „Es lohnt, sich auf eine ressourcenlimitierte Welt vorzubereiten.“ (Wackernagel 2010: 66).

Der Ökologische Fußabdruck für Österreich wird von der „Plattform Footprint“ erhoben. Diese hat auf der Basis wissenschaftlicher Recherchen (Austrian Footprint Calculator) einen Fußabdruck-Rechner entwickelt, mit dem jedeR seinen/ihren persönlichen Öko-Fußabdruck eruiert kann (Plattform Footprint o. J.)



Grafik & Quelle: WWF, Living Planet Report 2016

Die internationalen Daten werden alle zwei Jahre in dem vom Global Footprint-Network gemeinsam mit dem WWF herausgegebenen „Living Planet Report“ (zuletzt 2016) erfasst, der über den globalen Öko-Fußabdruck sowie jenen der einzelnen Ländern Auskunft gibt. Zudem wird der nicht weniger brisante „Wasserfußabdruck“ aller Länder ausgewiesen. Erhoben wird nicht nur der Wasserverbrauch im Inland, sondern auch der „virtuelle Wasserverbrauch“, der für importierte Güter, z. B. Baumwolltextilien anfällt. Dieser virtuelle Wasserfußabdruck macht in Wohlstandsländern mittlerweile zwei Drittel des Wasserverbrauchs aus (WWF 2016).

Die Qualität der Böden, die Verfügbarkeit von Wasserreserven sowie der Zustand der Meere gelten als jene Bereiche, die für die Welternährung die größte Bedeutung haben. Leider ist es um diese Umweltmedien nicht am besten bestellt, die Degradation nimmt zu, was dazu führt, dass die Fruchtbarkeit des Planeten, also dessen „Biokapazität“ abnimmt, während die Bevölkerung weiter wächst (Heinrich-Böll-Stiftung 2015, Hutter u.a. 2012: 122ff, Latif 2014, Marlow 2014).

Literatur & Links

Global Foot Print Network: www.footprintnetwork.org/de/

Heinrich-Böll-Stiftung (2015): Bodenatlas. Berlin.

Hutter, Claus-Peter u. a. (2012): Grundkurs Nachhaltigkeit. Für Einsteiger und Fortgeschrittene. München.

Nicht erfasst wird der Verbrauch von nicht nachwachsenden Rohstoffen sowie die Ausbringung von Umweltschadstoffen

Der Wasserfußabdruck misst den Wasserverbrauch durch importierte Güter

Latif, Mojib (2014): *Das Ende der Ozeane. Warum wir ohne die Meere nicht überleben werden.* Freiburg.

Marlow, Maude (2014): *Blaue Zukunft. Das Recht auf Wasser und wie wir es schützen können.* München.

Plattform Foot Print: www.footprint.at/



WWF (2016): *Living Planet Report.* www.wwf.at/de/living-planet-report-2016/

Wackernagel, Mathis; Beyers, Bert (2011): *Der Ecological Footprint. Die Welt neu vermessen.* Hamburg.

Ökologischer Rucksack

In „Umweltökonomischen Gesamtrechnungen“ werden Stoffflüsse und Energieverbrauch von Volkswirtschaften erfasst (Meyer 2010, Hinterberger 2009). Für die Erfassung des Materialverbrauchs, die insbesondere für Unternehmen im produzierenden Sektor aufschlussreich ist, wurde der Ökologische Rucksack entwickelt. Ausgedrückt wird damit der gesamte Materialverbrauch, der in Produkten steckt und von Unternehmen oder Volkswirtschaften inklusive der Emissionen verursacht wird.

Der Begriff „Ökologischer Rucksack“ wurde im Jahr 1994 von Friedrich Schmidt-Bleek (2009) entwickelt, um sein MIPS-Konzept (Material-Input pro Serviceeinheit) zu erläutern. MIPS liegt der Gedanke zu Grunde, dass hinter Gütern in der Regel Dienstleistungen stehen. Daher muss der "Rucksack" für diese Dienstleistungen berechnet werden. Die Dienstleistung des Autos liegt im Service Mobilität. Berechnet wird nun, wie viel Materialinput für eine bestimmte Menge Fahrkilometer benötigt wird (hochgerechnet von der Gesamtfahrleistung des Autos). Als Materialverbrauch gilt aber nicht nur die Tonne Eigengewicht des Autos, sondern der gesamte Input für die Produktion, etwa für die Gewinnung der Metalle, sowie für den Gebrauch des Autos, den Treibstoff und die beim Fahren verursachten Emissionen. Selbst das Wasser für das Waschen des Fahrzeugs wird eingerechnet. MIPS ermöglicht so den Vergleich der Materialintensität unterschiedlicher Weisen, Bedürfnisse zu befriedigen, etwa den Service Mobilität bei PKW und Straßenbahn, Zug oder Flugzeug (Schmidt-Bleek 2006).

| | Gewicht | Rucksack | Weltweit |
|---|----------------|-----------------|---|
|  | 1 t | 20 t | 1 Mrd. (Verdoppelung in 25 Jahren) |
|  | 0,5 kg | 4 kg | 6 Mrd. (seit den 1990er-Jahren) |

Grafik: Holzinger, Quellen: Schmidt-Bleek 2006, Lesch 2016

Nach Schmidt-Bleek schleppt jedes Kilogramm Industrieprodukte bei uns im Durchschnitt etwa 30 Kilogramm Natur mit. Ein Auto, das selbst 1 Tonne wiegt, soll einen Öko-Rucksack von bis zu 20 Tonnen aufweisen. Das bedeutet, dass heute weniger als zehn Prozent der in der Natur bewegten Materialien letztlich in nutzbringende Industrieprodukte verwandelt werden. Als Lösung fordert Schmidt-Bleek eine *>Dematerialisierung* der Wirtschaft um den Faktor 10 (Lexikon der Nachhaltigkeit, o. J.). Der Ökologische Rucksack verweist auf die Materialintensität unserer Konsumgesellschaften. Anders als der *>Ökologische Fußabdruck* erfasst er auch nichterneuer-

Der ökologische Rucksack misst den Gesamtmaterialverbrauch einer Volkswirtschaft oder eines Produktes

Der ökologische Rucksack sensibilisiert für den Ressourcenverbrauch; darüber hinaus brauchen wir differenzierte Bestandsanalysen

bare Ressourcen, deren Begrenztheit mit dem Begriff *>Peak Everything* ausgedrückt wird. Eine Schwäche der Berechnung liegt in dem Umstand, dass alle Materialien gleich unabhängig von ihrer Wertigkeit zusammengezählt werden. Abraum wird etwa gleichgewichtet wie das daraus gewonnene Erz oder die hochgiftigen Stoffe, die bei der Rohstoffschlürfung entstehen. Hierfür sind Bestands- und Stoffstromanalysen für einzelne Rohstoffe nötig.

Literatur & Links

Lexikon der Nachhaltigkeit: Ökologischer Rucksack.

https://www.nachhaltigkeit.info/artikel/schmidt_bleek_mips_konzept_971.htm

Meyer, Bernd (2010): *Wie muss die Wirtschaft umgebaut werden? Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung*. Frankfurt

Hinterberger, Fritz (2009): *Ökologischer Rucksack - globale Ressourcenflüsse und Österreich*. In: Altner u.a.: *Jahrbuch Ökologie 2009*. Stuttgart.

Schmidt-Bleek, Friedrich (2006): *Nutzen wir die Erde richtig? Die Leistungen der Natur und die Arbeit des Menschen*. Frankfurt/M.

Peak Oil / Peak Everything

Unter dem Begriff Peak Oil (Ölfördermaximum, Oil Depletion Point) versteht man den Zeitpunkt, ab dem die Ölförderung ihr Maximum erreicht hat. Beschrieben wird jener Zeitpunkt, ab dem der bisherige Verbrauch die noch verfügbaren Reserven übersteigt. Er ist also nicht identisch mit dem Ende der Ölreserven. Wenn der globale Peak von Erdöl erreicht sein wird, gibt es immer noch riesige Mengen Öl im Boden – genau so viel wie seit dem Beginn der kommerziellen Gewinnung im Jahr 1859 bis zum Peak gefördert sein wird.

Der britische Geologe Colin Campbell hat im Jahr 2002 die Association for the Study of Peak Oil and Gas, kurz ASPO, gegründet. 2006 wurde in Deutschland eine eigene Sektion geschaffen. ASPO DEUTSCHLAND möchte auf die Konsequenzen des Fördermaximums von Öl und Gas aufmerksam machen, und dadurch helfen, Deutschland auf diese Herausforderung besser vorzubereiten (ASPO, o. J.).

In den USA gilt Richard Heinberg vom Post Carbon Institute als wichtiger Experte im Bereich „Peak Everything“, der seit vielen Jahren eine bedeutende Abschwächung des Wachstums der Weltwirtschaft aufgrund sich verteuernder Ressourcen prognostiziert (Heinberg 2012).

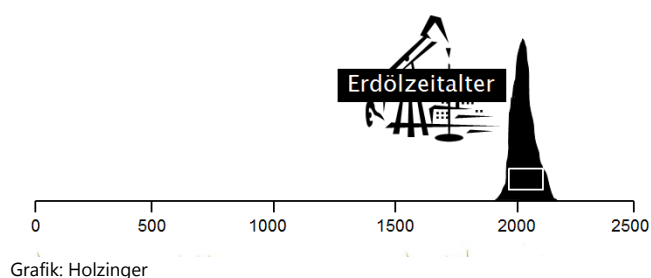
Mit Peak Everything wird beschrieben, dass nicht nur Ölvorräte, sondern alle Rohstoffe begrenzt sind und somit ein Fördermaximum aufweisen. Beides – das Überschreiten der Fördermaxima sowie das Ende von Vorräten – lassen sich nicht exakt vorhersagen, da noch immer neue Vorräte bzw. Fördertechniken (wie Schiefergas/-öl) entdeckt werden. Und wie lange die Ressourcen zur Verfügung stehen werden, hängt auch von der Unsicherheit der globalen Verbrauchsprognosen ab.

In Österreich gab es zuletzt mehrere Projekte, in denen sich ExpertInnen mit den begrenzten Rohstoffvorräten auseinandergesetzt haben. Das vom Österreichischen Klima- und Energiefonds geförderte Forschungsprojekt „Save our Surface“ untersuchte Voraussetzungen und Folgen vermehrter Biomasse-Nutzung im Zuge des Schwindens nicht erneuerbarer Ressourcen (Umweltbüro Klagenfurt/SOS, o. J.). Eines der Ergebnisse verweist auf die Verknappung des global verfügbaren Kunst-

Sowohl das Ende der Vorräte als auch Verbrauchsprognosen lassen sich nie exakt vorhersagen

Ressourcenbasis verändert sich

Derzeit werden pro Tag fossile Rohstoffe jener Menge verfeuert, die sich in 13.000 Jahren unter der Erde gebildet haben. Das Erdölzeitalter wird also ein kurzes historisches Intermezzo sein. Was kommt danach?



düngers, der zu einer Umstellung auf naturangepasste Anbaumethoden zwingen könnte. Bei der Tagung „Resource 2014“ des Österreichischen Umweltbundesamtes sowie bei der 2012 an der Leobener Montanuniversität durchgeführten „European Mineral Resources Conference“ wurde u.a. auf neue Formen der Rohstoff-erhaltung etwa durch Urban Mining Bezug genommen (Weber/Stiftner, Hg. 2013).

Wie umstritten das „Peak“-Konzept bei den Rohstoffkonzernen ist, zeigt exemplarisch die Aussage des OPEC Generalsekretärs Abdalla Salem El-Badri bei der Tagung an der Montanuniversität Leoben: „Alle Energieformen verzeichnen steigende Verbrauchszahlen,

wobei die fossilen Brennstoffe, die derzeit 87 Prozent des weltweiten Energieangebots ausmachen, 2035 immer noch 82 Prozent ausmachen werden. ... Während einige immer noch das globale Fördermaximum beschwören, entdeckt die Branche täglich neue Vorkommen.“ (Abdalla Salem El-Badri 2013: 24)

Berechnungen zeigen, dass nicht das Versagen der Ölquellen oder der Kohlevorräte das Problem darstellen, sondern umgekehrt ihre große Verfügbarkeit auch in Zukunft. Um das 2-Grad-Ziel der Klimaerwärmung zu erreichen (>Klimawandel) müsste der größte Teil der noch vorhandenen Vorräte an Kohle, Erdöl und Erdgas unter der Oberfläche bleiben, was die Nicht-Ausschöpfung großer Gewinne durch die Förderkonzerne bedeuten würde (Pittel 2017)

Literatur & Links

ASPO (o. J.): Association for the Study of Peak Oil. <http://aspo-deutschland.blogspot.co.at/>

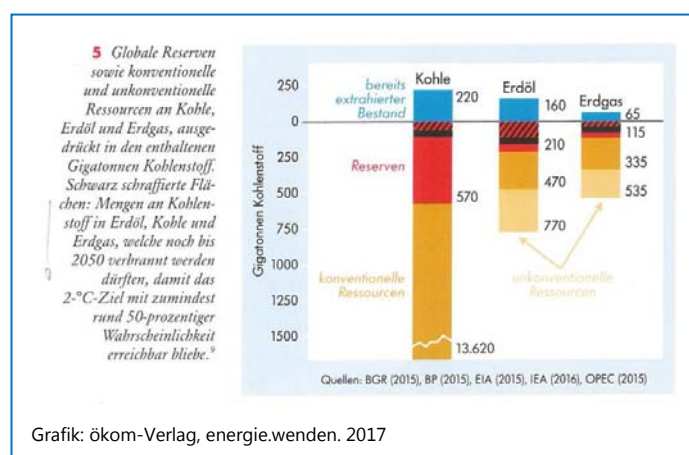
El-Badri, Abdalla Salem (2013): Die künftige Entwicklung der Ölmärkte: Was sie bringt und was sie bedeutet. In: Weber u.a.: Rohstoffe sind Zukunft. Wien, 21-30.

Heinberg, Richard (2012): Jenseits des Scheitelpunkts. Aufbruch in das Jahrhundert der Ressourcenschöpfung. Leipzig.

Pittel, Karen (2017): Am Anfang war die Kohle. Die Rolle fossiler Energieträger gestern und heute.: In: energie.wenden. Chancen und Herausforderungen eines Jahrhundertprojekts. München :22-25.

Umweltbüro Klagenfurt (o. J.): Projekt Save our Surface. www.umweltbuero-klagenfurt.at/sos/

Weber/Stiftner, Hg. (2013): Weber, Leopold u.a.: Rohstoffe sind Zukunft. Bd. 1 und 2. Wien.



Um den Klimawandel zu bremsen, müsste der Großteil der Fossilvorräte unter der Erde bleiben.

Neuansätze

Transformationsforschung | Blue Economy | Cradle to Cradle | Green Economy | Corporate Social Responsibility | Neue Wohlfahrtsmessung | Postwachstumsökonomie | Suffizienz | Resilienz | Gemeinwohl-Ökonomie | Solidarische Ökonomie | Grundeinkommen | Regionalwirtschaft | Zweitwährungen | Ernährungssouveränität | Energiesouveränität | Erweiterter Wirtschaftsbegriff | Dienstleistungsgesellschaft | Wissensgesellschaft | Feministische Ökonomie | Weltumwelt- & Sozialpolitik

Transformationsforschung

Die Transformationsforschung, die ursprünglich aus den Politikwissenschaften kommt und den Übergang von Diktaturen in Demokratien untersucht (man spricht hier von „Transformationsgesellschaften“), wird nun auf die Herausforderung >Nachhaltigkeit übertragen. Es geht um den Übergang von verbrauchsintensiven Konsumgesellschaften hin zu verbrauchsarmen Nachhaltigkeitsgesellschaften. Die Ziele lauten „Zero waste-Economy“, „kohlenstoffarme oder postfossile Wirtschaft“, „ressourcenleichter Konsum“, „Great New Deal“ usw. (Simonis 2012). Der Transformationsprozess soll „zu einer gerechten und nachhaltigen Governance der Nutzung und Bewirtschaftung globaler, regionaler und lokaler Allgemein- oder Gemeinschaftsgüter“ führen. Neben der Atmosphäre sind dies v.a. natürliche Ressourcen wie Ozeane, Fischbestände, Boden, Wälder und Artenreichtum (Heinrich Böll-Stiftung o.J.).

Transformationsforschung untersucht die Bedingungen, Hürden und Chancen einer Veränderung hin zu nachhaltigen Gesellschaften. Im Zuge der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ wurde sie ergänzt durch Transformationsbildung. Gefragt wird danach, wie und wann Menschen sowie Gesellschaften auf Herausforderungen reagieren und lernen oder auch nicht (Holzinger 2013a, Linz 2013).

Der Wissenschaftliche Beirat für Globale Umweltveränderungen der Deutschen Bundesregierung hat das Thema Transformation aufgegriffen und einen „Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ (WBGU 2011) ausgearbeitet. Einer ausführlichen Analyse der Befunde der gegenwärtigen Weltentwicklung folgen Handlungsempfehlungen für diesen „großen Wandel“ in den Bereichen „Klimaverträglichkeit“, „Energiewende“, „Nachhaltige Urbanität“ sowie „Nachhaltige Landnutzung“. Die Transformationsstrategie des WBGU geht von „förderlichen“ und „hemmenden“ Faktoren aus. Als Blockaden für eine Dekarbonisierungsstrategie werden alte Pfadabhängigkeiten (z. B. langfristige Investitionen in alte Energiesysteme), die gebotenen engen Zeitfenster für die Veränderungen, globale Kooperationsblockaden, die rasante Urbanisierung (2050 sollen 6 Mrd. Menschen in Städten leben, so viel wie die derzeitige Weltbevölkerung ausmacht) sowie die günstig verfügbaren Kohlevorräte angesehen. Als begünstigende Faktoren gelten dem WBGU das Vor-

Transformationsforschung untersucht die Bedingungen, Hürden und Chancen des Wandels zur Nachhaltigkeit

Hoffnung auf Treiberfaktoren für eine nachhaltige Entwicklung

handensein neuer Technologien, die Möglichkeit deren Finanzierung, ein Wertewandel zur Nachhaltigkeit, der Aufbau globaler Wissensnetzwerke und mögliche Begleitnutzen der Transformation, etwa für neue Wirtschaftsbranchen (WBGU 2011: 284). Unter Bezugnahme auf den Wirtschaftshistoriker Jürgen Osterhammel wird von „Häufigkeitsverdichtungen“ klimaverträglicher Innovationen gesprochen, die den Wandel ermöglichen könnten. Als zentrale Akteure macht der WBGU „Pioniere des Wandels“ aus, die von „Nischenakteuren“ zu „Agenda Settern“ werden, damit die Nische verlassen und „Breitenwirksamkeit durch gesellschaftliche Routinisierung“ erlangen. Dem „gestaltenden Staat“ käme dabei die Aufgabe zu, die Nischenakteure zu unterstützen und Rahmenbedingungen für den Wandel zu schaffen (WBGU 2011: 285).

Literatur & Links

Heinrich-Böll-Stiftung (o. J.): Transformationsforschung: Forschung für und über die „Große Transformation“. http://www.boell.de/downloads/stipendien/hbs_Foerderschwerpunkt-Transformationsforschung_V2_Spt12.pdf

Holzinger, Hans (2013a): Wie kommt es zum Wandel? Transformationsforschung im Kontext der Bildung für nachhaltige Entwicklung. In: Jahrbuch Bildung für nachhaltige Entwicklung 2013. Wien, Forum Umweltbildung, 43 – 52.

Linz, Manfred (2012): Wie lernen Gesellschaften – heute? Zur Verwirklichung politischer Einsichten oder: Abschied vom Wunsdenken. Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie [Impulse zur WachstumsWende; 4] Download: www.wupperinst.org

Simonis, Udo E. (2012): Transformationsforschung: Ökologischer Strukturwandel und Green New Deal. In: Jahrbuch Ökologie 2012. Grüner Umbau. Stuttgart, 56-71.

WBGU (2012): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Eigenverlag, Berlin. Download: www.wbgu.de

Blue Economy

Gegründet und vertreten u.a. von dem Club of Rome-Mitglied und Unternehmer Gunter Pauli (2010). Blau hat dabei symbolische Bedeutung und bezieht sich auf die Farbe des Ozeans, des Himmels und der Erde, wenn sie vom Weltall aus betrachtet werden. Gesucht und vorgestellt werden Lösungen für Produkte bzw. Dienstleistungen, die der Natur angepasst bzw. von dieser abgeschaut sind. Gesprochen wird von „systemisch kaskadierenden Geschäftsmodellen“. Die Überzeugung dahinter: „Die Natur bietet Raum für Unternehmen und Menschen, die mehr aus weniger herstellen.“ (Blue Economy, o. J.) Auf der Homepage werden solche innovativen Lösungen gesammelt und verbreitet. So wird etwa die Rückgewinnung von Metallen aus Elektronikgeräten mittels Mikroben oder die Installation von Windrädern auf Häusern oder Strommasten vorgeschlagen.

Als bekanntes Beispiel gilt der Vorschlag, Kaffeesud nicht wegzuwerfen, sondern als Nährstoff für die Züchtung von Pilzkulturen zu verwenden. Nach der Ernte der Pilze würde das an Aminosäuren reiche Restprodukt als Futterquelle für Hühner dienen – eine klassische Kaskadennutzung. Zudem sollen aus der Natur abgeschaute physikalische Prozesse genutzt werden. So haben sich beispielsweise Forscher von Zebras und der Bauweise von Termitenhügeln abgeschaut, wie Gebäude mit Hilfe von Druck- und Temperaturdifferenzen natürlich belüftet und dadurch Betriebskosten gesenkt werden können (Pirgmeier 2012: 23f).

Die ursprüngliche Idee war die 100 besten von der Natur inspirierten Technologien in den Bereichen Wasser, Energie, Bauwesen und Ernährung zu sammeln. Diese wurden in einem Buch veröffentlicht. Nun werden weitere Ideen aufbereitet. Die

Hoffnung auf neuen Agenda-Settern und PionierInnen des Wandels

Kaskaden-Lösungen in Nachahmung der Natur finden

Blue Economy Alliance stellt das Wissen zu diesen Innovationen als Open Source auf einer elektronischen Plattform zur Verfügung und unterstützt deren Umsetzung in Geschäftsmodelle.

Der Ansatz ist spannend, da systemische Lösungen angestrebt und ErfinderInnen aus aller Welt eingeladen werden, ihre „Blue Ideas“ zu übermitteln. Die Nagelprobe wird freilich die Marktfähigkeit der Ideen sein, denn nur so werden sich diese durchsetzen.

Literatur & Links

Blue Economy Alliance: www.blueeconomy.de

Pauli, Gunter (2010): *The Blue Economy. Summary for UNEP.*

http://www.unep.org/pdf/OP_Feb/EN/OP-2010-02-EN-ARTICLE7.pdf

Pirgmeier, Elke (2013): *Alternative Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte. Wien. Download: www.wachstumimwandel.at*

Cradle to Cradle/C2C

Wurde 2002 von Michael Braungart, einem deutschen Chemiker, und William McDonough entwickelt (Braungart / McDonough 2013). Es bedeutet in Abhebung von Öko-Bilanzen, die Produkte oder Dienstleistungen „von der Wiege bis zur Bahre“ erfassen, so viel wie „von der Wiege bis zur Wiege“. Vorbild ist der Kreislauf in der Natur, in der es keine Müllproduktion gibt.

Die Kreislaufwirtschaft von C2C basiert auf drei Erkenntnissen, die sich aus der Beobachtung der Natur ableiten. Der Mensch sei das einzige Lebewesen, das Abfall erzeugt. Im biologischen Kreislauf ist Abfall gleich Nährstoff. Bei C2C-Produkten werden Materialien daher so gewählt, dass sie biologisch oder technisch wiederverwendbar sind. Zweitens basiert C2C auf Sonnenenergie als zentraler Energiequelle. Drittens wird auf Diversität als Basis für erhöhte Resilienz geachtet.

Die von Braungart gegründete Environmental Protection Encouragement Agency (EPEA, o. J.) zertifiziert Unternehmen, die Produkte nach dem C2C-Prinzip produzieren. Gesprochen wird nicht von Recycling, sondern von „Upcycling“. In Österreich ist etwa das Medienhaus Gugler zertifiziert. Das Unternehmen Erdal mit Sitz in Hallein bei Salzburg, Teil der international agierenden Werner & Mertz Gruppe, wurde 2015 C2C-zertifiziert.

Einschätzung: Die Idee ist bestechend, doch leider weit entfernt von der gegenwärtigen Realität des Produzierens. Neben den noch immer zu billigen Rohstoffen, die Wiederverwertung nur begrenzt ökonomisch als rentabel erscheinen lassen, liegt der Haken vor allem in der ungemeinen Vielzahl von Misch-Werkstoffen und Verbindungen, die eine erneute Wiederverwertung bei Erhalt der Qualität der Rohstoffe unmöglich machen. Die Autoren belegen dies selbst am Beispiel eines Kunststoffgriffes eines Möbelstücks, der an die 40 Substanzen enthält.

Die Kritik an C2C richtet sich auch an dem propagierten Prinzip des „Intelligent verschwenden“. Mit ihren Seitenhieben auf den „Ökologismus“, der Einschränkung und Verbote predigt und kein positives Zukunftsbild vermittelt, sind die Autoren Wasser auf den Mühlen all jener, die sich gegen höhere Umweltstandards und eine Verteuerung der Ressourcen wehren (beides geht nur auf politischem Weg). Und in dem sie uns versprechen, dass wir unseren materiellen Konsum keineswegs einschränken müssen (es gehe ja um intelligente Verschwendung), finden sie breiten Anklang in Wirtschaftskreisen, die nichts mehr fürchten als die Schmälerung ihrer Gewinne.

Hoffnungen auf eine Kreislaufwirtschaft von der Wiege bis zur Wiege

Cradle to Cradle ist vom Ansatz her richtig, doch kapitalistisches Wirtschaften folgt den Gesetzen des Profits – das Konzept dient daher, so ist zu befürchten, vor allem als Feigenblatt und Aufrechterhaltung der Illusion, dass wir unser Wachstumsmodell einfach fortschreiben können. C2C-Lösungen können in Nischen Alternativen anbieten. Wichtig wird aber auch sein, Produkte wieder reparierfähig zu designen (Anreize wären Rücknahmegebühren für Altgeräte oder ein Siegel für Reparaturfreundlichkeit) und bedeutend weniger zu produzieren und konsumieren (>Suffizienz, >Postwachstumswirtschaft). Konsequenz zu Ende gedacht, müsste das C2C-Prinzip verpflichtend für alle Produktionsprozesse vorgeschrieben werden, was eine Zero-Waste-Economy bedeuten würde – ein Unterfangen, das freilich am Widerstand der Industrie scheitert, da ein großer Teil der heutigen Produkte vom Markt genommen werden müsste.

Literatur & Links

Braungart, Michael, McDonough, William (2013): *Intelligente Verschwendung. The Upcycle. Auf dem Weg in eine neue Überflussgesellschaft.* München.

EPEA (o. J.): <http://epea-hamburg.org/de>

Green Economy/Green Jobs

Bezeichnet jene Sektoren der Wirtschaft, die an der Lösung von Umweltherausforderungen arbeiten und damit Umsätze, Arbeitsplätze und Gewinne generieren. Der Begriff stammt aus dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP 2011).

Eine genaue Definition und Abgrenzung existiert nicht. Dazu gezählt wird etwa die Erzeugung erneuerbarer Energieträger, aber auch die Entwicklung neuer Umwelttechnologien. In der EU-Strategie „Agenda 2000“ ist die Rede von Millionen zusätzlichen Green Jobs, die durch entsprechende wirtschafts- und beschäftigungspolitische Maßnahmen geschaffen werden sollen. Im österreichischen Masterplan ist von 100.000 zusätzlichen Jobs in der Umweltwirtschaft bis 2020 die Rede (Forum Umweltbildung 2013).

Zu den Verfechtern der Green Economy zählt etwa Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, der in „Intelligent wachsen“ (2013) zahlreiche Beispiele für grünes Wachstum etwa in den Bereichen Landwirtschaft, Energieerzeugung oder Green Cities anführt. Für Österreich hat das WIFO in einer Studie hochgerechnet, dass durch die geplanten Investitionen in den Klima- und Energiemodellregionen (KEM) sich ab 2020 eine Verdoppelung der Wertschöpfungszuwächse erreichen ließe. Die Investments würden in den KEM-Regionen circa 16.000 zusätzliche Arbeitsplätze im konservativen Szenario und sogar bis zu 40.000 Beschäftigte im ambitionierten (deutlich höhere Investitionen) bringen, ein außertourlicher Zuwachs von 0,4 bis 0,9 Prozent (WIFO 2015). Stephan Schulmeister (2015) fordert in seinem „New Deal“ für Europa ebenfalls massive Investitionen in die thermische Sanierung von Gebäuden.

Die Kritik am Konzept der Green Economy richtet sich auf die Unschärfe der Zurechnungen, die Ambivalenz mancher Produktionszweige (etwa Russpartikelfilter für Autos) sowie die Ausblendung sozialer Fragen (Forum Umweltbildung 2013: 20f).

Zu beachten ist auch der >Reboundeffekt, gemäß dem Kosteneinspareffekte durch ökologisch effizientere Lösungen zu Mehrkonsum in anderen Bereichen führen. Gefordert wird aus dieser Perspektive daher neben Investitionen in Grüne Technologien auch die Einbindung von >Suffizienz(politik) sowie das Anstreben einer >Postwachstumswirtschaft. Zu analysieren sind auch sogenannte Verlagerungseffekte. Die Mobilitätswende kann neue Arbeitsplätze im Bereich Öffentlicher Verkehrs-

Grenzen der Kreislaufwirtschaft verunmöglichen „Intelligent verschwenden“

Arbeitsplatzpotenziale einer ökologischen Wende werden gerne als Zukunftschance dargestellt

infrastruktur schaffen, führt aber zu Arbeitsplatzeinbußen im Automobilsektor. Bei Angaben ist daher immer zu fragen, ob diese Nettoarbeitsplätze (neue minus wegfallende) bezeichnen.

Literatur & Links

Forum Umweltbildung (2013): *Nachhaltiges Wirtschaften im (Übungs-)Unterricht*. Wien.

Fücks, Ralf (2013): *Intelligent wachsen. Die grüne Revolution*. München.

Schulmeister, Stephan (2015): *Kapitalismus ohne Wachstum geht nicht*.

http://stephan.schulmeister.wifo.ac.at/fileadmin/homepage_schulmeister/files/Schulmeister_ohne_Wachstum_QART_2.pdf

UNEP (o. J.): *Green Economy*. <http://www.unep.org/greeneconomy/>

WIFO (2015): *Klima- und Energiemodellregionen Effekte im Energiesystem und in der (regionalen) Wirtschaft*. Claudia Kettner (Projektleitung).

http://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument_jart?publikationsid=58383&mime_type=application/pdf

Ökosteuern

Sollen die externalisierten Kosten des Naturverbrauchs in die Preise der Produkte und Dienstleistungen integrieren und Anreize zur Reduktion des Ressourcenverbrauchs setzen. Gesprochen wird von Lenkungswirkung. Hinsichtlich Verwendung der Einnahmen gibt es unterschiedliche Ansätze: während einer der Begründer des Konzept, Hans Christoph Binswanger, damit die Basis für die soziale Sicherung verbreitern wollte, gibt es auch aufkommensneutrale Modelle, denen gemäß z. B. jene, die wenig oder gar nicht Auto fahren, „belohnt“ werden sollen. Zuletzt ist auch die steuerliche Entlastung des Faktors Arbeit in die Diskussion eingebracht worden (Lexikon der Nachhaltigkeit o. J.).

Ökosteuern beziehen sich bisher fast ausschließlich auf die Besteuerung nicht erneuerbarer Energieträger und machen lediglich ein Paar Prozent des Steueraufkommens aus. Steuern auf knapper werdende Rohstoffe (>*Peak Everything*), Flächenverbrauchssteuern und deutlich höhere Abfallabgaben werden erst in jüngster Zeit diskutiert. Vorgeschlagen werden auch staatlich festgelegte Mindestpreise, um etwa den Preisschwankungen am Weltmarkt entgegen zu wirken. Stephan Schulmeister (2010, 2014) etwa fordert eine langfristige Entwicklung des Erdölpreises durch Einführung einer EU-weiten Steuer, welche die Differenz zum jeweiligen Weltmarktpreis abschöpft.

Kritisiert an den bisherigen Ökosteuer-Konzepten werden zum einen Ausnahmeregelungen etwa für energieintensive Industriebranchen oder für Flugbenzin (Forum Ökologische Steuerreform, o. J.), zum anderen die soziale Unausgewogenheit (Einkommensstärkere können sich sozusagen Umweltverschmutzung weiterleisten, sie trifft nur die Einkommensschwächeren). Dies ist freilich das Problem aller Konsumsteuern. Wieder andere beklagen Wettbewerbsnachteile, wenn Ökosteuern nur im eigenen Land eingeführt bzw. erhöht werden. Dem wird mit möglichen Wettbewerbsvorteilen durch Innovationsreize für höhere Effizienz entgegnet.

Von manchen wird ein Ökologisches Grundeinkommen vorgeschlagen, demgemäß die Einnahmen aus den Ökosteuern gleichmäßig auf die Bürger und Bürgerinnen verteilt wird. Jene die sich ökologischer verhalten, würden dadurch finanziell belohnt (Schachtschneider 2014, Nicoll 2016). Gehofft wird auch auf einen gewissen sozialen Ausgleich, da finanziell besser gestellte Haushalte nachweislich mehr zu

Die Debatte über Ökosteuern existiert seit langem und fordert die Internalisierung der Naturkosten in die Wirtschaftsprozesse

Ausnahmebestimmungen als Kritikpunkt an den Ökosteuersystemen

Umweltbelastungen beitragen, weil sie über eine höhere Kaufkraft verfügen (Kopatz 2016).

Literatur & Links

Forum Ökologische Steuerreform (o. J.): <http://www.foes.de/>

Nicoll, Norbert (2016): *Adieu, Wachstum! Das Ende einer Erfolgsgeschichte*. Marburg.

Lexikon der Nachhaltigkeit (o. J.): Ökosteuer.

https://www.nachhaltigkeit.info/artikel/kosteuer_2014.htm

Kopatz, Michael (2016): *Öko-Routine. Damit wir tun, was wir für richtig halten*. München

Schachtschneider, Ulrich (2014): *Ökologisches Grundeinkommen – eine Beschleunigungsbremse*.

<http://www.ulrich-schachtschneider.de/resources/DEGROWTH+2014->

[+36kologisches+Grundeinkommen+als+Beschleunigungsbremse.pdf](http://www.ulrich-schachtschneider.de/resources/DEGROWTH+2014-+36kologisches+Grundeinkommen+als+Beschleunigungsbremse.pdf)

Schulmeister, Stephan (2010): *Mitten in der großen Krise. Ein „New Deal“ für Europa*. Wien.

Schulmeister, Stephan (2014): *Von Amerika lernen. Roosevelts New Deal*.

http://stephan.schulmeister.wifo.ac.at/fileadmin/homepage_schulmeister/files/New_Deal_Blaetter_08_14.pdf

Ökosteuern/Österreich

Die Wirtschaftskammer Österreich subsumiert folgende Steuern und Abgaben unter „Ökosteuern“: Energiesteuern: Mineralölsteuer, Energieabgabe (Kohleabgabe, Erdgasabgabe, Elektrizitätsabgabe); Transportsteuern: KFZ-Steuer, Normverbrauchsabgabe, Motorbezogene Versicherungssteuer; Umweltverschmutzungssteuern: Altlastenbeitrag, Abwassergebühren, Müllgebühren; Ressourcensteuern: Grundsteuer, Jagd- und Fischereiabgaben, Landschaftsschutz-/Naturschutzabgabe. Etwa 61 Prozent der Ökosteuern wurden 2012 als Energiesteuern eingehoben. 31 Prozent des Ökosteueraufkommens entfielen auf Transportsteuern und knapp 8 Prozent auf Ressourcensteuern. Lediglich rund 0,6 Prozent der Erlöse aus umweltrelevanten Steuern können Umweltverschmutzungssteuern zugerechnet werden. (WKÖ, o. J.)

Am gesamten Abgabenaufkommen in Österreich machen Ökosteuern derzeit sieben Mrd. Euro aus, das sind rund sechs Prozent. Dieser Anteil soll laut dem Netzwerk „Wege aus der Krise“ (o. J.) schrittweise erhöht werden - mit dem Ziel, ihn auf 14 Mrd. Euro zu verdoppeln. Diesem höheren Steueraufkommen aus der Besteuerung von Energie und Rohstoffen sollen die steuerliche Entlastung von Arbeit und die Auszahlung eines Ökobonus für Haushalte bzw. eines InNoVationsbonus für Unternehmen gegenüberstehen. Damit soll sichergestellt werden, dass alle Menschen in Österreich in den Genuss dieser Entlastungen kommen.

Literatur & Links

Wege aus der Krise (o. J.): *Ökosteuern, die der Umwelt nützen*.

<http://www.wege-aus-der-krise.at/oekosteuern.html>

WKÖ (o. J.): *Ökosteuern*.

https://www.wko.at/Content.Node/Interessenvertretung/ZahlenDatenFakten/Wirtschaftsgrafiken_2014.html

Ökosteuern machen derzeit sechs Prozent der Abgaben in Österreich aus

Corporate Social Responsibility/Corporate Citizenship

Laut Europäischer Kommission bedeutet CSR „die Verantwortung von Unternehmen für ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft“. Es geht um Beiträge von Unternehmen zu einer nachhaltigen Entwicklung, die mehr als nur die bloße Umsetzung ihrer rechtlichen Verpflichtungen gegenüber Gesellschaft und Umwelt bedeuten. Soziale und ökologische Verantwortung müsse ins Kerngeschäft der Unternehmen integ-

riert und fixer Bestandteil der Entscheidungs- und Kommunikationsprozesse werden (Forum Umweltbildung 2013: 10). Das Austrian Business Council for Sustainable Development (o. J.) informiert über CSR-Aktivitäten in Österreich.

Die Kritik an CSR bezieht sich auf den Umstand, dass die ursprünglich seitens der EU-Kommission angedachte Entwicklung konkreter verbindlicher Kriterien in Kooperation mit der Zivilgesellschaft letztlich durch europaweite Unternehmerverbände gekippt und als freiwillige Selbstverpflichtung von Unternehmen verabschiedet wurde (Ungericht u. a. 2008).

An der Praxis von CSR wird kritisiert, dass diese in großen Unternehmen oft allein den PR- und Marketingabteilungen zugeordnet wird, die vor allem ein positives Firmenimage kreieren sollen. Zudem könne jedes Unternehmen unabhängig davon, was es produziert, CSR betreiben. So können auch Hersteller von fossilen Energieträgern, Waffen oder Pestiziden CSR-Berichte erstellen (Forum Umweltbildung 2013: 14). Ein „Netzwerk Soziale Verantwortung“ (2012) hat sich zum Ziel gesetzt, kritisch über CSR zu berichten und auf den Missbrauch des Begriffs in Österreich hinzuweisen.

Einschätzung: Es ist wichtig, dass Unternehmen Anreize für eine sozial und ökologisch nachhaltige Ausrichtung bekommen und es ist auch legitim, dass gesetzte Maßnahmen öffentlich kommuniziert werden. Der Gefahr des >Greenwashing kann jedoch – wie im Bereich der beschworenen >KonsumentInnen-Demokratie – durch verbindliche Standards für alle Unternehmen entgegnet werden, etwa nach dem Top-Runner-Prinzip: die besten am Markt befindlichen Lösungen werden nach einer bestimmten Zeit zum verbindlichen neuen Standard für alle (Ökoinstitut 2009).

In Verwendung ist auch der Begriff der „Corporate Citizenship“, der das soziale und bürgerschaftliche Engagement von Unternehmen bezeichnet. Am bekanntesten in diesem Bereich sind Sponsoringaktivitäten von Unternehmen, möglich sind aber auch weitere Formen des Engagements, etwa die Freistellung von MitarbeiterInnen für caritative Aktivitäten (Mühlböck 2012). Gearbeitet wird zudem an Lösungen für eine „integrierte Bilanzierung“ von Unternehmen, in der neben ökonomischen Parametern eben auch soziale Aspekte einfließen sollen. Mit dem „Social Return on Investment“ (SROI) wird die Berechnung der gesellschaftlichen Wertschöpfung sozialer Unternehmen und Einrichtungen verstanden (Sprinkhart, Hg, 2015, vgl. a. >Gemeinwohlökonomie)

„Social Entrepreneurs“ wiederum benennen UnternehmerInnen, die mit Innovationen zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beitragen. Im Vordergrund steht nicht das Gewinninteresse, sondern der Beitrag zum Gemeinwohl. „Ashoka“ (o. J.) ist eine Organisation, die seit vielen Jahren Social Entrepreneurs fördert und vernetzt. In Deutschland gilt Peter Spiegel (2015) als eine Gallionsfigur der Social Entrepreneurs-Bewegung.

Literatur & Links

Ashoka (o. J.): <http://ashoka-cee.org/austria/>

Austrian Business Council for Sustainable Development (o. J.): <https://www.respect.at/>

Forum Umweltbildung (2013): *Nachhaltiges Wirtschaften im (Übungs-)Unterricht*. Wien.

Mühlböck, Marisa (2012): *Wirtschaftspolitik und Corporate Citizenship in Österreich*. Wien.

Ökoinstitut (2009): *Konzeption eines produktbezogenen TopRunner-Impulsprogramms*.

<https://www.oeko.de/publikationen/p-details/konzeption-eines-produktbezogenen-toprunner-impulsprogramms/>

Spiegel, Peter (2015): *WeQ – More than IQ. Abschied von der Ich-Kultur*. München.

Kritik an Corporate Social Responsibility bezieht sich auf Freiwilligkeit und Gefahr des Greenwashing

Unternehmen als Akteure sozialer Verantwortung

Netzwerk Soziale Verantwortung (2012): *Corporate Social Responsibility. Schein oder Nicht-schein - das ist hier die Frage.* http://www.netzwerksozialeverantwortung.at/media/CSR-Brochure2012_screen_final.pdf

Sprinkhart, Karl Peter (Hg., 2015): *Nachhaltigkeit messbar machen. Integrierte Bilanzierung für Wirtschaft, Sozialwirtschaft und Verwaltung.* Passau.

Ungericht, Bernhard, Raith, Dirk; Korenjak, Thomas (2008): *Corporate Social Responsibility oder gesellschaftliche Unternehmensverantwortung? Wien (u. a.).*

Erweiterte Wohlstandsmessung

Die Kritik am >Bruttoinlandsprodukt, das nur monetär bewertete Leistungen erfasst und diese obendrein nicht differenziert (z. B. >Negativkosten werden positiv bilanziert) hat dazu geführt, dass alternative bzw. ergänzende Indikatoren zur Wohlstandsmessung entwickelt wurden. Mittlerweile existiert eine Fülle an Indikatoren-Systemen. Eine Übersicht versucht etwa das Lexikon der Nachhaltigkeit (o. J.). >Umweltindikatoren sind dabei ein Aspekt, etwa der >Ökologische Fußabdruck, ergänzt werden diese durch soziale und kulturelle Indikatoren.

Forschungsinstitute wie die New Economic Foundation (Genuin Progress Index, Happy Planet Index, letzterer integriert das BIP, den Ökologischen Fußabdruck und die Lebenszufriedenheit) oder das DenkWerk Zukunft (Wohlstandsquintett) haben Vorschläge für neue Messinstrumente unterbreitet. Die OECD (Better Life Index) sowie die Europäische Kommission (Satisfaction Adjusted Life Expectancy, SALY) haben ebenso Studien erstellen lassen wie einzelne Regierungen (in Frankreich die Stiglitz-Fitoussi-Kommission, in Deutschland die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“). Am bekanntesten ist wohl das „Bruttonationalglück“, das im Staat Bhutan erhoben wird. Beflügelt werden diese alternativen Systeme der Wohlstandsmessung durch Erkenntnisse der Zufriedenheitsforschung, der gemäß das Einkommen und damit indirekt auch das BIP bei weiten nicht die einzigen Parameter für Lebenszufriedenheit darstellen, sondern Faktoren wie Vertrauen, Fairness oder soziale Beziehungen eine ebenso wichtige Rolle spielen (Tichy 2011).

Manche Indikatorensysteme haben den Anspruch, Wohlstand sehr umfassend darzustellen. Hans Diefenbacher und Roland Zieschank (2011) beschreiben den von ihnen vorgelegten „Nationalen Wohlfahrtsindex“, der aus über 20 Variablen besteht. Positiv einbezogen werden etwa der Wert von Haus- und Freiwilligenarbeit sowie die öffentlichen Ausgaben für Gesundheit und Bildung, negativ zu Buche schlagen etwa Kosten von Verkehrsunfällen, Kriminalität und Drogenkonsum. Erhoben werden auch Schäden durch Luft- oder Wasserverschmutzung, Lärm, Bodenbelastung oder CO₂-Emissionen. Die Netto-Neuverschuldung drückt ebenfalls das Wohlstandsniveau, positiv hingegen werden die Ausgaben für eine ökologische Transformation bewertet (vgl. auch Meyer u.a. 2013)

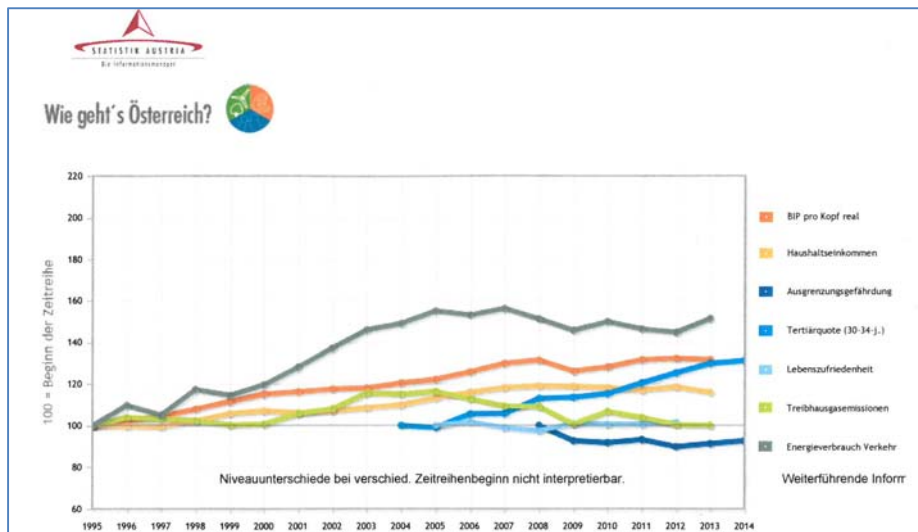
Einschätzung: Ob dieses sehr komplexe Berechnungsverfahren Realisierungschancen hat, ist wohl noch offen. Womöglich sind einfachere Indikatoren leichter vermittelbar, etwa das von Meinhard Miegel und dem „Denkwerk Zukunft“ entwickelte „Wohlstandsquintett“, das neben dem BIP den Ökologischen Fußabdruck, die Einkommensverteilung, die Staatsverschuldung sowie die Inklusionsquote berücksichtigt. Für ein Monitoring sind freilich komplexe Indikatorensysteme sinnvoll.

Wichtig: Die EU-Staaten sind angehalten, erweiterte Monitoringsystem auf nationaler Ebene zu implementieren. In Österreich wurde ein solches System, das Variablen zu Wirtschaft, Umwelt und Soziales ausweist, unter dem Titel „Wie geht’s Österreich“ installiert. Es wird von Statistik Austria betreut, wo die Zeitreihen einzusehen

Es gibt mittlerweile eine Vielzahl an Indikatoren-Systemen zur Erfassung von Wohlstand

Die Erweiterung des Bruttoinlandsprodukts als Wohlstandsmaß ist überfällig

sind. Man findet Zeitreihen zum Umweltverbrauch, zu Arbeitsmarktdaten, zur Einkommensverteilung sowie zur Lebenszufriedenheit, die in den letzten Jahren nicht mehr gestiegen ist trotz weiter wachsendem BIP (Statistik Austria, o. J.).



Literatur & Links

Denkwerk Zukunft (o. J.): Wohlstandsquintett.

<http://www.denkwerkzukunft.de/index.php/aktivitaeten/index/wohlstandsquintett>

Diefenbacher, Hans (2011); Zieschank, Roland: Woran sich Wohlstand wirklich messen lässt. Alternativen zum Bruttoinlandsprodukt. München.

Genuine Progress Index (o. J.): genuineprogress.net/genuine-progress-indicator

Happy Planet Index (o. J.): www.happyplanetindex.org/

Meyer, Bernd u.a. (2013): Eckpunkte eines ökologisch tragfähigen Wohlfahrtskonzepts als Grundlage für umweltpolitische Innovations- und Transformationsprozesse. http://edocs.fu-berlin.de/docs/servlets/MCRFileNodeServlet/FUDOCSDerivate_000000002841/ffu-report_7-2013_Roland_Zieschank.pdf?hosts

Statistik Austria (o. J.): Wie geht's Österreich.

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/wohlstand_und_fortschritt/wie_gehts_oesterreich/index.html

Tichy, Gunter (2011): Zentrale Ergebnisse zur Forschung über Lebenszufriedenheit. In: Wirtschaft und Gesellschaft. http://wug.akwien.at/WUG_Archiv/2011_37_3/2011_37_3_0435.pdf

Postwachstumsökonomie

Beschreibt den theoretischen und praktischen Übergang von Wachstumswirtschaften in Wirtschaften, die in Summe nicht mehr wachsen (Steady State Economies). Postwachstum wird für Volkswirtschaften hoher Produktivität vorgeschlagen, i. d. R. nicht für Volkswirtschaften nachholender Entwicklung (>Wirtschaftswachstum).

Zwei Zugänge sind dabei zu unterscheiden: Eine Gruppe geht davon aus, dass es objektive Wachstumsgrenzen gibt, die kommen werden, ob wir wollen oder nicht (Bourcade u. a. 2006, Klingholz 2014). Die andere Gruppe ergänzt die Chancen für die Lebensqualität in einer Postwachstumsökonomie (exemplarisch Miegel 2010, Seidl/Zahrndt 2010, Paech 2012, kritisch wertschätzend Muraca 2014, zusammenfassend Holzinger 2010b, 2012, 2016b).

Postwachstumsökonomie bedeutet nicht, dass gar keine Wirtschaftsbereiche mehr wachsen. Vielmehr wird davon ausgegangen, dass die ressourcenintensiven Bereiche der Konsumgüterindustrie, die Automobilität oder auch der überdimensionierte Bankensektor schrumpfen, nachhaltige Wirtschaftsbereiche wie Erneuerbare Ener-

*Postwachstum bedeutet die
Organisierung von Gesell-
schaft und Wirtschaft jenseits
von Wirtschaftswachstum*

gieerzeugung, Bio-Landwirtschaft oder soziale Dienstleistungen aber durchaus wachsen werden (Hinterberger, Hg., 2009). Der Ausgangspunkt der Überlegungen zur Postwachstumsökonomie liegt in der Überzeugung, dass die Wachstumstreiber >Konsum (Sättigungstendenzen), billige >natürliche Ressourcen (>Nachhaltigkeit) sowie Produktivitätssteigerungen (Dienstleistungen lassen sich wenig rationalisieren) abhandenkommen (Ax/Hinterberger 2013).

Auf die vorgebrachten Argumente für Wirtschaftswachstum - Arbeitsplatzsicherung, Aufrechterhaltung sozialer Leistungen, Finanzierung von Umweltschutz sowie Bestehen der Unternehmen im internationalen Wettbewerb - sind alternative Antworten zu finden (Holzinger 2010b, 2012). Die Eckpfeiler einer Postwachstumsökonomie liegen in der Neuverteilung der >Erwerbsarbeit, einer geänderten Finanzierungsbasis der öffentlichen Aufgaben (höhere Besteuerung von >Vermögen, >natürlichen Ressourcen und Wertschöpfung) sowie in der Vermeidung von >Negativkosten. Nicht materielle Konsumgüter treten gegenüber materiellen Konsumgütern in den Vordergrund; >Suffizienz wird zu einem Bestandteil von Lebensqualität nach dem Motto „Weniger ist oft mehr“; neue >Arbeitszeitmodelle in einem Konzept der >Mischarbeit ermöglichen eine andere Form der Vollbeschäftigung bei gleichzeitigem Zugewinn an freier Zeit.

Aus makroökonomischer Sicht wird von mehreren Ökonomen auf die Gefahr von Deflation verwiesen und von der Unmöglichkeit gesprochen, kapitalistisches Wirtschaften mit einem Ende des Wachstums zu verbinden, da dieses einem Wachstumszwang unterliege. Unternehmen müssten permanent expandieren, um die Zinsen für die Kredite bedienen zu können (>Schulden). Zudem würden UnternehmerInnen nicht mehr investieren, wenn in der Gesamtwirtschaft eine Negativstimmung herrsche und Absatzkrisen befürchtet werden, was zu einer Kettenreaktion und der befürchteten Abwärtsspirale mit steigender Arbeitslosigkeit führen würde (exemplarisch Varoufakis 2015: 107ff).

Dem ist entgegenzuhalten, dass laut einer Umfrage in Deutschland immerhin ein Drittel der Unternehmen angibt, nicht weiter wachsen zu wollen (Gebauer/Sagebiel 2015) und dass bei einer anderen Verteilung von Arbeit und Vermögen Schrumpfungprozesse abgepuffert werden können. Und das Wachstum wird nicht zur Gänze erliegen; Wachstumsimpulse werden in den nächsten Jahrzehnten in den Ländern des Südens durchaus gefordert sein, auch hier lassen sich Gewinne lukrieren. Die Gewinne werden in Zukunft jedoch schmaler ausfallen, was jedoch nicht zum Zusammenbruch des Systems führt, sondern vielmehr einen notwendigen Strukturwandel herbeiführt, der auch neue Unternehmensformen (>Solidarische Ökonomie, >Gemeinwohlökonomie) und neue Finanzierungsformen wie >Crowdfinancing fördern wird.

Mittlerweile gibt es eine breite internationale Bewegung für Postwachstum. Im englischsprachigen Raum wird von Degrowth gesprochen, als namhafte Vertreter gelten der britische Ökonom Tim Jackson (2011) sowie der kanadische Experte Viktor. In Frankreich wird von „Decroissance“ gesprochen, eine Galionsfigur ist der Philosoph Serge Latouche (2015). Ein „Handbuch für Decroissance“ (2016) zeigt unterschiedliche Strömungen, etwa die Bewegung des „Buen Vivir“ in Lateinamerika. Der Sammelband „Degrowth in Bewegung(en)“ (2017) zeigt „32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation“ auf, die sich auf anderes Verständnis von Entwicklung Wohlstand beziehen. Neben zahlreichen Youtube-Videos liegen auch bereits didaktische Materialien für Postwachstum vor, etwa das Methodenheft „Endlich Wachstum“ des Konzeptwerk Neue Ökonomie (o. J.)

Neuverteilung der Erwerbsarbeit und Einkommen sowie eine neue Steuerbasis des Staates als Grundelemente

Die Postwachstumsökonomie wird kommen, ohne dass wir es bewusst wahrnehmen

Einschätzung: Das Wirtschaftswachstum wird sich auf einem niedrigen Niveau einpendeln, Verteilung wird gegenüber weiterem Wachstum an Bedeutung gewinnen, Unternehmen und Politik werden den neuen Wünschen der ArbeitnehmerInnen nach höherer Zeitsouveränität stattgeben. Die Postwachstumsökonomie wird kommen, ohne dass wir es merken.

Literatur & Links

Ax, Christine; Hinterberger, Fritz (2013): *Wachstumswahn. Was uns in die Krise führt und wie wir wieder herauskommen*. München.

Bourcade, Kay u. a. (2006): *Normalfall exponentielles Wachstum?*

www.wachstumsstudien.de/Inhalt/Zeitschrift/Heft2/Normalfall_exponentielles_Wachstum.pdf

Degrowth in Bewegung(en). 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation. München, 2017.

Degrowth. Handbuch für eine neue Ära. Hg. v. Giacomo D'Alisa u. a. München, 2016.

Jana Gebauer, Julian Sagebiel (2015): *Wie wichtig ist Wachstum für KMU? – Ergebnisse einer Befragung von kleinen und mittleren Unternehmen*. Berlin

<http://www.ioew.de/presse/pressemitteilungen/befragung-groessenwachstum-fuer-mehrheit-kleiner-und-mittlerer-unternehmen-kein-ziel/>

Hinterberger, Fritz u.a. (Hg., 2009): *Welches Wachstum ist nachhaltig? Ein Argumentarium*. Wien.

Holzinger, Hans (2010b): *Wirtschaften jenseits von Wachstum? Befunde und Ausblicke*. Wien/Salzburg. Kostenloser Download unter: www.wachstumimwandel.at.

Holzinger, Hans (2012): *Neuer Wohlstand. Leben und Wirtschaften auf einem begrenzten Planeten*. Salzburg.

Holzinger, Hans (2016b): *Wachstumsgrenzen. Die (Post)-Wachstumsdebatte in der aktuellen Fachliteratur. Zukunfts Dossier*. Download: www.jungk-bibliothek.org/zukunfts Dossier

Jackson, Tim (2011): *Wohlstand ohne Wachstum*. München.

Konzeptwerk Neue Ökonomie (o. J.): <https://www.konzeptwerk-neue-oekonomie.org/methoden/>

Klingholz, Reiner (2014): *Sklaven des Wachstums. Die Geschichte einer Befreiung*. Frankfurt.

Latouche, Serge (2016): *Es reicht*.

Muraca, Barbara (2014): *Gut leben. Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums*. Berlin.

Paech, Niko (2012): *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in eine Postwachstumsökonomie*. München.

Pirgmeier, Elke (2013): *Alternative Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte*. Wien.

Download: www.wachstumimwandel.at

Reichel, A. (2013): *Das Ende des Wirtschaftswachstums wie wir es kennen: Betriebswirtschaftliche Perspektiven auf die Postwachstumsökonomie*, in: *Ökologisches Wirtschaften 01/2013: 15-18*.

Seidl, Irmis & Zahradt, Angelika (2010, Hg.): *Die Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft*. Marburg.

Varoufakis, Yanis (2015): *Time for Change. Wie ich meiner Tochter die Wirtschaft erkläre*. München.

Suffizienz/Suffizienzpolitik

Suffizienz stammt aus dem Lateinischen und bedeutet „genug“, „genügsam“. Die VertreterInnen der Suffizienz gehen davon aus, dass die ökologische wie die ökonomische Krise mit Öko-Effizienz (Bestehendes mit weniger Ressourcenverbrauch hinkriegen, >Green Economy) und Öko-Konsistenz (Übergang zu naturangepassten Produktionsweisen, z. B. mit Solarenergie, >Blue Economy, >Cradle to Cradle) allein nicht gelöst werden kann. Das Ziel müsse sein, uns weniger vom Naturkuchen zu nehmen, nicht nur diesen besser nutzen, so etwa Wolfgang Sachs (2009) als früher

*Suffizienzpolitik schafft
Anreize für Lebensqualität
mit weniger Güterkonsum*

Vertreter der Suffizienz-These, der von 4 E's gesprochen hat: Einfachheit, Entkommerzialisierung, Entflechtung und Entschleunigung (Sachs 1993).

Nun wird auch *Suffizienzpolitik* gefordert, die Rahmenbedingungen so gestalten müsse, dass „das gute Leben einfacher“ wird. Gemeint sind Anreizsysteme sowie Infrastrukturen, die einen nachhaltigen Lebensstil fördern und belohnen (Schneidewind/ Zahrndt 2013). Martin Kopatz vom Wuppertal-Institut plädiert dafür, dass „Öko“ zur Routine für alle wird, was auch Einschränkungen bedeute, da es kein „Menschenrecht auf Expansion“ gebe. Notwendig seien „politische Werkzeuge, Gelegenheitsstrukturen, Standards und Fahrpläne, die dazu führen, dass wir tun, was wir für richtig halten.“ (Kopatz 2016: 72) Und Harald Welzer spricht von einer „reduktiven Moderne“, die die expansive Moderne ersetzen wird, ohne deren Errungenschaften wie Demokratie oder zivilgesellschaftliches Engagement über Bord zu werfen (Welzer/Sommer 2014).

Literatur & Links

Kopatz, Michael (2016): *Öko-Routine. Damit wir tun, was wir für richtig halten.* München

Sachs, Wolfgang (1993): *Die vier E's.* In: *Politische Ökologie* Nr. 33, 69-72

Sachs, Wolfgang (2009): *Den fossilen Öltanker durch viele Segelboote ablösen.* In: *Geseko* von Lüpke: *Zukunft entsteht aus Krise.* München.

Schneidewind, Uwe; Zahrndt, Angelika (2013): *Damit gutes Leben einfacher wird. Perspektiven einer Suffizienzpolitik.* München.

Welzer, Harald; Sommer, Bernd (2014): **Transformationsdesign.** *Wege in eine zukunftsfähige Moderne.* München.

Gemeinwohlökonomie

Der Ansatz der Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ o. J.) stellt ein alternatives Wirtschaftskonzept dar, das auf Werten wie Menschenwürde, Mitgefühl, Solidarität, Gerechtigkeit, ökologische Verantwortung und Demokratie aufbaut. Die Vermehrung des Finanzgewinns ist dabei nicht mehr das eigentliche Ziel des Wirtschaftens, sondern nur mehr Mittel zum Zweck. Unternehmen sind eingeladen, eine „Gemeinwohl-Bilanz“ zu erstellen, welche den Beitrag des Unternehmens zum Gemeinwohl über die gesetzlichen Verpflichtungen hinaus misst. Dabei können bis zu 1.000 Gemeinwohl-Punkte erreicht werden. Eine partizipativ entwickelte Gemeinwohl-Matrix dient der Visualisierung der aktuell 15 Bilanz-Indikatoren.

Die Bilanzerstellung erfolgt auf freiwilliger Basis, Unternehmen, die sich der Prüfung stellen und ein bestimmtes Maß an Punkten erreichen, dürfen das Logo der Bewegung im Unternehmensauftritt führen. Von der Politik wird gefordert, dass GWÖ-Betriebe bei öffentlichen Aufträgen sowie steuerlich bevorzugt werden sollen, um Marktanreize im Sinne des Gemeinwohls zu geben (GWÖ o.J., Felber 2012).

Die Gemeinwohl-Bilanz ist ein ganzheitliches, umfassendes Instrumentarium für das von der EU zukünftig (zumindest für Großbetriebe und deren Zulieferern) geforderte nicht-monetäre Berichtswesen und geht über an keine Kriterien geknüpfte Nachhaltigkeitsberichte sowie >CSR-Aktivitäten hinaus. 2015 wurden die Kriterien der GWÖ im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss als zukunftsweisende Leitlinie befürwortet (GWÖ-Newsletter 2015).

Der Ansatz der Gemeinwohl-Ökonomie bietet ein umfassendes Konzept. Es ist eine Bewegung von GWÖ-UnternehmerInnen im Entstehen. Der Ansatz basiert aber bislang wie CSR allein auf Freiwilligkeit, auch wenn die GWÖ als zivilgesellschaftliche Bewegung auch auf politische Veränderungen der Anreizstrukturen setzt.

[Gemeinwohlmatrix mit sieben Bilanz-Indikatoren](#)

| GEMEINWOHL-MATRIX 4.1 | | | | | |
|---|--|---|--|--|--|
| WERT | Menschenwürde | Solidarität | Ökologische Nachhaltigkeit | Soziale Gerechtigkeit | Demokratische Mitbestimmung & Transparenz |
| A) Lieferanten | A1: Ethisches Beschaffungsmanagement | | | | |
| B) Geldgeber | B1: Ethisches Finanzmanagement | | | | |
| C) Mitarbeiter & Eigentümer | C1: Arbeitsplatzqualität und Gleichstellung | C2: Gerechte Verteilung der Erwerbsarbeit | C3: Förderung ökologischen Verhaltens | C4: Gerechte Verteilung des Einkommens | C5: Innerbetriebliche Demokratie und Transparenz |
| D) Kunden, Produkte, Dienstleistungen, Mitunternehmer | D1: Ethisches Verkaufen | D2: Solidarität mit Mitunternehmern | D3: Ökologische Gestaltung der Produkte und Dienstleistungen | D4: Soziale Gestaltung der Produkte und Dienstleistungen | D5: Erhöhung der sozialen und ökologischen Branchenstandards |
| E) Gesellschaftliches Umfeld | E1: Sinn und gesellschaftliche Wirkung der Produkte / DL | E2: Beitrag zum Gemeinwesen | E3: Reduktion ökologischer Auswirkungen | E4: Minimierung der Gewinnausschüttung an Externe | E5: Gesellschaftliche Transparenz und Mitbestimmung |

Literatur & Links

Felber, Christian (2012): Gemeinwohlökonomie. Das Wirtschaftsmodell der Zukunft. Wien.

GWÖ (o. J.): Gemeinwohlökonomie. Ein Wirtschaftsmodell mit Zukunft.

<https://www.ecogood.org/>

GWÖ-Newsletter (2015): Erstes grünes Licht für die GWÖ in Brüssel. [http://us4.campaign-archive2.com/?u=c89843db321542c4b959f65b2&id=7a5766af92#Erstes grünes Licht für die GWÖ in Brüssel](http://us4.campaign-archive2.com/?u=c89843db321542c4b959f65b2&id=7a5766af92#Erstes_grünes_Licht_für_die_GWÖ_in_Brüssel)

Solidarische Ökonomie

Bewegung mit dem Ziel des Aufbaus von Wirtschaftsstrukturen, die sich von den Prinzipien der Konkurrenz und des monetarisierten Gütertausches lösen. Die Ansätze einer solidarischen Ökonomie reichen von Erzeuger-Verbraucher-Initiativen, sogenannter Community Supported Agriculture und den neuen Bewegungen des Urban Gardening über Energiegenossenschaften bis hin zu Produktionsbetrieben in Arbeiterhand, die teilweise in Lateinamerika umgesetzt werden. Aber auch die Kibbuzim-Bewegung in Israel sowie die seit den 1960er-Jahren in Japan bestehenden Konsumgenossenschaften werden zu den Vorbildern für eine Solidarische Ökonomie gezählt. Etwa 20 Prozent der japanischen Bevölkerung sind in über 600 Konsumgenossenschaften organisiert, in denen sich vor allem Frauen mit dem Ziel zusammengeschlossen haben, Lebensmittel guter Qualität zu annehmbaren Preisen zu erhalten, wie einer Einführung in die Solidarische Ökonomie (Exner/Kratzwald 2012) zu entnehmen ist.

Exner und Kratzwald sind sich bewusst, dass es sich bei diesen alternativen Wirtschaftsformen um Nischen handelt, die auf Reziprozität und Selbstverwaltung basieren. Es handle sich dabei jedoch um Modelle eines Übergangs oder, wie die AutorInnen es nennen, um „Halbinseln gegen den Strom zur Gewinnung von Land“ (ebd. 92).

Große Hoffnungen werden in Genossenschaftsunternehmen gesetzt – denn laut International Cooperative Alliance (o. J.) sind weltweit rund 800 Millionen Menschen Mitglieder von Genossenschaften, die etwa 100 Millionen Arbeitsplätze umfassen. Neue Akzente erwarten sich Exner und Kratzwald schließlich auch von der Commons-Bewegung im Bereich der Informationstechnologien.

Erfolgreich Wirtschaften jenseits des Konkurrenzprinzips

100 Millionen Arbeitsplätze in Genossenschaftsunternehmen

In den letzten Jahren sind zahlreiche Bücher erschienen, die Ansätze solidarischen Wirtschaftens beschreiben. Die taz-Journalistin Konny Gellenbeck hat unter dem Titel „Gewinn für alle“ einen Band über Genossenschaften herausgegeben, in dem neben Grundsatzbeiträgen vor allem aktuelle Beispiele vorgestellt werden (Gellenbeck 2012). Und ihre Kollegin Annette Jensen beschreibt in „Wir steigern das Bruttosozialglück“ zahlreiche Initiativen eines anderen Wirtschaftens aus den Bereichen Energie, Mobilität, Produktion, Landwirtschaft und Geld (Jensen 2011). Ansprechende Porträts alternativer Wirtschaftsansätze enthält auch der Band „Wirtschaft zum Glück“ der Schweizer JournalistInnen Bettina Dyttrich und Pit Wuhrer (2012).

Ein von Susanne Elsen, Professorin an der Freien Universität Bozen, herausgegebener Band über Solidarische Ökonomie und die Gestaltung des Gemeinwesens bringt neben theoretischen Einführungen auch Praxisbeispiele aus dem Non-Profit-Bereich (Elsen, Hg. 2011).

In dem von Silke Helfreich mit der Heinrich-Böll-Stiftung herausgegebenen Grundlagenwerk „Commons“ werden schließlich nationale und internationale Ansätze eines Wirtschaftens jenseits von Profitmaximierung vorgestellt. Landwirtschaftliche Commons-Projekte werden dabei ebenso beschrieben wie ein anderer Umgang mit Wissen, zivilgesellschaftliche Initiativen wie die Transitionbewegung oder Baugenossenschaften. Zudem findet man/frau grundsätzliche Beiträge etwa zu einem „gemeingütersensitiven Wettbewerbsrecht“ oder zu einer neuen „Stromallmende“. Das Buch ist übrigens auch selbst mit Commons-Lizenz ausgestattet und darf als digitale Version im Netz verbreitet und inhaltlich bearbeitet bzw. abgewandelt werden (Helfreich, Hg. 2012).

In Deutschland wie in Österreich existieren mittlerweile Netzwerke für „Solidarische Ökonomie“ (o. J.). Es werden Kongresse organisiert, die dem Austausch unter Initiativen dienen, und Beispiele sowie theoretische Ansätze vorgestellt. Das Ziel ist eine Wirtschaft, „die sich an den menschlichen, unseren Bedürfnissen orientiert und nicht umgekehrt.“ (Netzwerk Solidarische Ökonomie, o. J.).

Einschätzung: Die Zahl an Projekten und Initiativen nimmt in den letzten Jahren deutlich zu; noch ist nicht auszumachen, ob daraus eine breitenwirksame Bewegung eines anderen Wirtschaftens werden könnte. Als zumindest in Deutschland mittlerweile sehr erfolgreicher Ansatz gelten Energiegenossenschaften nach dem Motto „Energie in Bürgerhand“.

Literatur & Links

Bettina Dyttrich, Pit Wuhrer (Hrsg. 2012): *Wirtschaft zum Glück. Solidarisch arbeiten heute, weltweit.* Zürich

Exner, Andreas, Katzwald, Birgit Katzwald (2012): *Solidarische Ökonomie & Commons. Eine Einführung.* Wien.

Elsen, Susanne (Hrsg. 2011) *Ökosoziale Transformation. Solidarische Ökonomie und die Gestaltung des Gemeinwesens.* Neu-Ulm

Gellenbeck, Konny (2012). *Gewinn für alle! Genossenschaften als Wirtschaftsmodell der Zukunft.* Frankfurt/M

Helfreich, Silke (2012): *Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat.* Bielefeld.

Jensen, Annette (2012): *Wir steigern das Bruttosozialglück. Von Menschen, die anders wirtschaften und besser leben.* Freiburg.

Netzwerk Solidarische Ökonomie (o. J.): www.solidarische-oekonomie.de/

Netzwerk Solidarische Ökonomie (o. J.): www.solidarische-oekonomie.at/

Die Anzahl alternativer Wirtschaftsformen und Projekte steigt

Das Zukunftspotenzial der neuen Ansätze ist noch nicht abzuschätzen

Crowdfinancing / Ethisches Investment

Ein Teilaspekt alternativer Wirtschaftsansätze liegt in neuen Finanzierungsformen. Neben ethischen und ökologischen Banken sowie Investments (Gabriel / Schlagnitweit 2009, Deml/Blisse 2016, Gemeinwohlbank o. J.) gewinnt dabei auch das Crowdfinancing bzw. Crowdfunding zunehmend an Bedeutung. Bürger und Bürgerinnen unterstützen Unternehmensideen und Projekte mit finanziellen Beiträgen. Das Unternehmensrisiko wird so auf viele Schultern verteilt. Das Motto: Viele Leute - "die Crowd" - beteiligen sich mit kleinen Beträgen an großen Ideen. Praktiziert werden Modelle, in denen die Kleininvestoren keine Rendite erwarten und solche mit Gewinnoption.

Crowdfinancing war in Österreich zunächst nicht erlaubt. Die Fremdfinanzierung von Unternehmen musste ausschließlich über Banken abgewickelt werden. Nachdem das Unternehmen „Waldviertler Schuhwerkstatt“ von Heini Staudinger (2015), das sich durch Kundenkredite finanziert hatte, seitens der Finanzmarktaufsicht zur Zahlung einer Strafe angehalten wurde, der Unternehmer aber diese Angelegenheit medienwirksam in die Öffentlichkeit trug, wurde Crowdfinancing in Österreich nun gesetzlich erlaubt (Alternativfinanzierungsgesetz 2015). Auch Banken ziehen mittlerweile nach und eröffnen entsprechende Möglichkeiten (P. S. K. o. J.)

Die Wirtschaftskammer Österreich beschreibt die Vor- und Nachteile dieser alternativen Finanzierungsform wie folgt: „Unternehmer holen sich beim Crowdfunding nicht nur Geld zur Verwirklichung ihrer Ideen, sondern profitieren auch durch eine aktive Crowd: Investoren können bei der Umsetzung und Verbreitung der Projekte mithelfen und liefern als erste Anwender einer neuen Lösung wertvolles Feedback. Neueste Web-Technologie ermöglicht die direkte Kommunikation und Interaktion zwischen Geldgebern und den Unternehmern. Damit erhöhen sich die Erfolgchancen bei der Umsetzung und das Risiko wird für alle Beteiligten gesenkt. Da Crowdinvestoren in der Regel kein Mitspracherecht haben, behält der Unternehmer seine volle Entscheidungsfreiheit. Auch im Falle der Abschtung des Investments ergeben sich durch die kleinteilige Stückelung des Investments bessere Bedingungen. Als Nachteil muss vor allem aus der Sicht eines Investors betont werden, dass es sich meist um risikoreiche Projektvorhaben handelt und ein Totalverlust des Investments eingeplant werden muss.“ (WKÖ, o. J.)

Literatur & Links

Alternativfinanzierungsgesetz (2015):

<https://www.help.gv.at/Portal.Node/hlpd/public/module?genetics.am=Content&p.contentid=10007.163630>

Deml, Max; Blisse, Holger(2016): *Grünes Geld. Handbuch für nachhaltige Geldanlagen*. Wien.

Gabriel, Klaus; Schlagnitweit, Markus (2009): *Das gute Geld. Ethisches Investment: Hintergründe und Möglichkeiten*. Innsbruck.

Gemeinwohlbank (o. J.): <https://www.mitgruenden.at/>

P. S. K. (o. J.): <https://www.crowdfunding.at/>

Staudinger, Heini (2015): <http://w4tler.at/fma-vs-gea/presse-meldungen/vollstreckungsvollzug-pressemitteilung>

WKÖ (o. J.): *Crowdfunding*.

<https://www.wko.at/Content.Node/Service/Unternehmensfuehrung--Finanzierung-und-Foerderung/Unternehmensrechnung/Finanzierung/Crowdfunding fuer oesterreichische Unternehmen.html>

Immer mehr Menschen suchen nach ethischen Anlagemöglichkeiten

Crowdfunding bzw. Schwarmfinanzierung seit 2015 in Österreich gesetzlich erlaubt

Grundeinkommen

Gesellschaften mit hoher Wirtschaftsproduktivität müssen es sich leisten können, dass jeder Bürger und jede Bürgerin ein Existenzminimum unabhängig von Erwerbsarbeit bekommt. So die Begründung für ein Grundeinkommen, das bedingungslos, also ohne Bereitschaft Erwerbsarbeit anzunehmen, gewährt werden soll. Argumentiert wird mit dem „Ende der Vollbeschäftigung“, was eine Entkopplung von Arbeit und Einkommen erfordern würde (Beck 2005, Vobruba 2007) ebenso wie mit dem Umstand, dass ein großer Teil der Arbeit bereits jetzt jenseits der Erwerbsarbeit stattfindet. Um Arbeit zu ermöglichen, müsse es ein Einkommen geben und nicht umgekehrt (exemplarisch Werner 2007).

Hervorgehoben werden die kulturellen und gesellschaftlichen Potenziale, die durch ein Grundeinkommen freigesetzt würden, da Menschen sich dem widmen könnten, was sie tatsächlich tun möchten. Zudem wären die Unternehmen angehalten, für alle Tätigkeiten - auch die weniger attraktiven - entsprechende Löhne zu zahlen. Die menschenunwürdige Bedürftigkeitsprüfung bei der >Grundsicherung (früher Sozialhilfe) fiel weg, was auch Bürokratieaufwand spare (s. Beiträge in Blaschke/Rätz 2013). Die Höhe des Grundeinkommens wird in der Literatur mit 800 bis 1000 Euro pro Person angegeben. Es soll allen im Staatsgebiet Ansässigen gewährt werden. Mittlerweile existiert auch der Vorschlag eines weltweiten Grundeinkommens, das auf eine Art Weltsozialpolitik hinaus laufen würde (Füllsack 2006). Auf Regierungsebene diskutiert wird das Grundeinkommen in Finnland, wo 2016 ein Modellversuch gestartet wurde (FAZ 2016), und in Namibia, es eine breite Bewegung gibt.

In Österreich wird das Grundeinkommen seit vielen Jahren von der Katholischen Sozialakademie (Wohlgenannt/Büchle 1985, Wohlgenannt 1999) gefordert, aber auch von NGOs wie attac. Das „Netzwerk Grundeinkommen“ als Zusammenschluss von WissenschaftlerInnen möchte die Idee des Grundeinkommens vorantreiben und wissenschaftliche Grundlagen erarbeiten. Der „Runde Tisch Grundeinkommen“ lanciert eine Unterschriftenaktion, das Grundeinkommen als „Bürgerrecht“ in Österreich zu verankern. Die Umsetzung würde durch Direktzahlungen an alle BürgerInnen oder durch einen Steuerfreibetrag, der bei niedrigen Einkommen in eine Negativsteuer umschlägt, geschehen (s. Links unter Literatur).

Die Kritik am Grundeinkommen bezieht sich auf die Nicht-Finanzierbarkeit, die mangelnde gesellschaftliche Akzeptanz, was demokratische Mehrheiten dafür erschwere, sowie auf die Gefahr der Spaltung der Gesellschaft. Untersuchungen zur Akzeptanz eines Grundeinkommens zeigen, dass dieses von jenen befürwortet wird, die im derzeitigen Wirtschaftssystem vor allem Aspekte der Entfremdung und Ausgrenzungsgefahr wahrnehmen. Ablehnung kommt jedoch von jenen Bevölkerungsgruppen, die das bestehende Wirtschaftssystem befürworten und sich einem starken Leistungsethos verpflichtet fühlen (Opielka 2009).

Als Alternative zum Grundeinkommen werden großzügigere Karenz-Modelle - wer eine bestimmte Zeit in Erwerbsarbeit stand, hat das Recht auf ein Jahr Auszeit (Felber 2012, dies fordert auch das Grüne Grundsicherungsmodell), flexiblere >Arbeitszeitmodelle (Holzinger 2010a) oder nach Einkommenshöhe gestaffelte Transferleistungen, also eine Art „halbiertes Grundeinkommen“ (Zellmann/Mayrhofer 2010: 124ff, Opaschowski 2007). Der besseren Möglichkeit, aufgrund des Zusatzeinkommens Arbeitszeit zu reduzieren, steht hier die Gefahr des Lohndumping bzw. der indirekten Lohnsubventionierung von Unternehmen entgegen (Holzinger 2010a: 50f), was gesetzliche Mindestlöhne erfordern würde.

Das Grundeinkommen wird als Ausweg aus den Wachstumszwängen in hochproduktiven Ökonomien gesehen

Die Kritik am Grundeinkommen bezieht sich auf Fragen des Leistungsethos sowie der Finanzierung

Von einem bedingungslos zur Verfügung gestellten Grundeinkommen zu unterscheiden ist das etwa von der Bayrisch-Sächsischen Zukunftskommission (o. J.) von Kurt Biedenkopf und Meinard Miegel favorisierte *Bürgergeld*, welches der Staat für geleistete, ehrenamtliche Tätigkeiten ausgeben würde. Gehofft wurde, damit Anreize zu Bürgerarbeit in einer Tätigkeitsgesellschaft zu setzen, der >Ökonomisierung aller Lebensbereiche entgegenzuwirken und zugleich die >Arbeitslosigkeit zu verringern. Auch Freiwilligendienste im sozialen, ökologischen oder interkulturellen Bereich, die vorwiegend von jungen Erwachsenen als Vorphase zur Berufstätigkeit wahrgenommen werden, stehen manches Mal im Zusammenhang mit der Forderung nach Bürgergeld. Dem Grundeinkommen wird dabei der verpflichtende „Grunddienst“ zur Seite gestellt (Rauch/Schriefl 2014).

*Das Bürgergeld bindet
Zahlungen an gemeinnützige
Tätigkeiten*

Literatur & Links

Blaschke, Ronald; Rätz, Werner (Hg., 2013): *Teil der Lösung. Plädoyer für ein bedingungsloses Grundeinkommen*. Zürich.

Bayrisch-Sächsische Zukunftskommission (o. J.):
<http://www.bayern.de/politik/kommissionen/kommission-fuer-zukunftsfragen/>

Beck, Ulrich (2005): *Was zur Wahl steht*. Frankfurt/M.

Büchtele, Herwig; Wohlgenannt, Lieselotte (1985): *Grundeinkommen ohne Arbeit. Auf dem Weg zu einer kommunikativen Gesellschaft*. Wien.

FAZ (2016): *Finnland hofft auf das Grundeinkommen*.
<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/finnland-erprobt-bedingungsloses-grundeinkommen-14278549.html>

Felber, Christian (2012): *Gemeinwohlökonomie. Das Wirtschaftsmodell der Zukunft*. Wien.

Füllsack, Manfred (Hg., 2006): *Globale soziale Sicherheit. Grundeinkommen – weltweit?* Berlin.

Holzinger, Hans (2010a): *Zur Zukunft der Arbeit. Befunde und Ausblicke*. Wien/Salzburg. Kostenloser Download unter: www.wachstumimwandel.at

Netzwerk Grundeinkommen: www.grundeinkommen.at

Opielka, Michael u. a. (2009): *Grundeinkommen und Werteorientierungen. Eine empirische Analyse*. Wiesbaden.

Opaschowski, Horst W. (2007): *Minimex. Das Zukunftsbild einer sozialen Gesellschaft*. München.

Rauch, Herbert; Schriefl, Ernst (2014): *Glocal Balance. Der Umbau der Titanic*. Wien.

Runder Tisch Grundeinkommen: www.pro-grundeinkommen.at

Vobruba, Georg (2007): *Entkoppelung von Arbeit und Einkommen. Das Grundeinkommen in der Arbeitsgesellschaft*. Wiesbaden.

Werner, Götz (2007): *Einkommen für alle. Der dm-Chef über die Machbarkeit des bedingungslosen Grundeinkommens*. Köln.

Wohlgenannt, Lieselotte (1998): *Flexibel Arbeiten – Ökonomisch Wirtschaften – Solidarisch Leben. Zur Notwendigkeit eines Grundeinkommens*. In: Bierter, Willy; Wintersfeld, Uta von (Hrsg. 1998): *Zukunft der Arbeit – welcher Arbeit*. Basel. 247-258.

Zellmann, Peter, Mayrhofer, Sonja (2009): *Neues Arbeitszeit/Gehaltsmodell? Weniger Geld für mehr Freizeit für viele Alternative*. Ift-Forschungsprogramm 10/2009.

Regionalwirtschaft

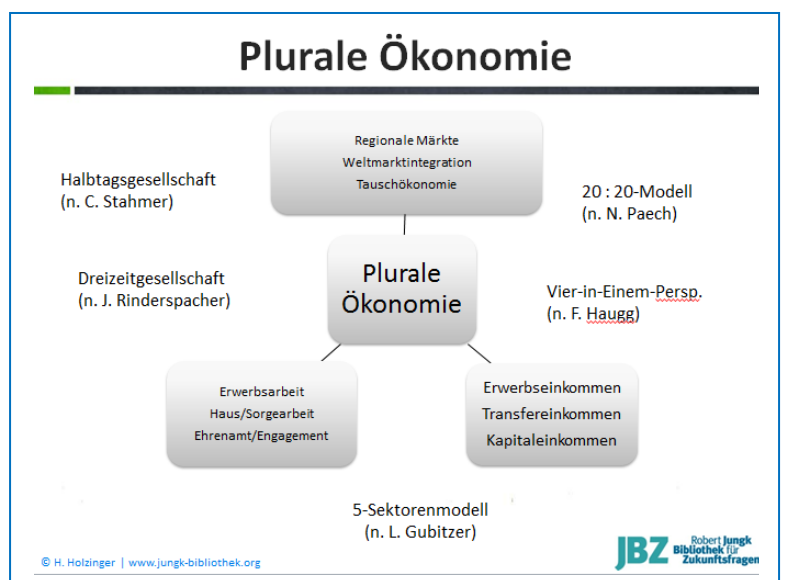
Dieser Ansatz plädiert für eine andere Logik des Wirtschaftens jenseits kurzfristiger Profitmaximierung nach dem Prinzip des billigsten Preises. Ausgehend von den ökologischen, sozialen und ökonomischen Krisen unserer „Zuvielisation“ (Eigner u.a. 2009:) wird ein normatives Konzept einer erneuten Regionalisierung des Wirtschaftens angedacht. Neben einem (kleinen) in den Weltmarkt integrierten High-

Tech-Sektor sollten Regionen demnach trachten, wieder bedeutend mehr Wertschöpfung vor Ort zu generieren. Gesprochen wird von einer „Politik der Inwertsetzung“, die über die Steigerung des Bruttosozialprodukts als Wirtschaftsziel hinausweist. „Arbeit vor Ort, Einkommen und Wohlstand vor Ort, Beziehungen und Austausch, genutzte natürliche bzw. erneuerbare Ressourcen, kulturelle Lebendigkeit“ (Eigner u.a. 2009: 25) gelten als Leitplanken.

Wertschöpfung in der Region zu halten ist das Ziel von Regionalwirtschaft

Gefördert werden können Ansätze der Regionalwirtschaft durch bewusste Konsumenten Konsumentinnen (>KonsumentInnen-Demokratie), >Zweitwährungen, neue regionale Finanzierungsmodelle etwa nach dem Modell des Schweizer Wirtschaftsringes (WIR), „denn Finanzdienstleistungen führen heute in Summe zwischen 20 und 40 Prozent des wirtschaftlichen Ertrags ab“ (Eigner u.a. 2009: 43). Auch die Energie- und Rohstoffwende werde zur Aufwertung des Regionalen beitragen: „Eine Gesellschaft, die das nicht als politischen Grundsatz erkennt, wird in Zukunft zu den Verlieren gehören und keinen Handlungsspielraum zurückgewinnen.“ (ebd. 44) So müsse keineswegs der Zukunftsweg allein in der Dienstleistungsgesellschaft gesehen werden: „In der Regionalwirtschaft können insbesondere produzierende Bereiche wesentlich zur Dynamisierung genutzt werden: Lebensmittel, Energie und Handwerksüter.“ (ebd. 41)

Zahlreiche AutorInnen der >Postwachstumsökonomie setzen auf eine De-Globalisierung bzw. Re-Lokalisierung des Wirtschaftens (exemplarisch Latouche 2015, Skidelsky/Skidelsky 2014). Insbesondere in den Bereichen Ernährung und Energie wird auf den Begriff einer neuen „Souveränität“ der Versorgung (>Resilienz) verwiesen. Christian Felber spricht von „ökonomischer Subsidiarität“, die auf möglichst geschlossenen Stoffkreisläufen, kurzen Wegen, der Unabhängigkeit von Großkonzernen und Krisenfestigkeit basiert (Felber 2017: 143f). Denkbar wäre auch eine „plurale Ökonomie“ mit einem starken Sektor regionaler Wirtschaft, ergänzt um einen Sektor globaler Wirtschaftsverflechtungen für elaborierte Güter sowie einen Sektor der Tauschwirtschaft. Arbeit würde aus den drei Bereichen Erwerbsarbeit, Eigenarbeit und ehrenamtlichem Engagement bestehen (>Mischarbeit). Die Haushalts-Einkommen würden sich aus Erwerbseinkommen, (höheren) Transfereinkommen für Sorgeleistungen durch den Staat sowie breiter gestreute Kapitaleinkommen zusammensetzen (Holzinger 2016a, Vobruba 2000).



Literatur & Links

Eigner, Christian (Hg. 2011): *Zukunft: Regionalwirtschaft! Ein Plädoyer*. Innsbruck u.a.
 Holzinger, Hans (2016a): *Von nichts zu viel – für alle genug. Perspektiven eines neuen Wohlstands*. München.
 Felber, Christian (2017). *Ethischer Welthandel. Alternativen zu TTIP, WTO und Co*. Wien.
 Latouche, Serge (2015): *Es reicht! Abrechnung mit dem Wachstumswahn*. München.
 Skidelsky, Robert; Skidelsky, Edward (2014): *Wie viel ist genug? Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens*. München.
 Vobruba, Georg (2000): *Alternativen zur Vollbeschäftigung*. Frankfurt.

Resilienz

Der Begriff stammt aus der Psychologie und kann mit Widerstandskraft übersetzt werden. Untersucht wurden Bedingungen, warum manche Menschen besser mit Krisen umgehen können als andere, etwa mit Arbeitslosigkeit. Die Ursachen liegen im Umgang mit sich selbst ebenso wie im Grad der sozialen Einbettung (Lantermann u.a. 2009). Das Konzept wurde in der Folge auf Organisationen sowie Regionen übertragen. Eine resiliente Region ist etwa krisenfest gegenüber selektiven Markteinbrüchen oder Finanzmarktkrisen, die durch eine Diversifikation der Produkte und Dienstleistungen, die Stärkung der regionalen Nachfrage sowie höhere Eigenkapitalquoten erreicht werden kann (Lukesch u. a. 2010). Gesprochen wird auch von „krisenfesten Marktwirtschaften“ (Martinuzzi u.a. 2009).

Es gibt auch kritische Stimmen zum Resilienz-Konzept: Resilienz und Nachhaltigkeit könnten einander ergänzen, verweisen aber auch auf Widersprüche, die zu reflektieren seien. Regionales Wirtschaften könne zur Resilienz der Region beitragen, man entscheide sich aber dann bewusst gegen Effizienzgewinne z. B. aus Spezialisierung zugunsten von Resilienz. Während Nachhaltigkeit auf einem Wertesystem basiere, etwa dass Menschen gleiche Chancen auf Entwicklung haben sollen, beschränke sich Resilienz auf Widerstandsfähigkeit der eigenen Region (Freytag-Rigler 2015).

Literatur & Links

Freytag-Rigler, Elisabeth (2015): *Nachhaltigkeit und Resilienz*, in: *Jahrbuch Bildung für nachhaltige Entwicklung*. Wien, 92-97.

Lantermann, Ernst-Dieter u.a. (2009): *Selbstsorge in unsicheren Zeiten. Resignieren oder Gestalten. ... (Mitarb.)*. Weinheim.

Lukesch, Robert; Payer, Harald; Winkler-Rieder, Waltraud: *Wie gehen Regionen mit Krisen um? Eine explorative Studie über die Resilienz von Regionen*. Wien: ÖAR, 2010. 118 S. Download: www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=39673

Martinuzzi, André u.a. (2009): *Bausteine einer krisenfesten Marktwirtschaft*. <http://www.sustainability.eu/pdf/Endbericht%20NH%20WiOrdnung.pdf>

Eine resiliente Region ist krisenfest gegenüber selektiven Markteinbrüchen oder Finanzkrisen

Regionalwährungen

Werden vorgeschlagen und auch umgesetzt, um regionale Wirtschaftskreisläufe zu fördern. AutorInnen wie Margret Kennedy (2014) oder Bernd Lietaer (2001) haben theoretische Konzepte hierfür entwickelt. Der Österreicher Tobias Plettenbacher, der selbst ein Zeitgutschein-System aufgebaut hat, beschreibt zahlreiche Modelle (Plettenbacher 2009). Im Zuge der Finanz- und Eurokrise wurden von mehreren Autoren auch nationale Zweitwährungssysteme etwa für Griechenland (Fuders/Neef 2012, Gahrman 2013) vorgeschlagen.

Das deutsche Netzwerk „Regio“ (o. J.) sieht im Geld eine Vereinbarung in einer Gemeinschaft etwas als Zahlungsmittel, Wertaufbewahrungsmittel und Wertmaßstab zu benutzen. Regionalgeld beziehe sich dabei auf ein Wirtschaftsgebiet, in dem die WirtschaftsteilnehmerInnen noch das menschliche Maß empfinden.

Um Regionalgeld zu verwenden, bedarf es zunächst einer Gemeinschaft von Nutzern mit einem gemeinsamen Interesse. Anders wie beim Euro erfolgt die Bildung dieser Gemeinschaft durch die Menschen vor Ort und nicht durch einen Akt des Gesetzgebers oder Verwaltungsakt. Die ersten Regios sind so in Deutschland 2003 in Umlauf gekommen.

Regiogeld ergänzt den Euro um ein regionales Zahlungsmittel. Der Euro und Regio können dabei aufgrund ihrer unterschiedlichen Eigenschaften auch in Wettbewerb

Regionalwährungen sollen die Regionalwirtschaft fördern und bewusstseinsbildend wirken

treten. Das Regio-Netzwerk sieht folgende Ansätze: „Die Eigenschaften des Regio, folgen den Bedürfnissen in der Gemeinschaft der NutzerInnen. So kann der Regio z.B. als Unternehmens-Netzwerkgeld Kredite ohne Zinsbelastungen ermöglichen, durch einen Umlaufimpuls die Zirkulation des Geldes aktivieren, ausschließlich zur Realisierung eines Projektes oder einer Problemlösung (Rekonstruktion einer Kirche, Sporthalle, Spielplatz) in Umlauf kommen.“

Die gegenwärtigen Regionalgelder sind entweder mit Euro hinterlegt, basieren auf Zusagen von Unternehmen als Einlösegaranten einzustehen (Leistungsgeld) oder stellen Mischformen zwischen Euro-Hinterlegung und Garantiezusagen von Unternehmen dar. Der Regio kann als Zahlungsmittel in der Form von Papiergeld, Giralgeld oder Kartengeld vorkommen. Das Netzwerk „Regio“ betrachtet Zweitwährungen als „Element des regionalen Wirtschaften und praktisches Bildungsinstrument“.

Weltweit gibt es an die 2000 Regionalwährungen mit unterschiedlichen Konzeptionen und Ausprägungen (Lietaer 2001). In Deutschland ist der Chiemgauer die größte Regionalwährung mit einer Verbreitung in den Landkreisen Rosenheim und Traunstein. Der Regiogeld-Verband mit Sitz in Magdeburg verzeichnet etwa 30 aktive Regionalwährungen in Deutschland, die in einer Karte fortlaufend aktualisiert werden. Weitere Beispiele sind der Bristol Pound in Großbritannien, der Sardex in Sardinien und der Banco Palmas in Brasilien.

Regionalwährungen in Österreich: Für Österreich werden auf Wikipedia (o. J.) folgende Regiogeld-Initiativen beschrieben:

WIR-Stunde: Regionalwährung in Oberösterreich und Teilen Bayerns, Salzburgs und Niederösterreichs mit über 2.000 Mitgliedern in 24 Regionen. Bezahlt wird mit geldähnlichen Zeitscheinen nach dem Motto: „Die Stunde Lebenszeit ist gleich viel wert, egal ob Jurist oder Gärtner“. Seit 2014 werden Wir-Stunden auch von einigen Betrieben akzeptiert. Ab 2015 nimmt die erste Gemeinde Kommunalabgaben auch in Form von Wir Stunden an. Ins Leben gerufen wurde die Regionalwährung mittels des Vereins WIR GEMEINSAM (o. J.).

Gösingtaler: Regionalwährung der *Romantikrepublik Gösing*. Wird in Gösing, eines Ortes der Gemeinde Puchenstuben und verschiedenen Partnerbetrieben der Region eingelöst. Ein Gösingtaler entspricht wertmäßig einem Euro. *Tiroler Stunde:* Regionalwährung für Tirol. Maßeinheit ist eine (Arbeits-)Stunde, zur ersten Orientierung bewertet mit 20 Euro. *Styrrion:* Regionalwährung für die steirische Bucht. Ein Styrrion entspricht wertmäßig einem Euro. Gültig je mindestens ein Jahr nach der Ausgabe. Erhältlich in der Stückelung 1, 2, 5, 10, 20, 30. Gegründet wurde der Styrrion von einem Schülerunternehmen der freien Waldorfschule Graz. „Erzi“, „Zeller“, „Einkaufsgold“, „Ausseer Taler“, „Judenburger Gulden“, „Sass-Taler“ sind weitere lokale Zahlungssysteme in der Steiermark. *Blauf frank* (ungarisch *Kékfrank*): Grenzüberschreitende Regionalwährung zwischen Burgenland und Westungarn (Wikipedia, o. J.).

Als österreichischer Vorreiter gilt Vorarlberg, wo es fünf regionale Währungen gibt: den Klostertaler, den Walsertaler, den Walgauer, die Langenegger Talente und den 2013 für das gesamte Bundesland eingeführten VTaler, der von der Genossenschaft Allmenda umgesetzt wird. Im Januar 2015 waren laut einer Untersuchung der FH Bregenz schon mehr als 100.000 VTaler in Vorarlberg im Umlauf. Mehr als 200 Betriebe nehmen den VTaler mittlerweile an. Das Besondere: Wer mit V-Taler bezahlt, erhält bei den Partnerbetrieben 3 Prozent Rabatt bzw. kann den Differenzbetrag einem Verein seiner Wahl spenden (Allmenda o. J.).

Regionalwährungen sind entweder mit offiziellen Währungen hinterlegt oder basieren auf Einlösegarantien



Der *Waldviertler*, eine der ersten Regionalwährungen in Österreich, wurde vom Waldviertler Verein für regionales Wirtschaften betrieben und mit Ende 2016 eingestellt. Von Allmenda (o. J.) wurden mit dem NEUKI in Neukirchen an der Vöckla sowie dem Ennstaler in der Obersteiermark zwei weitere Regionalwährungen entwickelt. Mittlerweile gibt es auch wissenschaftliche Studien über Zweitwährungen in Österreich. Das Zentrum für Soziale Innovation (ZSI 2012) hat den „Waldviertler“ sowie die Initiative „WIR gemeinsam“ sozialwissenschaftlich untersucht.

Einschätzung: Regionalwährungen können regionale Wirtschaftskreisläufe beleben, sie erfassen jedoch nur einen Teil der Güterströme und Geldflüsse. Regionalwährungen sind somit ein wichtiges Experimentfeld für regionales Wirtschaften und dienen auch der Bewusstseinsbildung. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Akzeptanz der Zweitwährungen weiterentwickelt. Spannend wird auch sein, ob in europäischen Krisenländern Zweitwährungen als Ergänzung zum Euro installiert werden, wie von manchen ÖkonomInnen vorgeschlagen wird.

Literatur & Links

Allmenda (o. J.): <http://www.allmenda.com>

Chiemgauer (O. J.): <http://www.chiemgauer.info/>

Fuders, Felix; Max-Neef, Manfred (2012): *Regionalwährungen gegen eine globale Krise und für eine nachhaltige regionale Entwicklung*. In: *Jahrbuch Nachhaltige Ökonomie 2012/2013*. Green Economy. Marburg, 345-362.

Gahrman, Arno (2013): *Wir arbeiten und nicht das Geld. Wie wir unsere Wirtschaft wieder lebenswert machen*. Berlin.

Kennedy, Margrit; Lietaer, Bernard A. (2004): *Regionalwährungen. Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand*. München.

Lietaer, Bernhard (2001): *Das Geld der Zukunft*. München, Riemann.

Plettenbacher, Tobias (2009): *Neues Geld – Neue Welt. Die drohende Wirtschaftskrise – Ursachen und Auswege*. Wien.

Wikipedia (o. J.): *Regionalwährungen*. https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Regionalgelder

Regio (o. J.) <http://regionetzwerk.blogspot.co.at/>

WIR (o. J.): *WIR Bank* <http://www.wir.ch/>

WIR Gemeinsam (o. J.): www.wirgemeinsam.net

ZSI (2012): *Solidarische Ökonomie als Feld Sozialer Innovation*. <http://www.waldviertler-regional.at/downloads>

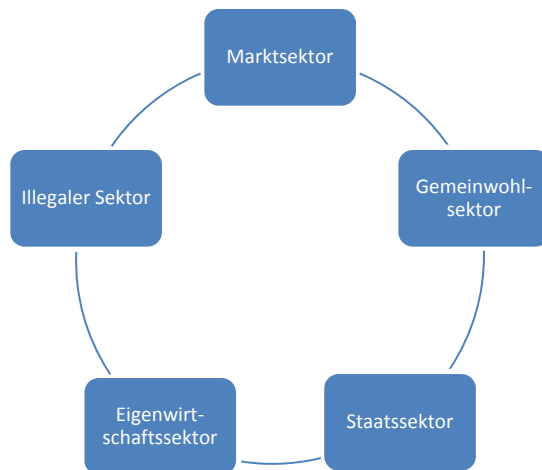
Erweiterter Wirtschaftsbegriff

Die Regionalwirtschaft sowie die Zweitwährungen zielen auf ein Konzept der pluralen Ökonomie sowie einen erweiterten Wirtschaftsbegriff. In der herrschenden Ökonomie werden drei Wirtschaftssektoren ausgemacht – der Primärsektor (Land- und Forstwirtschaft), der Sekundärsektor (Industrie und produzierendes Gewerbe) und der Tertiärsektor (Dienstleistungen).

Ein alternatives, von der österreichischen Ökonomin Luise Gubitzer (2010, 2011) entwickeltes Sektorenmodell unterscheidet hingegen fünf Wirtschaftsbereiche: den Marktsektor, den Gemeinwohlsektor, den staatlichen Sektor sowie den Eigenwirtschaftssektor und – nicht zuletzt – den illegalen Wirtschaftssektor. Während der illegale Wirtschaftssektor zurückzudrängen sei, müsse der Eigenwirtschaftssektors in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen einbezogen werden. So wird durch ehrenamtliches Engagement allein in Österreich Arbeit im Ausmaß von 400.000 Vollzeitwerbenden verrichtet (Gubitzer 2010).

Zweitwährungen beleben die regionale Wirtschaft, erfassen jedoch nur einen Teil der Güterströme und Geldflüsse

Einbeziehung des Eigenwirtschaftssektors in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung gefordert



Der 2009 erschienene 1. Freiwilligenbericht gab erstmals Auskunft über die Strukturen und das Ausmaß von Freiwilligenarbeit in Österreich (BMASK 2009). 2015 ist der 2. Freiwilligenbericht erschienen, demgemäß sich in Österreich rd. 3,3 Millionen Menschen ab 15 Jahren freiwillig bzw. ehrenamtlich in Vereinen und Organisationen bzw. in der Nachbarschaftshilfe engagieren, was 46 Prozent der Bevölkerung entspricht (BMASK 2015).

Literatur & Links

Gubitzer, Luise (2010) Das 5-Sektorenmodell der Gesamtwirtschaft. In: Verein Joan Robinson u. a. (Hg.) : Wirtschaft anders denken. Handbuch Feministische Wirtschaftsalphabetisierung, Wien, 35-68.

Gubitzer, Luise (2011): Was tun wir, wenn wir tätig sind? Dienste leisten.
www.beigewum.at/wordpress/wp-content/uploads/Was-tun-wir-wenn-wir-t%C3%A4tig-sind.pdf

BMASK (2009.): Freiwilligenengagement in Österreich. 1. Freiwilligenbericht. Hg. BMASK, Wien.
http://www.sozialministerium.at/cms/site/attachments/0/1/0/CH2174/CMS1218022135039/1_freiwilligenbericht_2009.pdf

BMASK (2015): Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des Freiwilligen-Engagements in Österreich. 2. Freiwilligenbericht . Wien
http://www.freiwilligenweb.at/sites/default/files/2_freiwilligenbericht.pdf

Feministische Ökonomie

Im Fokus der feministischen Ökonomie steht der unbezahlte Teil der Wirtschaft: die Haus- und Reproduktionsarbeit. Diese unbezahlte Arbeit sichtbar zu machen, sie aufzuwerten und den Androzentrismus (Sichtweise, die Männer als Zentrum, Maßstab und Norm versteht) in Wissenschaft und Wirtschaft aufzudecken ist das Ziel dieses Zweiges der Ökonomie. Die Kritik setzt vor allem bei der „Blindheit“ der Ökonomie für geschlechterspezifische Ungleichheiten an. Argumentiert wird, dass die Auswahl der Fragestellungen, Themen oder auch Methoden in der Forschung traditionell sehr selektiv stattfindet und so Frauen institutionell ausschließt.

So werden beispielsweise wirtschaftliche Kennzahlen als objektiv und (geschlechts-)neutral angesehen, obwohl ihre Berechnungsweise bestehende Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern häufig versteckt. Als bemerkenswertes Beispiel wird das traditionelle >Bruttoinlandsprodukt genannt, einer der am meisten verwendeten Indikatoren für Wirtschaftswachstum und Wohlstand. Dieser schließt unbezahlte Arbeit – die nach wie vor zum größten Teil von Frauen geleistet wird – vollkommen aus. Würde man unbezahlte Arbeit aber mit einem durchschnittlichen Frauenlohn

Kritik an Blindheit der Ökonomie für geschlechterspezifische Ungleichheiten

belegen, würde dies für Österreich in etwa 37 Prozent des BIP ausmachen (Haidinger/Knittler 2014).

Kritisiert wird auch die nach wie vor ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen, die nicht nur mit der höheren Teilzeitbeschäftigung von Frauen zusammenhängt, sondern auch mit der ungleichen Bewertung von Tätigkeiten. So werden Arbeiten im männerdominierten, technikorientierten oder im Finanzmarktsektor bedeutend besser entlohnt als Tätigkeiten im Sozialbereich, der noch immer vornehmlich von Frauen dominiert wird. Der „Equal Pay Day“ (o. J.), der ausdrückt, ab welchem Zeitpunkt des Jahres Frauen „gratis“ arbeiten, würde man Männer- und Fraueneinkommen gleich bewerten, will für diese Ungleichheiten sensibilisieren.

Einige Vertreterinnen der feministischen Ökonomie fordern eine Zurückdrängung der Marktbeziehungen sowie eine zumindest teilweise Entkommerzialisierung des Lebens etwa durch Eigenarbeit, Tauschbeziehungen oder Gemeinschaftsgärten (Bennholdt-Thomsen 2010).

Literatur & Links

Bennholdt-Thomsen, Veronika (2010): Geld oder Leben. Was uns wirklich reich macht. München.

Haidinger, Bettina; Knittler, Käthe (2014): Feministische Ökonomie. Wien.

Equal Pay Day (o. J.): <http://www.equalpayday.at/equal-pay-day>

Der Equal Pay Day verweist auf die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern

Soziale Dienstleistungsgesellschaft

Ein Szenario einer lebensdienlichen Ökonomie wäre eine soziale Dienstleistungsgesellschaft. Der Dienstleistungssektor trägt in allen OECD-Ländern mit bis zu drei Vierteln zur Wertschöpfung sowie zur Beschäftigung bei. Dies hängt zum einen mit der Auslagerung von Produktionsbereichen in Billiglohnländer zusammen, mehr noch aber mit dem Wandel der Industrie in der >Wissensgesellschaft, die bedeutend mehr unternehmensnahe Dienstleistungen braucht (Service Industries). Der gewichtigste Grund liegt jedoch in der permanenten Erhöhung der Wertschöpfung, die es möglich machte, immer mehr Dienstleistungen im Sozial- und im Freizeitbereich anzubieten. Wir können uns sozusagen mehr Dienstleistungen leisten einschließlich eines Anwachsens des Staatssektors. Die Dienstleistungsgesellschaft hat somit nicht zur Verringerung des Ressourcenverbrauchs geführt, da sie den Konsum materieller Güter ergänzt, nicht ersetzt.

Anders wäre dies in einer sozialen Dienstleistungsgesellschaft. Diese würde die weitere Ausbreitung sozialer und kultureller Angebote, also eine andere Prioritätensetzung hinsichtlich Konsumausgaben bedeuten. „Mehr Dienste statt mehr Waren“, „Wohlstands- statt Wirtschaftswachstum durch Arbeitszeitverkürzung“ sowie „Mehr öffentliche Leistungen durch eine neue Steuerbasis“ benennt der Ökonom Norbert Reuter (in Anlehnung J. M. Keynes) als drei „Megatrends für einen Weg in die Postwachstumsgesellschaft“ (Reuter 2010). Der erwirtschaftete Mehrwert würde nicht in mehr Güter- und Freizeitkonsum, sondern in soziale Dienstleistungsangebote wie mehr und frühere Kinderbetreuung, ausgeweitete Angebote für ältere Menschen oder mehr Ausgaben für Bildung oder Persönlichkeitsentwicklung investiert. Die Sorgetätigkeiten würden noch stärker aus den Familien ausgelagert und monetarisiert. Arbeitsplätze würden in diesen Dienstleistungsbereichen entstehen, finanziert würden sie über höhere Steuereinnahmen sowie innovative Modelle, etwa Pflegeversicherungen oder Gesundheitsfonds. Das Bruttosozialprodukt würde auch in diesem *Dienstleistungsgesellschaft II-Szenario* weiter wachsen, nicht jedoch die Umweltzerstörung, da Dienstleistungen weniger ressourcenintensiv sind (Holzinger 2012: 116ff).

Mehr soziale Dienstleistungen anstelle von noch mehr Güterkonsum

Aus Sicht der >*feministischen Ökonomie* wird auf die Ambivalenz der weiteren Monetarisierung sozialer Dienstleistungen verwiesen, die zum einen zu mehr Gendergerechtigkeit beitragen kann, zum anderen aber auch die das Leben wesentlich bereichernden Aspekte persönlicher Beziehungen ebenfalls dem Markt unterwirft – im Interesse einer besseren Verwertung auch der weiblichen Arbeitskräfte (Bennholdt-Tomsen 2010). Insbesondere wird darauf verwiesen, dass Arbeit im „Sorgezeitalter“ (Gubitzer 2011) nicht nach den Prinzipien der Industriegesellschaft ausgerichtet werden kann, sondern Kriterien zwischenmenschlicher Beziehungen folgen müsse.

Literatur und Links

Bennholdt-Tomsen, Veronika (2010): *Geld oder Leben*. München.

Gubitzer, Luise (2011): Was tun wir, wenn wir tätig sind? Dienste leisten.

www.beigewum.at/wordpress/wp-content/uploads/Was-tun-wir-wenn-wir-t%C3%A4tig-sind.pdf

Holzinger, Hans (2012): *Neuer Wohlstand. Leben und Wirtschaften auf einem begrenzten Planeten*. Salzburg. Kap.: Arbeit neu denken, 116-137.

Reuter, Norbert (2010); in: Seidl, Irmig; Zahradt, Angelika: *Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft*. Marburg.

Übergang in ein „Carezeitalter“ mit einem neuen Arbeitsverständnis

Ernährungssouveränität

Ein erfolgreiches Wirtschaftssystem muss sich daran messen lassen, wie weit es die Befriedigung der Grundbedürfnisse der gesamten Bevölkerung sicherzustellen vermag. Die Ansätze für erfolgreiche Entwicklung werden dabei unterschiedlich akzentuiert. Während die einen für die Integration der Länder des Südens in globale Güterketten mit dem Ziel, Wertschöpfung durch „Upgrading“ zu erzielen, plädieren, setzen andere auf die Förderung einer naturangepassten Agrarförderung (>*Freihandel*, > *Ethischer Freihandel*).

In den reichen OECD-Staaten mit ihren hochsubventionierten Landwirtschaften spielt Nahrungsknappheit keine Rolle mehr – im Gegenteil, eher wird Überproduktion zum Problem. Anders in den Ländern des Südens, in denen mittlerweile knapp eine Milliarde Menschen als chronisch unterernährt gilt. Lange Zeit wurde auf Effizienzsteigerung durch die Grüne Revolution mittels hochgezüchtetem Saatgut, Monokulturen, Kunstdüngereinsatz – und zuletzt auch Gentechnik – gesetzt. Es mehren sich aber die Stimmen jener, die in naturangepassten Anbaumethoden und lokal orientierten Kleinlandwirtschaftsbetrieben den Übergang zu dauerhaften Erträgen sowie den geeigneteren Weg zur Überwindung der Nahrungsmittelknappheit sehen. Zu ihnen zählen etwa die AutorInnen des Weltagrarberichts (2008), aber auch offizielle Dokumente der Europäischen Union, wie die European Charter on Development Cooperation in support of Local Governance (o. J.).

Rund 800 Millionen Menschen hungern auf diesem Planeten, während 1,9 Milliarden an Übergewicht und krank machender Fettleibigkeit leiden. 2,5 Milliarden Tonnen Getreide wurden 2016 weltweit geerntet, mehr denn je zuvor. Doch nur 43 Prozent des Getreides dient als Lebensmittel. Der Rest wird zu Tierfutter, Spirit und Industrierohstoffen verarbeitet, so ist auf der deutschsprachigen Homepage zum „Weltagrarbericht“ nachzulesen (o. J.).

Vorgestellt werden die Ansätze einer sanften Landwirtschaft in dem Band „Wie wir überleben. Ernährung und Energie in Zeiten des Klimawandels“, der vom Wiener Institut für Umwelt und Frieden (IUF 2010) herausgegeben wurde. „Die herrschenden

Ernährungssouveränität zielt auf die Selbstversorgung von Regionen bzw. Staaten mit ausreichend Lebensmitteln

landwirtschaftlichen Produktions- und Ernährungsmuster zerstören die lebenserhaltenden Ökosystemleistungen, tragen zum Klimawandel bei und perpetuieren darüber hinaus den Hunger in der Welt.“ Damit fasst Petra Gruber vom IUF den Tenor der internationalen Beiträge zusammen. Gegenwärtig bieten lokale Lebensmittelsysteme weltweit für 2,5 Milliarden Menschen einen (mehr oder weniger ausreichenden) Lebensunterhalt, so ihr Plädoyer für eine globale biologische Landwirtschaft. Durch die Industrialisierung der Landwirtschaft sowie die Machtkonzentrationen seitens der Agrarindustrie und Handelsketten würden diese Strukturen aber weiter zerstört. Dass Entwicklungszusammenarbeit auf die Stärkung von Ernährungssouveränität auszurichten ist, zeigt Manfred Schnitzer im selben Band an der EZA der Europäischen Union auf (IUF 2010).

Naturnahe Landwirtschaft als Antwort auf die Hungerkrisen

Bewegungen wie das Food First Information and Action-Network (FIAN o. J.) sowie die Bewegung „Via Campesina“ setzen sich für eine naturnahe, kleinteilig strukturierte Landwirtschaft ein. Permakultur gilt als Ansatz einer vielgliedrigen Anbaumethode, die große Erträge ohne Kunstdüngerzusatz verspricht (Dion/Lautent 2016, Permakultur Austria o. J.). Der >Bio-Landbau trägt ebenfalls zu Ernährungssouveränität unter nachhaltigen Strukturen bei.

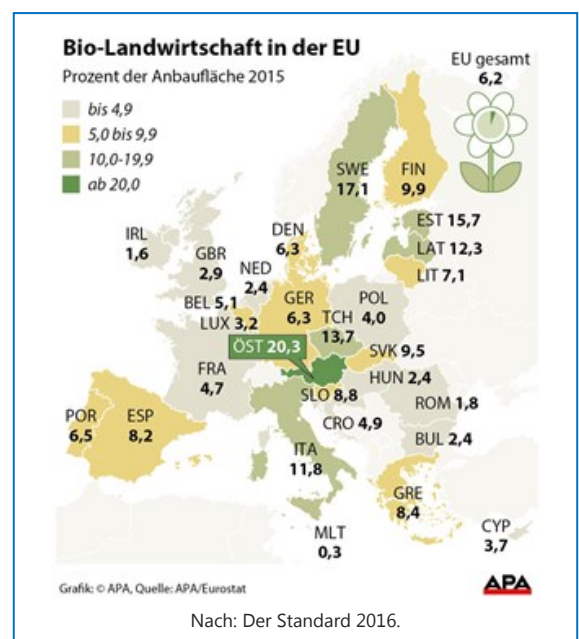
Literatur und Links

Dion, Cyril; Lautent, Mélanie (2016): *Tomorrow. Die Welt ist voller Lösungen*. Paris
 European Charter on Development cooperation in support of Local Governance (o. J.): www.localgovernance-coop-charter.eu
 FIAN (o. J.): <https://fian.at/de/>
 IUF (2010): *Wie wir überleben. Ernährung und Energie in Zeiten des Klimawandels*. Hrsg. v. Petra Gruber. Opladen u.a.
 Permakultur Austria (o. J.): <http://www.permakultur.net/>
 Via Campesina (o. J.): www.viacampesina.at
 Weltagrarbericht (2008): *Wege aus der Hungerkrise. Infos und Download unter* www.weltagrarbericht.de

Biolandbau

Der Bio-Landbau garantiert durch den Verzicht auf Kunstdünger und chemische Pflanzenschutzmittel sowie eine schonende Bewirtschaftung Lebensmittel hoher Qualität und den Schutz der Böden ebenso wie eine artgerechte Tierhaltung. Die biologische Landbewirtschaftung hat sich vom Nischendasein mittlerweile zu einer breiten und gesellschaftlich anerkannten Bewegung entwickelt. Österreich ist in der EU „Bio“-Spitzenreiter. 2015 wurden über 20 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Flächen biologisch bewirtschaftet, gefolgt von Schweden mit 17 und Estland mit knapp 16 Prozent (s. Grafik, n. Der Standard 2016).

Gefordert wird eine Umstellung der EU-Agrarförderung, um eine nachhaltige Landwirtschaft zu unterstützen. EU-weit gesehen wird mit 75 Prozent der bei weitem größte Teil der Mittel der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach wie vor über Direktzahlungen der Marktordnung, also nach den Erträgen, ausgeschüttet, welche nicht an wirksame Nachhaltigkeitskriterien geknüpft sind. Die zielgerichteten Agrar-Umweltmaßnahmen spielen hingegen eine untergeordnete Rolle. Nur 30 Prozent der Mittel der Ländlichen Entwicklung (2.



Säule der GAP) müssen für Agrar-Umwelt, Klima oder benachteiligte Gebiete verwendet werden, das entspricht 8 Prozent der EU-Mittel für die GAP. Bio Austria tritt dafür ein, dass die GAP schrittweise zu einem System für die Honorierung gesellschaftlicher Leistungen umgebaut wird. Damit entstünde eine Win-Win-Situation: Die Gesellschaft profitiert durch die erbrachten Leistungen zum Erhalt der Lebensgrundlagen, und die Landwirtschaft bekommt durch die Honorierung dieser Leistungen ein zusätzliches ökonomisches Standbein. Damit würde es Landwirtinnen und Landwirten ermöglicht, mit einer ökologisch und sozial nachhaltigen Wirtschaftsweise ein angemessenes Einkommen bzw. einen angemessenen Lebensstandard zu erreichen. So könne der notwendige Umbau zu einer gleichermaßen ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltigen Landwirtschaft erreicht werden, argumentiert Bio Austria (o. J.).

Literatur & Links

Bio Austria (o. J.) Befragung der Kommission zur GAQP noch ein Monat offen:

<http://www.bio-austria.at/befragung-der-kommission-zur-gap-noch-ein-monat-offen/>

Der Standard (2016): Österreich bei Bio-Landwirtschaft EU-Spitzenreiter

<http://derstandard.at/2000046468046/Oesterreich-bei-Bio-Landwirtschaft-EU-Spitzenreiter>

Wissensgesellschaft

Große Hoffnungen im Sinne qualitativen Wachstums werden in die Wissensgesellschaft gesetzt. Diese bringt zum Ausdruck, dass Wissen und Bildung in der Wirtschaftswelt immer mehr an Bedeutung gewinnen. Das wird bezogen auf die Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften und auf die Beschäftigungschancen von ArbeitnehmerInnen bzw. Erfolgchancen von Unternehmen. Die Gründe liegen in den permanent steigenden Erkenntnissen in der Wissenschaft und Forschung sowie den damit verbundenen sich beschleunigenden Innovationszyklen in der Wirtschaft. In immer mehr Branchen steigt der High Tech-Anteil, und damit auch jener der wissensbasierten Tätigkeiten (Burmeister/ Glockner 2009).

Statistiken belegen, dass Besserqualifizierte bessere Chancen am Arbeitsmarkt haben und dass das Risiko (langzeit)arbeitslos zu werden mit der Höhe des Ausbildungsgrades sinkt. Eine Studie zu „Arbeitswelt 2030“ (Rumpf u.a. 2013) prognostiziert, dass aufgrund der steigenden Zahl höher qualifizierter Beschäftigter in der Wissensgesellschaft bzw. der wissensbasierten Ökonomie in Zukunft mit einer starken Zunahme der Weiterbildungsteilnahme zu rechnen sein wird.

Ausgegangen wird von einer „veränderten Rhythmisierung von Bildungszeiten“. Nicht mehr die Abfolge Ausbildung – Beruf – Ruhestand werde die Bildungszeiten bestimmen, sondern eine viel stärkere Verteilung von Bildungsaktivitäten auf alle Lebensphasen. Gründe seien die sich rascher verändernden Leistungsanforderungen in der wissensbasierten Ökonomie, die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, die sich kaum ohne verstärkte Weiterbildungsaktivitäten realisieren lasse, der Anstieg des durchschnittlichen Bildungs- und Qualifikationsniveaus in der Bevölkerung, der auf mittlere Sicht mit einem Anstieg der Weiterbildungsbeteiligung auch in höheren Altersgruppen einhergehe, sowie schließlich neue Bildungsaktivitäten in der nachberuflichen Phase. Voraussichtlich werde das für Bildung aufgewendete Zeitvolumen zunehmen – bei wachsenden Anteilen non-formaler Bildung und informellen Lernens (Rumpf u.a. 2013: 116ff).

Eine Wirtschaft rasanter Veränderungen erfordert dieses permanente Mit-Lernen der Menschen mit den sich ergebenden technologischen Innovationen. Und auch soziale Kompetenzen, die Fähigkeit und Bereitschaft in Teams zu arbeiten, gewin-

Neue Agrarförderung der EU wird gefordert

Lebenslanges Lernen führt zu Bedeutungszuwachs für Erwachsenenbildung

nen in der Wirtschaftswelt an Bedeutung. Doch wenn das lebenslange Lernen in einen Qualifizierungszwang ausartet, der alle zurücklässt, die sich diesem nicht unterwerfen bzw. nicht unterwerfen können, dann erzeugt die ›Bildungsgesellschaft‹ erneut Verlierer, da eben nicht alle mit den steigenden Bildungserwartungen mithalten können (Holzinger 2016a: 161ff).

Dazu kommt ein weiterer Trend: Viele Berufsbildungsangebote werden heute unter dem Motto der permanenten Selbstoptimierung angepriesen. Der Politologe Michael Girkingler hat einschlägige Programme dieser Bildungsszene analysiert und kommt zu bedenkenswerten Schlüssen. Es seien die gesellschaftlichen Veränderungen, die dem Selbstbildungsmarkt den fruchtbaren Boden bereitet hätten, etwa der zunehmende Hang zum Individualismus, die Ausbreitung des therapeutischen Diskurses auch auf die Arbeitswelt („Ein Coach für alle Fälle“) oder die Etablierung neuer Leitbilder wie jenes des „modernen Lebenskünstlers“ nach dem Motto „Mach dein Ding“. Die Ausbreitung neuer Zeit- und Selbstmanagementtechniken in der Beschleunigungsgesellschaft oder die Propagierung des „Selbstunternehmers“ in der neuen Arbeitswelt begünstigen diese Selbstoptimierungsstrategie (Girkingler 2012, 2015).

Einschätzung: Gleiche Bildungschancen für alle Jugendlichen sowie der Zugang zu Fortbildungen und Höher-Qualifizierungen für alle ArbeitnehmerInnen sind ein wichtiger Beitrag für Chancengerechtigkeit, aber auch für eine florierende Wirtschaft. Um dieses Ziel zu erreichen, sind auch in Österreich noch maßgebliche Anstrengungen nötig. Doch Bildung darf nicht allein der ökonomischen Verwertbarkeit untergeordnet werden. Sie hat auch den Auftrag, kritisches Denken zu fördern und Ideologien wie jene der permanenten Selbstoptimierung zu hinterfragen.

Literatur & Links

Burmeister, Klaus; Glockner, Holger (2009): *Handbuch Zukunft 2010. Trends, Herausforderungen, Chancen*. München.

Girkingler, Michael (2012): *Einmal Glück und Erfolg, bitte! Über das Glück und seine Vermarktung in der Persönlichkeitsbildung. Eine Untersuchung zur Kultur der Selbstoptimierung*. Marburg.

Girkingler, Michael (2015): *Glück und Erfolg durch Persönlichkeitsbildung? In: DIE Magazin 4/2015. www.die-bonn.de/doks/zeitschrift/persoentlichkeitsentwicklung-01.pdf*

Holzinger, Hans (2016a): *Von nichts zu viel – für alle genug. Perspektiven eines neuen Wohlstands*. München (Kapitel: *Bildungswohlstand*).

Rumpf, Jutta u. a. (Hrsg., 2013): *Arbeitswelt 2030. Trends, Prognosen, Gestaltungsmöglichkeiten*. Stuttgart.

Weltumwelt- und Sozialpolitik

Die bislang vorgestellten Ansätze lassen sich auf lokaler bzw. regionaler oder staatlicher Ebene umsetzen. Darin liegt ihr Charme. Der Nationalstaat mit seinen substaatlichen Einheiten auf regionaler und lokaler Ebene bleibt auch in Zukunft ein wichtiger Raum für politische Gestaltung. Doch in einer transnational operierenden Wirtschaft müssen sich auch die Politik und die Zivilgesellschaft transnational organisieren. Zudem können globale Anliegen in einer Weltgesellschaft nur mehr global geregelt werden. Dazu abschließend einige Vorschläge.

- *Globalsteuern*: Vorgeschlagen werden globale Steuern etwa auf Rohstoffe und Emissionen oder auf Finanzgeschäfte und Rüstungsexporte, oder generell auf den Welthandel; damit sollten ökologische und wirtschaftliche Lenkungseffekte erzielt und Mittel für transnationale Projekte der Entwicklungszusammenarbeit

Ideologie der permanenten Selbstoptimierung ist zu hinterfragen

Neben der lokalen und nationalen Ebene darf die globale Ebene nicht außer Acht gelassen werden

geschaffen werden. Von manchen werden Rohstoffabgaben gefordert, da Rohstoffe allen Menschen gehören sollten, derzeit aber von einer Minderheit der Weltbevölkerung ausgebeutet werden (Pogge 2015).

- *Weltsteuerpolitik:* Das Global Tax Justice Network (o. J.) fordert eine einheitliche Steuerbasis und Mindeststeuersätze für alle Länder, Doppelbesteuerungsabkommen, die steuerschonende Bilanzierungen verhindert, sowie verpflichtende transnationale Berichte großer Konzerne über ihre wirtschaftlichen Aktivitäten (n. Felber 2017: 120ff)
- *Weltsozialpolitik:* Mit diesen Globalsteuern sollte auch die Umsetzung einer Weltsozialpolitik angegangen werden, die nachholende Entwicklung in den Ländern des Südens über Anschubfinanzierungen statt über Kredite ermöglicht. Vorgeschlagen wird dies beispielsweise von der Global Marshall Plan-Initiative (o. J.), von attac (o. J.) sowie vom World Future Council (o. J.). Kooperiert wird in dieser Weltentwicklungspolitik mit Basisgruppen aus der Bevölkerung ebenso wie mit vertrauenswürdigen Vertretern der politischen Klasse. Konsequenz zu Ende gedacht, bräuchten wir ein Weltgrundeinkommen (>Grundeinkommen).
- *Weltklimapolitik:* Der britische Ökonom *Nicolas Stern* hat 2006 einen 650 Seiten starken Bericht vorgelegt, dessen Kernaussage lautet, dass Nichts-Tun bedeutend teurer wird als entsprechende Investitionen in Klimaschutz zu tätigen. Zwei Prozent des Weltbruttosozialprodukts müssten laut Stern pro Jahr für Klimaschutzmaßnahmen aufgewendet werden, um den Welttemperaturanstieg unter zwei Grad Celsius zu halten; jene Marge, die als Limit für die Managbarkeit von Klimaveränderungen ausgemacht wird. Eine noch stärkere Erwärmung lässt irreversible Kippeffekte befürchten. Notwendig ist daher eine Weltklimapolitik. Erste Ansätze in diese Richtung bilden die Debatten über globale CO₂-Steuern bzw. über CO₂-Kontingente, die gehandelt werden sollen, sowie über einen *Green Climate Fund*, der Opfern von Klimakatastrophen rasche Hilfe zukommen lässt.
- *Weltfinanzpolitik:* Zahlreiche Vorschläge gibt es zur Regulierung der globalen Finanzmärkte, etwa durch stärkere Kontrollen für neue Finanzprodukte, für höhere Mindestreserven der Banken oder für die Einrichtung eines transnationalen Risiko- und Insolvenzfonds. Seit langem gefordert wird die Unterbindung von Steuerflucht durch Austrocknung von Steueroasen sowie die Harmonisierung von Steuergesetzen zur Unterbindung von Steuerdumping (z.B. gefordert von *Attac, o. J., >Finanzmarktregulierung, >Steuern und Steueroasen*).
- *Weltressourcenpolitik:* Zudem bräuchten wir globale Festlegungen von Obergrenzen für die Nutzung von Ressourcen sowie für den Schutz von Gemeingütern wie Wasser, Böden, Wälder, Artenvielfalt. Vorschläge dazu gibt es u.a. vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP). Letzteres hat in dem 2011 erschienenen Bericht ›Towards a Green Economy‹ vorgerechnet, dass mindestens zwei Prozent des globalen BIP in zehn Schlüsselsektoren investiert werden müssten, um der Degradation der Ökosysteme entgegenzuwirken und Entwicklungsimpulse zur Überwindung von Hunger und Armut zu setzen. Diese Sektoren sind Landwirtschaft, Gebäude, Energie, Fischerei, Wälder, Produktion, Tourismus, Verkehrswesen, Wasser und Abfallwirtschaft (UNEP 2011).
- *Welthandelspolitik:* Hier gibt es langjährige Erfahrungen, wobei die bisherigen Abkommen der Welthandelsorganisation (WTO) vor allem auf den freien Zugang der Wohlstandsländer zu den Märkten des Südens abzielten. Die Forderung der Entwicklungsländer und von Nicht-Regierungs-Organisationen nach

Gefordert sind Umwelt-, Sozial-, Finanz- und eine faire Handelspolitik auf globaler Ebene

dem Abbau von Handelshemmnissen in den Wohlstandsländern, etwa der hohen Agrarsubventionen, sind bisher weitgehend auf taube Ohren gestoßen (Wuppertal-Institut 2005). Die gegenwärtig implementierten Handelsabkommen etwa zwischen Nord- und Südamerika sowie die aktuell diskutierten Abkommen zwischen Nordamerika und der Europäischen Union (TTIP, **T**ransnational **T**rade and **I**nvestment **P**artnership; CETA, **C**omprehensive **E**conomic and **T**rade **A**greement) tendieren dazu, Großkonzerne gegenüber den Klein- und Mittelbetrieben zu bevorzugen (attac 2015), Umwelt- und Sozialstandards nach unten zu nivellieren sowie demokratische Kontrollen außer Kraft zu setzen (Felber 2017)

Maßnahmen auf transnationaler bzw. globaler Ebene würden global wirken und sind daher unerlässlich für eine zukunftsfähige Weltentwicklung im 21. Jahrhundert. Diese sind derzeit freilich schwer umsetzbar, da es bislang an den Akteuren fehlt, welche sie voranbringen könnten.

Angesprochen sind im Bereich globaler Regeln alle internationalen Organisationen. Die Vereinten Nationen mit ihren zahlreichen Unterorganisationen wären die zuständigen Gremien, stehen jedoch politisch und finanziell auf schwachen Beinen. Realpolitisch läge es an den Gremien der G7, die zunächst zu den G8 und im Gefolge der aufstrebenden Schwellenländer zu den G20 erweitert wurden. Sie umfassen die derzeit zwanzig wirtschaftlich stärksten Nationen der Welt, also neben den USA, Kanada, Japan sowie den größeren westeuropäischen Staaten auch China, Indien, Brasilien sowie einige weitere mehr.

Die zivilgesellschaftlichen Initiativen spielen ebenfalls eine wichtige Rolle in der Weltgesellschaft des 21. Jahrhunderts. Mittlerweile soll es an die 20.000 international agierende Nicht-Regierungs-Organisationen geben und beim letzten Weltsozialforum waren 30.000 Teilnehmende aus zahlreichen Ländern vertreten (World Social Forum, o. J.) Sie gelten als kritische Mahner, als Informationsvermittler sowie als globale Lobby für die Benachteiligten und die Natur. Denn: Ein friedliches Zusammenleben auf dem Planeten erfordert zukünftig eine *Weltinnenpolitik*, fußend auf einem *Weltethos*.

Literatur & Links

attac (o. J.): Gerechter Welthandel

<http://www.attac.at/ziele/gerechter-welthandel.html>

attac (o. J.): CETA - was ist das?

<http://www.attac.at/kampagnen/ttip-ceta-co-stoppen/ceta-was-ist-das.html>

attac (o. J.): TTIP - was ist das?

<http://www.attac.at/kampagnen/ttip-ceta-co-stoppen/ttip-was-ist-das.html>

attac (2015): Was bedeutet TTIP für kleinere und mittlere Unternehmen. Broschüre.

Global Marshall Plan-Initiative: www.globalmarshallplan.org

Felber, Christian(2017): Ethischer Welthandel. Alternativen zu TTIP, WTO 6 Co. Wien.

Pogge, Thomas (2015): „Die große Mehrheit der Menschheit geht leer aus“. Interview in SÜDWIND-Magazin 2/2015. <http://www.suedwind-magazin.at/die-grosse-mehrheit-der-menschheit-geht-leer-aus>

Radermacher, Franz Josef; Beyers, Bert (2011, erw. Aufl.): Welt mit Zukunft. Überleben im 21. Jahrhundert. Hamburg.

UNEP (o. J.): Green Economy. <http://www.unep.org/greeneconomy/>

World Future Council: www.worldfuturecouncil.org

World Social Forum (o. J.): <https://fsm2016.org/en/>

Wuppertal-Institut (2005): Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit. München.

Die aktuell diskutierten Freihandelsabkommen gefährden Umwelt- und Sozialstandards und bevorzugen Großkonzerne

Heterodoxe Ökonomie

Abschließend soll auf Initiativen hingewiesen werden, die neue Ansätze in der Volkswirtschaftslehre an den Universitäten einfordern. Gesprochen wird von „heterodoxer“ oder „pluraler“ Ökonomie. Die Aufzählung hat nicht den Anspruch auf Vollständigkeit.

Der in Leipzig beheimatete Verein „Konzeptwerk Neue Ökonomie“ (o. J.) versteht sich als Ansprechpartner zur Entwicklung neuer Wirtschaftsansätze. Erstellt werden Bildungsmaterialien sowie Studien. Das „Postwachstumskolleg“ an der Friedrich-Schiller-Universität Jena erstellt Studien und Papers und hat zuletzt den Atlas der Globalisierung“ zum Thema Wachstum erstellt. Das „Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung“, die „Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung“ sowie das „Wuppertal-Institut betreiben gemeinsam einen „Blog Postwachstum“ (o.J.).

Ein öffentliches Kolloquium „Postwachstumsökonomie“ (o. J.) bietet Fachveranstaltungen zu Themen der Nachhaltigkeit und einer Postwachstumswirtschaft. An der Universität Siegen wurde ein Masterstudiengang „Plurale Ökonomik“ eingerichtet, u.a. mit Niko Paech. An der Wirtschaftsuniversität Wien gibt es eine Abteilung für „Institutionelle und heterodoxe Ökonomie“ (WU Wien, o. J.). Jakob Kapeller, Ökonom und Philosoph am Institut für Philosophie und Wissenschaftstheorie der Johannes Kepler Universität Linz, ist Herausgeber des Heterodox Economics Newsletter (o. J.).

Literatur & Links

Blog Postwachstum (o. J.): <http://www.postwachstum.de/>

Heterodox Economic Newsletter (o. J.): www.heterodoxnews.com

Konzeptwerk Neue Ökonomie (o. J.): <https://www.konzeptwerk-neue-oekonomie.org/>

Kolloquium Postwachstumsökonomie (o. J.): postwachstumsoekonomie.de

Postwachstumskolleg (o. J.): <http://www.kolleg-postwachstum.de/>

Masterstudiengang „Plurale Ökonomik“ (o. J.):

<http://master-plurale-oekonomik.de/Studiengang.html>

WU Wien, Institutionelle und heterodoxe Ökonomie (o. J.): <https://www.wu.ac.at/vw3/>

Neben der lokalen und nationalen Ebene darf die globale Ebene nicht außer Acht gelassen werden

- Arbeitsbegriff 26
- Arbeitslosigkeit 34
- Arbeitslosigkeit/Österreich 35
- Arbeitslosenquote 34
- Arbeitsklima-Index 37
- Arbeitsinhalte 28
- Arbeitsrechte 29
- Arbeitsverdichtung 37
- Arbeitszeit 30
- Arbeitszeitkonten/ Zeitwertkonten 43
- Arbeitszeitmodelle, flexible 43
- Arbeitszeitverkürzung 40
- Arbeitszeitverkürzung/historisch 40
- Arbeitszeitverkürzung/aktuell 40
- Beschäftigung 31
- Blue Economy 86
- Bio-Landbau 109
- Bruttoinlandsprodukt 9
- Bürgergeld 101
- Corporate Social Responsibility 90
- Cradle to Cradle 87
- Crowdfinancing 99
- Dematerialisierung 78
- Dienstleistungsgesellschaft 107
- Dreizeitgesellschaft 44
- Ernährungssouveränität 108
- Ethisches Investment 99
- Feministische Ökonomie 106
- Finanzkrisen 52
- Finanzmarkt, Regulierung 53
- Frauenbeschäftigung 32
- Geld 47
- Geldmenge 48
- Geldschöpfung 49
- Gemeinwohlökonomie 96
- Green Economy/Green Jobs 88
- Greenwashing 69
- Grundeinkommen 100
- Halbtagsgesellschaft 44
- Heterodoxe Ökonomie 114
- Karenzmodelle 43
- Kapital 50
- Kapitalismus 13
- Kapitalismus, Kritik 14
- Klimawandel 75
- Konsum 63
- Konsumausgaben 64
- Konsumfallen 65
- KonsumentInnen-Demokratie 68
- Konsumkapitalismus 64
- KonsumentInnen-Klasse, globale 66
- Marktwirtschaft 10
- Mehrfachkrise 24
- Mischarbeit 44
- Nachhaltigkeit 73
- Natürliche Ressourcen 71
- Negativkosten 10
- Neoliberalismus 18
- Obsoleszenz, geplante 80
- Ökologische Ökonomie 72
- Ökologischer Fußabdruck 80
- Ökologischer Rucksack 82
- Ökonomismus 70
- Ökosteuern 89
- Ökosteuern/Österreich 90
- Peak Oil/Peak Everything 83
- Planwirtschaft 17
- Postwachstumsökonomie 93
- Produktivität 8
- Produktionsfaktoren 8
- Reboundeffekte 79
- Regionalwährungen 103
- Regionalwirtschaft 101
- Resilienz 103
- Ressourcenproduktivität 77
- Solidarische Ökonomie 97
- Sozialismus 15
- Steuern 61
- Suffizienz/Suffizienzpolitik 95
- Teilzeitarbeit 41
- Transformationsforschung 85
- Unternehmensformen 17
- Vermögen 55
- Verschuldung / Schulden 57
- Verteilungspolitik 59
- Vier-in-einem-Perspektive 45
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 9
- Weltumwelt- und Sozialpolitik 111
- Werbung 67
- Wirtschaftsbegriff 5
- Wirtschaftsbegriff, erweiterter 105
- Wirtschaftsversagen 7
- Wirtschaftswachstum 19
- Wissengesellschaft 110
- Wohltandsmessung, erweiterte 92
- 20 : 20-Gesellschaft 45
- Weltumwelt- und Sozialpolitik 112